

Transit

EUROPÄISCHE REVUE

Osteuropa – Übergänge zur Demokratie?

Timothy Garton Ash	Après le déluge, nous
Ralf Dahrendorf	Politik, Wirtschaft und Freiheit
François Furet	1789 – 1917, Rückfahrkarte
Aleksander Smolar	Durch die Wüste
János Mátyás Kovács	Ökonomie: Das Große Experiment
Andrew Arato	Revolution, Civil Society und Demokratie
Jacques Rupnik	Wiedererwachen der Nationalismen
Zoran Djindjić	Jugoslawien: Nationalitäteneintopf
Elemér Hankiss	Wertewandel: Zwischen zwei Welten
Adam Michnik	Zwei Gesichter Polens
Adam Przeworski	Europa und Lateinamerika: Spiel mit Einsatz
György Dalos	Meine deutsche Frage
Bohumil Hrabal	Love Story
Michael Wüstefeld	Gedichte

Transit wird herausgegeben am *Institut für die Wissenschaften vom Menschen* (IWM) in Wien und erscheint im *Verlag Neue Kritik*, Frankfurt am Main.

Herausgeber: Krzysztof Michalski.

Redaktionskomitee: Klaus Nellen (Wien, verantwortlich), Jan Błonski (Kraukau), Timothy Garton Ash (Oxford), János Mátyás Kovács (Budapest/Wien), Susanna Roth (Wien), Jacques Rupnik (Paris).

Mitherausgeber dieses Heftes: Aleksander Smolar (Warschau).

Beirat: Ralf Dahrendorf (Oxford), François Furet (Paris), Bronisław Geremek (Warschau), Elemér Hankiss (Budapest), Petr Pithart (Prag), Fritz Stern (New York).

Redaktionsanschrift: Transit, Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Spittelauer Lände 3, A-1090 Wien, Telefon (01) 31358-0, Fax (01) 31358-60, mail: transit@iwm.at/Website: www.iwm.at

Verlagsanschrift: Verlag Neue Kritik, Kettenhofweg 53, D-60325 Frankfurt/Main, Telefon (069) 72 75 76, Fax (069) 72 65 85, mail: verlag@neuekritik.de



© IWM 2023. This work is licensed under CC BY-NC-ND 4.0.

ISSN 0938-2062 / ISBN 978-3-8015-0688-9

Textnachweise: François Furet, 1789-1917, Rückfahrkarte erschien zuerst in dem der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution gewidmeten Heft 57 (November/Dezember 1989) von le débat (letzter Teil mit Einverständnis des Autors leicht gekürzt). © le débat 1989. Das Postskriptum wurde für Transit verfaßt. / Timothy Garton Ash, *Après le déluge*, nous erschien zuerst in der August-Nummer 1990 von The New York Review of Books. © 1990 NYREV, Inc. / Dem Artikel von Ralf Dahrendorf liegt die *Tore Browaldh Lecture* zugrunde, die der Autor im August 1989 in Göteborg in englischer Sprache vorgetragen hat. / Dem Beitrag von Adam Michnik liegt in Vortrag zugrunde, den er auf dem IWM-Fellows-Treffen 1990 gehalten hat.

Bildnachweise: Lubos Kotek (Seite 10) Johanna Östreich (Seite 64 und 214) Chris Niedenthal (Seite 152) Matthias Creutziger (Seite 232) Martin H.M. Schreiber (Umschlag).

Die *Diskussionsbeiträge* im Heft wurden übersetzt von: Margarethe Fagot (Geremek, Król, Szacki, Wałęsa), Andrea Marenzeller (Afanassjew, Lauristin, Popow) und Klaus Nellen (Gellner, Kirkland, Kołakowski, Linz, O'Donnell, Sachs und Soros).

© 1990 für sämtliche Texte und deren Übersetzungen Transit/IWM.

Transit Heft 1 Herbst 1990
Osteuropa – Übergänge zur Demokratie?

<i>Editorial</i>	5
I	
Timothy Garton Ash <i>Après le déluge, nous</i>	11
Ralf Dahrendorf <i>Politik, Wirtschaft und Freiheit</i>	37
François Furet <i>1789-1917, Rückfahrkarte. Mit einem Postskript</i>	52
II	
Aleksander Smolar <i>Durch die Wüste. Die Dilemmas des Übergangs</i>	69
Mit Diskussionsbeiträgen über den <i>Staat im Übergang</i> von Bronisław Geremek, Gawriil Popow, Jeffrey Sachs und Lech Wałęsa.*	84
János Mátyás Kovács <i>Das Große Experiment. Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens</i>	90
Den <i>Übergang zur Marktwirtschaft</i> diskutieren Tamas Bauer, Kurt Biedenkopf, Lane Kirkland, Gawriil Popow, Jeffrey Sachs und George Soros.	116
Andrew Arato <i>Revolution, civil society und Demokratie</i>	120
Mit Diskussionsbeiträgen über den <i>(Wieder-)Aufbau der civil society</i> von Ernst-Wolfgang Böckenförde, Leszek Kolakowski, Juan Linz, Miklós Szabó und Jerzy Szacki.	140
Jacques Rupnik <i>Eisschrank oder Fegfeuer. Das Ende des Kommunismus und das Wiedererwachen der Nationalismen</i>	145
Über <i>Nationen, Imperium und übernationale Gemeinschaft</i> disku- tieren Juri Afanassjew, Ernest Gellner, Marju Lauristin, Marcin Król, Michael Stürmer und Karsten D. Voigt.	156

* Im Juli 1990 veranstaltete das Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien eine Konferenz über Zentraleuropa auf dem Wege zur Demokratie. Thematisch mit den Artikeln des vorliegenden Heftes korrespondierende Passagen aus der Diskussion werden hier abgedruckt.

III

Zoran Djindjić <i>Jugoslawien: Nationalitäteneintopf, scharf gewürzt</i>	167
Elemér Hankiss <i>Zwischen zwei Welten. Wertewandel in Ungarn</i>	182
Adam Michnik <i>Zwei Gesichter Polens, zwei Gesichter Europas</i>	201
Adam Przeworski <i>Spiel mit Einsatz. Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo</i>	206
Mit Diskussionsbeiträgen über <i>Demokratisierung im Vergleich</i> von Juan Linz und Guillermo O'Donnell.	230

IV

György Dalos <i>Meine deutsche Frage. Überlegungen zu einem Jahrestag</i>	233
Bohumil Hrabal <i>Love Story</i>	242
Michael Wüstefeld <i>Gedichte</i>	251
<i>Zu den Personen</i>	256

EDITORIAL

Wenn Alfred Jarry seinen *König Ubu* »in Polen, das heißt Nirgendwo« spielen lässt, so spiegelt dies ziemlich gut die Einstellung wider, die das glücklichere Europa gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gegenüber dem anderen Teil des Kontinents hatte: wenig Interesse, mangelnde Kenntnisse. Es ist noch nicht so lange her, da existierte der Raum, der Deutschland von Russland trennte, nicht einmal als gesonderter geographischer oder politischer Begriff. Noch 1938 konnte Neville Chamberlain, der britische Premierminister, von der Sudetenkrise als »Streit in einem fernen Land zwischen Völkern, über die wir nichts wissen« sprechen, und dass es »schrecklich, wahnwitzig und unglaublich« wäre, wenn Großbritannien »irgendwie verwickelt würde.«

Mit Jalta wurden die mittel- und osteuropäischen Länder unter den Begriff »Ostblock« subsumiert und gerieten damit für den Westen abermals aus dem Blickfeld, in das sie nur durch Katastrophen wie Budapest 1956, Prag 1968, Polen 1981 vorübergehend wiedereintraten.

Und dann kam 1989. Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs entdecken die »West«-Europäer »Ost«-Europa als wesentlichen Teil der einen, europäischen Geschichte wieder. Aus der umgekehrten Perspektive besteht, nach über vierzig Jahren versuchter Sowjetisierung, kein Zweifel an der Zugehörigkeit zu Europa – auch was die politische Kultur betrifft.

Als im vergangenen Jahr in Ostmitteleuropa eine sozialistische Ordnung nach der anderen zusammenbrach, erhielten eine Reihe von Ländern des ehemaligen »Blocks« endlich die Möglichkeit, eine Gesellschaft aufzubauen, die ihren eigenen Wünschen entspricht. Das Programm für die neue politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung, das dort von den politischen Hauptkräften propagiert wird, heißt überall: Demokratie, Marktwirtschaft und Sozialstaat – kurz: Auf nach Europa.

Die Euphorie war jedoch von kurzer Dauer. Man hatte rasch die ernüchternde Größe der Aufgaben, die Komplexität des Übergangsprozesses begriffen: Es geht um die Einführung einer modernen Wirtschaft, den Aufbau der *civil society*, um moralische Erneuerung und um die Bildung dauerhafter demokratischer Institutionen. Allgemein wächst das Bewusstsein, dass man sich auf einen langen Weg begeben hat, für den es keine Garantien gegen Rückschläge, dramatische Krisen und Niederlagen gibt.

Seit Jahren finden die politischen Zyklen in Lateinamerika ihr Echo in unzähligen Publikationen, die in schöner Regelmäßigkeit den Übergang zur Demokratie, den Aufbau der Demokratie, die Ursachen des Zusammenbruchs der Demokratie und schließlich das neue autoritäre System analysieren. In

Ostmitteleuropa ist der Übergang zur Demokratie noch kaum erfolgt, da mehren sich in den westlichen Medien schon die Stimmen, die vor den Gefahren für die Demokratie warnen. Dabei ist kaum einmal von den Kommunisten und den von ihnen hinterlassenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen die Rede, nein, die Gefahr sieht man in den neuen gesellschaftlichen und politischen Kräften.

Nach der enthusiastischen Berichterstattung über die »friedlichen«, »sanften«, »samtenen« Revolutionen kommt jetzt eine Publizistik auf, die aus der komplexen Vergangenheit dieser Region eine Gefahr für ihre demokratische Zukunft herausliest. Man schreibt über autoritäre Tendenzen, nationale Zwistigkeiten, über Xenophobie und Antisemitismus; aus den alten Geschichtsbüchern kehrt sogar das Gespenst der »Balkanisierung« zurück. Nach der anfänglichen Begeisterung scheint nun Besorgnis angebracht.

Natürlich gibt es Gründe genug zur Beunruhigung. Die Revolutionen in den Ländern Ostmitteleuropas sind noch nicht vollendet. Ein Teil der Macht ist immer noch in den Händen der Kommunisten. Die Loslösung vom alten System und die Rückkehr nach Europa sind ein langer, komplizierter und für die Bevölkerungen schmerzhafter Prozess. Es muss damit gerechnet werden, dass der damit entstehende Druck, dass die Konflikte, die Desorganisation des Alltagslebens von Millionen Menschen, die sozialen Verwerfungen, dass all dies eine Reihe von negativen sozialen und politischen Erscheinungen freisetzt. Das Problem liegt allerdings in der Proportion. Die Freiheit, die sich diese Länder nun errungen haben: die Freiheit, eine neue Ordnung aufzubauen, barg schon immer unvermeidlich Risiken und Gefahren in sich. Diese muss man allerdings im Verhältnis zu den selbstgestellten Aufgaben und dem möglichen Gewinn sehen, vor allem aber zu den sozialen und politischen Kräften, die nach wie vor für die Demokratie eintreten. Es gilt also zu differenzieren und abzuwägen. Das vorliegende erste Heft von *Transit* will dazu einen Beitrag leisten.

Trotz aller Probleme und Rückschläge gibt es Anlass zu Optimismus:

- Die Erfahrung des Totalitarismus, dem in manchen Ländern heimische undemokratische Regime vorausgingen, haben ein ungewöhnlich starkes Verlangen nach Freiheit und eine große Empfindlichkeit gegenüber allen Bestrebungen entstehen lassen, die demokratische und rechtsstaatliche Prinzipien nicht respektieren.

- Der »Weg nach Europa« findet auch deshalb breite und starke Unterstützung, weil es keine glaubwürdige Alternative zu ihm gibt. Zugleich weiß man, dass dieser Weg lang und steinig sein wird und dass jeder, der behauptet, er könne ihn abkürzen oder die Mühen ersparen, ein Scharlatan ist.

- Der demokratischen Entwicklung in Ostmitteleuropa ist darüberhinaus das globale Scheitern der Rechtsdiktaturen förderlich. Wir sind nicht nur Zeugen des Zusammenbruchs der sozialistischen Systeme, überall in der Welt

sind auch die autoritären Diktaturen im Rückzug, gleich ob traditionalistischer, nationalistischer oder technokratischer Provenienz. Im Vergleich mit der Zwischenkriegszeit, als die Reihen der Verteidiger der liberalen Demokratie, ob in Ostmitteleuropa oder anderswo, noch ziemlich schütter waren, ist das eine ganz andere Situation.

– Nicht zuletzt ist die Präsenz und Nachbarschaft des westlichen Europa von großer Bedeutung für die Stabilisierung der jungen europäischen Demokratien: Das entwickelte Europa existiert vor aller Augen, und die Integration in seine politischen und wirtschaftlichen Strukturen stellt ein ganz konkretes Ziel dar. Und es sind immer noch die demokratischen Kräfte in Ostmitteleuropa, welchen die Menschen am ehesten zutrauen, dieses Ziel zu erreichen, auch wenn der Weg dorthin nicht einfach ist.

Die Integration des ehemaligen »Osteuropa« in den europäischen Kontext – der nun wohl selbst neuzugestaltet ist – wird also eine vitale Bedeutung für das Gelingen der Demokratisierung haben. Der Eiserne Vorhang ist verschwunden, nicht aber die Verletzung, die die politische Teilung Europas dem Kontinent zugefügt hat: Ein komplexes Netz mit seinen Verbindungen, seinen Differenzen und Spannungen wurde zerschnitten und die intellektuelle Zirkulation zwischen westlichem und östlichem Teil Europas gewaltsam unterbrochen oder doch nachhaltig gestört. In der Folge wurde der jeweilige Verlust von der westlichen Hälfte mehr oder weniger erfolgreich verdrängt oder abgeschrieben, während er für die östliche schmerzhaft bewusst blieb oder Projektionen in Gang setzte.

Sicher ist, dass die Europäer noch lange mit den Ungleichzeitigkeiten, den unterschiedlichen Erfahrungen, Sehweisen, Werten und Einstellungen zu leben haben werden, die die Teilung Europas hervorgebracht hat. Sie ließ zwei Lebenswelten entstehen, die sich über mehr als vier Jahrzehnte lang auseinander entwickelt haben. Nun, da der auf beiden Seiten erwachten Neugier, dem wachsenden Informations- und Diskussionsbedarf keine politischen Hindernisse mehr im Wege stehen, wird um so spürbarer, dass die intellektuellen Milieus in West und Ost einander weitgehend fremd geworden sind.

Man kann das beklagen – oder als Herausforderung annehmen. *Transit* will diesen Versuch machen. Es wird in dieser Zeitschrift um Fragestellungen und Themen gehen, die durch Verknüpfung und Konfrontation west- und osteuropäischer Erfahrungen und Perspektiven (wieder) interessant werden. *Transit* will versuchen, Konstellationen herbeizuführen und Diskussionen in Gang zu setzen, für die es bisher keinen geeigneten Rahmen gibt, es will Gesprächszusammenhänge wiederaufnehmen, die lange unterbrochen waren. *Transit* soll, im Rahmen seiner Möglichkeiten, ein Medium europäischer Selbstverständigung werden, wie sie mit der Wiederentdeckung und -aneignung der gemeinsamen Geschichte und Zukunft fällig geworden ist.

Der Name der Zeitschrift bezeichnet, erstens, eine Durchquerung, eine Bewegung über Grenzen hinweg. Wir verstehen dies als Programm, und nicht nur im Hinblick auf politische Grenzen: Innere Vielfalt und Widersprüchlichkeit sind ebenso Momente des europäischen Selbstverständnisses wie der Austausch mit anderen Kulturen. *Transit* versteht sich als europäische Zeitschrift im Sinne dieser offenen und niemals fertigen Identität, die von der Überschreitung des eigenen Gesichtskreises, der Neugier für Unterschiede und der Bereitschaft zum Streit lebt.

Am wenigsten selbstverständlich sind diese europäischen Tugenden allerdings im Hinblick auf die Europäer weiter östlich: Vor dem Fall der Mauer war die Wahrnehmung »Osteuropas« aus westdeutscher Perspektive durch das Verhältnis zum andern Teil Deutschlands geprägt, d.h. auch: verzerrt, ja blockiert. Mit der Vereinigung von Deutschland werden die Deutschen erst recht mit sich selbst beschäftigt sein. *Transit* will dazu beitragen, den deutsch-deutschen Bannkreis zu durchbrechen, indem gezielt Perspektiven und Erfahrungen aus den Ländern Ostmitteleuropas ins Spiel gebracht werden.

»Transit« bezeichnet, zweitens, einen prekären Zwischenzustand, einen vorübergehenden Aufenthaltsort. Angesichts der großen Probleme, die unsere Zeit vor sich herschiebt, bedarf es nicht der Zahlenmagie der Jahrtausendwende, um zu begreifen, dass wir auch im Westen in einer kritischen Übergangszeit leben.

Die politischen Erschütterungen des letzten Jahres haben sich bis in die Köpfe hinein fortgesetzt. Spätestens mit 1989 sind Paradigmen und Programme obsolet geworden, die das intellektuelle Leben der Nachkriegszeit geprägt haben. Im geistigen und seelischen Haushalt eines großen Teils der Intelligenz ist ein schmerzhafter Mangel entstanden, den die eilig angebotenen Surrogate nicht ausgleichen. *Transit* hat für die Probleme der Zeit keine Rezepte zu verschreiben, sondern will zu ihrer Anamnese und Diagnose beitragen.

Transit wird am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien herausgegeben, einem *Institute for Advanced Study*, das seit acht Jahren Wissenschaftler und Intellektuelle aus dem östlichen Europa einlädt, im Rahmen von Forschungsprojekten mit Partnern aus dem Westen zusammenzuarbeiten.

*

Die Idee zum Thema der ersten Nummer von *Transit* entstand zu einer Zeit, da in der Frage »Osteuropa – Übergänge zur Demokratie« das Moment der Hoffnung noch überwog. Die Erfüllung sollte schneller, radikaler und umgreifender kommen, als es sich irgendjemand träumen ließ. Für uns ergab sich damit die Chance, direkt auf die neue Situation zu reagieren. Nicht wenige der hier vorgelegten Beiträge gewinnen dadurch an Brisanz, dass ihre Autoren sich im Hinblick auf ihren Gegenstand in der Rolle von Zeugen,

Betroffenen oder Beteiligten sehen. Die Texte dieses Heftes interpretieren die Übergänge zur Demokratie aus verschiedenen Perspektiven und nähern sich dem Thema auf unterschiedliche Weise – wissenschaftliche Analysen finden sich neben Essays und politischen Stellungnahmen; sie beanspruchen in keiner Weise, die Problematik zu erschöpfen.

Das erste Heft, mitherausgegeben von dem polnischen Politologen Aleksander Smolar, versucht, eine Karte jener Wege und Umwege zur Demokratie zu skizzieren, auf die sich die ehemals sozialistischen Länder im Osten Europas im letzten Jahr begeben haben.

Im ersten Teil wird die Thematik in einer Art analytischen Momentaufnahme der verwirrenden politischen Situation in Ostmitteleuropa vorgestellt, um dann historische Tiefenschärfe zu erhalten: Welche Vorläufer und welchen ideengeschichtlichen Hintergrund haben die heutigen Übergangsprozesse?

Der zweite Teil bietet Analysen einiger zentraler Probleme: Rolle des Staates, Einführung der Marktwirtschaft, (Wieder-)Aufbau der *civil society* und nationale Selbstbestimmung angesichts des sich auflösenden Sowjet-Imperiums.

Im Juli diesen Jahres veranstaltete das IWM in Wien eine Konferenz über *Zentraleuropa auf dem Wege zur Demokratie*. Führende Wissenschaftler, Intellektuelle und Politiker aus Ost und West debattierten über drängende Fragen des Übergangs. Wir drucken hier – jeweils im Anschluss an die thematisch korrespondierenden Artikel – Passagen aus der Diskussion ab.

Der dritte Teil behandelt Probleme des Übergangs aus der Perspektive einzelner Länder. Im letzten Artikel werden die osteuropäischen Übergänge mit analogen Prozessen in anderen Teilen der Welt verglichen.

Zum Schluss versucht György Dalos, in Wien und Budapest zu Hause, in einer autobiographischen Reflexion sein Verhältnis zu Deutschland zu bestimmen; Bohumil Hrabal erzählt, was eine Pragerin in Budapest erlebte; in Michael Wüstefelds Gedichten schließlich scheinen gebrochen Stücke jüngster deutscher Geschichte auf.

Wir danken dem *Central & East European Publishing Project*, Oxford, das den Start von *Transit* ermöglicht hat. Wir danken auch allen, die die Vorbereitung dieses Heftes kritisch begleitet haben.

Wien und Warschau im September 1990



Prag, Havličkova ulica, 1985

Timothy Garton Ash
APRÈS LE DÉLUGE, NOUS

1.

Ich wollte Jacek Kuroń anrufen, den altgedienten polnischen Oppositionellen und jetzigen Minister für Arbeit und Soziales. Am anderen Ende der Leitung meldete sich eine weibliche Stimme.

»Kann ich bitte *pan minister* Kuroń sprechen?«

»Aber Sie sind mit der Zensurbehörde verbunden«, klärte mich die Dame höflich auf. (Die Telefonnummern sind bis auf eine Ziffer identisch.)

»Ich dachte, die Zensur sei abgeschafft?«

»Ja, das stimmt, aber unsere Arbeitsverträge laufen erst Ende Juli aus, und deshalb sind wir noch hier.«

»Na, dann wünsche ich Ihnen eine angenehme Untätigkeit.«

»Vielen Dank, und auch Ihnen alles Gute!« Sie klang bezaubernd.

Ehemalige Zensoren, ehemalige Grenzwächter, ehemalige Apparatschiks, ehemalige Geheimpolizisten: Was soll mit ihnen geschehen? Genauer, was soll mit IHNEN geschehen, *ONI*, wie die kommunistischen Inhaber der Macht, große und kleine, allgemein genannt wurden. Es ist die Frage nach Gerechtigkeit. Auf der höchsten Ebene ist es die Frage der Nürnberger Prozesse. Sollten die Männer an der Spitze für die Untaten, die sie selbst verübt haben oder die unter ihnen verübt wurden, vor Gericht gestellt werden? Und wenn ja, unter welcher Anklage und nach welchen Gesetzen? Auf einer niedrigeren Ebene wird es fast zu einer Frage der sozialen Gerechtigkeit. Ist es gerecht, so fragen sich viele, dass diejenigen, die unter den Kommunisten bequeme Büroposten innehatten, diese auch heute noch behalten, während der kleine Mann seinen Gürtel immer enger schnallen muss? Ist es gerecht, dass die Angehörigen der Nomenklatura die unklaren gesetzlichen Bestimmungen zur Privatisierung dazu ausnützen, als Kapitalisten die Betriebe zu übernehmen, die sie zuvor als Kommunisten kommandiert haben?

Andererseits können die Erfordernisse der Gerechtigkeit denen der Effizienz entgegenstehen. Geht es um die Wahl zwischen einer kompromittierten, inkompetenten und einer unkompromittierten, kompetenten Person, dann fällt die Entscheidung leicht. Aber was ist, wenn man zwischen einem kompromittierten, aber halbwegs professionellen Kandidaten und einem unkompromittierten Vollamateure zu wählen hat? Ich speise zusammen mit dem neuen Botschafter eines osteuropäischen Landes, einem lebenswürdigen Men-

schen, Katholik, mutig, ehrlich und stolz. Die Nummer Zwei in der Botschaft ist dagegen aus der alten Garde, bestenfalls ein charakterloser Karrierist mit den obligaten Schuppen auf dem Kragen und einem öligen Lächeln. Er erzählt mir, er hoffe, sie würden in diesem Jahr einen Kranz an einem Denkmal zu Ehren der amerikanischen statt der sowjetischen Befreier niederlegen. Ein perfekter Wendehals. Aber er verfügt zumindest über einen rudimentären Professionalismus in außenpolitischen Angelegenheiten, während der Botschafter mir erzählt: »Unser Außenminister hat ein neues Element in die internationalen Beziehungen eingeführt – es heißt Vertrauen.« Ach du liebe Zeit!

SIE (*ONI*) sind zweifellos ein Problem, aber WIR ebenfalls. »WIR sind nicht wie SIE«, skandierte die Menge in Prag während der Novemberrevolution. Sechs Monate später kann man einige derselben Leute darüber murren hören, wie sehr die neuen Machthaber den alten gleichen. In Polen sprechen die Menschen voller Groll von einer »neuen Nomenklatura«. Die regionalen Bürgerkomitees, ursprünglich aufgestellt, um im Sommer 1989 für *Solidarność* den Wahlkampf zu führen, fangen bereits an, so lautet der Vorwurf, wie die ehemaligen Parteikomitees zu arbeiten. Es heißt, ganz wie in den alten Tagen genüge ein Anruf von einem der Komitees, um eine Streitfrage zu entscheiden.

Es gibt vieles, was zu dieser beginnenden Unzufriedenheit beiträgt. Zum Teil kommt sie daher, dass die Bevölkerung, die keine anderen Machthaber als die Kommunisten kennengelernt hat, nicht unterscheiden kann zwischen dem, was alle Machtinhaber miteinander gemeinsam haben, und dem, was für die kommunistischen charakteristisch ist. Zum Teil rührt der Unmut daher, dass in der ersten nachrevolutionären Phase die neuen, ambitioniert demokratischen Führer dieser Länder fast nicht anders können, als auf die Methode zurückzugreifen, jede entscheidende Machtposition, ob in der Geheimpolizei oder im Pressewesen, mit »einem von UNS« anstatt »einem von IHNEN« zu besetzen, und zwar durch Ernennung und nicht durch Wahl oder Ausschreibung. Das gilt ebenso für die Tschechoslowakei Havels – ein Autor bezeichnete sie als Havels »Antifebruar«, unter Anspielung auf den kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 – wie für das Polen Mazowieckis, auch wenn die Ernennungen häufig das Ergebnis komplizierter Verhandlungen sind und in keinem Fall durch die Anwendung oder Androhung von Gewalt erzwungen wurden.

Man kann sich eines gewissen Mitgeföhls mit den Männern an der Spitze nicht erwehren, denn ob sie handeln oder nicht, immer machen sie es falsch. Wenn sie die alten kommunistischen Amtsträger auf deren Posten belassen, wird ihnen vorgeworfen, das sei nicht gerecht, und in Wirklichkeit sei alles beim alten geblieben. Es verhält sich damit wie mit den polnischen Polizeiautos: dieselben Fahrzeuge, dieselben Farben, dieselben Menschen im Inneren, nur dass es jetzt nicht mehr *Milicja*, sondern *Policja* heißt. Wenn sie jedoch die

Parteiläufer der Kommunisten durch ihre eigenen ersetzen, dann schreien die Leute »Foul!« und »neue Nomenklatura!«. Einerseits erwartet man von ihnen rasche und effektive Veränderungen, andererseits soll alles demokratisch und verfassungsmäßig zugehen. Wie ein Redner während einer stürmischen Sitzung von Lech Wałęsas zentralem Bürgerkomitee im Juni bemerkte, besteht das Problem darin, dass es keine allgemein verbindlichen »Spielregeln« gibt. Das führt in Versuchung.

Als ich alte Freunde besuchte, die aus dem Gefängnis ins Kabinett katapultiert, vom Heizer zum Abgeordneten, vom Opfer der Geheimpolizei zu deren Leiter befördert worden waren, interessierte mich, auf welche Weise ihre neue Macht sie verändert hatte. Könnten sie sich als Ausnahmen von Lord Actons allgemeiner Regel erweisen, dass alle Macht korrumpiere...?

Jeder, aber auch wirklich jeder hat sich verändert. Es sind nicht nur Äußerlichkeiten, obgleich auch diese wichtig sind. Büros mit Sekretärinnen – zumeist Frauen eines bestimmten Alters, die vom Ancien Regime übernommen wurden. Dienstwagen mit Chauffeur – wobei nach Möglichkeit die alten schwarzen Tattras ersetzt werden durch Volvos, Mercedes oder wie in Havels neuer präsidialer Flotte durch noch prestigeträchtigere BMWs. Anzüge und Krawatten anstelle der obligaten Dissidenten-Pullover. (Mit Ausnahme von Adam Michnik, der nach wie vor trotzig Bluejeans und offene Hemden trägt, und der ungarischen Jungdemokraten, die selbst im prächtigen, vergoldeten Budapester Parlament mit ihrer lässigen Sommerkleidung einen markanten Stil pflegen. »Ja, sie reden darüber in ihren Fraktionssitzungen«, sagte mir ein Abgeordneter.) Der ungewohnte Arbeitsdruck, verschärft durch eine tiefe Müdigkeit, unzureichende institutionelle Unterstützung und der unablässige Strom von Besuchern aus dem Westen. Änderungen in der Körperhaltung, im Benehmen und im Auftreten. Als Havel Präsident wurde, nahm er eine stocksteife Haltung ein und bekam einen furchtbar gebieterischen Blick, der mir vorher nie an ihm aufgefallen war. Man sieht ihn jetzt häufig so, weit weg, im Fernsehen. Nichts als das Spielen einer Rolle?

Viele andere zeigen dieselben Anzeichen, wenn auch in geringerem Ausmaß. »Ich habe ein Gefühl, als bestünde ich aus zwei verschiedenen Personen«, sagt einer. »Mein altes, privates Schriftsteller-Ich und ein neues, öffentliches Ich.« Darin liegt eine gewisse Ironie. Gegen was waren sie ursprünglich ins Feld gezogen? Doch wohl gegen das Doppelleben, gegen die Spaltung zwischen öffentlichem und privatem Ich, den täglichen Tribut an öffentlicher Konformität und Verlogenheit, der, wie Havel in seinen Essays besser als jeder andere demonstrierte, wesentlich zur Aufrechterhaltung des früheren Systems beigetragen hatte. Aber jetzt sind sie selbst verurteilt, eine Art Doppelleben zu führen. Nicht dass die neue öffentliche Sprache mit der alten vergleichbar wäre. Die Havelsprache, wie sie von den tschechoslowakischen Fernsehkommentatoren gebraucht wird, ist deprimierend genug, aber dennoch Welten von

Orwells »Neusprache« entfernt. Gleichwohl zeichnen sich hier ebenso wie in Polen und Ungarn bereits die ersten Umriss einer Divergenz zwischen der öffentlichen und der privaten Sprache der neuen Eliten ab.

Korruption durch Macht? Gelegentlich und in Ansätzen ja. Etwas zuviel Genuss der neuen Privilegien. Vielleicht etwas zuviele Reisen ins Ausland – »Zum Wohle des Landes« natürlich. (Ach, die Härten des Luxuslebens.) Die Arroganz der Macht, subtil verstärkt durch das Gefühl, man habe es nach so langen Jahren des Kampfes verdient. »Wo wart Ihr im November?«, so antwortete Havel unlängst einer Schar slowakischer Zwischenrufer. »Wo wart Ihr 1968?«, »Wo wart Ihr 1956?« Ausgesprochen oder unausgesprochen sind es dieselben herausfordernden Fragen, die auch in der polnischen und ungarischen Politik gestellt werden. Doch ist das ein Argument, das ebenso gefährlich wie verständlich ist. Als der Schriftsteller Wiktor Woroszyłski den polnischen Abgeordneten Ryszard Bender angriff, weil dieser bereits unter dem »Normalisierungs«-Regime Jaruzelskis dem Parlament angehört hatte, erinnerte Bender Woroszyłski an dessen eigene kommunistische Vergangenheit. Wo hört das Aufrechnen auf? Wo soll man den Strich ziehen?

Alle haben Schwierigkeiten, sich mit dem Verlust des gemeinsamen Feindes abzufinden. Natürlich gab es persönliche Konflikte innerhalb der Oppositionsbewegungen und tiefreichende Unterschiede im Hinblick auf Tradition und Ideologie. Doch früher oder später taten sich die Menschen gegen den gemeinsamen Unterdrücker zusammen. Das galt auf einer ziemlich elementaren Ebene von allen ostmitteleuropäischen Gesellschaften unter dem Kommunismus. Im eigenen Freundeskreis konnte man stets eine gemeinsame Basis darin finden, über SIE zu murren. Ein junger Dresdner erzählte mir, wie ihn die während des Wahlkampfs gemachte Entdeckung schockierte, dass seine Freunde tatsächlich verschieden denken konnten – »unerhört!«. Was man von der Mehrheit der Bevölkerung in abgeschwächter Weise sagen konnte, das galt wesentlich stärker von der politisch engagierten Minderheit. (Ungarn ist hier eine Ausnahme.) Trotz aller Spannungen und Konflikte war die gefühlsmäßige Erfahrung von *Solidarność* in Polen tatsächlich die einer Solidarität. Die Blütezeit des Bürgerforums in der Tschechoslowakei war eine kürzere, aber nicht weniger intensive Erfahrung einer triumphierenden gesellschaftlichen Einheit. Doch hegelianisch gesprochen war der Sieg der Einheit zugleich der Anfang ihrer Negation.

Dem einen großen Konflikt folgen viele kleine Konflikte. Wie sehr man verstandesmäßig auch einräumen mag, dass es keinen Pluralismus ohne Konflikt gibt, die bloße Tatsache dieser Konflikte wird irgendwie als unnatürlich und störend empfunden. Vielfach haben sie die Auflösung alter Freundschaften zur Folge, samt der damit verbundenen Trauer und Bitterkeit. Es herrscht ein Mangel nicht nur an Formen und Vorgehensweisen, wie sich diese Kon-

flikte regeln ließen, sondern auch an einer Sprache, in der sie artikuliert werden könnten. In Polen und der Tschechoslowakei gelangten die oppositionellen Bürgerbewegungen mit einem Vokabular an die Macht, das aus der antipolitischen Sprache der demokratischen Oppositionen abgeleitet war, einer Sprache des philosophisch und moralisch Absoluten, von Recht gegen Unrecht, Liebe gegen Hass, Wahrheit gegen Lüge. Dem Kommunismus als einem Monopolsystem der organisierten Lüge stellten sie das antipolitische Programm eines »Lebens in der Wahrheit« entgegen.

Nun erwarten wir in einer funktionierenden parlamentarischen Demokratie von den Politikern viele Dinge, aber ein »Leben in der Wahrheit« gehört sicherlich nicht dazu. Das Wesen der demokratischen Politik wird wohl zutreffender beschrieben als ein »Arbeiten in der Halbwahrheit«. Die parlamentarische Demokratie ist in ihrem Kern ein System begrenzter, gegeneinander gerichteter Unwahrhaftigkeit, in dem jede Partei versucht, einen Teil der Wahrheit so darzustellen, als wäre es die ganze. Als Václav Havel während einer öffentlichen Diskussion in London vor einigen Monaten gefragt wurde, ob er glaube, es werde den neuen Politikern möglich sein, auch weiterhin »in der Wahrheit zu leben«, erwiderte er:

»Entweder ja oder nein. Wenn es sich als unmöglich erweisen sollte, möchte ich jedenfalls kein Politiker mehr sein.« Nun mag es ja gerade noch möglich sein, dass der Präsident als moralische Vaterfigur weiterhin »in der Wahrheit lebt« – obwohl man auch meinen könnte, dass ein Auftreten als Wahlhelfer für das Bürgerforum mit der gleichzeitigen Beteuerung, sich überhaupt nicht im Wahlkampf zu engagieren, schon hart an der Grenze liegt. Für geringere Sterbliche, die wirklich um politische Macht kämpfen müssen, ist es zweifellos nicht möglich.

Zum Teil aus taktischen oder strategischen Gründen (»Einheit ist Stärke«, wie die Menge in Prag auf der Straße skandierte), aber auch aus intellektuellen und emotionalen Gründen gibt es ein Widerstreben, von einer antipolitischen zu einer explizit politischen Sprache zu wechseln. Stattdessen besteht auf allen Seiten die Neigung zu manichäischen Übertreibungen. Nachdem wir den kommunistischen Teufel verloren haben, sagt Adam Michnik, entdecken wir den Teufel im anderen.

2.

Neue politische Trennlinien zeichnen sich immer deutlicher ab. Doch wie lassen sie sich beschreiben? Westliche Beobachter greifen zu einfachen, leicht fasslichen Gegensatzpaaren: zu funktionalen Äquivalenten der Kategorien »Reformer und Hardliner« oder »Regime und Opposition«, die in der Vergangenheit das Verständnis (oder Missverständnis) erleichtert haben. Polnische, ungarische, tschechische und slowakische Beteiligte und Analytiker

bieten nur allzu gerne neue und klare Unterscheidungen an, sei es, um die Situation zu erklären, sei es, um sie zu gestalten. Leider bieten sie nicht nur eine oder zwei, sondern gleich ein Dutzend oder noch mehr solcher neuer Gegensatzpaare an.

Die eigentliche Trennlinie, sagt Lech Wałęsa, verläuft zwischen einem »Pluralismus« und dem »neuen Monopol« seiner früheren Berater. Nein, es ist der Gegensatz zwischen parlamentarischem Konstitutionalismus und außerparlamentarischem Populismus, meint Bronisław Geremek. Die Europäer stehen gegen die Nationalisten, sagt Adam Michnik. Nein, sagen wieder andere, der eigentliche Konflikt besteht zwischen den unterrepräsentierten Arbeitern und der überrepräsentierten Intelligenz. Oder zwischen Stadt und Land. Oder einfach zwischen denen, die an der Macht sind, und denen, die sie erobern wollen: zwischen denen drinnen und denen draußen. Dann kommt wieder einer und sagt zur Erleichterung vieler verwirrter westlicher Beobachter, letzten Endes gehe es nach wie vor um den Gegensatz zwischen links und rechts. Ach woher denn, sagt ein anderer, in Wirklichkeit ist es die Front zwischen den Liberalen der Linken oder Rechten und den Illiberalen der Linken oder Rechten. Und so weiter und so fort.

Im U-förmigen ungarischen Parlament sitzen, beginnend links vom Rednerpult, einige unabhängige Mitglieder, dann die Sozialisten (d.h. die ehemaligen Kommunisten), die Jungdemokraten, die Freidemokraten, die Kleinbauern, die Mitglieder des Demokratischen Forums und schließlich die Christdemokraten. Das ergibt ein scheinbar klares Bild: von links nach rechts. Doch nicht so voreilig: Die Wirtschaftspolitik der Freidemokraten ist weit radikaler marktwirtschaftlich orientiert als die des Demokratischen Forums, während auf dem rechten Flügel des Demokratischen Forums Mitglieder sitzen, die der protestantischen, populistischen *Linken* zugerechnet werden: Agrarromantiker, die dem Kapitalismus zutiefst misstrauisch gegenüberstehen.

Machen wir einen neuen Versuch. Die Haupttrennlinie verläuft zwischen zwei verschiedenen Ungarn, dem kosmopolitischen, urbanen, am Westen orientierten Ungarn, exemplarisch vertreten durch die mehrsprachigen jüdischen Intellektuellen der Freidemokraten, und einem nationalistischen, populistischen, gelegentlich auch antisemitischen siebenbürgischen Ungarn, vertreten durch die einsprachigen Intellektuellen des Demokratischen Forums. Aber dann erläutert der Außenminister (vom Demokratischen Forum), Géza Jeszenszky, ein charmanter, gebildeter Diplomatiehistoriker, seinem Gesprächspartner zwanzig Minuten lang in fließendem Englisch eloquent und leidenschaftlich, warum das ein Zerrbild ist. Und die Mitglieder der populistischen »Linken« (oder ist es die »Rechte«?) belegen das schön durch ihre heftigen Angriffe auf ihren eigenen Premierminister, József Antall, und sein gemütliches Kabinett aus christdemokratischen oder Gladstone-

liberalen Ehrenmännern. Sie behaupten, in vielen Fragen stehe Antall den Freidemokraten näher als ihnen, und im privaten Kreis werden manche Freidemokraten dem sogar zustimmen. Aber dann ist es wiederum Antall, ein strenggläubiger Katholik, und nicht einer der protestantischen Populisten, der sich nachdrücklich für eine politische Maßnahme eingesetzt hat, die den Frei- und den Jungdemokraten ein ganz besonderes Ärgernis ist: In den Schulen soll der – möglicherweise ausschließlich katholische – Religionsunterricht wieder Pflichtfach werden. Alles klar?

In Polen liegen die Dinge nicht weniger kompliziert. Nehmen wir zum Beispiel zwei prominente Exponenten gegensätzlicher Auffassungen: Adam Michnik, Chefredakteur der *Gazeta Wyborzca*, und Jarosław Kaczyński, von Lech Wałęsa zum Chefredakteur von *Tygodnik Solidarność* bestellt und wichtiger Wortführer der sogenannten Zentrumsverständigung, einer Pro-Wałęsa-Partei. Michnik behauptet, die eigentliche Trennlinie in der gegenwärtigen polnischen Politik sei immer noch dieselbe, wie sie sich in der einen oder anderen Form durch die Geschichte aller ost- und mitteleuropäischen Länder – von Deutschland bis Russland, von Polen bis Rumänien – hindurchziehe, nämlich die zwischen Slawophilen und Westlern, Populisten und Urbanisten, Kultur und Zivilisation.

Eine Schwierigkeit seiner Position besteht darin, dass sie letztlich die Möglichkeit einer modernen, liberalen, europäischen, christlichen Demokratie in Ostmitteleuropa ausschließt. Anfang Juni dieses Jahres wohnte Premierminister Tadeusz Mazowiecki einer Konferenz von ebenjenen europäischen christlichen Demokraten bei, zu der József Antall in Budapest eingeladen hatte und auf der Helmut Kohl die Starrolle spielte. Einige Mazowiecki nahestehende Politiker haben ein Forum der Demokratischen Rechten gegründet, das genau dies sein will: demokratisch und rechts. Aber nach Ansicht Michniks würde die Dynamik der polnischen Politik eine betont liberale, tolerante, europäisch-christliche Demokratie fast unausweichlich in die Fluten einer intoleranten, nationalistischen, chauvinistischen Nationaldemokratie (*endecja*) reißen.

Kaczyński wiederum hat einen ganz anderen Gegensatz anzubieten. Für ihn repräsentieren Michnik und Geremek »die Linke«. Für sich selbst würde er das Etikett »mitte-rechts« akzeptieren. Was das Besondere dieser Linken ausmache, wollte ich von ihm wissen. Ohne zu zögern nannte er vier Unterschiede. Der erste betreffe die Einstellung zum Eigentum. Er und seine Kollegen seien eindeutig für Privateigentum, während »die Linke« in dieser Frage wesentlich zweideutiger sei. Zum zweiten sei da die Haltung von Michnik und Geremek gegenüber den Kommunisten. Noch im Herbst hatte Michnik argumentiert, es komme wesentlich darauf an, ein Bündnis mit den reformwilligen (Ex-)Kommunisten zu schließen. In den Augen Kaczyńskis drück-

ten sich darin auch ideologische Präferenzen aus: ein rot-rosarotes Kontinuum. Drittens gab es die Haltung gegenüber der Kirche. Zugegeben, Michnik bezog sich mehrfach auf christliche Werte und äußerte seine Bewunderung für die antitotalitäre Rolle der Kirche in der Geschichte, aber dahinter stecke noch immer ein Misstrauen, ein Antiklerikalismus, den sie, die »mitte-rechts« stehen, nicht teilten. Und viertens würden Michnik und Geremek ein grundlegendes, tiefsitzendes Misstrauen gegenüber dem einfachen polnischen Volk hegen, während die Anhänger der »Mitte-rechts-Richtung« vom gesunden Menschenverstand der kleinen Leute überzeugt seien.

Kaczyński ist nicht dumm, und zumindest an den drei letztgenannten Punkten ist etwas dran. Aber die Wahrheit des Ganzen ist geringer als die eines seiner Teile. Denn das Gesamtbild, das er zeichnet, ist das einer Verschwörung: einer Verschwörung gegen die kleinen Leute, vorbereitet in dem von Autoren der *Tygodnik Solidarność* so bezeichneten »Warschau-Krakauer-Salon« und angeführt von dem teuflischen Paar »Michnik und Geremek«, deren Namen immer und immer wieder genannt werden.

Diese Haltung als versteckten Antisemitismus zu erklären, wäre ebenso vereinfachend wie die Behauptung, die polnisch-jüdische Geschichte gebe für dieses Argument nichts her. Am besten lässt sie sich meiner Meinung nach mit der Kategorie der *Restbilder* beschreiben. In dem, was Jarosław Kaczyński sagt, und mehr noch in dem, was einige der deutlicher rechts stehenden Gruppen sagen, lässt sich das Restbild einer jüdischen Verschwörung ausmachen; in dem, was Adam Michnik sagt, das eines Pogroms. (Selbstverständlich sind diese Restbilder nicht historisch symmetrisch zueinander, denn eine jüdische Verschwörung hat es nie gegeben, wohl aber Judenpogrome. Es darf auch nicht vergessen werden, dass Polen noch vor 22 Jahren eine von den Kommunisten angeführte antisemitische Kampagne erlebt hat.) In beiden Fällen liegt die Betonung jedoch auf dem Wort Rest. Zu behaupten, das in diesen Bildern Aufscheinende sei in der einen oder anderen Form der »wirkliche« Unterschied, der Weisheit letzter Schluss, wäre ebenso irrig wie die Reduzierung der vorliegenden Argumente auf irgendeine andere, einzige Dichotomie: links/rechts, europäisch/nationalistisch, monopolistisch/pluralistisch, Arbeiter/Intelligenz, Teilhaber an der politischen Macht/von der politischen Macht Ausgeschlossene.

Vielleicht tun wir etwas klüger daran zu erkennen, dass das, was der Kommunismus hinterlassen hat, ein einziges Durcheinander ist, eine Zersplitterung und Kakophonie von Interessen, Einstellungen, Auffassungen, Idealen und Traditionen – eine *miazga*. Das kommunistische System der letzten Jahre hat vielleicht die Bezeichnung »totalitär« nicht verdient, aber es war zweifellos posttotalitär. Viele Elemente der *civil society*, elementare Eigentumsrechte, Rechtsformen, intermediäre Institutionen, die selbst unter den Dikta-

turen in Spanien, Griechenland oder Lateinamerika fortbestanden, wurden in Osteuropa und noch konsequenter in der Sowjetunion zerstört. Insofern mag die Unterscheidung totalitär/autoritär noch eine gewisse Berechtigung haben.

Ein russischer Witz zum Übergang aus dem Kommunismus verdeutlicht den Sachverhalt besser als jede gelehrte Abhandlung: Wir wissen zwar, dass man aus einem Aquarium eine Fischsuppe machen kann; die Frage ist nur, ob es auch umgekehrt funktioniert. In Ostmitteleuropa liegen die Dinge etwas weniger hoffnungslos, weil man es hier eher mit einer Gulasch- als mit einer Fischsuppe zu tun hat. (Nach dem Gulaschkommunismus kommt das postkommunistische Gulasch.) Hier schwimmen große Brocken von Zivilgesellschaft wie das Fleisch in der Gulaschsuppe herum: Bauern mit Eigentum an Grund und Boden, Kirchen, Universitäten, Kleinunternehmer. Aber noch immer ist es ein sehr weiter Weg von der Gulaschsuppe zum üblichen Fleischgericht der entwickelten westeuropäischen Gesellschaften, mit ihren relativ kohärenten Blöcken von Interessen, Zielen und Traditionen, die ihren politischen Ausdruck durch eine kleine Anzahl von relativ dauerhaften politischen Parteien finden.

In Ostmitteleuropa gibt es heute zwar Ansätze einer politischen Differenzierung auf der Grundlage sozioökonomischer Unterschiede. So waren beispielsweise seit der Bildung der Regierung Mazowiecki die Bauern mit Landbesitz die ausgeprägteste und entschiedenste Interessengruppe in der polnischen Politik. Aber noch immer kann man sich dort eine auf soziale Gruppen orientierte Politik nur schwer vorstellen. Wałęsa und seine politischen Verbündeten mögen gelegentlich im Namen »der Arbeiter« sprechen, aber in Wirklichkeit ist die Schicht der Arbeiter fast ebenso gespalten wie die Intelligenz, und zwar zwischen denen, die von dieser oder jener marktwirtschaftlichen Maßnahme wahrscheinlich einen Vorteil haben, und denen, die daraus Nachteile für sich befürchten müssen. In Polen gibt es bis heute keine nennenswerte vermögende Mittelschicht. In Ungarn meint der Soziologe Elemér Hankiss bereits ein zahlenmäßig kleines Großbürgertum ausmachen zu können (einschließlich der »roten Barone«, die ihre Parteiposten dazu missbrauchten, größere Beteiligungen an den neuen Privatunternehmen zu erwerben, und der »grünen Barone« der landwirtschaftlichen Genossenschaften) sowie ein größeres Kleinbürgertum, das vielleicht zwei Millionen Angehörige zählt. Aber auch er kann keinen signifikanten Zusammenhang feststellen zwischen diesen beiden neuen Schichten und der Zugehörigkeit zu bestimmten politischen Parteien.

In Polen und Ungarn verläuft die entscheidendere Trennlinie möglicherweise zwischen denen, die davon überzeugt sind, dass eine parlamentarische Politik etwas in ihrem Alltagsleben verändern kann, und denen, die daran nicht glauben. Bei den ersten freien Wahlen in diesen Ländern seit über 40

Jahren war die Wahlenthaltung erstaunlich hoch. Bei den Parlamentswahlen in Polen im vergangenen Jahr betrug sie knapp 40 Prozent, bei den Kommunalwahlen im Mai diesen Jahres fast 60 Prozent, beim ersten Durchgang der Wahlen zum ungarischen Parlament rund 35 und beim zweiten rund 55 Prozent.

Andererseits wäre die Behauptung, es gebe keine ideologischen Trennlinien, ebenso unzutreffend. Natürlich gibt es sie. Sie zeigen sich beispielsweise in einer der wichtigsten Debatten in der gegenwärtigen Politik aller ostmitteleuropäischen Länder, nämlich in der Debatte über die Frage, wie man bei der Privatisierung von staatlichem Eigentum verfahren soll. Welche Grenzen sollen gegebenenfalls einer ausländischen Beteiligung gezogen werden? Soll man der gegenwärtigen Leitung staatlicher Unternehmen gestatten, diese in Aktiengesellschaften umzuwandeln, oder sollte man sie besser den Arbeitern als Eigentum übergeben? Sollte man vielleicht die gesamte Bevölkerung daran beteiligen? Aber auch hier sind die unterschiedlichen Auffassungen nicht klar und einfach genug, um als Grundlage unterschiedlicher politischer Parteien zu dienen. Der Streit geht genaugenommen darum, wie man bei der Privatisierung verfahren, aber nicht darum, ob überhaupt privatisiert werden soll. Ein Gesetz, das die Ausgabe von Aktien sowohl an die Beschäftigten der jeweiligen Betriebe als auch an die Gesamtbevölkerung vorsah, wurde Mitte Juli vom polnischen Sejm mit einer Allparteienmehrheit von 328 zu 2 Stimmen verabschiedet.

Wenn die postkommunistische Parteienbildung weder auf sozialen Gruppen noch auf Ideologien basiert, worauf stützt sie sich dann? Im Augenblick scheint es darauf nur diese Antwort zu geben: auf die Geschichte und den Westen. Westliche Modelle spielen in Osteuropa eine wesentliche Rolle sowohl bei der Gestaltung der neuen politischen Institutionen als auch bei der Bildung von Parteien. Überall hat man westliche Fachleute herangezogen, um deren Rat anzuhören. In innenpolitischen Diskussionen über die neuen Verfassungen bezieht man sich immer wieder auf das »französische«, das »italienische« oder das »deutsche Modell«. Das letztgenannte ist besonders erwähnenswert.

Deutschland hat im Lauf der Jahrhunderte den osteuropäischen Ländern vieles zu bieten gehabt, aber das Modell einer Demokratie gehörte nicht dazu. Heute hingegen ist das westdeutsche Demokratiemodell vermutlich von allen das relevanteste, da es auf den Ruinen einer totalitären Diktatur errichtet wurde und bewusst die Wiederkehr einer solchen Herrschaftsform verhindern sollte. Es ist gewissermaßen ein westliches System, das auf mitteleuropäischen Erfahrungen aufbaut. Westdeutsche Verfassungsbestimmungen wie die Fünf-Prozent-Klausel oder das konstruktive Misstrauensvotum wurden von der Tschechoslowakei und von Ungarn direkt übernommen. Die westdeutschen Parteien mit ihren reichen und aktiven Stiftungen spielen ebenfalls eine Rolle.

Im Augenblick ist die CDU offenbar besonders erfolgreich, während die SPD sich mit dem Problem herumschlagen muss, dass sich die früheren Kommunisten heute überall in Osteuropa als Sozialdemokraten bezeichnen.

Dann die Geschichte. Ich habe bereits einige der Restbilder genannt, von denen die polnische und ungarische Politik geformt und gefärbt wird. In der Tschechoslowakei sind die einzigen zur Zeit klar erkennbaren Trennlinien historisch-nationaler Art, wobei in der tschechischen und der slowakischen Regierung jeweils eine tschechische bzw. slowakische Spielart der Bürgerbewegung dominieren und beide gegen slowakische Nationalisten, ungarische Nationalisten in der Slowakei und gegen die Befürworter einer mährischen und schlesischen Autonomie zu kämpfen haben. Doch dieser Nachhall der Zwischenkriegsperiode ist nur ein Teil der Geschichte. Sowohl die jüngste als auch die weiter zurückliegende Vergangenheit haben ihre Auswirkungen.

Um die heute bestehenden Konflikte zu verstehen, bräuchte man in der Tat eine kollektive Biographie der letzten 40 Jahre. Die Mitglieder des Ungarischen Demokratischen Forums machen zum Beispiel den Freidemokraten häufig den Vorwurf, sie seien ehemalige Marxisten, während sie selbst sich nie irgendwelche Illusionen gemacht hätten. Ähnliche Vorwürfe sind in Polen zu vernehmen. Andererseits stellten diejenigen, die sich keinen Illusionen über den Kommunismus hingegeben hatten, in der Mehrzahl zu keiner Zeit eine besonders aktive Opposition dar. Der begabte Siebenbürger Philosoph und Abgeordnete der Freidemokraten, Gáspár Miklós Tamás, nennt sie »die Schläfer«. In der heutigen Politik gibt es die Klasse der Achtundvierziger, die Klasse der Sechsendfünfziger, die Klasse der Achtundsechziger, die Klasse der Achtziger und (am größten von allen) die Klasse der Neunundachtziger, und sowohl innerhalb jeder dieser Klassen wie zwischen ihnen gibt es komplexe persönliche Geschichten von Freundschaft und Rivalität. Man kann die politischen Orientierungen einzelner Personen von heute nicht verstehen, ohne etwas darüber zu wissen, *wer* in den letzten 40 Jahren *wem* was angetan hat.

Manchmal kann man den Spaten allerdings auch zu tief ansetzen. So gab es beispielsweise in den letzten zehn Jahren nicht zu übersehende Differenzen in Ton und Stil zwischen Tadeusz Mazowiecki und Lech Wałęsa – Mazowiecki immer diplomatisch, auf der Hut, keinen Fehler zu begehen, ein Kabinettspolitiker, Wałęsa direkt, instinktiv und ein Volkstribun. (»*Panie Tadeuszu!*« höre ich Wałęsa heute noch zu Mazowiecki in einer belagerten Leninwerft während deren Besetzung im weit zurückliegenden Jahr 1988 sagen, »*Panie Tadeuszu!* Du bist der Mann für Verhandlungen, du bist für Weisheit da.«) Dennoch sind die Ursprünge des Konflikts zwischen den beiden Männern im wesentlichen allein in den Entwicklungen des letzten Jahres zu suchen, als Tadeusz Mazowiecki im Amtszimmer des Ministerpräsidenten in Warschau saß und Lech Wałęsa in Danzig.

»Wie man die Dinge sieht, hängt davon ab, wo man sitzt«, hatte Wałęsa es ausgedrückt. Im vergangenen Herbst waren die Bürgerbewegungen in Polen wie in der Tschechoslowakei überzeugt, ihnen stehe so etwas wie ein »Marsch durch die Institutionen« bevor. Aber was ich erlebt habe, war gerade das Gegenteil: einen Marsch der Institutionen durch die Menschen. Es ist bemerkenswert, wie schnell und uneingeschränkt sich die Menschen mit jenem besonderen Teil des politischen Systems identifizieren, in dem sie, zunächst fast zufällig, inzwischen ihren Dienst verrichten: mit der Regierung im Unterschied zum Parlament, mit dem Parlament im Unterschied zur außerparlamentarischen Bewegung, mit dem Präsidentenamt (in der Prager Burg) im Unterschied zur Regierung usw.

Gleichzeitig sind die Elemente von Geschichte, Tradition und politischer Kultur nicht zu übersehen, die nicht Monate, sondern Jahrhunderte weit in die Vergangenheit zurückreichen. Sie lassen sich offensichtlich schwieriger analysieren und beurteilen. Aber auf jeden Fall spielen sie eine Rolle. Als ich im Großen Hörsaal der Warschauer Universität eine Versammlung von Lech Wałęsas Bürgerkomitee verfolgte, mit ihren bühnengerechten Auf- und Abtritten, ihren leidenschaftlichen Reden, vehementen Zwischenrufen aus dem Parkett und den Verschwörerischen Grüppchen in den Gängen, überschrieb ich meine Aufzeichnungen mit dem einen Wort *Sejmik* (wörtlich: »kleines Parlament«, die alte Bezeichnung der regionalen Adelsversammlungen, aus denen der Sejm hervorging). Dann saß plötzlich der Filmregisseur Andrzej Wajda neben mir und sagte: »Wie Sie sehen, bräuchten sie nur noch Säbel, und sie schlagen draußen aufeinander los.«

Mitten in diesem verwirrenden Durcheinander der von der Intelligenzija veranstalteten Politik – verwirrend nicht nur für den Außenstehenden, sondern auch für einen Großteil der Bevölkerung –, mit ihren seltsamen Beimischungen von Pilsudski und Olof Palme, Horthy und Thatcher, Masaryk und von Weizsäcker, Bundestag und *Sejmik*, *endecja* und CDU, wäre der einzig ernsthafte Weg zu einem wirklichen Verständnis eine detaillierte historische und im Falle der Hauptpersonen biographische Erzählung. In Ermangelung einer solchen kann man sich probeweise auf die eine oder andere Verallgemeinerung einlassen.

3.

Einer meiner Freunde hat einen dicken Aktenordner, der durch nur zwei Buchstaben gekennzeichnet ist: »ÜD«. Er enthält Einladungen zu Konferenzen zum Thema »Übergang zur Demokratie« in Osteuropa. ÜK wäre wahrscheinlich eine passendere Abkürzung. Was man mit Sicherheit in sämtlichen früheren Ostblockländern und in einem Großteil der Sowjetunion beobachten kann, ist ein Übergang aus dem Kommunismus. Doch der einzige

Fall, in dem man fast hundertprozentig sicher sein kann, dass der Übergang tatsächlich zur Demokratie führen wird, ist der der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die künftig zwar nicht mehr »demokratisch« heißen, dafür jedoch demokratisch sein wird. Man wird allerdings der DDR-Bevölkerung wohl nicht zu nahe treten, wenn man sagt, dass diese Demokratie mindestens ebenso sehr von außen importiert wie im eigenen Lande gewachsen sein wird.

Innerhalb der Sowjetunion gehen die Ziele solcher europäischer Völker wie der Esten, Letten und Litauer sowie der europäischen Russen eindeutig in dieselbe Hauptrichtung – hin zu einer liberalen Demokratie, einer freien Marktwirtschaft und einem Rechtsstaat –, doch die Probleme, denen sie sich gegenübersehen, sind sowohl anderer Art (da diese Völker einem Vielvölkerstaat angehören) als auch tiefgreifender (Fischsuppe statt Gulasch). In den Balkanländern liegen die Dinge noch einmal anders; dort findet gegenwärtig ein Übergang statt aus einer (dem Namen nach) kommunistischen zu einer nicht-(oder ex-)kommunistischen Diktatur in Rumänien, und Jugoslawien hat mit ethnischen Problemen zu kämpfen, die eher mit denen der Sowjetunion als der ostmitteleuropäischen Länder vergleichbar sind.

Die Kernländer Ostmitteleuropas, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei, bilden deshalb vorläufig einen Sonderfall. Man könnte ebenso gut von einem Testfall sprechen, denn der Erfolg oder Misserfolg ihrer Anstrengungen wird die zukünftigen Entwicklungen in den Balkanländern und den Ländern der Sowjetunion – sofern »Union« dann noch das richtige Wort sein wird – beeinflussen. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei sind die drei exkommunistischen Länder, die im Augenblick eindeutig versuchen, auf den Ruinen einer Diktatur ihre jeweils eigene Demokratie zu errichten. Ungarn und die Tschechoslowakei hatten völlig freie Parlamentswahlen, die nach Aussagen sämtlicher Beobachter fair abgewickelt wurden. Polen hatte nur zum Teil freie (aber völlig faire) Parlaments- und völlig freie Kommunalwahlen. Bei diesen Wahlen gab es zwar kein »normales« Parteienspektrum wie in Westeuropa, aber dennoch gingen daraus echte Parlamente hervor. Es werden neue Verfassungen formuliert. Es gibt bereits gesetzlich garantierte Rede-, Versammlungs- und Religionsfreiheit. Es gibt eine freie Presse, obgleich die Praxis eines unabhängigen Journalismus noch viel zu wünschen übriglässt – vor allem im Fernsehen, dem entscheidenden Medium. Die Menschen können frei reisen und sind nur durch die Knappheit an harten Devisen eingeschränkt. Die zunehmende Konvertibilität ihrer eigenen Währungen ist ebenfalls ein wesentliches Element der Freiheit und Würde. Das Alltagsleben verliert seine Abnormitäten.

Diese Länder haben sich demnach voller Hoffnung auf den Weg gemacht, aber wo werden sie ankommen? Es ist fast eine Binsenweisheit, dass die

Chancen für den politischen Übergang aus der Diktatur in eine Demokratie zu einem Großteil vom Übergang aus der Plan- in eine Marktwirtschaft abhängen. Aber es ist ebenso wahr, dass die Chancen für den wirtschaftlichen Übergang vom politischen Übergang abhängen. Es ist nach meiner Meinung etwas irreführend, das Problem als das eines möglichen »Scheiterns« des wirtschaftlichen Übergangs zu kennzeichnen. Denn selbst ein »Erfolg« wird hier zumindest in der Anfangszeit äußerst schmerzhaft sein. Wie Ralf Dahrendorf schreibt, ist dieser Übergang *zwangsläufig* ein Tal der Tränen. Dieses Tal mag flacher oder tiefer, kürzer oder länger sein, aber es wird in jedem Fall ein Tal sein. Selbst die Westdeutschen, die 1948 weit günstigere Startbedingungen hatten, wurden zunächst ärmer, bevor sie reicher wurden. (Natürlich stellen die unrealistischen Erwartungen in der Bevölkerung der ostmitteleuropäischen Länder ein Problem dar: Es gibt eine kurzschlüssige Gleichsetzung der Anfänge des Wirtschaftswunders der fünfziger Jahre mit der sichtbaren Realität des westdeutschen Wohlstands von heute. Vielleicht sollte das Goethe-Institut eine Wanderausstellung veranstalten, die das harte Alltagsleben in Westdeutschland zu Beginn der fünfziger Jahre zeigt.) In der Tschechoslowakei spricht man davon, eine »sanfte Landung« anzustreben. Aber das eigentliche Problem ist nicht die sanfte Landung, sondern ein sanfter Start. Den werden nicht einmal die Ostdeutschen erleben.

Die Frage, die sich damit sofort stellt, lautet: Welche Spielart einer demokratischen Politik kann von einer Regierung hervorgebracht werden, die einerseits genügend stark, stabil und konsequent ist, um die notwendige Härte in der Steuer-, Geld- und Wirtschaftspolitik über einen Zeitraum von mehreren Jahren hinweg durchzuhalten, und andererseits hinreichend flexibel und sensibel agiert, um den größeren Teil der unvermeidlichen Unzufriedenheit der Bevölkerung in parlamentarische oder zumindest legale Kanäle zu leiten und damit den Rückgriff auf außerparlamentarische, ungesetzliche und letztlich undemokratische Mittel zu verhindern? (Zu dieser Herausforderung ist es bereits ganz direkt in Polen gekommen, als Kleinbauern das Landwirtschaftsministerium besetzt und überall im Land die Straßen blockiert hatten.)

Für manche in Polen und der Tschechoslowakei ergibt sich aus diesen Erfordernissen anscheinend die Notwendigkeit eines starken Präsidenten. Bei einer Anfang Juli in Polen durchgeführten Meinungsumfrage sprachen sich 52 Prozent der Befragten dafür aus, die höchste Staatsgewalt dem Präsidenten zu übertragen, während 43 Prozent für das Parlament als höchstes Staatsorgan plädierten. (In Ungarn ist der Streit um diese Frage offenbar zugunsten des Parlaments entschieden worden, während dem Präsidenten wenig reale Macht, dafür aber zahlreiche Einflussmöglichkeiten eingeräumt wurden.) Der amerikanische Politikwissenschaftler Alfred Stepan hat überzeugend dargelegt, dass nach den Erfahrungen der südeuropäischen und lateiname-

rikanischen Länder beim Übergang von einer Diktatur in eine Demokratie ein unverwässertes parlamentarisches System bessere Chancen bietet, den notwendigen Ausgleich herzustellen, als ein Präsidialsystem. Präsidenten sind in der Regel weniger gut in der Lage, für schmerzhaft (d.h. antiinflationäre) wirtschaftspolitische Maßnahmen Zustimmung zu mobilisieren als parlamentarische Koalitionen. Ein Staatspräsident wird entweder zu einem schwachen Präsidenten, weil er sich der Mehrheit beugt, oder er festigt seine Stellung, indem er sich nicht der Mehrheit unterwirft. Es ist natürlich die Frage, inwieweit sich eine solche Erfahrung auf eine Region mit einer ganz anderen Geschichte und der beispiellosen Aufgabe anwenden lässt, nicht nur ein autoritäres, sondern ein posttotalitäres Staatswesen, und nicht nur eine staatlich reglementierte Volkswirtschaft, sondern eine zentrale Planwirtschaft umzugestalten.

Wie auch immer, was ich an Ort und Stelle in Ostmitteleuropa gesehen habe, spricht eher gegen ein Präsidialsystem. Angesichts der Zersplitterung und Verwirrung von Zielen, Interessen und Traditionen, wie ich sie oben skizziert habe, lässt sich nur mit Mühe erkennen, wie selbst ein außerordentlich populärer oder charismatischer Präsident über einen hinreichend langen Zeitraum hinweg die erforderliche freiwillige Zustimmung aufrechterhalten soll, damit jene schmerzhaften wirtschaftspolitischen Maßnahmen auch wirklich greifen können, ohne dass er eine nationalistische Leidenschaft gegen wirkliche oder angebliche Feinde mobilisiert – die Russen? die Deutschen? die Juden? die Rumänen? –, die den Platz der Kommunisten einnehmen. Aber eine derartige undemokratische, nationalistische Mobilisierung würde ihrerseits den geplanten wirtschaftlichen Übergang gefährden, der ganz entscheidend von dem anhaltenden guten Willen und dem aktiven Engagement der westlichen Demokratien abhängt.

Nein, der politische Schlüssel zur Herstellung eines solchen Konsenses kann nur in der Bildung starker, frei gewählter Koalitionen bestehen. Bis zur Niederschrift dieses Artikels im Juli 1990 hat jedes der ostmitteleuropäischen Länder zwei dieser Bedingungen erfüllt, aber keines alle drei. Ungarn hat eine frei gewählte Koalitionsregierung. Doch bislang ist es offenbar eine schwache Koalitionsregierung, in der die Juniorpartner (z.B. die Partei der Kleinbauern) sich fast so verhalten, als gehörten sie gar nicht der Koalition an, während der wichtigste Partner, das Demokratische Forum, selbst eine Koalition in der Koalition darstellt. Auch hat die Regierung Antall bislang noch keinen Architekten der wirtschaftlichen Umgestaltung gefunden, der mit Leszek Balcerowicz in Polen oder Václav Klaus in der Tschechoslowakei vergleichbar wäre.

Die Tschechoslowakei hat eine frei gewählte Regierung – tatsächlich hat sie drei frei gewählte Regierungen, eine tschechische, eine slowakische und eine Bundesregierung. Wenn Präsident Havel mit seiner ganzen Autorität

fest hinter den politischen Maßnahmen steht, die vom Finanzminister Václav Klaus – der weiß, dass es so etwas wie einen sanften Start nicht gibt – vorgeschlagen wurden, dann kann die Bundesregierung auch eine starke Regierung sein. Aber sie ist keine Koalition, wenn man darunter eine Regierung versteht, die aufgrund eingehender Verhandlungen zwischen verschiedenen parlamentarischen Parteien zustande gekommen ist: Da die (aus der Bundesrepublik übernommene) Fünf-Prozent-Klausel bei den Wahlen zur Eliminierung praktisch aller kleineren Parteien geführt hat, die sich am Wahlkampf beteiligten, blieben das Bürgerforum in den tschechischen Landesteilen und in geringerem Ausmaß die »Öffentlichkeit gegen Gewalt« in der Slowakei als übermächtige Blöcke zurück, denen als Opposition im Parlament lediglich die Kommunisten und die Nationalisten (sowie einige Christdemokraten in der Slowakei) gegenüberstehen.

Konkurrierende Parteien müssen sich deshalb aus dem Bürgerforum heraus entwickeln. Es gibt bereits Ansätze zu politischen Gruppierungen im Bürgerforum und eine erste angekündigte Partei, das neoliberale (oder neokonservative?) Bürgerlich-Demokratische Bündnis. Diese Parteien werden sich bis zu den nächsten, für 1992 angesetzten Wahlen herauskristallisieren und genauer definieren müssen. Deshalb wird das Bürgerforum auf die Dauer eher auseinandergerissen als zusammengeschweißt werden. Wie sich dieser notwendige Pluralismus mit der Einigkeit vereinbaren lassen soll, die zur Durchsetzung einer harten Wirtschaftspolitik unabdingbar ist, diese Frage konnte mir in Prag niemand beantworten.

Polen seinerseits hatte vom Zeitpunkt der Regierungsbildung unter Tadeusz Mazowiecki im September 1989 bis zum Frühsommer diesen Jahres etwas, das es in seiner Geschichte nicht oft gegeben hat: eine starke Koalitionsregierung. Es war eine breite Koalition, beherrscht von *Solidarność*-Ministern, bei der freilich wichtige Ämter (Verteidigung, Inneres) mit Kommunisten besetzt waren und an der auch Vertreter der früheren Blockparteien (Demokratische Partei, Bauernpartei) beteiligt waren. Diese Koalition erwies sich als stark genug, um in den ersten sechs Monaten ein beachtliches Maß an nationalem Konsens gegenüber der radikalsten und schmerzhaftesten wirtschaftlichen Schocktherapie zu wahren, den die ehemaligen kommunistischen Länder bis jetzt erlebt haben, dem sogenannten Balcerowicz-Plan.

Das Problem ist nur, dass es sich dabei nicht um eine frei gewählte Koalitionsregierung handelte. (Bei der Wahl vom 4. Juni 1989 wurden als Ergebnis der Verhandlungen am Runden Tisch 65 Prozent der Sitze im Unterhaus des Parlaments für die Kommunisten und deren Bündnispartner reserviert.) Nachdem alle übrigen Länder Osteuropas freie Parlamentswahlen abgehalten, nachdem die Tschechoslowakei mit Václav Havel und Ungarn mit Árpád Göncz Bühnenaufsteigern zu Präsidenten gemacht hatten, erschien es zuneh-

mend anachronistisch und beschämend, dass Polen – die ganzen achtziger Jahre hindurch der Vorreiter – noch immer ein manipuliertes Parlament und, Himmel hilf, General Jaruzelski zum Präsidenten hatte. Einen sichtlich veränderten General Jaruzelski, gewiss, so sanftmütig, dezent, zivil und kooperativ wie jeder westeuropäische konstitutionelle Monarch, aber eben – Jaruzelski.

Schließlich wurde die polnische Politik von Danzig aus durch Lech Wałęsas Herausforderung verändert. Aber selbst wenn Wałęsa sich wie – sagen wir, wie Jaruzelski – verhalten hätte, wäre das Problem virulent geworden. Es erscheint mir ziemlich unwahrscheinlich, dass unter den gegebenen äußeren Umständen die Regierung Mazowiecki und das, wenn man es so nennen darf, Geremek-Parlament an dem ursprünglichen Zeitplan hätten festhalten können, erst im Frühjahr 1991 freie Parlamentswahlen abzuhalten. Selbst wenn ihnen das möglich gewesen wäre, so hätten sich fast mit Sicherheit aus der breiten Bewegung der Bürgerkomitees rivalisierende Parteien herauskristallisiert.

Diese Bürgerkomitees sind eigenartige Schöpfungen. Das zentrale Komitee wurde von einer Gruppe intellektueller Berater Lech Wałęsas ins Leben gerufen. Während der vergangenen sechs Monate wurde es erweitert und umfasste Vertreter ganz unterschiedlicher politischer Gruppierungen – Wałęsa hatte es so gewollt, gegen den Widerstand zahlreicher Gründungsmitglieder. Die regionalen Bürgerkomitees entstanden auf Initiative der Führung von *Solidarność* (Wałęsa, Geremek und Mazowiecki, die damals noch einträchtig miteinander arbeiteten), um die historische Wahl vom 4. Juni zu gewinnen. Sie hatten weder eine klare Struktur noch Bestimmungen über die Aufnahme von Mitgliedern. Jeder, »der sich dort wohlfühle«, konnte mitmachen, wie ein Mitglied erklärte. Diese Form einer spontanen, quasirevolutionären Basisdemokratie hat seit jenem Wahltag natürlich zu zahllosen Spannungen und Konflikten geführt.

Tatsächlich lässt sich das Dilemma der Bürgerkomitees in Polen mit dem des Bürgerforums in der Tschechoslowakei vergleichen. Nachdem die Wähler gezeigt hatten, dass sie ihr Vertrauen noch immer diesen Erben der Revolution schenken (bei den Kommunalwahlen im Mai sicherten sich die polnischen Bürgerkomitees gut 41 Prozent der Stimmen), stand fest, dass der Prozess einer demokratischen Pluralisierung ebenso innerhalb wie außerhalb der Bewegung vor sich gehen musste.

Das gehört zu den Dingen, die Lech Wałęsa am nachdrücklichsten wiederholt holt. Es war allerdings nicht das einzige, was er sagte. In einem Feuerwerk von Interviews und Reden hat er ganz Unterschiedliches und viel Widersprüchliches gesagt, manches Kluge und manches Dumme, Komisches und weniger Komisches. Es gibt zwei Möglichkeiten, den »Krieg an der Spitze«

zu betrachten, den Wałęsa in diesem Frühjahr erklärt hat. Die eine besteht darin, dass Wałęsa, der den Kontakt zum Mann auf der Straße hielt, feststellte, dass mit der Regierung, an deren Bildung er maßgeblich beteiligt war, nicht alles gut lief. Seine früheren intellektuellen Berater und Genossen richteten sich etwas zu gemütlich ein in ihrer undemokratisch zustande gekommenen Warschauer Koalition, ihrem »neuen Monopol«. Inzwischen verliefen die politischen wie die wirtschaftlichen Änderungen zu schleppend. Sofern es überhaupt zu Privatisierungen kam, nutzten sie den Angehörigen der alten Nomenklatura statt den einfachen Leuten. Mit steigenden Preisen und wachsender Arbeitslosigkeit wuchs auch der Unmut in der Bevölkerung; man denke etwa an den Streik der Eisenbahner und andere Streiks, die nur von Wałęsa mit seiner Autorität und seinem Charisma beendet werden konnten.

Was man also brauchte, war eine »Beschleunigung«. Natürlich eine Beschleunigung der Privatisierung und des Abbaus der zentral gelenkten Wirtschaft, aber vor allem eine politische Beschleunigung: freie Parlamentswahlen, Wałęsa selbst als Staatspräsident, vielleicht mit der Vollmacht, per Erlass zu regieren, und die raschere Entfernung der Kommunisten auf allen Ebenen. Wałęsa hatte gelegentlich das von Jarosław Kaczyński und anderen vorgebrachte Argument übernommen, wenn man der Bevölkerung kurzfristig keine wirtschaftlichen Güter anbieten könne, müsse man ihnen statt dessen symbolische politische Güter anbieten, mit anderen Worten kommunistische Köpfe auf silbernen Tablett. Nicht Salami-, sondern Salometaktik. Aber ob Salami oder Salome, in beiden Fällen lautet die Frage: An welcher Stelle hört die Maschine mit dem Schneiden auf? Sie stellt sich ganz besonders, wenn man wie Kaczyński und *Tygodnik Solidarność* beschlossen hat, es gebe ein rot-rosarotes Kontinuum. Nach den roten Köpfen rollen die rosaroten? Nach Kiszczak und Jaruzelski Michnik und Geremek?

Die andere Möglichkeit, Wałęsa Feldzug zu beschreiben, ist einfacher. Nachdem er mehr als jedes andere menschliche Wesen (ausgenommen vielleicht den Papst und Gorbatschow) zum Ende des Kommunismus in Osteuropa beigetragen, nachdem er die Wahlen gewonnen und die Regierung Mazowiecki gebildet hatte, fand er sich mit einem Mal an den Rand gedrängt, oben in Danzig, während das eigentliche Geschehen in Warschau ablief. Jetzt kamen die berühmten Gäste aus dem Ausland, um Mazowiecki und Geremek zu besuchen und nicht ihn. Außerdem stellte er fest, dass seine Popularität bei den Meinungsumfragen zurückging, die gut platziert von der *Gazeta Wyborcza* veröffentlicht wurden – der Zeitung, deren Redakteur Adam Michnik von ihm persönlich ausgesucht worden war. Nach einer dieser Umfragen rangierte er als geeigneter Präsidentschaftskandidat sogar noch hinter Jaruzelski, und bei allen Umfragen war er weniger populär als Mazowiecki. Seine früheren Berater ließen keinen Zweifel daran, dass auch sie in ihm nicht den künftigen Präsidenten sahen. Und dann sickerte aus dem *Belweder* durch,

dass Jaruzelski, verärgert über die Angriffe gegen ihn und in der Erkenntnis, dass seine Zeit abgelaufen war, Rücktrittsabsichten hegte. Wenn Wałęsa also Präsident werden wollte, dann hatte er seine Chance jetzt oder nie.

An beiden Versionen ist etwas dran. Die Unzufriedenheit und die Probleme, auf die Wałęsa hingewiesen hat, sind real, aber dasselbe gilt auch für sein Gefühl, vom Schicksal persönlich ausersehen zu sein. Was seinen ehemaligen Beratern und Genossen noch mehr Sorgen bereitet als alles, was er sagt, ist die Art und Weise, wie er es sagt. Schon in den Jahren 1980/81 hatte der junge Wałęsa eine eigenmächtige, autoritäre Art und eine ziemlich zwiespältige Einstellung zur Demokratie. Dies war eine der hauptsächlichen Konfliktquellen innerhalb von *Solidarność*. »Diktatur oder Demokratie?« lautete die Schlagzeile einer Zeitung von *Solidarność* bereits auf dem ersten Kongress der Bewegung 1981. Sein Weltruhm und die Verleihung des Friedensnobelpreises konnten diese Neigungen kaum mäßigen. Ich habe noch nie einen Menschen erlebt, der sich so sehr verändert hat. Havel hat vielleicht eine aufrechtere Haltung und einen durchdringenderen Blick angenommen, aber Wałęsa... Nicht nur sein Gebaren, sondern sein gesamtes physisches Erscheinungsbild ist verändert. Aus einem mageren Spaßvogel von der Schiffswerft wurde ein wohlbeleibter König, ein stattlicher Marschall. Solange *Solidarność* einen (friedlichen) Krieg gegen die kommunistische Diktatur führte, hatte das alles sein Gutes. Im Krieg braucht man einen Marschall. Aber wohin passt er in einer friedlichen Demokratie?

Wie ein Oberbefehlshaber ersetzte Wałęsa den Vorsitzenden des Bürgerkomitees durch einen Mann seiner Wahl, Zdzisław Najder, den umstrittenen ehemaligen Leiter der einflussreichen polnischen Sektion von *Radio Free Europe* und Verfasser einer Biographie von Josef Conrad. Danach entließ er – durch einen offenen Brief – den Sekretär des Komitees, Henryk Wujec, über lange Jahre hinweg einer seiner engsten Gefährten. Als Wujec höflich erwiderte, da er vom Bürgerkomitee gewählt worden sei, könne er nur von diesem wieder entlassen werden, schrieb Wałęsa zurück, diesmal nicht mehr an »Henryk«, sondern an den »Abgeordneten Henryk Wujec«, die mittlerweile berühmt gewordene Zeile: »Fühl' Dich entlassen!« Danach versuchte er, Adam Michnik aus der *Gazeta Wyborcza* zu werfen. Anfang Juli forderte er den Ministerpräsidenten gebieterisch auf, auf einer Versammlung vor Arbeitern in der Leninwerft zu erscheinen. »Wir wollen an der Quelle zusammenkommen«, schrieb er, als läge »die Quelle« der Macht des Ministerpräsidenten noch immer im starken Arm des Arbeiters, der im August 1980 *Solidarność* ins Leben gerufen hatte, und nicht in den Wahlen vom Juni 1989, aus denen die Regierung Mazowiecki hervorgegangen war. (Aber andererseits, und das ist der Haken, waren es keine uneingeschränkt freien Wahlen, und die Bevölkerung hatte für die »Kandidaten von Lech Wałęsa« gestimmt.)

Er spricht von sich in der dritten Person als »Wałęsa«. Wałęsa kann dies nicht akzeptieren, sagt er, Wałęsa wird jenes tun. Er spricht von »*meiner Solidarność*« und korrigiert sich nur gelegentlich, um dann von »Unserer *Solidarność*« zu sprechen. Auf der Zusammenkunft »seines« Bürgerkomitees, an der ich im Juni diesen Jahres in Warschau teilnahm, wurde er von einem der mutigsten und intelligentesten jungen Führer der *Solidarność*, Władysław Frasyniuk, heftig mit den Worten angegriffen: »Mir ist aufgefallen, Lech, dass du sehr viel von dir und sehr wenig von Polen sprichst.« Doch das eigentliche Problem liegt darin, dass er anscheinend unfähig ist, zwischen beiden zu unterscheiden. Als Wałęsa zu Beginn dieser Versammlung den ehrwürdigen katholischen Chefredakteur Jerzy Turowicz rüde aufs Podium beordnete, tat er dies mit den Worten: »Polen wartet auf Ihre Kritik ... « Aber nicht Polen wartete auf Turowiczs Kritik. Ja, der größte Teil Polens hatte wahrscheinlich überhaupt keine Ahnung davon, dass Turowicz sich kritisch geäußert hatte. Statt »Polen« hätte es »Wałęsa« heißen müssen.

Gleichzeitig scheint Wałęsa sich aber auch häufig zutiefst unschlüssig darüber zu sein, in welche Richtung er als nächstes gehen soll. In den Hauptpunkten seiner Kritik liegt eine gewisse Überzeugungskraft; Bronisław Geremek räumte auf derselben Versammlung ein, dass »Polens Problem Nummer Eins die Beschleunigung« sei. Wałęsa kann noch immer komisch sein, liebenswürdig, hinreißend, unwiderstehlich – eben Lech. Es *muss* ein Platz für ihn im neuen System gefunden werden. In der Position des Präsidenten als Galionsfigur, als konstitutionelle Vaterfigur? Aber das wäre einfach nicht Lech. Seine Stärken liegen nicht im Zeremoniellen. Das ist nicht seine Sache. Und was um Himmels willen sollte jemanden auf den Gedanken bringen, dass er sich von heute auf morgen an die Spielregeln hält? Das hat er noch nie getan, und es machte mit seine Größe aus. Und er verspricht auch nicht, sich in diesem Punkt zu ändern. In einem Zeitungsinterview Mitte Juni hat er gesagt: »Solange wir noch dabei sind, das System zu ändern, brauchen wir einen Präsidenten mit einer Axt: entschlossen, hart, direkt, der nicht herumpfuscht, der Demokratie nicht in die Quere kommt, aber sofort alle Löcher stopft. Wenn er sieht, dass bestimmte Leute aus der Veränderung des Systems ihren Nutzen ziehen und Beute machen, gibt er einen Erlass heraus, der so lange gilt, bis das Parlament ein Gesetz erlassen hat. Halb Polen würde ich retten, wenn ich solche Vollmachten hätte.«

4.

Ist dies ein rein polnisches Problem mit einer ganz besonderen Geschichte und einer ganz besonderen Persönlichkeit, oder ist es allgemeiner Art? Auf der großen Konferenz, die Ende Juni vom »Institut für die Wissenschaften vom Menschen« in Wien organisiert wurde, sprach Bronisław Geremek dra-

matisch von der »totalitären Versuchung« in den postkommunistischen Ländern. Als analytische (im Unterschied zu einer rhetorischen) Aussage ist das überzogen. In keinem der ostmitteleuropäischen Länder von heute lässt sich die Kombination jener besonderen Merkmale ausmachen, die von Jean-François Revel als die totalitäre Versuchung gekennzeichnet wurden. Man kann allerdings die Keime einer autoritären Versuchung erkennen.

Am wenigsten sichtbar sind diese in der Tschechoslowakei, in Ostmitteleuropa das Land mit der stärksten demokratischen Tradition im 20. Jahrhundert. Gewiss hört man Kritik an Havels eigenmächtigem, willkürlichem Stil und offen geäußertem Unmut über seinen »Hof« Aber in einer Rede vor der neugewählten Bundesversammlung sprach Havel selbst sich für eine gewisse Beschränkung der Vollmachten des Staatspräsidenten aus, die er gegenwärtig noch genießt. Wenn die Regierung geschlossen und stark bleiben kann, auch wenn das Bürgerforum in mehrere Fraktionen als Vorstufen zu Parteien zerfällt – ein sehr großes »Wenn« –, dann besteht eine gewisse Chance für Havel, sich allmählich aus den alltäglichen politischen Geschäften zurückziehen; im besten Fall könnte er für den Übergang in der Tschechoslowakei das werden, was König Juan Carlos für den Übergang in Spanien war.

In Ungarn ist die Versuchung vielleicht etwas stärker. Wie ein ungarischer Schriftsteller es mir gegenüber vor einiger Zeit ausgedrückt hat: »Die Tschechen haben es gut. Wenn sie den Teppich hochheben, finden sie Masaryk darunter, aber wir finden Horthy.« Zum Glück ist der gegenwärtige Präsident Ungarns nicht Horthy, sondern eben jener ungarische Schriftsteller – der liberale, geniale und lebenswürdige Árpád Göncz. So wie das neue politische System Ungarns angelegt ist, käme für einen neuen »starken Mann« aber wahrscheinlich eher das Amt des Premierministers in Frage als das des Präsidenten. Er könnte seine Stellung durch ein Bündnis mit einer außerparlamentarischen Bewegung festigen und durch willfährige, von der Regierung beherrschte Medien absichern. Doch das Demokratische Forum ist noch keine solche Bewegung, und obwohl die Presse sicherlich noch nicht so unabhängig ist, wie sie eigentlich sein sollte (ironischerweise gehört inzwischen ausgerechnet die frühere Parteizeitung *Népszabadság* zu den Presseerzeugnissen mit dem besten Ruf), so ist sie doch immer noch weit davon entfernt, ein Transmissionsriemen für die Regierungspolitik zu sein.

Selbst in Polen, wo die autoritäre Versuchung tatsächlich einen Namen und einen Schnurrbart hat, ist die unmittelbar drohende Gefahr sicher nicht die eines Übergangs – nach Balkanart – von einer kommunistischen zu einer nichtkommunistischen Diktatur. Man kann sogar sagen, dass die unmittelbare Gefahr hier in einem Zuviel und nicht einem Zuwenig an Demokratie liegt. Die kurzfristige Wirkung von Wałęsas ungewöhnlicher Kampagne wird fast mit Sicherheit darin bestehen, den Prozess der Pluralisierung und wahrscheinlich auch der politischen Zersplitterung zu »beschleunigen«, um

sein eigenes Schlagwort zu benutzen. Mitte Juli hat eine zahlenmäßig starke Gruppe von über hundert Parlamentsabgeordneten und Aktivisten aus der *Solidarność-Bewegung* und den Bürgerkomitees eine neue Partei gebildet, die sich Bürgerkomitee-Demokratische Aktion (ROAD) nennt. Formal geführt von Władysław Frasyniuk und Zbigniew Bujak, den wahrscheinlich populärsten Führern von *Solidarność* nach Lech Wałęsa, und mit so bekannten intellektuellen und kulturellen Persönlichkeiten als Mitgliedern wie Adam Michnik, Jerzy Turowicz und Andrzej Wajda, steht die Demokratische Aktion in offener Opposition zu Jarosław Kaczyńskis Zentrumsverständnis, hat kritische Vorbehalte gegenüber Wałęsa und unterstützt die »Philosophie« der Regierung Mazowiecki.

Während in Ungarn das Element der Stärke fehlt und in der Tschechoslowakei die echte Koalition, fehlt es in Polen also an freien Wahlen. Aber wird eine frei gewählte Regierung eine starke Koalition sein, so wie es die nur zum Teil frei gewählte Regierung Mazowiecki in den ersten sechs Monaten war? Oder wird sie eher eine schwache Koalition sein, mit Mitgliedern aus zahlreichen kleineren Parteien oder Fraktionen, wird sie endlosen Auseinandersetzungen und häutigen Umbesetzungen ausgesetzt sein? Das war schließlich der Fall, als Polen zum letztenmal seine Unabhängigkeit gewann und eine parlamentarische Demokratie zu errichten versuchte, in den Jahren 1918 bis 1926. Danach wurde die Parteienlandschaft so zerklüftet, dass der »Pluralismus der politischen Parteien Polens (...) die Paraphierung permanenter Pakte zwischen potentiellen Partnern prekär machte«, wie der Historiker Norman Davies stabreimte.

Auf einer Versammlung von Lech Wałęsa Bürgerkomitee Ende März, genau zu Beginn des »Kriegs an der Spitze«, äußerte Tadeusz Mazowiecki die Befürchtung, dass die noch in den Kinderschuhen steckende polnische Demokratie zu einer Hölle werden – »zu einer polnischen Hölle aus Zank, Intrigen und Konflikten«. Im Juni sagte Wałęsa auf der dreizehnten Versammlung des Bürgerkomitees: »Vielleicht müssen wir durch diese polnische Hölle gehen«. Und zur Zeit sieht es ganz danach aus. Man könnte sich eine solche spalterische Politik vielleicht leisten – die Italiener kommen anscheinend damit zurecht –, wenn man bereits eine florierende Marktwirtschaft und eine entwickelte *civil society* hätte. Aber hier, in der postkommunistischen Phase, hängt noch zu viel vom Staat ab. Es ist der Staat, der den Rückzug des Staates aus der Wirtschaft organisieren muss, er ist es, der die Bedingungen für den Aufbau der *civil society* schaffen muss. Damit bietet sich eine alternative Definition für die polnische Hölle an: italienische Politik ohne die italienische Wirtschaft.

Wenn die Demokratie in Ostmitteleuropa gegenwärtig bedroht ist, dann wohl eher durch ihren exzessiven Gebrauch. In der Tschechoslowakei, in

Ungarn und in Polen lassen sich drei Hauptelemente ausmachen, die Anlass zur Besorgnis geben. Erstens besteht ein allgemeiner Unmut nicht nur über die Kosten des wirtschaftlichen Übergangs wie Preissteigerungen, Abbau von Subventionen sowie Arbeitslosigkeit, nicht nur über neue Ungerechtigkeiten und die Langsamkeit der sichtbaren Veränderungen, sondern auch über die Prozesse der parlamentarischen Demokratie, die ihrerseits für diese Langsamkeit verantwortlich gemacht werden. Es ist schwierig, sich innerlich von dem dramatischen Tempo der Revolutionen des vergangenen Jahres auf den langsamen Gang der parlamentarischen Demokratie dieses Jahres umzustellen. Eine scheinbare Gleichgültigkeit gegenüber der neuen Politik (die sich in der hohen Wahlenthaltung in Polen und Ungarn ausdrückt) und revolutionäre Ungeduld sind tatsächlich zwei Seiten derselben Medaille.

Zweitens sind die Prozesse der entstehenden Demokratie tatsächlich häufig langsam, ungleichmäßig und fehlerhaft. Während die Bevölkerung extrem wenig Toleranz oder Verständnis für politische Konflikte aufbringt (»Warum können wir nicht vereint bleiben?«), besteht zugleich ein abnorm hoher Grad an politischem Konflikt innerhalb der neuen politischen Eliten – weil es keine klaren Trennlinien gibt, keine richtigen Parteien und wenig »Spielregeln«, weil auch die neuen Führer nicht daran gewöhnt sind, mit alltäglich gewordenen multilateralen Konflikten zu leben, und Schwierigkeiten haben, von einer antipolitischen auf eine normale politische Sprache umzuschalten, und natürlich, weil Macht eine gefährliche Droge ist.

Drittens können die Erschütterungen und Nöte, die unvermeidlich mit der Umstellung auf eine Marktwirtschaft einhergehen, sowohl die Zersplitterung der Elite als auch die Desillusionierung der Bevölkerung verstärken. Man kann sich mühelos vorstellen, wie diese drei Elemente – Auseinanderdriften der Elite, Desillusionierung der Bevölkerung, wirtschaftliche Not – sich zu einem Teufelskreis verbinden und gegenseitig hochschaukeln. Vermutlich geschieht genau dies im Polen von heute.

Nach 1918 kam 1926 mit dem Staatsstreich Pilsudskis. Aber obwohl die Vergangenheit in so vieler Hinsicht mit Macht zurückzukehren scheint, gibt es mindestens zwei gewichtige Gründe für die Hoffnung, dass sich die Geschichte nicht einfach wiederholen wird. Der erste ist die allgemeine Erfahrung mit Diktaturen (von links wie von rechts) während des letzten halben Jahrhunderts. Als Czesław Miłosz auf seiner jüngsten Reise nach Polen gefragt wurde, was das Volk nach seiner Meinung aus den Jahren unter dem Kommunismus gelernt habe, gab er zur Antwort: »Resistenz gegen Dummheiten«.

Wie wir gesehen haben, sind die Menschen in Ostmitteleuropa mit den Formen und Bräuchen der Demokratie nicht vertraut und stehen ihnen deshalb vielfach misstrauisch gegenüber. Aber die Bräuche der Diktatur? Die kennen sie nur allzu gut. »Ich weiß vielleicht nicht, was Freiheit ist«, schrieb

ein anderer polnischer Dichter, »aber ich weiß, was Unfreiheit ist.« Angenommen, ein ehrgeiziger starker Mann käme daher und versuchte, mit populistischer Demagogie die parlamentarische Regierung zu stürzen. Wie würde er dann regieren? Mittels einer außerparlamentarischen Massenbewegung? Mit Polizeiterror? Durch Zensur? Kriegsrecht? Das Repertoire von Diktaturen ist relativ klein und in dieser Region weitgehend diskreditiert.

Gegen dieses Argument lässt sich das rumänische Beispiel anführen. Ohne ein allzu großes Gewicht auf Unterschiede der Tradition und der politischen Kultur zwischen Ostmitteleuropa und den Balkanländern zu legen, möchte ich einen zweiten guten Grund für die Überzeugung anführen, dass diese Länder letzten Endes der autoritären Versuchung widerstehen können. Es ist die internationale Lage. Wenn mehr oder weniger autoritäre Regierungen in Ostmitteleuropa zwischen den Kriegen eine Blütezeit erlebten, dann lag dies zum Teil daran, dass es auch im übrigen Europa Beispiele für einen Autoritarismus gab, der außerdem auf die eine oder andere Weise mit dem Traum der Moderne in Verbindung gebracht werden konnte. Heute findet man solche Beispiele nicht mehr, und die Moderne ist unzweideutig mit der Demokratie verknüpft.

Es wäre schön, wenn Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei ihre »Heimkehr nach Europa« koordinieren und gegenseitig ihre noch jungen Demokratien unterstützen könnten. Doch trotz des guten Willens der neuen Politiker, wie er durch den Gipfel von Bratislava im April symbolisiert wird und in einer neuen Form der institutionalisierten Koordination auf hoher Ebene zum Ausdruck gebracht werden soll, ist die gegenwärtige Situation ebenso sehr durch Konkurrenz wie durch Kooperation gekennzeichnet. Auf fast jedem Gebiet, auf fast jeder internationalen Zusammenkunft erlebt man, wie die polnischen, ungarischen und tschechoslowakischen Vertreter für ihre jeweils eigenen Forderungen die besondere Aufmerksamkeit des Westens zu gewinnen versuchen. Diese Konkurrenz ist nicht ungesund, aber sie unterstreicht die neu-alte Abhängigkeit dieser Länder – vom Westen.

Ein Teil der Anziehungskraft, welche die von Jugoslawien (insbesondere Slowenien und Kroatien), Österreich, Italien, der Tschechoslowakei und Ungarn initiierte »Pentagonale« auf die beiden letztgenannten Länder ausübt, mag in der sentimentalischen Wiederbelebung alter Verbindungen aus der Habsburger Zeit bestehen, aber daneben gibt es auch die vulgärere Verlockung, enger mit zwei entwickelten westlichen Ländern zusammenzuarbeiten, eines davon ein führendes Mitglied der EG, das andere nach Kräften bemüht, dort ebenfalls Einlass zu finden. Auf unterschiedliche Weise haben die Außenminister Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei festgestellt, dass sich eine neue demokratische Partnerschaft ihrer Länder nur auf dem Umweg über die Zugehörigkeit zu einer größeren europäischen Gemein-

schaft verwirklichen lässt – und damit meinen sie vor allem eine größere Europäische Gemeinschaft.

Die Verantwortung des Westens allgemein und Westeuropas im Besonderen ist deshalb immens. Eine Karikatur auf der Titelseite der führenden tschechischen unabhängigen Tageszeitung *Lidavé Noviny* brachte eine Empfindung gegenüber dem Westen zum Ausdruck, der man in Budapest und Warschau ebenso begegnen kann wie in Prag. Man sieht einen ziemlich trübsinnig dreinblickenden Mann, der sagt: »Das europäische Haus ist geschlossen. Wenn wir hineinwollen, müssen wir erst unsere Grundprobleme lösen.« Die Haltung mancher führenden Politiker im Westen erinnert gelegentlich noch immer an Dr. Johnsons berühmte Definition von einem Wohltäter: »Ein Wohltäter, mein Herr, ist das nicht einer, der ungerührt einem Menschen zusieht, der im Wasser um sein Leben strampelt und dem er, sobald dieser wieder festen Grund unter den Füßen hat, seine Hilfe aufdrängt?« Zweifellos sind westliche Investoren nicht moralisch verpflichtet, zu investieren, ohne dass das Umfeld stimmt. Aber die westlichen Demokratien haben eine Verpflichtung zu helfen, und sie haben darüber hinaus ein klares politisches Interesse daran, dem Ertrinkenden zu helfen, während dieser noch im Wasser kämpft. Vorausgesetzt natürlich, er versucht wirklich zu schwimmen und begnügt sich nicht mit Hilferufen.

Das größte Risiko einer Überdemokratisierung, wie ich sie oben als Möglichkeit angedeutet habe und bei der mehr geschrien als geschwommen wird, besteht darin, dass das westliche Interesse nachlässt; es kann sich noch als ebenso seicht erweisen wie es gegenwärtig breit ist. »Warum sollen wir ihnen helfen, wenn sie sich nicht selbst helfen können?« wird es dann heißen.

Auch diese Medaille hat ihre zwei Seiten. Wenn der Westen helfen soll, hat er auch ein Recht, bestimmte harte, konsequente wirtschaftspolitische Eingriffe zu verlangen – nennen wir sie abgekürzt einen Balcerowicz- oder Klaus-Plan – und eine Regierung, die in der Lage ist, diese Politik auch durchzuhalten. Politisch wünschenswert sind, wie ich bereits angedeutet habe, starke, frei gewählte Koalitionen. Aber wenn die ostmitteleuropäischen Länder solche Regierungen hervorbringen, dann müssen sie sich auch darauf verlassen können, dass ihnen tatsächlich Hilfe geleistet wird. Ohne diese Hilfe lassen sich derartige wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht durchhalten.

Wie Zbigniew Brzeziński auf der Wiener Konferenz festgestellt hat, rechnet die Bundesrepublik gegenwärtig damit, in den nächsten zwei Jahren einen Betrag in der Größenordnung von 70 Milliarden US-Dollar für den Übergang in der bisherigen DDR zu bezahlen. Wie bei allen solchen Kostenvoranschlägen wird die Rechnung am Ende mit Sicherheit höher ausfallen. Und hier geht es um einen vorgefertigten Übergang – sozusagen eine schlüsselfertige Demokratie – für nur 16 Millionen Menschen im wirtschaftlich stärksten

Land des ehemaligen Ostblocks. Wie viel höher wird dann die Rechnung für hausgemachte Demokratien mit 60 Millionen Menschen in drei wesentlich ärmeren Ländern ausfallen?

Es besteht zweifellos eine allgemeine Übereinstimmung unter den westlichen Regierungen und politischen Eliten, dass wir beim Übergang zur Demokratie in Ostmitteleuropa »Hilfe leisten sollten«. Aber wie viele Politiker sind bereit, Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die sich in einer Größenordnung bewegen, die die westdeutsche Regierung nach einer sehr nüchternen Überprüfung für die ehemalige DDR für notwendig hält? Vor allem, wie viele Politiker sind ernsthaft bereit, sich gegenüber ihren eigenen Wählern für eine solche Hilfe einzusetzen? Wenn man eine derartige Rechnung präsentierte, würden die meisten westeuropäischen Wähler, so fürchte ich, wohl bedauernd abwinken. Ironischerweise ist es so, dass gerade der Typus der westlichen Konsumdemokratie, wie ihn sich die ostmitteleuropäischen Länder so heiß ersehnen, am wenigsten Hilfsbereitschaft ihnen gegenüber aufbringt. Wenn die westdeutschen Steuerzahler als Wähler schon so zögern, für ihre deutschen »Brüder und Schwestern im Osten« zu bezahlen, wer wird dann ernsthaft von ihnen erwarten, dass sie für Polen etwas herausrücken?

Trotz alledem sehen sich die demokratischen Führer im Westen vor der Herausforderung, eben diese unpopuläre Sache so beredt und überzeugend wie möglich zu vertreten und einfach darauf zu verweisen, dass dies ein Augenblick ist, in dem kurzfristige persönliche und materielle Interessen langfristigen nationalen und europäischen Interessen geopfert werden sollten. Was wir erleben, ist somit nicht nur eine Probezeit für die jungen Demokratien Ostmitteleuropas, sondern auch eine Probezeit für die etablierten Parteien Westeuropas.

Meine Beschränkung auf lediglich drei Länder Ostmitteleuropas mag einen Einwand provozieren: Was ist mit all den anderen Europäern im Osten und Südosten, die ebenfalls nach Demokratie rufen? Meine Antwort darauf ist rein pragmatisch. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei sind die Länder, in denen das Schicksal der Demokratie heute zur Entscheidung steht und das Gewicht des Westens den Ausschlag für Erfolg oder Scheitern geben kann. Man kann nicht alles auf einmal tun. Mit der deutschen Vereinigung hat sich die Ostgrenze des demokratischen Europa bereits von der Elbe an die Oder verschoben. Ich werde die Hoffnung nicht aufgeben, dass es sich in zehn oder fünfzehn Jahren bis zum Ural und zum Schwarzen Meer erstrecken wird. Aber die Frage heute lautet: Wird das demokratische Europa an der Oder enden oder am Bug?

(Juli 1990)

Aus dem Englischen von Udo Rennert

Ralf Dahrendorf
 ÜBERGÄNGE: POLITIK, WIRTSCHAFT UND
 FREIHEIT

Unter unseren Augen spielen sich Ereignisse ab, wie sie in den letzten 150 oder 200 Jahren nicht mehr erlebt wurden. Manchmal erwecken sie den Eindruck, als fielen die Ereignisse von 1789 und 1848 zusammen. Historische Vergleiche können leicht in die Irre führen, aber jedenfalls hat das, was wir in Osteuropa beobachten können, mehr mit dem Mai als mit dem Juli 1789 zu tun und vielleicht ebenso viel mit den Jahren 1787 und 1788 wie mit dem Jahr, in dem die Bastille erstürmt wurde. Andererseits hat der sowjetische Kongress der Volksbeauftragten mit nichts so viel Ähnlichkeit wie mit den Generalständen, die ebenfalls seit längerem nicht mehr einberufen worden waren. Während der disziplinierte polnische Präsident und General und der schlaffe französische König wenig miteinander gemeinsam haben (und niemand Jaruzelski das Schicksal von Ludwig XVI. wünschen möchte), erinnern der Runde Tisch und die anschließenden Wahlen in Polen an die verzweifelten Versuche des Franzosenkönigs, den Dritten Stand auf der politischen Bühne zuzulassen, ohne ihm wirkliche Macht zu gewähren. Zweifellos werden überall in Osteuropa *cahiers de doléance*¹ verfasst, und es gibt Grund genug zur Beschwerde. Was vorgestern noch unvorstellbar und gestern unmöglich schien, ist heute durchaus denkbar und kann morgen schon Wirklichkeit werden. Wer hätte im Frühjahr 1989 gedacht, dass im Spätsommer *Solidarność* in Polen die Regierung bilden würde? Wer hätte die Öffnung der Berliner Mauer, die Auflösung der ungarischen Kommunistischen Partei, den Sturz Ceaucescus, die Wahl Václav Havels zum Präsidenten der Tschechoslowakei erwartet? Außerdem weht der Wind der Veränderung – ohne einen Napoleon, der diese Botschaft überbrächte – nicht nur in den Ländern des real existierenden Sozialismus, sondern auch in denen der Dritten Welt, die von ihnen wenn auch oft keine materielle Unterstützung, so doch die Ideologie bezogen. Wir übrigen sehen alldem mit Beklommenheit zu: Wird es gelingen? Wird es von Dauer sein?

Ich bin kein Osteuropaexperte, obwohl nicht unbedingt Experten gefragt sein müssen, wenn sich wirklich tiefgreifende Veränderungen vollziehen und die Freiheit auf der Tagesordnung steht. Freiheit ist mir ein leidenschaftliches Anliegen, sowohl in der Praxis als auch in der Theorie. So wandert mein geistiges Auge von Polen zum postfranquistischen Spanien, jener seltenen Erfolgsgeschichte der letzten 15 Jahre, zu den fehlgeschlagenen Bemühungen

lateinamerikanischer Nationen, die zwar ihre Diktatoren, aber nicht ihre Probleme losgeworden sind, zu den Kämpfen der Länder der Dritten Welt, die in Afrika und anderswo verwirrt aus dem Koma des Sozialismus erwachen, und natürlich zu den beiden großen postkommunistischen Mächten, China und der Sowjetunion. Überall finden sich die Keime des Freiheitsstrebens. Sie mögen brutal zertreten worden sein wie auf dem Tienanmen-Platz oder bedroht durch einen neuen Fundamentalismus, dem überweltliche Abstraktionen mehr bedeuten als menschliche Lebenschancen, oder sie mögen einfach im Morast von Anomie und Armut versinken; aber an dem Wunsch nach Freiheit gibt es keinen Zweifel. Ebenso unzweifelhaft ist dieser Wunsch verstrickt in die verwickelten Probleme von Wirtschaft und Politik, von Wohlstand und Demokratie, des Bedürfnisses nach ausreichender Nahrung und des Wunsches nach politischer Mitsprache. Das ist das Thema, dem ich einige Überlegungen widmen möchte, Fußnoten gleichsam zum großen Epos der gegenwärtigen Geschichte.

Wir sind nicht die ersten, die sich mit dem Problem von Wirtschaft und Politik herumschlagen müssen. Als die Französische Revolution ihre letzte Wendung zum Schlimmen genommen hatte und die Menschen auf die Straße gingen, weil sie nichts zu essen hatten, sagte ein aufgebrachter Robespierre vor dem Konvent:

»Was heißt das, sie haben die Republik, und sie schreien nach Brot? Nur Tyrannen geben ihren Untertanen Brot. Was die Verfassung dem französischen Volk schuldet, ist Freiheit, unterstützt durch humane Gesetze. Es ist der Genuss der heiligen Rechte der Menschheit und die Übung aller sozialen Tugenden, was die Republik gedeihen lässt.« Gorbatschow ist zum Glück kein Robespierre, und Robespierre steht in der geschichtlichen Erinnerung wohl kaum für Freiheit und humane Gesetze, aber man kann sich den Präsidenten der Sowjetunion vorstellen, wie er einen ähnlichen Stoßseufzer von sich gibt: Was heißt das, sie haben Redefreiheit und freie Wahlen, und sie beklagen sich über leere Regale in den Geschäften? Der Mensch lebt gewiss nicht vom Brot allein, aber ebenso gewiss lebt er nicht allein von Glasnost, Perestrojka oder auch der Demokratie.

Was Brot und gefüllte Regale angeht, so nützen Revolutionen hier nicht allzu viel. Simon Schama hat uns unlängst in seiner äußerst lesenswerten Chronik² an die Wirtschaft der Französischen Revolution erinnert. Im Hinblick auf die Entwicklung von Industrie, Handel, Infrastruktur und selbst persönlichem Wohlstand bot Frankreich in den 1770er und 1780er Jahren kein schlechtes Bild. Die Revolution brachte den Modernisierungsprozess zum Stillstand, statt ihn zu beschleunigen und war dabei »in vielerlei Hinsicht nur allzu erfolgreich: 1795 wies der französische Handel nicht einmal mehr die Hälfte des Gesamtwertes von 1789 auf, und selbst 1815 hatte er erst wieder ca. 60 Prozent seines ehemaligen Volumens erreicht. Erst als die Revoluti-

on vorüber und der von ihr geschaffene Militärstaat wieder von der Bildfläche verschwunden war, kam der wirtschaftliche und gesellschaftliche Wandel in Frankreich erneut auf Touren.«³ Diesen Militärstaat darf man nicht aus dem Auge verlieren. Letztlich brachte die Revolution weder Brot noch die Freiheit. »Sie erfand und praktizierte ein Jahr lang die parlamentarische Demokratie; drückte (vereinfacht gesagt) zwei Jahre lang mit Zwang die Gleichheit aller durch; und brachte als dauerhaftestes Produkt einen zwei Jahrzehnte bestehenden militaristischen Staat neuer Art hervor.«⁴

Wir werden auf das Drama der Revolution noch zurückkommen. Aber ein Übergang in dem Verständnis, wie der Begriff hier gebraucht wird, ist keine Revolution. Er ist im Gegenteil der Versuch, die Hoffnungen der Revolution zu verwirklichen, ohne deren Preis entrichten zu müssen. Timothy Garton Ash, der brillante Analytiker der Veränderungen in Osteuropa, spricht deshalb von »Revolution«, einer Kombination aus Reform und Revolution⁵. Das Modell ist wichtig, aber noch wichtiger ist der Kern dieses Gedankens. Ein Übergang ist die kontrollierte Umgestaltung illiberaler zu liberalen Staaten. Übergänge werden von oben in die Wege geleitet. Sie können eine Antwort sein auf einen mehr oder weniger deutlich spürbaren Druck der Bevölkerung, aber bewerkstelligt werden sie von der jeweiligen Regierung. Solche Regierungen sind in der Regel im Verlauf des Übergangs starken Veränderungen unterworfen; deshalb liegt es nahe, die Auswirkungen eines Übergangs als revolutionär zu bezeichnen, aber der Faden der Kontinuität wird niemals vollkommen zerrissen. 1688 in England war ein Übergang, 1789 oder vielleicht 1792 in Frankreich war eine Revolution.

Übergänge sind demnach kein Zuckerschlecken. Möglicherweise überfordern sie die Fähigkeiten des Menschen. Übergangsprozesse sind zweifellos eine prekäre Angelegenheit und geraten leicht außer Kontrolle, vor allem in den Anfangsphasen. Die Kräfte, die von ihnen entfesselt werden, kümmern sich nicht unbedingt um die ursprünglich ins Auge gefassten Ziele, und die Gruppen, die kurz zuvor noch an der Macht waren, warten den günstigen Augenblick ab, um den Initiator des Übergangs zu stürzen. Genau genommen stellen Revolutionen den Fall eines außer Kontrolle geratenen Übergangs dar. 1790 begnügten sich die frühen Revolutionäre noch damit, den Eid des »Bürgerkönigs« Ludwig XVI. zu akzeptieren, er werde »die verfassungsmäßige Freiheit schützen und bewahren«. Die Jakobiner, die Guillotine, die Militärdiktatur waren ebenso sehr Fehlschläge eines Übergangs wie Bestandteile eines finsternen Plans. Musste er nicht zwangsläufig scheitern? So etwas wie eine historische Notwendigkeit gibt es nicht. Wir müssen annehmen, dass auch graduelle und gewaltfreie Übergänge möglich sind.

Übergänge von wo nach wo? Das ist nicht der Hauptgegenstand dieser Überlegungen; vielmehr möchte ich der Frage nachgehen, auf welche Weise Übergänge fehlschlagen oder erfolgreich sind. Hier geht es natürlich um

Prozesse der Verbesserung. Wenn Übergänge gelingen, haben die Menschen bessere Lebenschancen als zuvor. Der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft (*civil society*) ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Übergänge sind Versuche, bürgerliche Gesellschaften durch allmähliche, wenn auch häufig einschneidende Veränderungen zu schaffen oder neu zu schaffen. Der Unterschied zwischen »schaffen« und »neuschaffen« ist nicht unwichtig: Manche Übergänge finden in Ländern statt, die bereits mehr oder weniger als bürgerliche Gesellschaft existieren oder existiert haben, wofür die lateinamerikanischen und die osteuropäischen Länder als Beispiele dienen können; andere Übergänge sind erste schwankende Schritte zur Vorbereitung auf eine bürgerliche Gesellschaft wie etwa in den meisten Ländern der Dritten Welt. (Es ist eine interessante Frage, wo man zwischen diesen beiden Formen die Sowjetunion einordnen könnte.) In jedem Fall gehören zu einer bürgerlichen Gesellschaft Institutionen, die insofern autonom sind, als sie nicht vom Staat gelenkt werden oder den Launen von Königen und Tyrannen unterworfen sind, sondern von Bürgern mit Leben erfüllt werden, denen Rechte zustehen und die über die nötigen Mittel verfügen, um von diesen Rechten auch Gebrauch zu machen. Das ist ein großes Projekt; es ist das Beste der Moderne. Nur wenigen Gesellschaften ist es geglückt, zu bürgerlichen zu werden, aber sie bieten ihren Bürgern sowohl Anrechte als auch die konkreten Möglichkeiten zu deren Wahrnehmung. Sie sind frei.

Karl Marx folgte seinem Lehrer Hegel, als er den Begriff der bürgerlichen Gesellschaft übernahm, und er machte sich die Vieldeutigkeit dieses Begriffs bedenkenlos zunutze. War es eine staatsbürgerliche (*civil*), war es eine besitzbürgerliche (*bourgeois*) Gesellschaft, oder war es beides? Das war mehr als eine Spielerei. Marx war der Überzeugung, dass bürgerliche Rechte und bourgeois Wohlstand zwei Seiten derselben Medaille waren, und die Münze wurde in einem einzigen revolutionären Prozess geprägt. Sein folgenschwerer Irrtum ist für unser Thema von höchster Bedeutung. Die Marxsche Revolutionstheorie lässt die Französische und die Industrielle Revolution zu einer einzigen verschmelzen: Eine unterdrückte Klasse stürzt ein altes Regime im Namen neuer »Produktivkräfte«. Der politische Sieg der unterdrückten Klasse bedeutet zugleich einen ökonomischen Triumph für die gesamte Gesellschaft. Das hört sich gut an. Jedenfalls ist es ein eindrucksvolles Versprechen, das man revolutionären Gruppen machen kann. Tatsächlich verdankt der Marxismus seine Faszination genau dieser Verheißung, vor allem in Ländern, die niemals so etwas wie eine Französische oder eine Industrielle Revolution erlebt haben. Revolutionäre Sozialisten glaubten oder behaupteten zumindest, dass sie das Volk von politischer Unterdrückung befreien und damit gleichzeitig ein enormes Potential an wirtschaftlichem Wachstum und damit an Reichtum freisetzen.

Letzten Endes taten sie weder das eine noch das andere. Selbst wenn man Friedrich von Hayek und seiner These, dass der »Sozialismus tötet«, nicht

in allen Punkten folgt, so hat doch der Sozialismus kaum mehr erreicht als die Schaffung einer relativ privilegierten Nomenklatura von Bürokraten in einem Meer von Armut und Rechtlosigkeit. Der Fehler lag nicht einfach in einer falschen Praxis, mit der theoretisch gute Absichten verraten wurden. Der Fehler lag in der Theorie selbst. Denn Marx hatte mit einem Taschenspielertrick gearbeitet. Er setzte die beiden großen Revolutionen des 18. Jahrhunderts in eins, die sich in Wirklichkeit nicht gleichzeitig ereignet hatten. Wie wir gesehen haben, brachte die Französische Revolution die wirtschaftliche Entwicklung zum Stillstand und warf Frankreich ökonomisch um Jahrzehnte zurück. Die Industrielle Revolution wiederum ereignete sich in einem Land, das bereits ein Jahrhundert zuvor mit dem Übergang von 1688 den Weg zu einer bürgerlichen Gesellschaft eingeschlagen hatte, nämlich Großbritannien, und es ist zumindest zweifelhaft, ob die Industrialisierung in ihrer Anfangsphase viel zur Entstehung von Bürgerrechten beigetragen hat. Der Zufall der Gleichzeitigkeit kann keine Theorie rechtfertigen, die zwischen beiden Vorgängen einen Zusammenhang konstruiert, und noch weniger ein Programm, das politische Emanzipation und wirtschaftlichen Aufschwung mit einem einzigen Schlag verspricht.

Freilich kann dies nicht das letzte Wort in der Sache sein. Marx hatte unrecht mit seiner Behauptung, dass der revolutionäre Prozess der Modernisierung zwangsläufig den politischen und den wirtschaftlichen Wandel durch die Akteure der sozialen Klassen aneinanderkoppeln werde. Dennoch sind beide Prozesse nicht so unabhängig voneinander, wie man aus der Tatsache vermuten könnte, dass der eine in England und der andere in Frankreich stattfand. Die Bourgeoisie des 18. Jahrhunderts hatte an beidem ein Interesse, an der Entfernung einer alten Ständeregierung, von der sie jeder politischen Macht beraubt wurde, und an einer Aufhebung der Beschränkungen, welche die volle Entfaltung der neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten behinderten. Zudem erreichte sie auch beides, wenngleich auf ungeordnete und kostspielige Weise und nach einem Kampf, der mehr als hundert Jahre währte. Warum sollte die eigenständig denkende »Klasse« der kommunistischen Welt, die Jelzin, Medwedjew, Wałęsa, Geremek und Michnik nicht dasselbe erreichen? Besteht heute nicht in Osteuropa wie auch in den Ländern Lateinamerikas und in vielen Entwicklungsländern ein tiefes Bedürfnis, beides zu verwirklichen, politische Freiheiten und wirtschaftlichen Aufschwung? Warum sollte dieser ganz vernünftige zweifache Wunsch unerfüllt bleiben? Oder besser, wie lässt er sich verwirklichen?

Leider stoßen wir hier in die Tiefen der menschlichen Gesellschaft vor, deren Realität gerade deshalb so widerspenstig ist, weil sie der menschlichen Natur entspringt. Es ist nicht damit getan, ein dringendes Bedürfnis nach einem bestimmten Zustand der Verhältnisse zu empfinden; dieser lässt sich nur unter den realen historischen Bedingungen verwirklichen, unter denen

wir handeln, und im Rahmen der Grenzen menschlichen Handelns innerhalb der Gesellschaft. Was vernünftig ist, ist eben nicht wirklich, und es gibt auch keine Garantie dafür, dass es dies jemals werden wird.

Eine Antwort auf einen illiberalen Staat – sei es ein Land im real existierenden Sozialismus oder eine Diktatur, ein faschistisches oder sonst ein autoritäres Regime – ist die Demokratie. Die Bedeutung dieses Begriffs ist häufig weniger klar. Was hatten die Studenten in Peking und Shanghai mit ihrer Forderung nach Demokratie genau im Sinn? Was wollte die Opposition in Santiago de Chile, und was erwartete die Opposition in Warschau? Sie alle wollen ein politisches Mitspracherecht der Bevölkerung, insbesondere durch Wahlen. Sie wollen Alternativen zu der an der Macht befindlichen Regierung. Sie wollen Rede- und Versammlungsfreiheit. Sie wollen ein Ende der Willkürherrschaft, der Verhaftungen ohne Gerichtsverfahren, der Folterungen in jeder Form. Mit anderen Worten, »Demokratie« steht für eine Mischung aus Rechtsstaatlichkeit und den politischen Rechten, die normalerweise mit der Verfassung freier Länder in Verbindung gebracht werden. Auch wenn jene, die in illiberalen Staaten Demokratie fordern, häufig beteuern, sie beabsichtigten nicht, aus ihrem Land ein Spiegelbild der USA oder ein zweites Großbritannien zu machen, so ändert dies nichts an der Tatsache, dass diese beiden Länder als Vorbilder ihre Phantasie beflügeln.

Und wer möchte irgendwem auf dieser Welt die Segnungen bürgerlicher Rechtsinstitutionen und einer politischen Regierungsform vorenthalten, die Änderungen ohne Blutvergießen, durch Wahlen und Beteiligung der Staatsbürger möglich macht? Diese Frage hat mehr als nur rhetorischen Charakter. Jeane Kirkpatrick hat in einem 1979 erschienenen Artikel über »Dictatorships and Double Standards« (Diktaturen und zweierlei Maß) die Behauptung aufgestellt, Demokratie sei für die wenigen, und was den Rest der US-amerikanischen Bevölkerung angehe, so komme es mehr darauf an, dass er proamerikanisch sei, als dass er für Demokratie kämpfe. Hier bin ich anderer Meinung. Aber Frau Kirkpatrick ist weder dumm noch naiv. Im Kern ihres Artikels sagt sie, dass es keinen notwendigen Zusammenhang zwischen Moderne und Demokratie gibt und dass die alten Demokratien unter sehr speziellen Bedingungen zustande kamen, unter denen eine bürgerliche Gesellschaft Wurzeln schlagen konnte und ausreichend Zeit hatte, ein Parlament mit gewählten Abgeordneten einzuführen. Demokratie besteht aus weit mehr als der Niederschrift einer Verfassung oder der Wahl eines Parlaments. Niemand, der sich jemals näher mit dem Untergang der Weimarer Republik beschäftigt hat, kann sich noch Illusionen über die Gefahren machen, die demokratischen Institutionen drohen, wenn diese unterentwickelten bürgerlichen Gesellschaften übergestülpt werden.

Demokratie ist an sich ein wünschenswertes Ziel, und alle, die für sie kämpfen, verdienen unsere Unterstützung. Es kann keine wirksamen bürger-

lichen Rechte ohne Demokratie geben, und ebenso wenig können wir ohne sie auf allmähliche statt gewaltsamer Änderungen hoffen. Doch die formalen demokratischen Institutionen allein garantieren weder Bürgerrechte noch Stabilität. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass sie durch traditionelle wie auch fundamentalistische Kräfte bedroht werden können. Und sie sind gefährdet durch das, was man als die wirtschaftliche Ohnmacht der Demokratie bezeichnen könnte und was hier mein Thema sein soll.

Die Annahme ist verführerisch, dass politische Freiheiten, die in einem Übergangsprozess gewährt werden, Kräfte freisetzen, die bislang gefesselt waren, unter anderem auch solche wirtschaftlicher Art. In Wirklichkeit sind die dadurch ausgelösten Prozesse weit komplizierter. Es treten Aktivisten auf den Plan, die sich die neuen Möglichkeiten von Glasnost zunutze machen, aber die Mehrheit wird selbst in politischer Hinsicht zurückhaltend bleiben. In wirtschaftlicher Hinsicht stellt sich das Vertrauen wenn überhaupt noch langsamer ein. Während ein altes und wahrscheinlich korruptes System außer Funktion gesetzt wird, hat sich ein neues noch nicht etabliert. Jedem volkswirtschaftlichen Lehrbuch lässt sich entnehmen, dass es für die Produzenten unter diesen Umständen am vernünftigsten ist, den weiteren Gang der Entwicklung abzuwarten. Einige Spielernaturen werden wahrscheinlich die neue Freiheit ausnutzen und dabei schnell reich werden, doch die Mehrzahl derer, die an der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums beteiligt sind, trauen der Änderung nicht, und die Verbraucher sind die Leidtragenden.

Perioden des demokratischen Übergangs sind zugleich Zeiten einer starken Politisierung der Bevölkerung. Das haben sie mit Revolutionen gemeinsam. Politische Aktivisten schenken jedenfalls Wirtschaftsproblemen wenig Aufmerksamkeit oder versuchen sie mit politischen Mitteln zu lösen, indem sie z.B. den Verkauf von Wodka verbieten oder Gesetze erlassen, die die Gründung von Genossenschaften erlauben. Die Euphorie des Übergangs lässt die Kämpfer an der vordersten Front für eine Weile vergessen, dass sie frieren oder hungrig sind. Gleichzeitig beginnt sich die weniger lautstarke Mehrheit zu fragen, wo die versprochenen Änderungen geblieben sind. Die Aktivisten sind so sehr mit der Verwirklichung der Freiheit beschäftigt, dass sie den Hunger der vielen nach Brot übersehen.

Somit sind Übergänge für die Schaffung eines Klimas des wirtschaftlichen Vertrauens nicht besonders geeignet. Außerdem stellt sich unter diesen Umständen noch ein besonderes Dilemma ein. Wenn der demokratische Übergang in einem sozialistischen Land erfolgt (obgleich dasselbe auch für einige Militärdiktaturen gilt), steht an seinem Anfang höchstwahrscheinlich eine staatliche Preiskontrolle. Das bedeutet, dass es offizielle und inoffizielle Preise gibt, und die Lücke zwischen beiden ist groß. Der einzig wirksame Anreiz für die Produzenten und für die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt ist das Schließen dieser Lücke durch die Freigabe der Preise. Die Folge

ist zwangsläufig ein Emporschnellen der Preise, zeitweilig sogar oberhalb des sich allmählich einpendelnden Marktniveaus, während die Realeinkommen konstant bleiben müssen, wenn der Markt nicht vom anderen Ende her verzerrt werden soll. Dann füllen sich die Regale in den Läden, aber viele Menschen können sich keine Konsumgüter leisten. Wirtschaftliche Übergänge beginnen mit einem Tal der Tränen. Das ist ein sicheres Rezept für Schwierigkeiten und für Vorkämpfer der Demokratie alles andere als erträglich.

Die Diskrepanz zwischen steigenden Preisen und konstanten Einkommen wird allerdings nicht von Dauer sein. Das Tal der Tränen ist letztlich genau dies; an seinem anderen Ende geht es wieder bergauf. Im Laufe der Zeit wird sich eine Marktwirtschaft entwickeln, in der die Kaufkraft der Verbraucher einen Anreiz für die Produzenten bildet. Wie lange wird dieser Prozess dauern? In Westdeutschland nach dem Krieg waren es drei Jahre; kurz vor den Wahlen von 1953 begannen die Löhne zu steigen, und die Bevölkerung erkannte, dass die Lage sich besserte. Etwas Ähnliches erlebte Margaret Thatcher 1982, obwohl in ihrem Fall der Falklandkrieg an der Rettung mitbeteiligt war. In Spanien entließ Premierminister Gonzales ausgerechnet den Mann, dem das Land sein Wirtschaftswunder verdankte, Minister Boyer – nach einem ähnlichen Tief von drei Jahren waren die Früchte seiner herben Wirtschaftspolitik herangereift. Doch das alles sind relativ harmlose Beispiele für einen Übergang, der sich jeweils unter günstigen externen Umständen und außerdem in Ländern vollzog, die aus diesem oder jenem Grunde auf die Veränderung gut vorbereitet waren. Trotzdem darf man nicht übersehen, dass die Regierungen allesamt nach drei Jahren tief in der Krise steckten.

Nur wenige sozialistische Länder hatten den Mut, einen solchen Kurs einzuschlagen. Die Berater Präsident Gorbatschows haben die Notwendigkeit gesehen, aber er schreckte vor drastischen Kürzungen der enormen Lebensmittelsubventionen zurück, die ein notwendiger erster Schritt gewesen wären. In Polen war genau dies der erste wichtige Punkt auf der Tagesordnung eines Parlaments, das fast genau je zur Hälfte aus Kommunisten und Mitgliedern von *Solidarność* bestand, und man muss hoffen, dass die Legitimitätsbasis ausreicht, um die schmerzhafteste Politik von Finanzminister Balcerowicz zum Erfolg zu führen. Allerdings kann eine Demokratie wirtschaftlich ohnmächtig sein. Tatsächlich kommt es unter derartigen Umständen zu einem unlösbaren Dilemma. Entweder vertrauen die Vorkämpfer des Übergangs auf die befreiende Wirkung der politischen Veränderung und bekommen die Unzufriedenheit der Bevölkerung angesichts des unzureichenden Warenangebots zu spüren, oder sie führen ihr Volk durch das tiefe Tal der Tränen im Gefolge hoher Preise und niedriger Löhne und sehen sich ebenfalls mit einer Unruhe konfrontiert, die zwangsläufig entsteht. In beiden Fällen ist die Demokratie in Gefahr. Der erste Weg ist eine Einladung an die Führer der alten Regierung, die Macht zurückzuerobern und dem Volk zu sagen: »Wir haben es kommen

sehen«, während der zweite Weg populistische Führer nach dem Beispiel der Fundamentalisten, Peronisten oder sogar Faschisten auf den Plan ruft.

Und wenn man den Übergang von der anderen Seite her in Angriff nimmt und mit einer wirtschaftlichen Veränderung den Anfang macht? Wie steht es sozusagen mit einem kapitalistischen Übergang im Gegensatz zu dem demokratischen Übergang, wie er in Osteuropa versucht wird? Vielleicht führt uns die Geographie in die Irre. Hat sich nicht Ungarn für den kapitalistischen Weg entschieden? Im Ganzen gesehen scheint dies allerdings eine bevorzugte Option der ostasiatischen Länder zu sein. Die ostasiatischen »Drachen« haben sich alle für ein marktorientiertes (wenn auch staatlich gefördertes) Wirtschaftswachstum als ersten Schritt zur Modernisierung entschieden. Dasselbe hat auch Japan in der für dieses Land typischen Weise getan. Und derselbe Gedanke lag natürlich auch ursprünglich dem »Sprung nach vorn« in China unter Deng Xiaoping zugrunde. Die Unterschiede zwischen Südkorea und Taiwan oder Hongkong und Singapur sind deutlich zu erkennen. Dennoch hat es den Anschein, als hätte man in allen diesen Ländern (und anderswo) den, wie ich ihn einmal nennen möchte, »Französischen Revolutionsaspekt« der Modernisierung zugunsten des »Industriellen Revolutionsaspekts« zurückgestellt. »Nur Tyrannen geben ihren Untertanen Brot«, sagte Robespierre. Die Regierungen der genannten Länder haben ihren Untertanen zwar das Brot nicht umsonst gegeben, sondern ließen sie hart dafür arbeiten, aber im Laufe der Zeit hatten die Menschen dort mit Sicherheit genug zu essen und noch manches andere. In der Zwischenzeit führten ihre Regierungen wenn auch nicht unbedingt ein tyrannisches, so doch ein hartes und undemokratisches Regiment. Ist dies die politische Ohnmacht der Marktwirtschaft?

Das wichtigste Merkmal des wirtschaftlichen Übergangs zu einer Marktwirtschaft besteht darin, dass dieser eine Periode der aufgeschobenen Bedürfnisbefriedigung erfordert. Wir haben bereits eine Version davon kennengelernt – die Phase, in der die Preise steigen und die Löhne konstant bleiben oder sogar sinken. Das Problem ist jedoch viel allgemeiner. Das einmal in Gang gesetzte Wachstum führt die Gesellschaften zwangsläufig durch eine Periode, in der mehr produziert als verbraucht wird. Wenn das Wachstum allen zugutekommen und der Wohlstand sich über immer mehr Nationen ausbreiten soll, dann trifft der notwendige Konsumverzicht nicht nur diejenigen, die ihn verkraften können, sondern auch und vor allem jene, die das nicht können; die Armen werden ärmer, bevor sie sich ausreichend ernähren und kleiden können und ein Dach über dem Kopf haben. Warum sollten die Menschen das auf sich nehmen? Max Weber hat versucht, diese Frage für den Frühkapitalismus mit dem Hinweis auf die religiösen Überzeugungen der Menschen, auf ihre »Ethik« zu beantworten, insbesondere die calvinistische Ethik der Prädestinationslehre und die lutherische Berufsethik. Die Menschen sparen sozusagen freiwillig, und ihre Ersparnisse gewährleisten den allgemei-

nen wirtschaftlichen Fortschritt. Seitdem haben weit weniger puritanische Methoden dasselbe Kunststück zuwege gebracht, und das Wohlergehen der heutigen kapitalistischen Wirtschaften scheint eher auf Kredit als auf Ersparnissen zu beruhen, mit anderen Worten auf vorweggenommener und nicht auf aufgeschobener Bedürfnisbefriedigung.

Das ist vermutlich einer der Gründe, warum in Entwicklungsländern ein erzwungenes Sparen an die Stelle von freiwilligem Sparen getreten ist. Das moderne Äquivalent zur »protestantischen Ethik« ist die Tyrannei. Wenn es keine sozialistische Diktatur ist, unter der die Befriedigung der Verbraucherbedürfnisse für immer aufgeschoben bleibt, dann ist es eine jener kapitalistischen Diktaturen, für die Ostasien viele Beispiele liefert. Sie können mehr oder weniger wohlwollend sein, doch in allen Fällen gebrauchen sie politische Macht, um den wirtschaftlichen Übergang zu bewerkstelligen. Der Prozess ist langwierig und mühselig. Eine ganze Generation muss sich mit minimalen Rechten und zumindest in der Anfangszeit auch mit sehr geringen Aussichten auf materielle Belohnungen zufriedengeben. Allmählich steigen die Löhne, und Konsumgüter sind zu erschwinglichen Preisen erhältlich. Wenn es einmal so weit gekommen ist, dann ist das »Kunststück«, wie ich es genannt habe, geglückt. Der menschliche Einsatz war hoch, aber die Auswirkung auf die Wirtschaft war beträchtlich.

Das ist der Punkt, an dem der wirtschaftliche Übergang in Schwierigkeiten gerät. Wenn die Menschen einmal zu regelmäßigen Verbrauchern geworden sind, nehmen sie die Verweigerung weiterer Bürgerrechte nicht mehr hin. Sie haben Brot, ein Dach über dem Kopf und natürlich ein Fernsehgerät im Haus und vielleicht sogar ein Auto vor der Tür, aber sie wollen erst ins Ausland reisen, und dann wollen sie Demokratie. Man kann sich den anderen Robespierre – oder vielleicht den anderen Necker? – vorstellen, wie er verzweifelt ausruft: »Was heißt das, sie haben Brot, und sie schreien nach der Republik?« Eine nicht unwichtige Rolle spielt dabei das Bildungswesen. Allgemeine Schulbildung ist eine Vorbedingung für modernes wirtschaftliches Wachstum – sie stellt übrigens selbst eine Phase der aufgeschobenen Bedürfnisbefriedigung dar – aber zugleich ist sie eine Ursache von Diskussionen und Unruhe. Mit einem Mal beginnen die Dinge sich zu ändern. Nach Unruhen auf den Straßen von Seoul muss Präsident Park zurücktreten. Premierminister Lee gerät in Sorge, dass aus dem einzigen oppositionellen Abgeordneten viele werden könnten, und schränkt die Redefreiheit und das allgemeine Wahlrecht ein. Die Regierenden Taiwans waren sich offenbar nicht einig darüber, was sie von den Studenten auf dem Tienanmen-Platz halten sollten. Und dann gibt es natürlich den Tienanmen-Platz selbst. Nicht dass Taiwan die Phase der aufgeschobenen Bedürfnisbefriedigung bereits hinter sich hätte, aber die chinesische Bevölkerung schätzt solche Verzichte auf irdische Freuden noch weniger als andere. Zur Korruption in den höheren gesellschaftlichen Rängen

kommen die Bedürfnisse derer, von denen Opfer verlangt werden. Daraus entsteht Unruhe, und diese führt zu einer unheilvollen Mischung aus zögernder Veränderung und offener Unterdrückung. Vielleicht wie 1788, mit dem »Tag der Ziegelsteine« von Grenoble und den Réveillon-Unruhen in Paris?

Das ist nicht gerade eine ermutigende Geschichte. Ein politischer Übergang führt zu wirtschaftlicher Entbehrung, die Instabilität und Aufruhr zur Folge hat; ein wirtschaftlicher Übergang zieht politische Enttäuschungen nach sich und damit ebenfalls Instabilität und Aufruhr. In beiden Fällen bleibt die Freiheit auf der Strecke. Das ist sicherlich nicht das letzte Wort in dieser Sache. Albert Hirschman, der sich als Ökonom mit Übergängen beschäftigt, hat recht mit seiner Behauptung, dass die Phantasie realer Gesellschaften und ihrer Vorkämpfer die der Sozialwissenschaftler übertreffe. »Ausgeglichenes Wachstum« ist nicht die einzige Antwort; möglicherweise können Wirtschaft und Politik auch in »unausgeglichener« Weise Wachstum und Demokratie verwirklichen. Es kann sein, dass das Vernünftige nicht immer das Wirkliche ist oder dies jemals wird. Häufig tritt eher gerade das Unwahrscheinliche ein.

Jedenfalls tun wir gut daran, uns zu erinnern, dass alle einfachen Theorien des Zusammenhangs zwischen Wirtschaft, Politik und Freiheit falsch sind. Marx irrte, als er eine notwendige Verknüpfung zwischen wirtschaftlichem und politischem Wandel unterstellte. Es klingt einleuchtend, dass jede alte Regierungsform für eine bestimmte Produktionsweise und jede Reformgruppe für eine neue Produktivkraft steht, aber von der Geschichte wird diese These nicht bestätigt. Andererseits ist auch kein Primat der Politik über die Wirtschaft oder umgekehrt zu erkennen. Es trifft nicht zu, dass demokratische Institutionen an sich schon wirtschaftliche Kräfte freisetzen; noch führt ein marktorientiertes Wachstum quasi automatisch zu einer freiheitlichen Verfassung. Zumindest besteht eine beträchtliche zeitliche Verzögerung zwischen wirtschaftlichem und politischem Wandel. Dennoch sind beide offensichtlich unabdingbar, wenn die Lebenschancen des Menschen sich verbessern sollen, denn zu den Lebenschancen gehören materielle Mittel und Rechte, Brot und politische Teilhabe, ein gewisser Lebensstandard und volle bürgerliche Rechte. Was ist zu tun?

Vorläufig findet sich die Antwort auf diese Frage nicht in der Theorie, sondern in der Geschichte. Ich habe bereits das Beispiel der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit angeführt. Konrad Adenauer und Ludwig Erhard waren so verschieden, wie zwei Menschen nur sein können. Der mönchische katholische Realpolitiker kümmerte sich kaum um Wirtschaftspolitik, es sei denn als Instrument zur Stärkung seiner Macht, so dass er seine geopolitischen Spiele spielen konnte, während der lebensfrohe protestantische Ökonomieprofessor mit Geopolitik oder politischer Macht nie etwas anfangen konnte. Aber beide hatten eine Vision, eine unwahrscheinliche und zudem antizyklische Vision. Adenauer wollte Westdeutschland fest an Frankreich und die Vereinigten

Staaten binden, und Erhard wollte eine (west)deutsche Marktwirtschaft als Voraussetzung für einen Weltmarkt schaffen. Historische Zufälle führten die beiden Männer in einer Partei und einer Regierung zu einer Zeit zusammen, in der tiefgreifende Veränderungen möglich waren. Sie hatten einander wenig zu sagen, waren jedoch (innerhalb bestimmter Grenzen) bereit, dem anderen bei der Arbeit freie Hand zu lassen, vor allem nachdem sie entdeckt hatten, dass ihre getrennt errungenen Erfolge einen gemeinsamen Nutzen brachten. Adenauer gewann die Bundestagswahl 1953 trotz Erhard; 1957 hatten beide ihren Höhepunkt erreicht, und ihr gemeinsames Handeln verschaffte ihrer Partei eine absolute Mehrheit; zu dem Wahlsieg von 1961, der trotz Adenauer errungen wurde, hatte Erhard wesentlich beigetragen. Die Entwicklung in Westdeutschland nach 1948 war die sehr untypische Geschichte eines Übergangs. (Vielleicht erfolgt jeder Übergang auf eine untypische Weise.) Aber sie bietet ein anschauliches Beispiel für die Möglichkeit, dass wirtschaftliche und politische Änderungen in der Praxis miteinander verknüpft sein können, ohne es auch in der Theorie zu sein, und dass sie sich langfristig gegenseitig unterstützen können.

Übergänge sind historische Perioden, in denen einzelne Individuen eine größere Rolle spielen als unter normalen Umständen. Freie Gesellschaften können lange Zeit hindurch eine gewisse Mittelmäßigkeit ertragen, und Gesellschaften, die nicht frei sind, haben die unangenehme Wahl zwischen einer charismatischen Tyrannei und der strengen Hand einer mittelmäßigen Nomenklatura. Übergänge hingegen erfordern Führer, die sich der Phantasie der Bevölkerung bemächtigen und die über einen Richtungssinn und die Fähigkeit verfügen, ihr Land auf den rechten Weg zu bringen. Dazu bedarf es allerdings zweierlei. Wirtschaftsreformer sind auf den Schutz der politischen Führung angewiesen, und die politischen Reformer benötigen zum Schutz ihrer offenen Flanke einen Vorkämpfer für wirtschaftspolitische Maßnahmen an ihrer Seite. Die Betonung liegt auf Wirtschaftspolitik. Präsident Gorbatschow verfügt über einige theoretische Berater, die die Zeit ihrer Verbannung in Nowosibirsk zu nutzen gewusst haben, aber er hat niemanden mit der verbissenen und erstaunlich praxisorientierten Entschlossenheit Ludwig Erhards oder Boyers, des ersten Wirtschaftsministers unter Felipe Gonzáles. Andere hatten ein ähnliches Missgeschick, etwa Corazon Aquino auf den Philippinen und Benazir Bhutto in Pakistan, ganz zu schweigen von Raoul Alfonsín in Argentinien, dessen Nachfolger Menem anscheinend wieder ein Präsident ist, für den die Politik die absolute Vorrangstellung einnimmt. Vielleicht ist es zu viel verlangt, dass jedes Land zwei große Führer in die Freiheit benötigt, wenn bereits einer eine Himmelsgabe wäre, doch wirtschaftliche und politische Liberalisierung sind zwei – sich gegenseitig unterstützende, aber getrennte – Prozesse, die zwei politische Strategien erfordern, die sich aus demselben Streben nach Freiheit speisen, ohne eng miteinander zusammenzuhängen.

Das Warten auf den erneuten Zufall einer Kombination Adenauer-Erhard ist kein sehr hilfreicher Rat für diejenigen, die die notwendigen Reformen jetzt brauchen. Wenn ein solcher Rat überhaupt sinnvoll sein soll, dann muss er die Makroebene verlassen, auf der er denen gegeben wird, die die Macht haben, statt denen, von deren Zustimmung oder Opposition alles abhängt. In der Praxis bringt uns weder die verborgene Weltanschauung des Weltwährungsfonds noch die unverhüllte Geopolitik der US-Außenpolitik sehr weit. Wir haben alle großen Entwicklungstheorien aus guten Gründen aufgegeben, sei es die Theorie des »Durchsicker-Modells« oder des Marshall-Plans, und nicht anders sollten wir im Hinblick auf Übergänge verfahren. Besonders der Marshall-Plan benötigt dringend einen hervorragenden Historiker, der nachweist, dass er nur ein einziges Mal glückte und zudem nur bei einem Teil der Länder, die in seinen Genuss kommen sollten, vor allem aber unter Bedingungen, die sich andernorts wohl kaum ein zweites Mal schaffen lassen. Die Bereitstellung von Kapital allein löst keines der Probleme; im Gegenteil, sie ist die eigentliche Ursache des Schuldenproblems in Osteuropa wie in der Dritten Welt. Man könnte sogar noch weiter gehen und behaupten, dass dann, wenn die grundlegenden Probleme beseitigt sind, genügend Kapital verfügbar sein wird, weil es mehr als genug Kapital gibt, das erfolgversprechende Anlagen sucht.

Diese grundlegenden Probleme führen uns zurück zur bürgerlichen Gesellschaft. Wenn es ein Projekt gibt, das politische und wirtschaftliche Reformen miteinander verbindet, dann hat es etwas mit der bürgerlichen Gesellschaft zu tun. Was nützt, ist jedoch der Aufbau von Institutionen, nicht die Niederschrift von Konstitutionen. Der Aufbau von Institutionen ist ein mühsamer und vor allem langwieriger Prozess. In der Dritten Welt erreichen nichtstaatliche Organisationen (»NGOs«) heute wahrscheinlich mehr als alle Regierungen zusammen. Indem sie die Gründung von Genossenschaften anregen, lokale Sendestationen errichten, Sparkassen für all diejenigen gründen, deren ganze Kreditsicherheit in ihrem Arbeitsvermögen steckt, indem sie die Bevölkerung an deren Rechte erinnern und ihr behilflich sind, von ihnen Gebrauch zu machen, bauen die NGOs Institutionen für eine zukünftige bürgerliche Gesellschaft auf. Das Gesagte gilt mutatis mutandis auch für Osteuropa. Man muss all denen Beifall spenden, die wie der Finanzmann und Philanthrop George Soros in Osteuropa und der Sowjetunion Fundamente gelegt haben. Und dann gibt es die Verwirklichung rechtsstaatlicher Elemente, nicht nur durch die Verbreitung von Texten, sondern durch die Inanspruchnahme bürgerlicher Rechte, durch die Ausbildung und Unterstützung von Rechtsanwälten, die Bürger beraten und für eine unabhängige Rechtssprechung kämpfen. In diesen Überlegungen geht es darum, dass eine Volkswirtschaft, in der Zwang und zentrale Planung zunehmend durch Produktionsanreize und Marktmechanismen ersetzt werden, ebenso freie und volle Staatsbürger

braucht wie eine politische Gemeinschaft, in der an die Stelle einer Einpartei-
enherrschaft ein demokratisches Staatswesen tritt. Eine bürgerliche Gesell-
schaft ist das Sesam-öffne-dich zu jedem erfolgreichen Übergang.

Dieser Schlüssel ist allerdings nicht frei zugänglich. Er lässt sich nicht
einfach aus den Ländern, in denen er seinen Dienst getan hat, auf beliebige
Verhältnisse anderswo übertragen. Die bürgerliche Gesellschaft und mit ihr
der erfolgreiche Übergang spielen eine große Rolle bei den besonderen und
einzigartigen Umständen jedes einzelnen Landes und dessen Gesellschaft.
Das ist ein Grund zur Hoffnung. Man kann damit beginnen, hier und jetzt
Institutionen aufzubauen, ohne unbedingt auf jene blicken zu müssen, die auf
demselben Weg bereits eine gewisse Strecke zurückgelegt haben. Aber das
bedeutet auch, dass man kein Rezept hat, keine Gebrauchsanweisung, auf die
man sich blindlings verlassen könnte.

Das einzige Merkmal, das alle Übergänge gemeinsam haben, liegt darin,
dass sie einen zermürbenden Prozess darstellen, der auf lange Zeit hinaus tag-
täglich aufs Neue gefährdet ist. Es braucht Jahrzehnte, bis eine bürgerliche
Gesellschaft sich fest etabliert hat, und selbst dann können noch bedrohliche
Änderungen eintreten. Ich möchte annehmen, dass zwischen den Zeilen die-
ser Argumentation eine gewisse Skepsis im Hinblick auf die Entwicklungen
in Osteuropa durchgeklungen ist. Hoffnung und selbst Hilfsmaßnahmen
dürfen nicht dazu führen, dass wir die Augen vor den Risiken verschließen.
Für den Augenblick hat eine Demokratie in ihren Anfängen mehr Klagen
und Beschwerden freigesetzt als die Bereitschaft, die doppelte Aufgabe wirt-
schaftlicher und politischer Reformen in Angriff zu nehmen. Im Frankreich
von 1789 war es, wie Sirnon Schama sagt, die Verbindung von Zorn und Hun-
ger, welche die Revolution ermöglichte. Eine Revolution lauert als Gefahr in
allen Übergängen von heute, und wir sollten nicht vergessen, dass Revoluti-
onen mehr Probleme schaffen als sie lösen. Im Allgemeinen enden sie irgend-
wo zwischen Napoleon und Stalin. Reaktion ist das andere Risiko, und sie
kann zweierlei Gestalt annehmen. Die Wiedereinsetzung des alten Regimes
wird denen zusagen, die die Tage beispielsweise der Breschnew-Ära gar nicht
so schlimm fanden, und die Zahl derer, die so denken, kann durchaus in die
Millionen gehen. Doch in unserem Jahrhundert sind die Gesellschaften, die
sich in der Schwebe zwischen dem Alten und dem Neuen befinden, auch der
Gefahr eines Faschismus dieser oder jener Spielart, einer Tyrannei mit dem
Anspruch auf ethnische oder nationale Homogenität oder auf ideologische
Reinheit ausgesetzt, die eine gefühlsbetonte Sprache mit der gewaltsamen
Unterdrückung jeder Abweichung verbindet. Das alles liegt im Bereich des
Möglichen, ganz abgesehen von Verschiebungen im internationalen Kräfte-
spiel, von denen Zeiten innenpolitischer Unruhe häufig begleitet sind. Des-
halb sollten wir wenigen Glücklichen in den freien und wirtschaftlich florie-
renden Teilen der Welt uns vor einer übertriebenen stellvertretenden Begeis-

terung hüten und uns darum kümmern, die Wirklichkeit der Bürgerrechte zu sichern, die so lange in Gefahr und unvollständig bleiben wird, solange wir keine weltbürgerliche Gesellschaft geschaffen haben.

Aus dem Englischen von Udo Rennert

Anmerkungen

- 1 Beschwerdebriefe, die in Frankreich von der Bevölkerung vor der Französischen Revolution abgefasst und dem König überreicht werden sollten. (A.d.Ü.)
- 2 Der zaudernde Citoyen. Rückschritte und Fortschritte in der Französischen Revolution, München 1989.
- 3 A.a.O., S. 193.
- 4 A.a.O., S. 192.
- 5 Vgl. T. Garton Ash, Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München 1990. (A.d.Hg.)

François Furet
1789 – 1917, RÜCKFAHRKARTE
Mit einem Postskript

Das Interessanteste an der Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution hat am wenigsten Beachtung gefunden, nämlich die Begleitumstände dieses fast aufdringlich gefeierten Spektakels. Damit meine ich nicht seine Inszenierung, sondern gerade das, was mit ihm nichts zu tun hatte: die politische Situation in Frankreich und in der Welt.

In Frankreich hält sich die Linke nur deshalb so dauerhaft an der Macht, weil sie sich von der Idee des revolutionären Umsturzes verabschiedet hat. Es ist gar nicht nötig, bei dieser Tatsache des längeren zu verweilen, es sei denn, um zu unterstreichen, dass sie untrennbar mit einer anderen, tiefergehenden Entwicklung zusammenhängt, die François Mitterrand geschickt zu handhaben verstand und deren beiden auffälligsten Merkmale die Einbindung der Katholiken und der Kommunisten in die demokratische Politik waren. Die Integration der Katholiken geht auf die Vorkriegszeit zurück, und ihr Symbol ist die Beilegung des Schulstreits in der IV. und V. Republik: eine Regelung, welche die Sozialisten nach ihrem Wahlsieg 1981 rückgängig zu machen suchten, mit der sie sich aber wohlweislich 1984 abfanden, als sie erkannten, auf welche Widerstände sie mit ihrer Initiative stießen. Darüber hinaus geben die französischen Katholiken ihre Stimmen von Mal zu Mal weniger den Rechten, wie das für lange Zeit der Fall war. Damit war der tiefste Konflikt, den die Revolution in der öffentlichen Meinung der Nation aufgerissen hatte, beigelegt, was zugleich eine der Voraussetzungen für die demokratische Wachablösung in Frankreich ist.

Eine weitere Voraussetzung ist der rapide Verfall des kommunistischen Einflusses. Er hat aktuelle Vorläufer wie etwa den Bankrott des sowjetischen Systems, aber auch innere Gründe wie den zunehmenden Zerfall von Basis und Klientel der französischen KP und den Wandel von Einstellungen und Werten. Er lässt jedoch auch erkennen, dass ein viel älteres Element der französischen Geschichte im Verschwinden begriffen ist, etwas, das genauso alt ist wie die Revolution selbst: der messianische Gedanke vom Ende der Geschichte und vom Erscheinen des kollektiven Glücks kraft vernünftiger Neugestaltung der Gesellschaft. Zugleich zeugt das spektakuläre Schrumpfen des kommunistischen Wählerpotentials wie bei den Katholiken von der gelungenen Einbindung in die Demokratie; es signalisiert das Ende der Ba-

bylonischen Gefangenschaft, in die die Republik die französische Arbeiterschaft verbannt hatte, die sich ihrerseits durch Rückzug in die Bastion des Marxismus-Leninismus rächte.

So integrieren sich die katholischen und die kommunistischen Bevölkerungskreise, die der französischen Demokratie so lange entfremdet gewesen waren, mehr und mehr in die Öffentlichkeit der V. Republik, die nun, was ihr institutionelles Gefüge betrifft, praktisch keine Gegner mehr hat. Die öffentliche Meinung hat sich so auf zweierlei Weise von der Idee der Revolution entfernt: Die einen haben ihren Hass auf diese Idee erschöpft, die anderen sind es müde geworden, sie ständig zu überbieten. Die Idee der Revolution hat so ihren Umsturz-Charakter verloren. Sie drückt jetzt nur noch den Konsens über das Elementarste unserer politischen Kultur aus: die Berufung auf die Grundsätze von 1789. Sie ist nicht mehr Verheißung, sondern eher tragender Grund.

Dieses ein wenig melancholische Fazit versuchte die Linke mit der Aufzählung künftiger Kämpfe zu kontern. Bis zum Überdruß haben wir sie vernommen, die Litanei von den Bastillen, die noch zu stürmen sind! Doch ist das eine zweideutige Formel. Sie besagt zwar mit Recht, dass die Grundsätze der Demokratie die Möglichkeit des unbegrenzten Fortschritts in sich bergen; aber sie sagt einerseits nichts über die damit verbundenen materiellen, politischen oder moralischen Kosten, und andererseits evoziert sie den Gedanken an einen revolutionären Bruch, nach dem niemandem (oder fast niemandem) der Sinn steht und dem auch die weitreichendste Reform nicht Genüge tun kann. Apropos, wie stürmt die Linke diese famosen Bastillen, nun, da sie an der Macht ist! Das einzige, was der Idee der Revolution heute noch ein Minimum an Substanz verleiht, sind spektakuläre Ungleichheit oder Ausgrenzung. Deshalb zehrt sie vor allem von der Situation der Dritten Welt und der Lage derer, die aus der Dritten Welt in unsere Gesellschaften gekommen sind, der Immigranten. Und sogar dabei ist die Maxime des Handelns die Brüderlichkeit aller Menschen und nicht die Abschaffung des Kapitalismus; man orientiert sich auch hier an den Grundsätzen von 1789, nicht an einer Technik der Machtergreifung. Dieser moralische Unterton lässt ermaßen, wie weit wir uns vom Revolutionarismus der sechziger und siebziger Jahre entfernt haben – als ob über Nacht seine Geltung verloren hätte, was uns noch so lebendig vor Augen steht.

Dass die Revolution durch ihre demokratische Botschaft lebendiger ist denn je, hingegen als privilegierter Modus gesellschaftlicher Veränderung tot ist, sieht man außerhalb Frankreichs noch deutlicher, namentlich in den sozialistischen Ländern und vor allem in der Sowjetunion. Von dort – nämlich über die Dissidenten – kam die Idee der Menschenrechte vor zehn, fünfzehn Jahren zu uns zurück – es war, als habe die Geschichte den antihumanistisch verblendeten französischen Intellektuellen jener Zeit eine lange Nase gedreht.

In der Tat waren die berühmten »Prinzipien von 1789« niemals so tief im Kurs gefallen wie nach dem Kriege – jedenfalls in den Augen der französischen Intelligenz mit ihrer Fixierung auf die kommunistische Partei und auf die marxistische Kritik an der universalistischen bürgerlichen Ideologie. Zwar hat dieser revolutionäre Radikalismus im Grunde wohl nichts an der Verwurzelung der französischen Politik in den Ideen von 1789 geändert, doch gab er der Wiederentdeckung der Menschenrechte auf dem Weg über die sowjetischen Dissidenten den Charakter einer radikalen geistigen Umkehr.

Die Sowjetunion hat ihren Hauptantrieb in dem Ehrgeiz gehabt, die bürgerliche Französische Revolution zu überholen. Mit der Oktoberrevolution hatte sie die Macht jener Klasse etablieren wollen, die nichts zu verlieren hatte als ihre Ketten: Als Erbin der messianischen Bestimmung der Französischen Revolution verkörperte das Proletariat die Wahrheit, die der bürgerlichen Illusion ein Ende setzte und so den Weg zur Befreiung der Menschheit eröffnete. So hatte die Oktoberrevolution Form und Zielsetzung der Revolution von 1789 übernommen, während sie gleichzeitig deren radikale Negation sein wollte. Ebenso universalistisch wie die Menschen von 1789, ebenso voluntaristisch wie die Jakobiner, hatte sie die Zerstörung jener Welt auf ihre Fahnen geschrieben, die 1789 geboren worden war.

*

Was das bolschewistische Jakobinertum ein halbes Jahrhundert nach dem Roten Oktober – gezeitigt hat, ist das genaue Gegenteil: die Bestätigung der Ideen von 1789 und die Absage an das, was die sowjetische Revolution glaubte, von sich aus zum Erbe der revolutionären Tradition hinzufügen zu können: die politische Diktatur der Partei, Geschichte als Wissenschaft, die Verstaatlichung der Industrie, die Kollektivierung der Landwirtschaft. Und dies dringt heute nicht etwa aus den Kreisen der verfolgten sowjetischen Dissidenten zu uns, sondern aus dem Allerheiligsten des kommunistischen Universums selbst – nach siebenzig Jahren der Lüge setzt sich die Realität unerbittlich durch. Das Interessanteste an der Politik der sogenannten Perestrojka ist nicht das, was sie hinüberzuretten sucht, sondern das, was sie gezwungen ist, beim Namen zu nennen: die Anerkennung der Menschenrechte, den Vorzug freier Wahlen, die Unersetzlichkeit der Marktwirtschaft. Denn wenn diese Politik auch scheitern, ja sogar zerschlagen und von einer konservativen Reaktion des Parteiapparats abgelöst werden kann, so hat sie doch ein für allemal das materielle, moralische und geistige Scheitern des Kommunismus offenbart, dessen Liquidationsphase sie eingeleitet hat (die natürlich lange, sehr lange dauern kann). Wie kann man vom Leninismus auch nur das Geringste retten, wenn sich die Zukunft der Revolution von 1917 tatsächlich bereits in den Grundsätzen der sozialen Organisation von 1789 findet? Das leninistische Unternehmen mündet zu guter (oder schlechter) Letzt genau in

das, was es stets bekämpft hat – es ist ein unglaublich kostspieliger Umweg, der um so unheilvoller war, als unterwegs fast alle Möglichkeiten und Wege der Emanzipation verstellt worden sind.

Zugleich mit der Legitimität des Kommunismus stirbt auch eine Idee, die ihm lange Zeit als Rettungsanker gedient hat: der Revisionismus, mit dessen Hilfe es immer möglich war, alles Negative in der kommunistischen Wirklichkeit mit dem Verweis auf die theoretische Überlegenheit des kommunistischen Modells und auf die Abscheulichkeit des Kapitalismus herunterzuspielen. Demnach war der Kommunismus verbesserbar; der Kapitalismus war es nicht. Von Misserfolg zu Misserfolg marschierte die Sowjetunion in die richtige Richtung, während die USA und Westeuropa von Erfolg zu Erfolg ihrem unvermeidlichen Zusammenbruch entgegengingen. Heute ist die Katastrophe auf allen Ebenen – auch was das Prinzip der Gleichheit betrifft – so offensichtlich und wird von allen – auch den direkten Erben Lenins – so unverblümt eingestanden, dass sogar für solche Wunderdoktoren des Kommunismus, wie sie die linke Intelligenz bevölkern, nichts mehr herumzudoktern bleibt. Vor allem erfolgt das Eingeständnis des Scheiterns – etwa in Polen und in Ungarn – jetzt auf eine Weise, die die Abschaffung des Systems und nicht dessen Umbau nahelegt. Gewiss, Gorbatschow selber ist noch nicht so weit, und seine Anstrengungen richten sich eher darauf, die Diktatur der Partei einmal mehr durch Reformen zu retten, als sie abzuschaffen. Aber sogar in seinem Falle kann die Beimengung einer starken Dosis Parteichinesisch nicht über das Eingeständnis hinwegtäuschen, dass die Grundsätze von 1917 gescheitert sind. Von Chruschtschow, dem das bedeutende Verdienst zukommt, die Büchse der Pandora geöffnet zu haben, bis heute war es ein weiter Weg – weit genug, um jenen endlosen Tross von Revisionisten der Lächerlichkeit preiszugeben, der seit über dreißig Jahren hinter dem Konvoi des Kommunismus herzieht im festen Glauben, ihm Blumen streuend voranzugehen.

Der Gedanke, der ein halbes Jahrhundert gebraucht hat, um in die Köpfe der Menschen einzudringen, und den die Geschichte nun *ad oculos* demonstriert, ist trotzdem ganz einfach: Es ist die Erkenntnis, dass der wahre und einzige Bruch, aus dem die moderne Welt hervorgegangen ist, das Jahr 1789 war und nicht das Jahr 1917. Wohlverstanden: Ich will damit nicht sagen, dass die Französische Revolution das einzige Datum ist, das als Beginn jener neuartigen Gesellschaft zählt, die wir eben darum die Moderne nennen. Versteht man die Selbstbestimmung der Menschen über sich selbst und über die Art ihres Zusammenlebens als Wesensmerkmal dieser Gesellschaft, so ist klar, dass die Geschichte Westeuropas und Nordamerikas die ersten Spuren der Moderne bereits etliche Jahrhunderte vor 1789 zeigte und dass sowohl die englische Geschichte auf ihre unnachahmliche Art als auch die mit dem französischen Vorbild eher vergleichbare amerikanische Revolution Vorfor-

men der Französischen Revolution waren. Nur haben die Menschen von 1789 den neuen Prinzipien einen enormen Widerhall verschafft, indem sie eine der größten Nationen der Zeit zur Bühne des Kampfes um die universellen Menschenrechte machten.

Insofern ist es weder ungenau noch übertrieben, wenn man das Ereignis der Französischen Revolution für grundlegend und universell hält, auch wenn es natürlich mit spezifischen Begleitumständen verbunden war, die untrennbar mit der vorrevolutionären Epoche zusammenhängen. Das Universelle der Revolution war das, was sie unabhängig von ihren Begleitumständen geltend machte: das originäre philosophische Bestreben nach Befreiung des Menschen schlechthin. Dieses Bestreben war gewiss in sich widersprüchlich und lief Gefahr, sich in partikulären Institutionen zu verfestigen, was den chaotischen und eigentlich unabschließbaren Verlauf der Revolution erklärt. Aber eben darum kann man dieses Bestreben auch vom historischen Gang der Ereignisse und ihrer spezifisch französischen Erscheinungsweise trennen. Denn was dieses Bestreben in aller Klarheit hervortreten lässt, ist nichts anderes als das zentrale Dilemma, das seither alle Gesellschaften beschäftigt: Was ist Gemeinschaft, wenn wir alle autonome Individuen sind? Es ist das Dilemma, das die Revolution von 1917 glaubte lösen zu können und das sie nun völlig intakt unter jenen Schutthalden wiederentdeckt, die sie unter dem Vorwand, es zu überwinden, aufgetürmt hat.

Genau hier fällt das sowjetische Scheitern auf die Idee der Revolution selbst zurück: sie verliert ihre Geltung als privilegierter Modus politischen Handelns. Denn die Bolschewiken hatten ihre Inspiration aus dem Gang der Französischen Revolution geschöpft, um deren Prinzipien zu destruieren. Sie hatten die Jakobiner des Proletariats sein wollen, um die bürgerliche Lüge von den »Menschenrechten« liquidieren zu können. Sie hatten 1793 zum Programm stilisiert, wie man 1789 überholen könne. Doch heute treten die Sowjetunion – und noch klarer Polen und Ungarn – den Weg in die entgegengesetzte Richtung an: Man entdeckt die Menschenrechte, die Freiheit des einzelnen, freie Wahlen und die Rechtsstaatlichkeit wieder, um mit jener Katastrophe fertig zu werden, zu welcher der Kult einer zur Allmacht des Einparteienstaats gewordenen revolutionären Gewalt geführt hat.

So hat sich – eine Ironie der Weltgeschichte am Ausgang des 20. Jahrhunderts – alles verschworen, um die Zweihundertjahrfeier der Französischen Revolution unter ein doppeltes Zeichen zu stellen: die Feier der Botschaft von 1789 und die Absage an die Politik der Revolution. In Frankreich und in Westeuropa – der angelsächsischen Welt ist die Tradition von 1789 fremd – hängt die Götterdämmerung der revolutionären Idee mit dem Siegeszug der demokratischen Idee zusammen. Nachdem die Ideen von 1789 den gesamten Raum des Politischen ausfüllen und alle ihnen widerstreitenden Vorstellungen diskreditiert haben, erscheint der Rekurs auf die Revolution

als überflüssig, wenn nicht gefährlich: Wie Tocqueville als einer der ersten bemerkt hat, begünstigt die Demokratie auf tausendfältige Weise einen gewissen Konservatismus, und das allgemeine Wahlrecht ist nicht revolutionär. Fast überall in Westeuropa sind die Ideen der Französischen Revolution zu guter Letzt dem Fluch entronnen, den der historische Verlauf der Französischen Revolution über sie verhängt zu haben schien.

Gewiss, der demokratische Universalismus hat heillose Utopien und der Kult des Nationalstaates unerhörte Katastrophen gezeitigt. Aber auf den Ruinen dieser Tragödien und gestützt auf die Gesellschaften Westeuropas behaupten sich lebendiger denn je die Grundsätze von 1789, die schließlich in freiheitlichen Institutionen Gestalt gewonnen haben. Das spektakulärste Beispiel einer solchen Entwicklung ist wohl die Art und Weise, wie Spanien nach dem Tode Francos den Weg in die Demokratie gefunden hat. Betrachtet man das nichtsozialistische Europa von heute, so haben alle seine Nationen das im 18. Jahrhundert formulierte zentrale Problem: wie die freie Bestimmung der Menschen über sich selbst zu organisieren sei, offenbar auf weitgehend ähnliche Weise gelöst. Eine etwas systematischere Bestandsaufnahme würde zeigen, dass der gemeinsame Ursprung für diese Lösungen in der Trennung der demokratischen Idee von der revolutionären Idee liegt.

Für die aus einer ganz anderen Geschichte kommenden sozialistischen Gesellschaften ist diese Trennung nun genau das Ziel, das sie erreichen müssen. Es bestimmt jedenfalls den Weg, den sie sich selbst mehr oder weniger deutlich vorzeichnen. Doch warum fällt es ihnen so besonders schwer, dieses Ziel zu denken und den Weg dorthin einzuschlagen? Wohl nicht so sehr, weil die meisten von ihnen keine lange und lebendige demokratische Tradition besitzen – immerhin waren weder Spanien noch Portugal, von Deutschland ganz zu schweigen, in einer besseren Lage –, sondern aufgrund des besonderen, geradezu zwanghaften Verhältnisses, das der Kommunismus zur Idee der Revolution unterhält. Im Endeffekt verdanken die unter der Ägide Lenins geborenen Regime ihre Legitimität nur diesem Verhältnis. Bei ihnen gab es niemals das Bewusstsein, aus einer zwar notwendigen, aber zeitlich begrenzten Phase der Gewalt hervorgegangen zu sein, einer Gewalt deren einzige Aufgabe es war, der Universalität der Menschenrechte zur Geltung zu verhelfen. Diese Lektion der Revolution von 1789 wollten sie nicht annehmen. Gegründet auf den Anspruch, die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte und damit die Zukunft zu kennen, brauchten sich diese Regime weder um Gesetze noch um die komplizierten Mechanismen ihrer demokratischen Institutionalisierung zu kümmern. Mit ihnen schien die Wissenschaft an die Macht gekommen und verwechselte sich mit dieser. Die Wissenschaft nannte sich Revolution und hatte *per definitionem* keinen Endpunkt: Wer kann sagen, wann die Revolution von 1917 »beendet« ist, ja ob diese Frage überhaupt einen Sinn hat? So befinden sich die kommunistischen Mächte heute in doppelter Hinsicht

in einer Sackgasse: Sie können nicht darauf verzichten, ihre Legitimität aus ihren Ursprüngen zu schöpfen, aber dort lässt sich nichts anderes finden als die Diktatur der Partei. Und Nachfolgeparteien – sofern es sie, wie in Polen, gibt – können sich nicht mehr auf die Idee der Revolution stützen, die doch zum Arsenal der Macht gehört. Sogar das Abtreten des Kommunismus wird noch von der Lüge des Kommunismus eingeholt.

Dasselbe beobachtet man auch auf der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ebene. Die kommunistische Revolution, die kein anderes Ziel hat als sich selbst und keinen anderen Richter kennt als sich selbst, lässt kein Prinzip unangetastet. Die Revolution definiert sich durch nichts anderes als ihren Verlauf; und der hat, wenn er lang genug dauern konnte wie in der Sowjetunion, das gesamte soziale Gefüge ramponiert. Gorbatschow hat gut reden, wenn er die Kolchosbauern auffordert, zur Form des Familienbetriebes zurückzukehren: Er predigt in der Wüste, und zwar deshalb, weil er nicht mehr zu Bauern spricht, sondern zu einer demoralisierten, passiven Masse von Staatsangestellten. Die wirkliche Reform des kommunistischen Systems bestünde daher in seiner Abschaffung, doch ist der Weg aus dem Kommunismus in geistiger und sozialer Hinsicht mit unkalkulierbaren Risiken gepflastert. Das Jahr 1789 hat eine leuchtende Spur von Ideen und Anregungen hinterlassen. Das Jahr 1917 hinterlässt nichts als ein Trümmerfeld. Das Jahr 1789 hatte eine philosophische Partitur geschrieben, in der schon die ganze Vielstimmigkeit der modernen Politik vorgezeichnet ist. Das Jahr 1917 hat lediglich die Notwendigkeit eröffnet, über verbrannte Erde den Rückweg anzutreten.

Denn die Revolutionen des 20. Jahrhunderts, die im Zeichen leninistischer Prinzipien vollzogen oder erzwungen worden sind, haben nichts hinterlassen, worauf man neu aufbauen könnte. Die unter der Fahne der Menschenrechte erkämpfte Revolution von 1789 war bei ihrem chaotischen Verlauf oft genug den eigenen Grundsätzen untreu geworden; aber sie hatte das Gelände abgesteckt und die Ideen definiert, die fortan für alle, auch für ihre Gegner, die moderne Politik bestimmten. Selbst die Gegenrevolution zog ihre vorübergehende Stärke noch aus der Revolution. Demgegenüber erweist sich die historische Notwendigkeit des Kommunismus am Ausgang des 20. Jahrhunderts als katastrophale Illusion. Keine einzige leninistische Idee hat den Test der Zeit bestanden, und die massive Ablehnung, auf die diese Ideen bei den Völkern stoßen, bringt nichts anderes zum Vorschein als die schlichte Rückkehr zu den Prinzipien von 1789 – eine Rückkehr, die um so unbeirrbarer vor sich gehen wird, als die kommunistische Revolution einst gegen diese Prinzipien angetreten war. So hinterlassen die Unterdrückung des freien Marktes, das Ende des privaten Unternehmertums und die Diktatur der Einheitspartei nur Illusionen und Trümmer, eine Landschaft, die besonders dort, wo das Regime lange an der Macht war wie in der Sowjetunion, einer Wüstenei gleicht. Die sozialistischen Staaten und Gesellschaften bieten das einzigartige Schauspiel

von Nationen, die um jeden Preis *wiederherstellen* müssen, was sie abschaffen zu müssen geglaubt hatten, da sie in ihrer jüngeren Vergangenheit kein einziges Prinzip mehr vorfinden, auf das sie sich stützen könnten. Das gibt ihrer gegenwärtigen Lage auch etwas fast Pathetisches.

Damit lässt die Geschichte fundamentale Überzeugungen hinfällig werden, aus denen das geistige Erbe vieler Linker, auch über die Reihen der orthodoxen Kommunisten hinaus, bestanden hat. Sie macht jenes Bündel von Gemeinplätzen zu Makulatur, denen zufolge die rechtlich verfasste Demokratie nur eine Neuauflage der Aristokratie ist, mit dem einzigen Unterschied, dass der Platz des Adels nun vom Bürgertum eingenommen wird – eine trickreiche Betrachtungsweise, mit der man glaubte, die Französische zugunsten einer künftigen und diesmal entscheidenden Revolution abwerten zu können. Die Geschichte zwingt heute dazu, den Gedanken an eine neue *tabula rasa* im Namen eines radikalen Neubeginns fallenzulassen. Sie nötigt zur Einigung auf die Idee einer demokratischen Moderne, die durch die europäische Erfahrung des 17. und 18. Jahrhunderts konstituiert worden ist und in der wir auch heute noch leben, sogar und gerade dann, wenn wir ihre Grenzen im Namen der Gleichheit erweitern. Für diese einfache Wahrheit unserer Gegenwart gilt es offen zu sein, obwohl viele unserer Zeitgenossen sie nicht begreifen wollen – unbelehrbare Gefangene eines historischen Schemas, das durch die Geschichte nun impertinenterweise Lügen gestraft wird.

Nachdem alle Versuchsmöglichkeiten erschöpft sind, ohne dass auch nur ein Experiment geglückt wäre, bleibt den Jüngern der proletarischen Revolution nur noch übrig, sich an die imaginäre Bedrohung der Demokratie durch den Liberalismus zu klammern, so als könne der modernen Gesellschaft der sie tragende Individualismus ausgetrieben werden. Es scheint, als verwechselten sie dieses Fundament mit der Vorstellung, zur Konstituierung einer Gesellschaft bedürfe es lediglich eines Marktes. Beide Aussagen sind nicht ganz ohne inneren Zusammenhang, und man kann sie seit dem 17. Jahrhundert in dieser Verknüpfung bei vielen, namentlich englischen Autoren antreffen. Aber sie sind auch voneinander trennbar, und Marx war nicht weniger als Adam Smith ein Denker des modernen Individualismus. Allerdings sind wir nicht mehr so zuversichtlich wie er, die Antinomie zwischen Privatmensch und Staatsbürger im Zeichen der Arbeiterklasse auflösen zu können. Aber wer glaubte andererseits nach zweihundert Jahren Demokratie noch daran, dass eine Gesellschaft allein aus ihren Marktmechanismen bestünde? Wie das sozialistische hält auch das neo-liberale Credo keinen Augenblick lang einer unbefangenen Beobachtung unserer Gesellschaften stand: Sogar die USA sind auf ihre dezentralisierte Weise ein gigantischer *welfare state*. Das Amüsante ist, dass sozialistische und neo-liberale Rhetorik einander bestärken, und zwar in ihrer Realitätsvergessenheit und blinden Verdammung dessen, was die Demokratien zuinnerst in Bewegung hält: die

Spannung und zugleich Komplizenschaft zwischen der Autonomie des einzelnen und dem Anspruch des Staates auf Machtzuwachs im Namen von Recht und Gleichheit.

Bei dieser Blindheit, die für die französische Öffentlichkeit typisch ist, spielen politische Positionen und Parteiinteressen eine wesentliche Rolle: Denn die Linke und die Rechte beziehen ihr Selbstverständnis aus dem zwischen ihnen herrschenden Kriegszustand, und sie haben bisher nichts gefunden, was die bewährten Parolen des Liberalismus und des Sozialismus ersetzen könnte. In Wirklichkeit unterscheiden sie sich nur noch durch ihre Geschichte und ihre Karrieren im Staatsapparat voneinander. Die Rechte trauert der guten alten Zeit des Gaullismus nach, die ohnedies schon nicht mehr ganz die ihre war, während die Linke glaubt, an den Geist der III. Republik anzuknüpfen und sich zugleich in einem Interieur häuslich einrichtet, dessen Stil sie früher für ziemlich unrepublikanisch gehalten hätte. Der anscheinend unverwundliche Bestand an Halbwahrheiten und Borniertheiten, der bei uns als »öffentliches Leben« figuriert, verstellt den großen Strukturwandel, der durch die unheilbare Krise einer überlebten Geschichtsauffassung in Gang gesetzt worden ist. Auf einem verlassenen Schauplatz, der zur Spielwiese einer zum Selbstzweck geratenen und auf Manipulation reduzierten Politik geworden ist, werden skurrile Gestalten die Szene bevölkern: eine verwaiste Rechte, die sich nach Gaullismus und kommunistischer Partei zurücksehnt; eine kommunistische Partei, die sich wieder auf die Menschenrechte besinnt; eine sozialistische Partei, die sich auf einmal zu den Vorzügen des Marktes bekehrt hat oder in die Rückbesinnung auf Jules Ferry¹ flüchtet.

Wenn die Zweihundertjahrfeier spektakulär und vorsichtig zugleich war, theatralisch und doch so ideenarm, dann deshalb, weil sie, ohne es zu wissen, den zweideutigen Umständen gehorchte, in die der Zufall sie gestellt hatte: Sie feierte die Demokratie, um die Revolution zu vergessen.

*

Die öffentlichen Instanzen, die diese Feier organisierten, waren insofern nicht gut darauf vorbereitet, die neue Situation zu verstehen, als sie das Jubiläum sehr früh zu einer Domäne der vereinigten Linken gemacht hatten. Für dieses Bündnis ließ sich 1981 einfach kein besseres Symbol finden als die Idee der Revolution im Sinne eines radikalen Bruches mit der Vergangenheit. Nicht, dass Kommunisten und Sozialisten sich unter dieser Idee dasselbe oder auch nur Vergleichbares vorgestellt hätten; aber gerade deshalb konnte sie unterschiedliche, ja unvereinbare Visionen zu einer von beiden geteilten und bevorzugten Vorstellung gesellschaftlichen Wandels verklammern.

Man bedenkt heute, da man das Beispiel von Guy Mollets S.F.I.O.² und die Entwicklung des »Mitterrandismus« vor Augen hat, zu wenig, dass der französische Sozialismus untrennbar mit der Idee der Revolution verbun-

den war. Um im 20. Jahrhundert zu bleiben: Der Parteitag von Tours zog einen Trennungsstrich nicht zwischen einem reformistischen Sozialismus und einem revolutionären Sozialismus, sondern zwischen zwei politischen Familien, die sich beide nicht nur auf den Marxismus, sondern auf den revolutionären Marxismus beriefen. Der Léon Blum von Tours war kein Schüler Bernsteins, sondern – via Kautsky – ein Schüler von Engels. Er verurteilte den bolschewistischen Blanquismus im Namen der Diktatur des Proletariats. 1936, als die Franzosen ihn an die Spitze einer Regierung zur Verteidigung der Demokratie wählten, meinte er sich in einer Rede ausdrücklich dafür entschuldigen zu müssen, dass er »nur« die Demokratie verteidigte anstatt die Revolution zu machen. Die sozialistische Partei versteht sich als marxistische Arbeiterpartei, es sei denn, dass ungewöhnliche Umstände wie die des Jahres 1936 sie dazu veranlassen, sich vorübergehend mit dem Kapitalismus zu arrangieren. Sie kann sich auf die Dauer keinen anderen Weg zur Macht vorstellen als die Revolution, also die gewaltsame Übernahme des Staates, gefolgt von der Einführung einer sozialistischen Wirtschaft durch die Diktatur des Proletariats.

Dass die Partei weder eine Arbeiterpartei noch revolutionär ist, verschlägt hier wenig. Was ich untersuche, ist nicht die soziologische oder politische Realität dieser Bewegung, sondern die Vorstellung, die sie von sich selbst und ihrem Handeln hat. Die Distanz zwischen beidem zeugt lediglich von der Zählebigkeit dieser Vorstellung. Die sozialistische Partei nannte sich damals »Arbeiterpartei« und glaubte auch, eine zu sein – nicht nur deshalb, weil sie marxistisch war, sondern weil sie das Erbe eines französischen, prä-marxistischen Sozialismus angetreten hatte und bereits von Intellektuellen geprägt war, die im Namen der Arbeiterklasse sprachen. Und wenn sie sich »revolutionär« nannte, wie soll man darin nicht das Fortleben einer älteren Eschatologie erkennen, nämlich jener von 1789 und von 1793? Die Französische Revolution ist der Inbegriff des linken Erbes; dessen fortzeugende Kraft liegt in Ideen und Gefühlen, die seit dem frühen 19. Jahrhundert eine politische Teleologie zur Erneuerung der Revolution bilden. Um das zu verstehen, reicht es, den französischen Marxismus nicht mehr als Theorie der Geschichte, sondern als Produkt der Geschichte aufzufassen.

Denn die Idee einer zweiten Revolution, die unentbehrlich ist, um die Verheißungen der ersten einzulösen, diese Idee ist genauso alt wie die Französische Revolution, oder doch fast so alt. Sie kristallisiert sich in dem Maße heraus, wie die Frage der sozialen Gleichheit die seit 1789 eröffnete Diskussion um mögliche Formen der Gesellschaft bestimmt. Die jakobinische Diktatur konnte dann bereits als Vorform einer solchen zweiten Revolution figurieren, insofern sie durch Vertagung der Verfassungsfrage sich nicht mehr über ein zu setzendes Recht definierte, sondern als faktische Macht, deren Aufgabe es war, die Revolution zu verteidigen und weiterzutreiben. Babeuf war es, der

als erster in klassischer Form die Notwendigkeit einer zweiten Revolution formulierte, die formal analog zur ersten, aber inhaltlich verschieden von ihr sein sollte. Er geißelte als erster die Täuschungsmanöver des Jahres 1789, als im Schatten der großen Prinzipien eine neue Aristokratie, die der Besitzenden, auf die alte Aristokratie der Adligen folgte. Und er war es auch, der Robespierre und die Jakobiner lobte, weil sie das Problem erkannt hätten, ohne es freilich lösen zu können, da sie es nicht wagten, das Recht auf Eigentum anzutasten.

Seither prägt dieses zweideutige Verhältnis zur Französischen Revolution die sozialistische Linke. Auf der einen Seite beklagt man das Scheitern von 1789, aber auf der anderen hegt man leidenschaftliche Bewunderung für die Form, die das revolutionäre Handeln dort angenommen hatte. Aus der Kombination beider Überlegungen entstand der Gedanke, die Revolution wieder aufzunehmen: Man wollte sie erneuern, indem man sie imitierte und zugleich veränderte. Ein kompliziertes System von Identität und Differenz also, das komplementär auch für die Liberalen gilt. Auch sie sind Kinder des Jahres 1789, freilich nicht gerade erbaut davon, dass sie ihre Geburtsurkunde einer Revolution verdanken. Die egalitäre oder sozialistische Linke misstraut den Grundsätzen von 1789, macht aber aus der Revolution einen Kult. Denn das revolutionäre Beispiel der Jahre 1789 bis 1793 wirkt nirgends verlockender als bei denen, die es wiederaufnehmen und zugleich vollenden wollen. In der Tat liefert es mit der Leitidee der Gleichheit auch die praktische und politische Voraussetzung für deren Verwirklichung, nämlich die gewaltsame Eroberung des Staates. Der zweideutige Gehalt dieses Beispiels geht in den paradoxen Begriff der »revolutionären Tradition« ein, der für das Verständnis der französischen Politik im 19. und 20. Jahrhundert so wesentlich ist: Die Französische Revolution stellt ein Modell dar, und dennoch muss dieses Modell erneuert werden.

Es würde über den Rahmen dieses Artikels hinausgehen, zu zeigen, wie diese Einstellung zu den revolutionären Ereignissen alle Spielarten des französischen Sozialismus im 19. Jahrhundert erfasste und sich sehr schnell in eine historistische Betrachtungsweise einfügte, der zufolge die beiden Revolutionen, die vergangene wie die künftige, den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte gehorchen. In der um die Jahrhundertmitte entstandenen Revolutionsgeschichte von Louis Blanc und erst recht in der »Geschichte der Revolution« von Jean Jaurès, die gegen Ende des Jahrhunderts erschien, erkennt man deutlich die Spannung zwischen der Vorstellung vom universellen Charakter der Revolution von 1789 und der Feststellung ihres vorläufigen Charakters – 1789 als schlichte Vorbedingung für die wahre Befreiung des Menschen, die das Werk des Proletariats sein wird. Damals stand diese Befreiung noch bevor. Aber sie hatte bereits ihren Platz im sozialistischen Denken gefunden, das bereit war, eine neue Revolution in sein Kalkül aufzunehmen.

*

Diese revolutionäre Teleologie erklärt die begeisterte Aufnahme, die die Ereignisse in Russland 1917 bei der französischen Linken fanden, viel besser als der Rekurs auf die damals bestehende marxistische intellektuelle Kultur. Offensichtlich konnte die immer schon postulierte und für selbstverständlich gehaltene »Gesetzmäßigkeit« dieser Ereignisse (oder solcher Ereignisse überhaupt) darüber hinwegtäuschen, wie untypisch – vor dem Hintergrund klassischer Prognosen – das Land war, wo die neue Revolution sich abspielte.

Dies belegen frühe Reaktionen auf die russische Revolution, in denen Historiker wie der Sozialist Albert Mathiez, aber auch der radikale Republikaner François-Alphonse Aulard den Analogien zwischen der Französischen und der russischen Revolution geradezu obsessiv nachgehen. Mathiez lieferte dem französischen Publikum in seiner 1920 erschienenen Broschüre »Le bolchevisme et le jacobinisme« mit seiner Interpretation der russischen Ereignisse zugleich eine durch das Raster der sowjetischen Diktatur gefilterte Version der Französischen Revolution.

Über den Gedanken einer jakobinischen Erbfolge bildete sich bei der französischen Linken so schon sehr früh eine große Vertrautheit mit der Oktoberrevolution. Für die intellektuelle Linke Frankreichs im 20. Jahrhundert hatte das zwei Konsequenzen: Die russische Februarrevolution, in Wahrheit die einzige, die Züge einer echten Revolution getragen hatte, wurde so gut wie vergessen. Und in der Geschichte der Französischen Revolution gewann die Diktatur von 1793 im Vergleich zu der bloß »bürgerlichen« Episode von 1789 zusätzlich an Würde und Gewicht.

Dieses Wechselspiel zwischen russischer und Französischer Revolution beherrscht seither die gesamte linke Geschichtsschreibung der Französischen Revolution. Es wird natürlich besonders von den französischen Kommunisten in Gang gehalten, die darin nicht zu Unrecht eines ihrer stärksten Argumente für die Etablierung des Leninismus in Frankreich sehen. Ohne Zweifel ist die jakobinische Tradition das Schlüsselement des bolschewistischen Zweiges der französischen Linken gewesen. Man kann das an den beiden großen Perioden des Aufschwungs der kommunistischen Partei sehen, nämlich den Jahren von 1936 bis 1938 und 1944 bis 1946; und man könnte es *e contrario* auch an den dogmatischsten Perioden der Partei in den zwanziger Jahren zeigen; oder auch an den am wenigsten »nationalen«, wie 1939/40. Das Erstaunliche ist also nicht, dass die Kommunisten so leidenschaftlich auf der inneren Zusammengehörigkeit von 1793 und 1917, auf einer jakobinisch interpretierten Idee der Revolution bestehen, sondern vielmehr, dass die anderen Familien der Linken ihnen hierbei mehr oder weniger gefolgt sind.

Als Gralshüterin dieser Idee zieht die kommunistische Partei Frankreichs auch Nichtmitglieder in ihren geistigen Bann und hat in Albert Soboul sogar den offiziellen *spiritus rector* der universitären Geschichtsschreibung und

Verfasser der Vulgata der Französischen Revolution gefunden. Aus der Analogisierung von 1793 und 1917 hat sich allmählich eine retrospektive Umdeutung der Französischen Revolution entwickelt: Mit ihr tritt zwar das Bürgertum auf die Bühne der Geschichte, doch insofern dies ein revolutionärer Akt war, trägt die Revolution auch plebejische Züge und enthält Episoden, die die russische Revolution »ankündigen«. So sind die beiden Ereignisse gleichzeitig radikal verschieden, ja stehen zueinander im Widerspruch, wie das Bürgertum zum Proletariat – und doch vergleichbar, ja identisch, wenn man aus dem Gang der Französischen Revolution bestimmte Abschnitte isoliert. Dann ist diese plötzlich keine rein bürgerliche mehr, sondern enthält Elemente, die auf die künftige Befreiung vorausweisen, wie etwa die Sozialpolitik der Jakobiner oder schlichtweg ihre Diktatur. So feiert die alte antiliberalen Grundtendenz des Jakobinertums fröhliche Urständ im antiliberalen Extremismus der Bolschewiken. Und die Aura von Kraft und Tat, die das Jahr II wie den Oktober 1917 verklärt, tut ein übriges, um die Phantasie der Historiker und ihrer Leser zu beflügeln: Bei der Besetzung des Parts für die weltgeschichtliche Führungsrolle brauchen sie nur die Jakobiner durch die Bolschewiken und Frankreich durch Russland zu ersetzen. –

Ich habe genug über die Sinnwidrigkeiten geschrieben, zu denen die Obsession führt, Analogien zwischen den beiden Revolutionen zu bilden und brauche daher bei diesem Thema nicht länger zu verweilen. Die Geschichtsschreibung über die Französische Revolution hat durch diese verfehlte Analogie nach zwei Seiten hin an Fülle und Komplexität eingebüßt. Bei der Untersuchung der Unterschiede zwischen 1789 und 1917 hat die dogmatische Verwendung des Begriffs »bürgerliche Revolution« den Sinn für das wahrhaft Universelle in den Prinzipien von 1789 getrübt; und bei der Untersuchung der Analogien zwischen beiden Ereignissen war es die politische Leidenschaft, die die Diktatur und den Schrecken zu Mythen gemacht hat. Einerseits hat man das Exzeptionelle an 1789 wegretuschiert, um dieses glorreiche Jahr in den Farben bürgerlicher Mäßigung malen zu können. Andererseits hat man der jakobinischen Schreckensherrschaft den Rang einer historischen »Gesetz-mäßigkeit« verliehen, die durch die sowjetische Revolution angeblich aufs neue bestätigt wurde. Es entbehrt nicht der Komik, wenn sich heute die französischen Kommunisten und ihr Begleitorchester über die von den Rechten gezogene Parallele zwischen dem Schrecken des Jahres II und dem Archipel Gulag empören: Sie selber waren es doch, die diese Analogie aufgebracht und wie ein Gütesiegel gehandhabt haben, bevor es ihnen von ihren Gegnern um die Ohren geschlagen wurde. Was sie heute als mangelnde Objektivität beklagen, haben sie selber schamlos vorexerziert. Wenn die Schmach des Gulag auf die Französische Revolution zurückfällt, dann vor allem durch die Schuld der französischen Kommunisten: ein gefundenes Fressen für das politische Denken der Rechten.

All dies war nicht dazu angetan, das öffentliche Bewusstsein oder die historische Debatte über 1789 zu beleben. Denn der Vergleich mit 1917, zum Ruhm oder zur Schande der Französischen Revolution angestellt, zielt immer nur darauf ab, moderne Parteiinteressen um den Preis einer billigen Teleologie auf das Jahr 1789 zu projizieren. Nicht, dass ein solcher Vergleich uninteressant oder willkürlich wäre! Er beschäftigte bekanntlich die russischen Bolschewisten auf jeder Etappe ihres Abenteuers.³ Aber da er niemals ernsthaft durchgeführt wurde, ist er im 20. Jahrhundert zum Versatzstück politischer Optionen verkommen – gestern als Waffe in der Hand der Linken, heute als Waffe in der Hand der Rechten. Was sich heute, hinter dem Schlagabtausch zwischen beiden Lagern, abspielt, reicht jedoch tiefer: Die »gesetzmäßige« Verkettung beider Ereignisse erweist sich als Fiktion; sie werden in ihrer Einmaligkeit und zugleich in ihrer Kontingenz wiederentdeckt.

Der verblässende Stern des Oktober lässt den Stern von 1789 wieder erstrahlen, den er ausgelöscht zu haben glaubte. Die demokratische Idee ist die Zukunft der sozialistischen Idee. Diese Umkehrung lässt so große Ängste wachwerden, den Boden unter den Füßen zu verlieren, dass die Betroffenen sie zunächst einmal am liebsten leugnen, und sich eben damit anpassen: Noch nie sind »Liberalismus« und »Sozialismus« in solchem Maße zu gleichsam metaphysischen Gegensätzen hochstilisiert worden wie im Frankreich des ausgehenden 20. Jahrhunderts, einem Land, in dem man sich über die Marktwirtschaft ebenso einig ist wie über eine breite soziale Umverteilung der Einkommen. Aber die Realität kann nicht länger im Rekurs auf Glauben und Überzeugungen verleugnet werden – zu drückend ist die Evidenz der Geschichte. Das Ende des Kommunismus, oder besser gesagt: das Ende seiner Macht über die Geister, ist nur ein anderer Ausdruck dafür, dass Kapitalismus und Demokratie, die beiden Schlüsselemente der Moderne, Ergebnis ein und derselben Dynamik waren und bleiben. In dieser Dynamik bewegen wir uns heute mehr denn je zuvor. Im Vergleich zu ihr erscheint der Traum, noch einmal *tabula rasa* zu machen, auf dass die Geschichte endlich ihre Erfüllung finde, als eine für die Freiheit tödliche Illusion. Noch weiß niemand, ob unsere demokratischen Gesellschaften in Zukunft ohne politischen Messianismus auskommen oder ob sie ihm andere Monumente errichten werden Zeugen der unstillbaren Hoffnung des Menschen auf Gleichheit. Sicher ist jedoch zumindest, dass die Französische Revolution von nun an und für immer von der Tyrannei frei ist, die die russische Revolution ein Dreivierteljahrhundert lang über sie ausgeübt hat. Nach zweihundert Jahren steht sie vor uns, wie verjüngt, nachdem sie so lange verdeckt war, und ist wieder zu einer der großen Quellen geworden, aus denen unsere Welt sich speist. Das gibt ihr übrigens auch das Fremde, Widersprüchliche, Rätselhafte. Unsere Gesellschaften tun nicht mehr so, als hätten sie den Sinn des Jahres 1789 gemeistert oder gar ausgeschöpft; sie beginnen wieder, die Frage nach den Menschenrechten zu stellen.

Postskript vom Sommer 1990

So wurde doch Wirklichkeit, was ich Ende letzten Jahres geschrieben habe: Die Demokratie ist die Zukunft des Kommunismus geworden. Denn die Ereignisse des Herbstes von Prag, Berlin und Bukarest bezeugen – nach Warschau und Budapest – die Ideen von 1789, oder auch die der amerikanischen Revolution: Menschenrechte, Souveränität der Völker, freie Wahlen, Markt. Die sozialistischen Regime müssen sich nicht nur damit abfinden, »Anciens régimes« geworden zu sein, die sich ebenso verhasst gemacht haben, wie es die absolute Monarchie im Frankreich des 18. Jahrhunderts war; sondern die leidenschaftliche Ablehnung, auf die sie stoßen, nährt sich überdies – im radikalen Unterschied zu 1789 – allein aus alten Ideen: Die Nationen des Ostens lassen uns den Sieg des 18. Jahrhunderts über das 20. erleben. Selbst die Sowjetunion unter Gorbatschow entdeckt in den Ruinen der leninistischen Welt die zugleich widersprüchlichen und unlösbar miteinander verbundenen Tugenden der Marktwirtschaft und der Menschenrechte.

So trägt das Ende des Kommunismus, oder genauer gesagt: der kommunistischen Idee, eine Geschichtsauffassung zu Grabe, die seit zwei Jahrhunderten untrennbar mit der europäischen Linken verknüpft ist und der zufolge die »bürgerliche« oder »formale« Demokratie (um das geheiligte Vokabular zu benutzen) mit einer proletarischen Revolution schwanger ging, die dazu ausersehen war, deren Verheißungen wirklich zu erfüllen. Dieses Geschichtsbild erklärt die Hartnäckigkeit, mit der die Illusion über die sowjetische Revolution in jeder Generation neu aufgelegt werden konnte; es macht auch begreiflich, wie sich die revolutionäre Hoffnung nach der Destruktion des sowjetischen Mythos unter Chruschtschow auf noch unwahrscheinlichere Länder wie Algerien, Kuba oder China verlagern konnte. Die höhere Gesetzmäßigkeit, mit der das Ereignis eintreten musste, täuschte jedes Mal darüber hinweg, wie abwegig seine Schauplätze waren; und jedes Mal wurde die Geschichte nach Maßgabe der politischen Überzeugungen erneut zurechtgebogen.

Unter der Regie einer ironischen Vorsehung hat uns 1989 ein einzigartiges Schauspiel beschert: Wir sind Zeugen von Revolutionen, die zugleich Gegenrevolutionen sind, von Volksaufständen im Namen der Herstellung oder Wiederherstellung der liberalen Demokratie; wir erleben das Ende der revolutionären Idee, wie sie seit zweihundert Jahren den Horizont der Linken weit über die streng marxistisch-leninistischen Kreise hinaus bestimmt hat. Es gehört zu den absurden Folgen der kommunistischen Tyrannei, dass sie die westliche Konsumgesellschaft in so etwas wie eine neue soziale Utopie verwandelt hat: Wir stellen zu unserer nicht geringen Verblüffung fest, dass die Polen oder die Ungarn auf die hinter ihnen liegende Diktatur und den Schiffbruch ihrer Wirtschaft mit einem wahren Kult des freien Unternehmertums reagieren. Wieder einmal tritt in der Geschichte das untrennbare

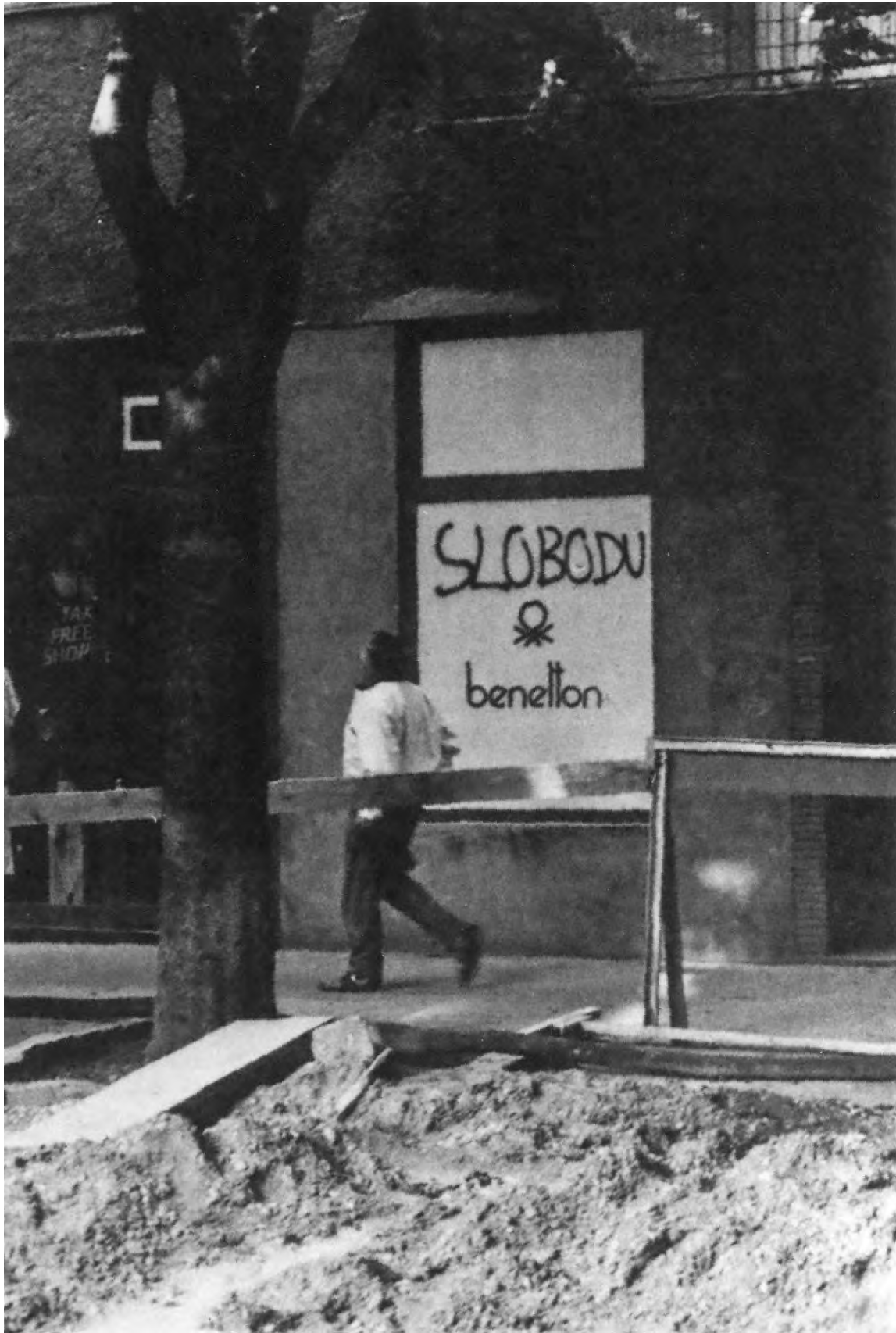
Paar Demokratie und Kapitalismus auf, das heute mehr denn je zuvor die Moderne definiert. Unter den wirtschaftlichen und politischen Trümmern, zwischen denen sie leben, werden die Völker des anderen Europa die Stärken dieses Gespanns wiederentdecken; doch wenn die Utopie der klassenlosen Gesellschaft tot ist, wozu sollte man sie durch die Utopie einer Harmonie des Marktes ersetzen?

Zum zweiten Male hebt sich der Tag über dem Europa des 20. Jahrhunderts. Nach 1945 nun 1989. Nach dem Ende des Nationalsozialismus das Ende des Kommunismus, und endlich ein Europa der Nationen und der freien Menschen. Aber diese Befreiung wird uns zu einem gründlichen Umbau unserer politischen Kultur zwingen, wie sie durch die letzten beiden Jahrhunderte europäischer Geschichte geprägt worden ist; ganz besonders in Frankreich, diesem klassischen Boden und ersten Laboratorium der modernen Politik. Die Geschichte ist nicht länger ein Programm, das von der Rechten bekämpft und von der Linken verwirklicht werden muss. Das Ende des Determinismus, die wiedergefundene Unverfügbarkeit der Geschichte raubt der Rechten wie der Linken die Merkmale ihrer Identität. Mit dem Kommunismus hat die Rechte ihren Erbfeind verloren, die Linke aber jene Vision, die auf ein Jenseits hinter der »bürgerlichen« Demokratie gerichtet war. Weder ein Kult des Wirtschaftswachstums noch das Basteln am Erbe Jules Ferrys wird den Abgrund schließen können, der sich unter uns auf getan hat. So sind wir denn verdammt, in der Welt zu leben, in der wir leben, während die demokratischen Leidenschaften sich einzig aus der Utopie der Zukunft nähren.

Aus dem Französischen von Holger Fliessbach

Anmerkungen

- 1 Linksrepublikaner, Französischer Ministerpräsident von 1880/81 und 1883/85. (A.d.Hg.)
- 2 Section française de l'Internationale ouvrière, Sozialistische Partei Frankreichs. Mollet wurde 1946 Generalsekretär der Sozialistischen Partei und verfolgte ab 1950 eine antikommunistische Politik. 1956/57 Ministerpräsident, scheiterte am Algerienkonflikt. (A.d.Hg.)
- 3 Vgl. Tamara Kondratieva, *Bolcheviks et jacobins*, Paris 1989.



Freiheit in Bratislava, Sommer 1990

Aleksander Smolar
 DURCH DIE WÜSTE
 Die Dilemmas des Übergangs

Vom Pessimismus zur Euphorie

Noch vor wenigen Jahren waren Bücher, Zeitungen und Fachliteratur voll von düsteren Prognosen über die Zukunft der Demokratie und des Westens. Zbigniew Brzezinski antwortete 1975 auf die Frage, ob sich die Demokratie in einer Krise befinde: »Diese Frage wird immer dringlicher gestellt, von führenden westlichen Politikern, von Journalisten und Wissenschaftlern, ja, wenn man den Umfragen trauen darf, sogar von der Allgemeinheit. In mancherlei Hinsicht erinnert die heutige Stimmung an die frühen zwanziger Jahre, als Oswald Spenglers ›Untergang des Abendlands‹ in aller Munde war.«¹ Willy Brandt soll vor seinem Rücktritt als Kanzler gesagt haben: »Westeuropa bleiben nur noch 20 oder 30 Jahre demokratisch. Dann wird es antriebs- und steuerlos inmitten von Diktaturen treiben, wobei ziemlich gleichgültig ist, ob es sich um Politbüros oder Juntas handelt.«² Jean François Revel ist der Autor des vermutlich letzten Buches, das nach dem Vorbild von Spengler und Gobineau den Untergang des Westens ankündigt. In »So enden die Demokratien« macht er die Expansion des Totalitarismus und die defätistische Beziehung der Öffentlichkeit in den demokratischen Ländern als tödliche Bedrohung aus: »Gegenstand dieses Buches ist die detaillierte Beschreibung des erbarmungslosen Demokratieverdrängungsmechanismus, zu dem die Welt, in der wir leben, geworden ist.«³

Die Stimmung ist mittlerweile umgeschlagen. Die Zeitungen verkünden den Tod des Kommunismus und den Sieg von Freiheit, Demokratie und Kapitalismus. Francis Fukuyama ruft das Ende der Geschichte (im Hegelschen Sinne) aus und spricht von der westlichen liberalen Demokratie als endgültiger Regierungsform, als »Endpunkt der geistigen Evolution des Menschen«.⁴ Nach zweieinhalbtausend Jahren können wir Platons Frage nach dem besten politischen System beantworten – das jedenfalls verspricht der Titel eines Artikels von Charles Krauthammer⁵ Brzezinski meint, dass die USA den Kalten Krieg gewonnen haben⁶, während der sowjetische Wissenschaftler Sergej Kapitsa auf einer Konferenz in Los Alamos sagte: »Sie wissen, wer gewonnen hat: Japan und Westdeutschland. Es dürfte Ihnen nicht schwer fallen zu erraten, wer verloren hat.«⁷

Doch gibt es einige, die der neuerdings angeschlagene triumphalistische Ton unangenehm berührt. So schreibt Daniel Bell: »Was heute stattfindet

(...), ist nicht der Sieg des Kapitalismus per se; es ist die Niederlage von zentraler Planung und totalitärer staatlicher Kontrolle und der Aufschwung der Demokratie.«⁸ Für George Steiner treffen die demonstrierenden Massen auf den Straßen von Berlin, Prag und Budapest keine moralische oder politische Wahl. Sie waren nicht »trunken von abstrakter Leidenschaft für Freiheit und soziale Gerechtigkeit«; seiner Meinung nach zeigte ihr Verhalten eher, dass »die neuen Tempel der Freiheit McDonald's und Kentucky Fried Chicken« heißen werden.⁹ George Walden sieht in den Siegen des letzten Jahres ein technisches Knock Out des Kommunismus und keinen ethischen oder geistigen Triumph, zu dem der Westen heute gar nicht in der Lage wäre. Seine Leere sei eine jämmerliche Alternative zu der Leere, die der Zusammenbruch im Osten hinterlassen hat.¹⁰

Solche nachdenklicheren Stimmen sind freilich eine Ausnahme. Allgemein herrscht Siegesstimmung. Man nimmt es als Selbstverständlichkeit, dass das »Andere Europa« auf Integration aus ist und sich in seinen politischen Institutionen, seiner gesellschaftlichen Organisation und in der Wirtschaft so schnell wie möglich dem Westen angleichen will. Allerdings fehlt es heute an ernsthafter Reflexion über die Möglichkeiten eines solchen Übergangs und die Beschränkungen, denen er unterliegen könnte. Schumpeters lapidar formulierter Vorbehalt hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren: »Soziale Strukturen, Typen und Verhaltensweisen sind Münzen, die nicht leicht schmelzen. Sind sie einmal geprägt, so überdauern sie möglicherweise Jahrhunderte.«¹¹ Angewandt auf die postkommunistischen Länder Osteuropas, lehrt dies, die Widerstandsfähigkeit bestimmter überkommener Strukturen und sozialer Verhaltensweisen nicht zu unterschätzen; Pessimismus scheint angebracht gegenüber den Hoffnungen auf eine rasche und schmerzlose »Heimkehr« dieser Länder nach Europa.

Es wäre nicht nur für die sich von der Diktatur lösenden Länder Osteuropas, sondern für ganz Europa fatal, wenn der Euphorie des Westens, seiner Begeisterung für die sanften Revolutionen von 1989 nun eine Phase der Ermüdung, des Überdrusses und der Abwendung folgen würde. Überzogene Hoffnungen und Unverständnis für die Verwicklungen, die Dramatik und Unvergleichbarkeit der Probleme, vor denen die postkommunistischen Demokratien heute stehen, könnten die Hilfsbereitschaft des Westens schnell wieder erlahmen lassen, die diese Länder so dringend brauchen (und nicht nur in materieller Hinsicht).

Besonderheiten und Logik der Veränderungen in Ostmitteleuropa

Die jüngere Geschichte der Siege und Niederlagen der Demokratie gleicht dem Wechsel der Gezeiten. Eine erste Welle kam im 19. Jahrhundert auf und reichte bis zum ersten Weltkrieg. Sie brachte über zwanzig demokratische

Staaten hervor. In der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges ging die Welle weltweit zurück, Kommunismus, Faschismus und andere repressive Systeme übernahmen das Feld. Mit dem Sieg der Alliierten und der Entkolonialisierung kam eine zweite Demokratisierungswelle. Anfang der sechziger Jahre gab es schon an die vierzig demokratische Staaten. Die Krise in den Ländern der Dritten Welt hat diesen Prozess unterbrochen. Aber seit 1974 geht eine neue Demokratisierungswelle über den Erdball. Sie beginnt mit dem Zerfall der Diktaturen in Südeuropa: in Portugal, Griechenland, dann in Spanien. Danach stürzen die Diktaturen in Argentinien und Brasilien, den größten Ländern Lateinamerikas. In den achtziger Jahren erreicht die Welle Asien, unter anderem die Philippinen und Südkorea. Und um die Wende zu den neunziger Jahren hat die Demokratie gerade dort einen spektakulären Auftritt, wo man sie am wenigsten erwartet hatte: in den Ländern, die über Jahrzehnte von den Kommunisten regiert wurden.

Es besteht der Hang, diese Prozesse, die sich in so verschiedenen Teilen der Welt abspielen, zu analogisieren. In der Tat gibt es viele Ähnlichkeiten zwischen ihnen. Vor allem ist ihnen das Ziel gemeinsam – die parlamentarische Demokratie westlichen Typs. Ähnlichkeiten lassen sich auch zwischen bestimmten Typen von Abläufen und von Problemen feststellen, die für die Länder auf dem Wege zur Demokratie charakteristisch sind. So arbeiten die Mehrparteiensysteme etwa in Chile, Südkorea und Ungarn in der Anfangsphase auf ähnliche Weise. Am »Runden Tisch« in Polen wurden radikale politische Veränderungen ähnlich wie in Spanien durch Kontrakte zwischen den alten und den neuen Eliten initiiert. Lateinamerika machen ähnlich wie Ostmitteleuropa die komplizierten Beziehungen zu einem mächtigen, dominierenden Nachbarn zu schaffen. Der Übergang zur Demokratie vollzieht sich im Westen wie im Osten unter schlimmen ökonomischen Bedingungen: wirtschaftlicher Zerfall, galoppierende Inflation, dramatische Verschuldung. Und in den meisten Ländern, die im letzten Jahrzehnt damit begonnen haben, Demokratien aufzubauen, sind die Veränderungen ohne Blutvergießen und Racheakte vor sich gegangen.

Trotz aller dieser Parallelen und Analogien gibt es grundsätzliche Unterschiede zwischen den Richtung Demokratie gehenden postkommunistischen und den postautoritären Ländern. Autoritäre Regime tolerieren keine Opposition, aber sie geben Institutionen und gesellschaftliche Initiativen Spielraum, solange sie das Feld der Politik nicht betreten. Diese Domäne beanspruchen die autoritären Regime für sich, sie sind politische Phänomene par excellence. Daher ist der Übergang von einem solchen System zur Demokratie immer ein politischer Prozess, ungeachtet dessen, dass der Erfolg natürlich von einer ganzen Reihe von Faktoren abhängt, die selbst nicht politisch sind, wie z.B. vom Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, vom Bildungsgrad der Bevölkerung oder von der herrschenden Religion.

Die kommunistischen Systeme hingegen zeichnen sich dadurch aus, dass ihr Machtstreben weit über die Domäne der Politik hinausreicht. Es richtet sich auf die Wirtschaft, alle Institutionen des gesellschaftlichen Lebens, die Kultur und die Ideen. In den kommunistisch regierten Staaten hat man alles getan, um die Gesellschaft zu verstaatlichen. Ironischerweise wurde nicht der Staat durch die Gesellschaft absorbiert, wie das Marx vorausgesagt hatte, sondern die Gesellschaft wurde von einem allmächtigen Parteistaat aufgefressen.

Die Verstaatlichung bewirkte aber keine wirkliche Kontrolle. Vielmehr führten die Versuche, die staatliche Kontrolle auszuweiten, zur Bildung von Bereichen der Spontaneität, auch im Zentrum des Systems selbst. Zerfallerscheinungen im Machtapparat, sich innerhalb der regierenden Schicht bildende Fraktionen und *pressure groups* gaben den westlichen Forschern Gelegenheit, die gewagtesten Hypothesen zu formulieren: Von einem neuen, innerbürokratischen Pluralismus war die Rede, von »korporativen« Interessengruppen. Es wäre eine eigene Untersuchung wert, einmal nach der intellektuellen und moralischen Verantwortung zu fragen, die Tausende von Sowjetologen mit der Verbreitung solcher Theorien auf sich geladen haben. Haben sie nicht zur Akzeptanz der Regime im Westen beigetragen, und damit zu ihrer Perpetuierung? Wie weit hat die Angst vor der Verdächtigung eine Rolle gespielt, für den Kalten Krieg zu sein? Oder das Bedürfnis nach professioneller Anerkennung? Die Rücksichtnahme auf die Interessen der Machthaber im Osten, um sich Einreisemöglichkeit und Kontakte zu sichern?

Die Autonomie der Gesellschaft gegenüber staatlicher Kontrolle äußerte sich positiv und negativ: in einer unabhängigen Kultur, im Erstarken religiöser Institutionen, in der Entstehung oppositioneller Bewegungen, in der »Schattenwirtschaft«; aber auch in der Korruption oder im illegalen Transfer von Arbeit und Kapital aus dem staatlichen Sektor. Alle diese Phänomene hatten keinerlei formales Recht auf Existenz, sie konnten von den Machthabern, wann immer es ihnen beliebt, untersagt oder Repressionen unterworfen werden. Von ihnen führte kein Weg zur Institutionalisierung eines wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Pluralismus.

Die bisherigen Überlegungen zeigen, wie vieldimensional die Frage des Übergangs zu einer, wie man in Ostmitteleuropa gerne sagt, »normalen« Gesellschaft ist: Es geht nicht nur um die Etablierung der Demokratie, sondern auch um die Herausbildung eines Marktes, um die Rekonstruktion autonomer und spontaner Mechanismen in der Wirtschaft und um den Wiederaufbau der *civil society*, also um die Wiedereröffnung jener Sphäre, die zwischen dem einsamen Individuum und dem Staat vermittelt.

Die Geburt der Demokratie könnte man sich in den entwickelteren Ländern – epigrammatisch verkürzt – etwa so vorstellen: Die Etablierung einer Konkurrenzwirtschaft bringt, gestützt auf privates Eigentum, eine Vielfalt von

Wirtschaftssubjekten hervor, welche die Bildung einer pluralistischen Gesellschaftsordnung fördern, die ihrerseits ein politisches System zeitigt, das auf Konkurrenz beruht. Oder anders gesagt: Von der Marktwirtschaft über eine moderne *civil society* zur pluralistischen Demokratie. Natürlich ist das ein Idealmodell, die Geschichte der Demokratisierungsprozesse zeigt zahlreiche kleinere oder größere Abweichungen. In den postkommunistischen Ländern allerdings haben wir es nicht mit Varianten dieses Modells zu tun, sondern mit seiner radikalen Umkehrung. Wir sind hier Zeugen der Entstehung einer modernen parlamentarischen Demokratie unter denkbar ungünstigen Bedingungen: Weder gibt es eine freie Marktwirtschaft noch eine entwickelte *civil society*. Man baut ein Dach, ohne Mauern und Fundament zu haben. Bestenfalls sind ein paar verwitterte Reste stehen geblieben.

Wenn kommunistische Reformer, aber auch westliche Spezialisten, in den fünfziger und sechziger Jahren über die Zukunft nachdachten, zielten sie vor allem auf Veränderungen in der Wirtschaft ab. Da – behaupteten sie – träten die Widersprüche am deutlichsten zutage, und der wachsende Druck der Bevölkerung würde helfen, die fälligen Reformen zu beschleunigen. Sie schienen relativ einfach: Die Vorteile des Plans sollten weise mit den Vorteilen des Marktes verbunden werden.

Viel komplexer und langwieriger stellte man sich den Wiederaufbau der gesellschaftlichen Autonomie vor. Der Walfisch des Totalitarismus würde, so hoffte man, den Jonas der Zivilgesellschaft ausspucken: Ihre Widerborstigkeit machte sie unverdaulich, und vielleicht war sie auch ungenießbar. Jedenfalls nahm das Interesse der Macht an den Bereichen des gesellschaftlichen Lebens proportional mit deren Entfernung vom eigentlich Politischen ab. Das Beispiel der polnischen Kirche, die Aktivitäten verschiedener Organisationen von Intellektuellen und Künstlern in den ostmitteleuropäischen Ländern oder die Lebendigkeit der Idee der Arbeiterselbstverwaltung schienen zu bestätigen, dass die Entwicklung in diese Richtung geht. Gleichzeitig würde mit der Befreiung von politischer Bevormundung, mit der Rückkehr des Bürgersinns in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eine »Abkühlung« der Ideologie einhergehen.

Noch schwieriger schienen politische Veränderungen zu sein. Jedes Fünkchen von Einsicht bei der Führung, jede Kooptation eines kritischeren Geistes wurde mit übertriebenem Optimismus begrüßt. Man spekulierte über die Perspektiven eines innerparteilichen Pluralismus, man prophezeite die Verwandlung der Partei in eine Art mexikanische *Institutionalisierte Revolutionspartei* oder den Niedergang ihres politischen Status zu einer Art Brahmanenkaste; andere wieder sahen in ihr das künftige Oberhaus eines pragmatisch regierten Staates.

Mit den Ereignissen der siebziger und achtziger Jahre drängte sich Beobachtern und Protagonisten eine neue Hypothese über die mögliche Ent-

wicklung in Ostmitteleuropa auf. Mehrere Anläufe, Wirtschaftsreformen in Richtung »Marktsozialismus« durchzuführen, scheiterten. Die Führungen in Ostmitteleuropa (in Polen, Rumänien, Ungarn und der DDR), aber auch westliche Politiker, Bankiers und Sowjetologen setzten nun auf die erlösende Kraft einer wirtschaftlichen Annäherung an den Westen, ermöglicht durch ein Klima allgemeiner politischer Entspannung. Von einer durch den Westen unterstützten Modernisierung der Wirtschaften im Osten erhoffte man sich eine allmähliche Übernahme rechtsstaatlicher Prinzipien, wachsende gesellschaftliche Autonomie und eine Öffnung zum Westen. Das Ganze sollte vom »dritten Korb« der KSZE von 1975 flankiert werden. Das sowjetische Lager billigte damals das Recht des Westens, sich in Sachen Grundrechten in seine inneren Angelegenheiten einzumischen, ohne die Konsequenzen zu ahnen.

Mitte der siebziger Jahre entstanden politische Oppositionen in Polen, der CSSR, Ungarn und, in kleinerem Maßstab, auch in anderen Ländern des Ostblocks. Die politische Philosophie dieser Bewegungen fand ihre Krönung im Programm der *Solidarność* von 1981, die alle anderen Bewegungen bis ins Jahr 1989 maßgeblich beeinflusste. Diese Philosophie lebte von dem Glauben an die grundlegende Bedeutung der Rekonstruktion der *civil society*, an die Möglichkeit einer Wiederbelebung der Wüste, die der Totalitarismus zwischen Individuum und Staat entstehen ließ. Ohne eine organisierte, aktive Gesellschaft, so sagte man, könne keine Rede sein von einer Zustimmung zu irgendwelchen schmerzhaften Opfern, und seien sie noch so unerlässlich für die Rettung der Wirtschaft. Von Anfang 1980 bis 1989 war genau dies das Angebot der polnischen Opposition an die Regierung. Dem Aufbau der Demokratie hatte nach den damaligen Vorstellungen gesellschaftliche und wirtschaftliche Transformationen vorherzugehen.

An dieser Stelle sollten wir uns daran erinnern, dass alle diese Überlegungen zu den Chancen tiefgreifender politischer Änderungen, gleichgültig, ob sie von Reformern oder Oppositionellen angestellt wurden, jahrzehntelang unter der allzu spürbaren Präsenz der Sowjetunion angestellt wurden, einer Macht, die mehr als einmal brutal ihren Willen manifestiert hatte, keine solchen Änderungen zuzulassen.

Es kam dann alles anders. Die Ereignisse in Ostmitteleuropa folgten einander nicht wie vorausgesagt, sondern in umgekehrter Reihenfolge. Das kommunistische System zeigte dort tödliche Risse, wo man es am wenigsten erwartet hatte: in seiner politischen Struktur. Hier sind die Veränderungen am radikalsten und erstaunlich einfach. Der Wiederaufbau der *civil society* hingegen stellt sich als unvergleichlich schwieriger heraus, und die Transformation der Wirtschaft scheint ebenfalls ein komplizierter und schmerzhafter Prozess zu werden.

Politische Landschaft

Wie Kartenhäuser und in schneller Folge brachen die kommunistischen Regime in Ostmitteleuropa zusammen. Seit Jahrzehnten überzeugt von ihrer Stärke und Dauerhaftigkeit, verfolgten wir dieses Spektakel mit Argwohn. Es genügte, dass die sowjetische Armee mit Schande bedeckt aus Afghanistan abgezogen wurde und Moskau signalisierte, dass es fortan keine Interventionen mehr geben werde, und schon hatten die Menschen den Gehorsam aufgekündigt. Die intelligenteren herrschenden Eliten suchten sofort Verständigung mit der eigenen Bevölkerung. Die politische Landschaft Ostmitteleuropas kam in Bewegung. Was aus westlicher Perspektive gerne als Block gesehen wurde, entpuppte sich als vielfältiges Gebilde aus Staaten mit verschiedenen Traditionen, Ausgangspositionen und Entwicklungsmöglichkeiten. Am deutlichsten unterscheiden sich die mitteleuropäischen von den südosteuropäischen Ländern.

Zur ersten Gruppe gehören Polen, die CSFR, Ungarn, Slowenien und Kroatien; ein besonderer Fall ist natürlich die ehemalige DDR, deren Dynamik schnell von der Bonner Politik dominiert wurde. In diesen Ländern fand ein rascher Zerfall der alten politischen Strukturen statt. In den ersten freien Wahlen in der DDR, der CSFR und in Ungarn bekamen die Kommunisten um die zehn Prozent der Stimmen. Auch in den beiden nördlichen Teilstaaten Jugoslawiens haben sie verloren. Sie sind auf eine Dimension reduziert worden, die in westlichen Ländern für radikale Gruppierungen charakteristisch ist.

In Südosteuropa ist die Situation anders. Ion Iliescu *Front zur Rettung der Nation* besteht im Wesentlichen aus dem alten Parteiapparat; sie trug einen erstaunlichen Wahlsieg davon. In Bulgarien siegten die Kommunisten, die sich heute Sozialisten nennen. Slobodan Milošević, Vertreter eines nationalistischen Kommunismus, hat gute Chancen, die Wahlen in Serbien zu gewinnen. Während es also in Ostmitteleuropa zu einem radikalen Bruch mit dem Kommunismus gekommen ist, erleben wir in Südosteuropa eher seine Modernisierung. Viele Beobachter sehen darin Teilsiege der Strategie Gorbatschows.

Wie erklären sich diese Unterschiede? Manche greifen auf die Geschichte zurück: Der katholische oder protestantische Norden verfügt über eine relativ reiche »zivile« und rechtsstaatliche Tradition. Dem orthodoxen Süden, der lange unter osmanischer Herrschaft lebte, fehlt es an gesellschaftlicher Autonomie. Steht hier also ein demokratisches Mitteleuropa einem Balkaneuropa gegenüber, dem diese politische Kultur fremd ist? So einfach ist es nicht, da sich in einigen Ländern der ersten Gruppe auch ein starkes nichtdemokratisches Erbe ausmachen lässt und umgekehrt Elemente einer demokratischen Tradition in der zweiten. Politische Tradition und Kultur spielen eine wichtige Rolle, das Schicksal der Demokratien im Osten Europas hängt aber von so vielen anderen Faktoren ab, dass eine solche Reduktion gefährlich wäre.

Markante Unterschiede traten zu Beginn zwischen den neuen Demokratien auch auf, was den Typus des entstehenden politischen Pluralismus betrifft. Hier stellten Polen und Ungarn zwei extreme Modelle dar. Die polnische Bühne wurde von der *Solidarność* beherrscht. Neben ihr existierten zunächst über 80 Parteien und politische Organisationen. In Ungarn nahmen an den Wahlen vom April 1990 einige Dutzend Parteien teil. Im zweiten Wahlgang blieben sechs Parteien übrig. Das Demokratische Forum führt die Koalitionsregierung an, während der Bund Freier Demokraten die wichtigste Rolle in der Opposition spielt.

Die Erklärung für diesen Unterschied scheint in der Vorgeschichte der Demokratisierung zu liegen. In Polen ging dem Machtwechsel eine relativ kurze, aber intensive Phase der Mobilisierung der Gesellschaft unter der Fahne der *Solidarność* (1980-1981) und dann der lange Kampf im Untergrund voraus. Neue politische Formationen hatten neben der *Solidarność* keine Chance. Daher wird das immer unausweichlicher scheinende Auseinanderbrechen der *Solidarność* als so schmerzhaft und problematisch empfunden.

In Ungarn gab es trotz der steigenden Unzufriedenheit in der Bevölkerung keinen starken Druck von unten. Die Machthaber selbst luden zu Gesprächen über eine Demokratisierung ein. Sie ahnten nicht (ebenso wenig wie die Führung in Polen), welche Konsequenzen der damit ausgelöste Prozess haben würde. Wichtig für die Form des neuen politischen Systems war dort auch, dass die seit den siebziger Jahren existierende Opposition nie die Schwelle einer Massenbewegung erreicht hatte. Ohne dem Druck der Massen ausgesetzt zu sein, konnte die Elite die verschiedenen Teile der Opposition gegeneinander ausspielen. So pflegten die Kommunisten paradoxerweise eine Zeitlang bevorzugt Kontakte mit der populistischen christlich-demokratischen Strömung, die sich dann zum Demokratischen Forum formierte. Als Reaktion darauf wurde der Bund Freier Demokraten gegründet, der eine liberale und sozialdemokratische Position vertritt. Ungarn hat das »Westlichste« politische System in Ostmitteleuropa. Dennoch weist es viele Züge einer Übergangsphase auf.

Je länger die Geschichte ist, auf die eine Massenbewegung zurückblicken kann, je stärker die Einheit der Opposition war, desto mehr macht sich nach der Machtübernahme die Tendenz zur Erhaltung einer einheitlichen, wenn auch innerlich differenzierten, politischen Struktur bemerkbar. Manchmal reicht aber auch ein kurzes Erlebnis unter der gemeinsamen Fahne, um eine stabile Organisation entstehen zu lassen. Beispiele hierfür sind das tschechische Bürgerforum und seine slowakische Schwesterorganisation »Öffentlichkeit gegen Gewalt«, die während der »sanften Revolution« entstanden sind. Natürlich sind sie nicht denkbar ohne den Widerstand der vorhergehenden Jahre, denken wir nur an die *Charta 77*.

Worin liegen nun in Ostmitteleuropa die Ursachen für die offensichtlichen Schwierigkeiten bei der Bildung von Mehrparteiensystemen?

Das politische Leben ist noch von der kommunistischen Vergangenheit überschattet. Zum einen wirkte der Kampf um die Freiheit als starker nationaler Integrationsfaktor, der bis heute politische Differenzierungsprozesse erschwert; man kann aber davon ausgehen, dass mit dem Verschwinden des Feindes das Gewicht dieses Faktors schnell abnehmen wird. Zum andern hat die Überpolitisierung des gesellschaftlichen Lebens im Sozialismus einen Widerwillen gegen alles Politische überhaupt entstehen lassen. Politische Parteien gleich welcher Provenienz werden mit der kommunistischen Partei und der von ihr praktizierten Politik identifiziert. Es ist kein Zufall, dass Namen wie »Forum«, »Front«, »Bund«, »Union«, »Vereinigung« so populär sind. Schließlich: das alte System ist zwar politisch tot, auf der Ebene der Wirtschaft existieren seine Strukturen aber noch. So werden fast alle politischen Konflikte durch das Prisma der Auseinandersetzung mit dem Staat als zentralem Verwalter gebrochen. Normalerweise definieren sich Parteien über eigene Interessen, Werte und Traditionen; unter den genannten Bedingungen haben neue Gruppierungen aber grundsätzliche Probleme, ihre Identität zu artikulieren. Und es sind eben diese Umstände, die es der *Solidarność* zugleich erlauben, Gruppen und Individuen mit den unterschiedlichsten, ja widersprüchlichsten Interessen zu beherbergen.

Die politische Landschaft ist aber auch deshalb diffus, weil sich fast alle Gruppierungen mehr oder weniger auf dieselben Werte berufen: Alle sind für Freiheit, Unabhängigkeit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft; und nicht nur in Polen kommen noch christliche Werte hinzu. Natürlich sind die Gewichtungen dieser Werte jeweils verschieden. Für die Gesellschaft, für die Wähler machen solche Nuancen aber noch keinen Pluralismus.

Auch der programmatische Rückgriff auf die Geschichte scheint nicht vielversprechend. Jene Gruppen, die sich nostalgisch auf sozialistische, nationalistische, christ-demokratische Traditionen berufen, sind derzeit eher schwach. Die Abwesenheit in den Kämpfen der siebziger und achtziger Jahre verringert ihre Chancen offensichtlich beträchtlich. Traditions-Parteien, das sind die Parteien, die es vor zwei Jahren noch nicht gab, spottet János Kis, einer der Köpfe der ungarischen Opposition und heute Vorsitzender der Freien Demokraten.

Wir haben von Defiziten gesprochen. Vielleicht kündigt sich in der bisherigen Entwicklung aber die Entstehung einer neuen Art von politischem Pluralismus an? Die einzigen ernstzunehmenden Konzeptionen einer solchen Alternative stammen aus der *Solidarność*, von Leuten wie Bronisław Geremek und Adam Michnik, die in dieser Organisation und ihrem internen Pluralismus die Chance sahen, die traditionellen, ihnen unter den neuen Umständen anachronistisch erscheinenden politischen Teilungen zu überwinden.

Inzwischen gehört diese Überzeugung der Vergangenheit an. Die heftigen inneren Konflikte der *Solidarność*, die zu ihrer Polarisierung in zwei Gruppen um Wałęsa und um Mazowiecki geführt haben, lassen vermuten, dass die *Solidarność* sich nicht in der alten Form zu den nächsten Wahlen stellen wird. Welches Ergebnis der in Gang gekommene Differenzierungsprozess haben wird, ist kaum abzusehen. Die *Solidarność* ist ein schwer kalkulierbares Gebilde: Ihre inneren Verwicklungen, eine in zehn Jahren Opposition und selbstaufgelegter Einheit entstandene politische Sprache und Kultur, der Bann, der von ihren Symbolen ausgeht – all das bestimmt und belastet diesen Prozess. Die einst so mächtige nationale und demokratische Bewegung der *Solidarność* könnte sich als ein Hindernis auf Polens Weg zu einer pluralistischen Demokratie erweisen.

Civil society, Marktwirtschaft und Bürgerrechte

Die Restitution der *civil society* war die zentrale Idee in den Programmen der ostmitteleuropäischen Oppositionen. Unter dieses Konzept fielen die Bildung von Menschenrechts-Organisationen, die Gründung von Samisdat-Verlagen und Zeitschriften, Bildungsinitiativen, die Entstehung ökologischer Bewegungen und von Vorformen politischer Parteien. Im Polen der siebziger Jahre trugen solche Aktivitäten viel zur Bildung der *Solidarność* bei.

Rückblickend sieht man heute die Grenzen dieser Strategie. Ohne Zweifel hat sie das unschätzbare Verdienst, unter den alten Bedingungen einen minimalen Raum von Freiheit und Würde geschaffen und verteidigt zu haben, in dem die Menschen vor der Willkür des Staates geschützt waren. Nach dessen Zusammenbruch wurde aber schnell klar, dass es nicht damit getan sein würde, die vorhandenen zivilen Strukturen auszubauen, um die neue, freie Gesellschaft zu schaffen. Sie sind zu rudimentär, zu wenig verbunden, zu sehr der Logik der alten Verhältnisse verhaftet, als dass sie unter den neuen tragfähig sein könnten.

Zwei Generationen sind unter einer kollektivistischen Ideologie aufgewachsen, mit dem Effekt, dass sie nur noch an individuelle Lösungen für ihre Probleme glauben; Vertrauen genießen nur die Allernächsten, die Familie, Freunde. Auf den damit entstandenen Individualismus kann man jedoch nicht bauen – es handelt sich, wie die Untersuchung von Elemér Hankiss im vorliegenden Heft am Beispiel Ungarn zeigt, um nackten Egoismus.

Die Vitalität der *civil society* ist auf der Ebene elementarer Werte und Normen geschwächt. Das macht sich auch in der Einstellung zur Arbeit bemerkbar. Die Privatisierung, die Einführung der Marktwirtschaft werden heute vornehmlich unter dem Kriterium der Effizienz diskutiert. Ethische Probleme werden dabei kaum beachtet. Man darf aber nicht vergessen, dass Markt und Kapitalismus auf der Grundlage starker religiöser Überzeugungen, strenger

Disziplin, von Sparsamkeit, der Respektierung von Verträgen usw. aufgebaut wurden. Wenn man Geschäfte macht, ohne zu stehlen und zu betrügen, dann nicht nur aus Furcht vor Strafe, sondern weil man von der Richtigkeit und Nützlichkeit bestimmter Normen überzeugt ist. Im Recht, in den Sitten und in der Ethik sind solche die Einzelinteressen einschränkende Normen institutionalisiert. Vielleicht sind die Restitution des Rechts, die Wiederbelebung oder Stärkung von Gepflogenheiten und die Schaffung eines ethischen Fundaments die schwierigsten Aufgaben, vor der die neuen Demokratien stehen.

»Man muss sich überlegen,« schrieb Machiavelli, »dass es keine schwierigere Tat, keinen zweifelhafteren Erfolg und keine gefährlichere Handlungsweise gibt, als eine neue Verfassung einzuführen und ihr Haupt zu werden. Denn der Neuerer hat alle die zu Feinden, die bei den alten Gesetzen sich wohlbefinden, und er hat an denen nur zaghafte Verteidiger, die von den neuen Gesetzen Vorteile erhoffen.«¹² Angesichts unserer Situation haben die Worte des Florentiners einige Aktualität. Das Gefühl, dass radikale Änderungen in der Wirtschaft fällig sind, herrscht allgemein vor, ebenso wie das Bewusstsein der unvermeidlich damit verbundenen Kosten. Gleichzeitig muss man mit einem starken gesellschaftlichen Widerstand gegen diese Veränderungen rechnen. In Polen lässt sich dieses Phänomen schon länger beobachten, in den anderen Ländern wird es über kurz oder lang ähnlich sein. Das Problem liegt natürlich in den hohen sozialen Kosten des Übergangs zur Marktwirtschaft und der Frage, wie sie verteilt werden.

Die Kosten entstehen unmittelbar: Arbeitslosigkeit, Inflation, wachsende Diskrepanz der Einkommen, sinkender Lebensstandard. Die Früchte werden sich erst nach Jahren ernten lassen – wenn überhaupt.

Man kann die Übergangsprozesse in Ostmitteleuropa als komplizierten Vertrag beschreiben, welcher der Bevölkerung von den neuen Eliten angeboten wird: Bürgerrechte, volle persönliche und politische Freiheit sofort und eine funktionierende Wirtschaft in absehbarer Zukunft im Tausch gegen Toleranz für die Anfangskosten und -risiken der ökonomischen Umstellung sowie den Verzicht auf das – illusorische – Recht auf Gleichheit des ökonomischen Status bzw. gewisser vom alten System garantierter gesellschaftlicher Rechte.¹³

Die Bürgerrechte sind in den letzten drei Jahrhunderten stark erweitert worden: Von den persönlichen Freiheiten – der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Versammlungsfreiheit, dem Recht auf freie Meinungsäußerung, auf Leben, Freiheit und Sicherheit – über die politischen Rechte, die die Partizipation des Einzelnen an den Angelegenheiten der Gesellschaft regeln, bis zu den sozialen Rechten wie Bildung, soziale Sicherheit etc.

Wie verhalten sich dazu nun jene Rechte, welche unter den kommunistischen Regimen eingeführt wurden und die man so gerne ins Feld führte, wenn es um Systemvergleiche ging? Die Argumentation ist bekannt: Die bür-

gerlichen Rechte garantieren Gleichheit nur zum Schein, da sie das Privateigentum schützen. Um die ihm entspringende fundamentale Ungleichheit abzuschaffen und wahre Gleichheit herzustellen, muss es folglich liquidiert werden. So wurde das Eigentum nach und nach direkt oder indirekt (über fiktive Genossenschaften) verstaatlicht, bis hinunter zu den kleinen Besitzern. Dies führte zu einer Proletarisierung der Gesellschaft, die schließlich ihre Gleichschaltung erlaubte.

Die persönlichen und politischen Grundrechte wurden insgesamt liquidiert zugunsten der Erweiterung sozialer und ökonomischer Rechte: Recht auf Arbeit, Ausbau der allgemeinen Bildung, unentgeltliche Gesundheitsversorgung etc. Hinzu kam, dass die Aufstiegschancen für Mitglieder früher benachteiligter Schichten stiegen. Die Kehrseiten dieses Fortschritts sind bekannt: Das Recht auf Arbeit war einer der Faktoren, die die Modernisierung vieler Betriebe verhinderten, und produzierte oft groteske Beschäftigungen; zugleich war es ein Instrument des Zwangs und der Kontrolle. Was nützt ein Gesundheitswesen, das für alle da ist, aber nicht einmal dem bescheidensten Standard genügt? Dasselbe gilt für das Schulwesen. Auf Wohnungen, deren niedrige Mieten so gelobt werden, muss man jahrelang warten. Die Mobilität geht bereits seit den sechziger Jahren zurück; die Chancen, von »Unten« in höhere Positionen aufzusteigen, sind heute nicht besser als im Westen.

Was hat sich an dieser Situation seit 1989 geändert? Die Bürger in Ostmitteleuropa haben ihre persönlichen Freiheiten und politischen Rechte fast auf einen Schlag zurückerhalten. Sie haben ihr 18. und 19. Jahrhundert wiedergewonnen, »negative« Rechte und »formale« Freiheiten. Anders sieht es mit den sozialen Rechten aus. In Polen, Ungarn, in der CSFR und der ehemaligen DDR wird Privatisierung propagiert. Das bedeutet schlicht und einfach die Wiedereinführung des Unterschieds von Besitzenden und Nichtbesitzenden. Im Sozialismus hat, sieht man vom Kleinbesitz ab, niemand etwas besessen. Es herrschte eine negative Gleichheit. Die Vorrechte der Nomenklatura waren nicht als Eigentumsrechte legitimiert. Nicht zuletzt deshalb hatte die Aufdeckung des Ausmaßes dieser Privilegien 1980 in Polen und 1989 in der DDR eine solche Schockwirkung. Daher ist es wichtig, nicht nur die Institution des Privateigentums wieder einzuführen, sondern auch dafür zu sorgen, dass sie als rechtmäßig anerkannt wird. Das wird nicht leicht sein in einer Gesellschaft, in der es seit zwei Generationen kein nennenswertes Privateigentum gegeben hat. Und vergessen wir nicht, dass das Privateigentum auch in den Ländern mit einer langen kapitalistischen Tradition nicht unumstritten ist.

Auch Arbeitslosigkeit gab es in unseren Ländern seit zwei Generationen nicht; es mag an diesem oder jenem gemangelt haben, Arbeit gab es immer. Das wird sich nun zwangsläufig und drastisch ändern. Das Problem wird dadurch verschärft, dass einstweilen weder der ruinierte Staat imstande sein

wird, seiner Fürsorgepflicht für die Arbeitslosen nachzukommen, noch von der atomisierten und verarmten Gesellschaft Solidarität zu erwarten ist. Werden die Menschen mit diesem Unheil fertig werden?

Ein weiteres Problem ist die Verteilung der Chancen und Lasten, die der Übergang mit sich bringt. Ohne Übertreibung kann man sagen, dass es die mittleren und höheren Schichten sein werden, die am meisten von den neuen Freiheiten und Rechten profitieren. Sie sind am wenigsten von Arbeitslosigkeit bedroht und können das Kapital ihres Wissens, ihrer Fähigkeiten, Erfahrungen und Kontakte in der gegenwärtigen Situation im wahrsten Sinne des Wortes zu Geld machen. Zu diesen Privilegierten zählen – was Gegenstand heftiger Diskussionen und allgemeiner Empörung ist – Leute der Nomenklatura, die versuchen, im letzten Moment ihren Anteil an Macht und Privilegien in Flüssiges umzusetzen. Am anderen Ende der Leiter finden sich jene, die die neuen Chancen kaum nutzen können und denen nicht einmal mehr die alten Sicherheiten garantiert sind.

Alles dies spricht für einen starken Sozialstaat. In der Tat ist für viele Menschen in Ostmitteleuropa Schweden das Ideal. Dabei wird freilich leicht vergessen, dass dort die Marktwirtschaft bereits funktioniert und Wohlstand herrscht, dass es also etwas umzuverteilen gibt.

Wenn wir Polen betrachten, so können wir eine hohe Akzeptanz der von der Regierung Mazowiecki verabreichten Schocktherapie verzeichnen. Dass die mit ihr einhergehende Rezession, Arbeitslosigkeit und Senkung des Lebensstandards bisher in Kauf genommen wurden, zeigt deutlich den Unterschied zwischen einer rechtmäßigen demokratischen Regierung und einer illegitimen Macht. Man muss allerdings damit rechnen, dass der mobilisierende Effekt der neuen Freiheiten sich verbraucht und dass dann die Demokratie zu einem Hindernis für die Fortsetzung des wirtschaftlichen Programms werden kann. Denn sie erlaubt auch den gegen dieses Programm eingestellten Kräften, sich zu organisieren. Anders gesagt, kann die Demokratie, die doch eine Bedingung der ökonomischen Transformation ist, zu deren Grab werden.

Welche Lösungen gibt es für dieses Dilemma? Ich glaube, wir stehen hier vor einer Alternative: Entweder es gelingt den tragenden gesellschaftlichen und politischen Kräften des Landes, einen starken Konsens über die radikalen Reformen herzustellen (wobei »überpolitische« Strukturen wie die *Solidarność* oder das tschechische Bürgerforum die Verständigung erleichtern können), oder der demokratische Weg wird aus Enttäuschung verlassen und der Konsens freier Menschen durch ein autoritäres System ersetzt. Es wäre ein Instrument, das mehr oder weniger eingeschränkt eingesetzt werden würde, um jene Kräfte und Interessen auszuschalten, die den Prozess der Modernisierung gefährden. Der Pariser Politologe Pierre Hassner skizziert das Bild eines solchen Regimes folgendermaßen: »Es würde mit der Demokratie die Unterstützung durch die Volksmassen und mit dem Kommunismus die

autoritäre Form der Machtausübung gemeinsam haben. Aber die Verbindung zwischen beidem würde nicht durch einen Universalismus westlicher Prägung hergestellt, sondern durch einen religiös, neotraditionalistisch oder antikosmopolitisch inspirierten Nationalismus.¹⁴

*

Die populärsten Parolen in Ostmitteleuropa heißen heute »Zurück nach Europa!« und »Keine Experimente!«. Neue Wege sind nicht gefragt. Wir haben uns inzwischen weit vom Programm der *Solidarność* von 1981 entfernt, das unübersehbar utopische Momente enthielt. Damals tauchten in der Diskussion der Dritte Weg, Selbstverwaltung, eine *civil society* ohne Staat als mögliche Optionen auf.

Werden die ostmitteleuropäischen Länder den Weg nach Europa in absehbarer Zukunft finden? Sind die beiden Seiten einander nicht doch zu fremd? Es gibt Unterschiede, die nicht erst in den Jahren unter der kommunistischen Herrschaft entstanden sind. Historiker erinnern daran, dass schon in der Zeit Karls des Großen eine Trennungslinie durch Europa lief, die der von Jalta entspricht, und dass die beiden Teile seit dem 16. Jahrhundert verschiedene Wege gegangen sind. Doch lässt sich für denselben Zeitraum ebenso gut eine wachsende Zahl verbindender Elemente aufzählen, auf die man heute zurückgreifen kann. Die Frage ist eher, ob die ostmitteleuropäischen Länder den politisch, ideologisch und militärisch definierten »Osten« verlassen, nur um an der Peripherie der modernen Welt zu landen und als Schicksalsgenossen der schwach entwickelten, armen Länder des Südens mit diesen Inflation, Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Massenemigration zu teilen. Hier hängt vieles vom Westen ab, von seiner Hilfsbereitschaft und seinem Willen, die Teilung des Kontinents zu überwinden.

Der Westen kann jedenfalls helfen, die unvermeidlichen Risiken des Übergangs zu mindern. Was wird geschehen, wenn die Demokratie zu schwach ist, die *civil society* sich nicht entwickelt, die ökonomischen Maßnahmen nicht greifen? An dramatischen Szenarien mangelt es wahrhaftig nicht: Die junge Demokratie könnte unter der Polarisierung des politischen Spektrums zerreißen, der freie Markt, kaum in Gang gekommen, unter dem Druck der Gesellschaft und/oder der Bürokratie ersticken, der neue Staat infolge Bankrotts zusammenbrechen. Anstatt des erwarteten Übergangs zu einer Demokratie mit freiem Markt könnte sich ein Bündnis zwischen dem Markt und einer Diktatur herausbilden; oder eine Allianz zwischen autoritärer Macht und restituerter Staatswirtschaft; oder, zumindest theoretisch, die Kombination von Demokratie und allgemeinem, d.h. staatlichem, kommunalem und kollektivem Eigentum. Aus ökonomischer Sicht sind dies keine Lösungen, doch können die sozialen und politischen Kosten des Übergangs solche Formen zumindest für eine vorübergehende Zeit plausibel erscheinen lassen.

Unter den liberalen Denkern herrscht die Überzeugung vor, dass das Privateigentum notwendige Bedingung jeder Demokratie ist; sie haben dafür gute Argumente, und auch die Geschichte scheint diese These zu belegen. Seit über einem Jahr gibt es in Ostmitteleuropa eine Reihe von Ländern, die eine Demokratie eingeführt haben und in denen etwa 90 Prozent des Bruttosozialprodukts weiterhin vom öffentlichen Sektor produziert werden. Niemand weiß, wie lange ein solcher Zustand aufrecht erhalten werden kann.

Aus dem Polnischen von Jerzy Gorski und Klaus Nellen

Anmerkungen

- 1 In der Einleitung zu: M. Crozier e.a. (Hg.), *The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracy to the Trilateral Commission*, New York 1975, S. 1.
- 2 Zitiert nach Brzezinski, a.a.O., S.2.
- 3 J.-F. Revel, *So enden die Demokratien*, München/Zürich 1984, S. 14.
- 4 F. Fukuyama, *The End of History*, in: *The National Interest*, Summer 1989.
- 5 We can now answer Plato's Question, in: *The International Herald Tribune* v. 26.03.1989.
- 6 Nach W. Pfaff, *The Revolutions of 1989 Owe Nothing to the West*, in: *The International Herald Tribune* v. 4.05.1990.
- 7 F. Lewis, *East Germans had been Guinea Pigs too long*, in: *The International Herald Tribune* v. 21.3.90.
- 8 *On the fate of Communism*, in: *Dissent*, Spring 1990.
- 9 Nach A. Lewis, *A Quake Hits from the Summit*, in: *The International Herald Tribune* v. 2./3.06.1990.
- 10 *Peaceful Co-Amnesia*, in: *Encounter*, July/August 1989.
- 11 J.A. Schumpeter, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, Bern 1946, S. 29f.
- 12 Machiavelli, *Der Fürst*, hg. von F. Blaschke, Leipzig 1941, S. 21.
- 13 Die folgenden Überlegungen stützen sich auf die Unterscheidung von »rights« und »entitlements«, die Theo H. Marshall in: *Class, Citizenship and Social Development*, Garden City, New York 1964 entwickelt.
- 14 P. Hassner, *La transition bouleversée*, in: P. Gremion, P. Hassner (Hg.), *Vents d'est. Vers l'Europe des Etats de droits?*, Paris 1990, S. 129.

Der Staat im Übergang

Bronisław Geremek: Wenn wir hier die Übergänge zur Demokratie diskutieren, müssen wir zunächst einmal die Mechanismen untersuchen, die demokratiebildend sind, und jene, die diesen Prozess blockieren.

Der kommunistische Staat in Polen wurde militärisch aufgezwungen, was dann im Vertrag von Jalta sanktioniert wurde. Dieser Staat beruhte auf dem Prinzip der Klassendiktatur, die bekanntlich auf die Diktatur der Partei hinausläuft, genau genommen: des Parteiapparats. Der freie Wille des Volkes wurde nicht respektiert, weder bei der Entstehung des Staates, noch in seiner Funktionsweise, und die gesellschaftliche Passivität war einer seiner Grundpfeiler. Der kommunistische Staat sollte, zumindest der Intention nach, ein allmächtiger Staat sein, er war bestrebt, alle Bereiche, vom öffentlichen Leben über die Wirtschaft bis hinein in die Privatsphäre der Familie, zu kontrollieren.

Doch die Gesellschaft blieb nicht passiv, es entstanden autonome Strukturen, und mit der Zeit verdichtete sich die Hoffnung auf den Sturz der kommunistischen Macht. Mit diesem Prozess gingen der Zerfall des sowjetischen Imperiums und die allgemeine Krise des Kommunismus einher. Diese drei Erscheinungen: das Streben der Gesellschaft nach Unabhängigkeit, der Zerfall des Imperiums und die Auflösung der Ideologie zeigten ihre Wirkungen in Polen früher als in den anderen Blockländern. Ganz offenkundig wurde dies am Scheitern der Philosophie der Gewalt: Das im Jahre 1981 in

Polen eingeführte Kriegsrecht erlitt eine vollständige Niederlage. Der »Runde Tisch«, dieses polnische Instrument politischen Handelns, wurde zum Schock für das gesamte sowjetische System. Darin bestand, kann man sagen, die Botschaft Polens.

Die Philosophie des »Runden Tisches«, die Philosophie der Verständigung und der Kompromisse, war das Resultat der Überzeugung, dass man nicht mit einem Sprung zur Demokratie übergehen könne. 45 Jahre Diktatur hinterlassen unauslöschliche Spuren im öffentlichen Leben, im sozialen Bewusstsein, in der politischen Kultur. In der Übergangszeit geht es darum, folgende Mechanismen einzuführen, die die neue Demokratie tragen und zugleich den Zerfall des kommunistischen Staates beschleunigen: freie, von keinem politischen Pakt mehr eingeschränkte Wahlen, die die politische Macht durch den Willen des Volkes legitimieren; ein politischer Pluralismus, der den Bürgersinn fördert; schließlich das Privateigentum, welches das bisherige Staatsmonopol bricht.

Die Übergangszeit ist gleichzeitig die Zeit der Machtübernahme. Das bedeutet vor allem die Abkoppelung der großen Machtapparate von der kommunistischen Partei. Zum Zeitpunkt des Abschlusses der Gespräche am »Runden Tisch« waren alle Machtmittel auf der Seite unserer Gegner. Heute, ein Jahr später, hat die kommunistische Partei nicht nur das Monopol über diese Machtmittel verloren, sondern sie ist selbst verschwunden.

In diesem Stadium des Übergangs zur Demokratie ist die Zerschlagung der Nomenklatura das Hauptproblem. In Polen haben wir dies in der Regierung, der Zentralgewalt und den Gemeindewahlen schon durchgeführt. Damit hat sich die Situation im Apparat oben und unten geändert; der gesamte mittlere Apparat blieb aber relativ unangetastet. Und heute ist er eben einer der Mechanismen, die die Entwicklung der Demokratie blockieren. Er ist allerdings nicht leicht zu beseitigen, wenn man das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit als Grundlage für das neue politische System ernst nimmt. Die Beseitigung der Überbleibsel der kommunistischen Diktatur mit ungesetzlichen Mitteln wäre ja eine Vergewaltigung dieses Grundsatzes. Dieses Dilemma ist zu einem Hindernis für die Demokratisierung geworden. Man wird eine Art »politischen Kalender« erstellen müssen, in dem Systemänderungen etappenweise erfolgen. In diesen Kalender würden wir auch beschleunigte Parlamentswahlen und beschleunigte Präsidentenwahlen hineinschreiben. Wir sind der Meinung, dass ein solcher Kalender die am »Runden Tisch« errungene politische Stabilisierung nicht gefährdet und zur gleichen Zeit die Bedingungen für die fälligen Änderungen schafft.

Der politische Pluralismus entsteht in Polen – und ich glaube auch in fast allen anderen Ländern Ostmitteleuropas – in einer Zeit des Überdrusses an der Politik und des Argwohns gegen jedwede politische Partei. Es gibt keine Demokratie ohne politische Parteien, doch können Parteien nicht per Dekret geschaffen werden. Die Gemeindewahlen in Polen haben gezeigt, dass die *Solidarność*, die politisch und gesellschaftlich stärkste Bewegung in Polen, an Popularität verliert. Das ist unvermeidlich: Die *Solidarność* zahlt jetzt den Preis für ihre

Beteiligung an der Regierung des Landes. Die Bürgerkomitees, die sich in ihren Programmen auf die *Solidarność* beriefen, erzielten in den Gemeindewahlen nicht viel mehr als 40 Prozent der Sitze. Das bedeutet zwar, dass in Polen nicht die Gefahr eines Monopols besteht. Ganz real ist aber die Gefahr, dass es bei uns an einer hinreichend breiten Basis für einen wirklich tiefgreifenden Änderungsprozess fehlen wird.

Ein großes Problem für den Demokratisierungsprozess ist die zukünftige Struktur und Rolle der Staatsgewalt. Wird die Lösung der Schwierigkeiten, vor denen wir stehen, eine starke Staatsmacht mit außerordentlichen Vollmachten erforderlich machen, die nolens volens Züge einer Diktatur hätte? Oder wäre eine Verbreiterung des gesellschaftlichen Engagements, die Beteiligung einer immer größeren Zahl von Bürgern am politischen Prozess der richtige Weg? Diese Alternative kann nicht auf theoretischer Ebene entschieden werden. Die schließlich getroffene Wahl wird aber weitreichende Konsequenzen für die Zukunft der jungen ostmitteleuropäischen Demokratien haben. Totalitarismus ist eine Versuchung für jede Macht – aber in den posttotalitären Ländern ist die totalitäre Verlockung besonders stark.

Für Polen war und ist die Existenz der *Solidarność* mit ihrem charismatischen Führer Lech Wałęsa eine große Chance. Beide waren der Garant für die bisherige Stabilität des politischen Systems. Ob sie dies auch in der Zukunft sein werden – das ist die Frage, vor der wir heute stehen.

Lech Wałęsa: Die polnische Revolution hat einen Wendepunkt erreicht. Ich komme von unten, aber gerade die Leute von unten machen manchmal Revolu-

tion. Auch die polnische Revolution ist ihr Werk. In allen kommunistischen Ländern hat man der Unterschicht – vor allem den Arbeitern – weismachen wollen, dass sie eine „führende Rolle« innehätten. Das redeten ihnen die Herrschenden ein, der Sicherheitsdienst, die Nomenklatura – also glaubten ihnen die Leute nicht. Sie wurden misstrauisch, witterten Manipulation. Wenn wir heute Wege zur Demokratie suchen, können wir uns nicht damit begnügen, mit Hilfe der Theorie Lösungen zu suchen. Solche Lösungen mögen noch so viel taugen, man muss die argwöhnische Bevölkerung auch von ihrer Richtigkeit überzeugen. Sonst werden sie, egal wie gut sie sind, bei der ersten Kehre über Bord geworfen.

Es ist schwierig, den polnischen Prozess des Übergangs zur Demokratie mit der Situation in den westlichen Ländern zu vergleichen. In Polen ist der Pluralismus des gesellschaftlichen Lebens sehr begrenzt. Was im Westen so selbstverständlich ist, dass man es bisweilen nicht einmal mehr wahrnimmt, gibt es bei uns nicht: Es gibt keinen Pluralismus im Wirtschaftsleben, keinen Nationalitätenpluralismus, keinen Religionspluralismus und keinen Pluralismus der Hautfarbe. Auf diesen opulenten, vielfältigen Pluralismus müssen wir noch warten. Wahrscheinlich sehr lange. Bis dahin müssen wir Pluralismus dort einführen, wo es geht – also vor allem im politischen Leben. Vielleicht ist das nicht der beste Weg: Es ist nicht gut, wenn es zu viele Gewerkschaften gibt oder zu viele Parteien. Aber verhängnisvoll wäre, wenn es nur eine Gewerkschaft, nur eine Partei gäbe.

Revolutionsaufmärsche endeten oft mit einer Niederlage – sie konnten aus der Marschordnung keine Arbeitsordnung machen. Meine, unsere herrliche

Solidarność besiegte den Kommunismus – aber wird sie das Land gleich gut regieren können wie sie kämpfen konnte? Meine Kampfgefährten Adam Michnik und Bronisław Geremek bewiesen ihre Integrität und ihre Hingabe für die Demokratie, das steht außer jedem Zweifel. Aber wenn wir nicht beizeiten ein pluralistisches politisches System schaffen, könnten ihre Nachfolger, die vielleicht nicht so anständige Menschen sein werden wie sie, die Situation für andere Ziele ausnützen als jene, für die wir gemeinsam kämpften. Die Gegensätzlichkeiten zwischen Geremek, Michnik und mir sind – wie Adam sagte – Familienstreitigkeiten. Wir werden uns einig werden. Aber es geht hier nicht um unsere Zwiste. Es geht darum, das, wofür wir gekämpft haben, nicht zu vergeuden. Und diese Gefahr besteht.

Was ich befürchte ist, dass in Polen das System eines beschränkten politischen Pluralismus entstehen könnte, das mit der Zeit immer schwieriger zu ändern sein wird. Das würde kein Kommunismus sein, der Kommunismus hat ausgespielt. Marktwirtschaftliche Lösungen müssen siegen, auch da gibt es keinen Zweifel. Wie aber wird das Regierungssystem aussehen? Das ist das wirkliche Problem. Wird es von einer Organisation, der *Solidarność*, dominiert sein, die eine Wahl nach der anderen gewinnt? Bronisław Geremek sagt, dass in Polen kaum jemand politische Parteien will. Der kleine Geschäftsmann wird sich auf einem von Monopolen beherrschten Markt keinen Platz erobern. Warum sollte es im politischen Leben anders sein? Die *Solidarność*, meine durch mich ins Leben gerufene, durch uns entstandene *Solidarność*, hat heute in Polen ein politisches Monopol. Sie muss sich treu bleiben – aber um sich treu zu bleiben, muss sie sich ändern und Neues aufbauen.

Jeffrey D. Sachs: Es ist klar, dass der Erfolg der Demokratien in Ostmitteleuropa in hohem Maße von den Möglichkeiten abhängen wird, die ökonomischen Probleme zu lösen. Und dies hat nicht nur Implikationen für die politischen Strategien im Innern der betroffenen Länder, sondern auch für die äußere Hilfe, die sie brauchen. Es ist wichtig, daran zu erinnern, dass auch Erhards bisher unüberbotenes Wirtschaftswunder schmerzhaft angefangen hat: Zunächst einmal waren Jahre der Entbehrung durchzustehen. Erhard war lange scharfen persönlichen Angriffen und einer harten politischen Opposition ausgesetzt. Es ist wichtig zu wissen, dass es die Stabilität seiner mehr als fünfzehn Jahre währenden Politik als Wirtschaftsminister war, die das Wirtschaftswunder möglich machte. Gleich, welches Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit wir betrachten, die Stabilität der Politik spielt immer eine Schlüsselrolle, und dazu bedarf es starker Regierungen. Ich fürchte, es gibt da eine falsche Dichotomie: dass nämlich das Gegenteil eines autoritären Regimes eine schwache Regierung bedeute. Mir scheint, das Gegenteil ist eher eine starke Regierung, die sich demokratischen Wahlen stellen muss, aber während ihrer Regierungszeit stark genug ist, wenn notwendig auch eine harte Politik durchzusetzen. Schwache, brüchige Koalitionsregierungen sind in der Nachkriegszeit gescheitert, wie das Beispiel Frankreich zeigt. Mich beunruhigt es, wenn die Leute, vor allem Journalisten, im Westen sagen, dass Polen politisch noch nicht reif sei, weil es sich immer noch auf die *Solidarność* verlässt. Dass es politische Parteien brauche. Als ob damit etwas gelöst wäre, dass man Parteien aus der Vorkriegszeit wiederauferstehen lässt, und als ob *Solidarność* nicht eine klassische politische Partei wäre. Meiner Meinung nach

ist sie das. Und zwar eine starke Partei, die die Kraft hat, harte ökonomische und politische Maßnahmen langfristig durchzusetzen. Es gibt keinen Grund, warum eine Partei einig sein müsste. Um einen amerikanischen Humoristen zu zitieren: »Ich gehöre zu keiner organisierten politischen Partei. Ich bin Demokrat.« In diesem Sinne soll man *Solidarność* ihre inneren Kämpfe austragen lassen, aber man soll sie auch als eine mächtige Partei akzeptieren: Ihre Stärke kann der Politik die Stabilität geben, die sie in Zukunft für all ihre gleichermaßen unangenehmen wie unvermeidlichen Maßnahmen brauchen wird.

Gawriil Popow: Lassen Sie mich über ein Problem sprechen, das sich aus der Demokratisierung ergibt, wie sie gegenwärtig in Osteuropa und in der Sowjetunion stattfindet. Meiner Meinung nach sind die Formen von Demokratie, die sich in diesen Ländern herausbilden, äußerst widersprüchlich und werden zu ernststen inneren Konflikten führen. Wir können solche Konflikte in Polen schon beobachten, erste Anzeichen dafür gibt es in Rumänien und auch bei uns. Was da geschieht, hängt offensichtlich nicht von den nationalen Eigenheiten der betroffenen Länder ab, vielmehr handelt es sich um tiefer liegende Prozesse.

Es entsteht heute eine gefährliche Spannung zwischen einem Populismus, der rasch an Boden gewinnt, und den Aufgaben, die bewältigt werden müssen, wenn Wirtschaft und Gesellschaft umgestaltet werden sollen. Sicherlich können wir den mächtigen totalitären Apparat nicht in den Griff bekommen ohne die aktive Beteiligung von Millionen einfacher Leute. Aber was wir mit der Umgestaltung erreichen wollen – eine Gesellschaft mit Privateigentum, und das heißt auch mit wirtschaftlicher Ungleich-

heit –, steht im Widerspruch zu jenen Kräften, die wir zur Erreichung dieses Zieles mobilisiert haben. Je weiter wir mit der Umgestaltung kommen, desto tiefer und spürbarer wird diese Diskrepanz.

Wir müssen eine leistungsfähige Wirtschaft schaffen. Doch denkt die Masse der Werktätigen nicht an effizientere Arbeit, sondern an mehr und besseren Konsum. Wenn die Umgestaltung greifen soll, müssen wir einen effizientes Management schaffen, doch empfinden die Massen einen tiefen Hass gegen jede Art von Bürokratie. Wie immer wir versuchen, die Perestrojka durchzuführen, wir stoßen auf das Problem, dass die meisten Bürger an einem tiefgreifenden wirtschaftlichen und sozialen Wandel nur kurzfristig interessiert sind; sie denken nicht an die Zukunft. Und ihr Interesse speist sich nicht aus dem Verständnis für das Neue, sondern aus dem Hass auf das Alte – ein destruktives Motiv.

Wir können in den neuen, von den Radikalen beherrschten demokratischen Sowjets einen charakteristischen Prozess beobachten. In der ersten Phase des Kampfes gegen den bürokratischen Kommunismus haben sich die wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte zusammengeschlossen, und zwar mit Erfolg. Sie haben Siege über die Bürokratie davongetragen und tun es bis heute. Aber kaum hat eine Gruppe von Demokraten Macht übernommen und beginnt mit der Diskussion der weiteren Schritte, setzt auch schon ein Spaltungsprozess ein. Wir beobachten heute etwas, das man als Renaissance des Links-Populismus bezeichnen könnte. Ich würde die wachsende Gruppe dieser Leute lieber die Neuen Kommunisten nennen. Sie kritisieren die demokratischen Kräfte, die gerade ein Stückchen Macht übernommen haben, dafür, dass sie dieses oder jenes Problem nicht lösen. Unsere Gewerkschaften sind plötzlich

die ersten Verfechter des Streikrechts und Hauptorganisatoren der jetzt stattfindenden Streiks. Kaum hatten wir im Moskauer Stadtsowjet gesiegt, streikten alle Kindergärten. Organisiert wurde das von denselben Gewerkschaften, die 30 Jahre lang alle Streiks unterbunden haben. Sie kennen die akuten Probleme unserer Gesellschaft sehr gut und wissen, dass man sie nicht in einem, auch nicht in zwei oder fünf Jahren lösen kann. Aber sie stellen die Forderung auf, dass man sie sofort löst. In gewissem Sinne haben sie unsere radikaldemokratische Taktik übernommen. Die Kommunisten sind Spezialisten der Kritik: Sie kritisierten den Zar, die Imperialisten, die Kulaken, die Zionisten, und wenn es keine Feinde mehr gibt, (er)finden sie neue. Sie beginnen schon wieder, sich wie zu Hause zu fühlen. Schließlich müssen *sie* nichts aufbauen, sie können sich zurücklehnen und kritisieren.

Wir müssen uns daher darauf gefasst machen, dass unsere demokratische Bewegung in der allernächsten Zeit mit einer rasch wachsenden und mächtigen linkspopulistischen Bewegung zusammenstoßen wird. Das Schicksal der Demokratie wird davon abhängen, ob wir in der Lage sind, auf diese Herausforderung zu antworten und eine überzeugende Strategie der Umgestaltung für die kommenden Jahre auszuarbeiten. Jedenfalls führt das radikaldemokratische Modell, das wir heute praktizieren, meiner Meinung nach zu Konfrontationen, die sich in Zukunft nur noch verstärken werden.

Die heute in unseren Ländern am politischen Kampf Beteiligten haben etwas ganz Wesentliches nicht begriffen: Dass es darum geht, neue Eigentumsformen und eine neue Einstellung zum Eigentum zu schaffen. Dazu braucht man Zeit. Und Zeit ist genau das, was wir nicht haben. Wenn wir

das Eigentum nicht sehr schnell privatisieren, werden uns die Arbeiter im Kampf um ihre eigenen Interessen überrollen, und das hieße, die Perestrojka aufs Spiel setzen. Uns bleibt also nichts anderes übrig, als die Privatisierung zu

beschleunigen. Gleichzeitig müssen wir nach neuen Mechanismen und Institutionen suchen, die die politische Macht vor dem Populismus schützen. Die Zeit der Euphorie ist vorbei. Vor uns liegen große Probleme.

János Mátyás Kovács
 DAS GROSSE EXPERIMENT DES ÜBERGANGS
 Über die Grenzen unseres ökonomischen Wissens

Der Forscher beugt sich tief über sein Mikroskop. Der riesenhafte Käfer auf der Glasplatte, den er seit Jahrzehnten geduldig untersucht, zeigt plötzlich eigenartige Verhaltensweisen. In der letzten Zeit hatte er wie scheinbar unter dem Objektiv gelegen, und der Entomologe war davon überzeugt, dass er noch lange Jahre die Muße haben würde, seinen Gliederfüßler zu studieren, bis dieser friedlich seinen Geist aufgibt.

Anfänglich hatte der Forscher den Käfer direkt ins Herz geschlossen, später spürte er Mitleid mit ihm, und es war für ihn eine Frage seines fachlichen Selbstwertgefühls, alle Register seines Könnens zu ziehen, um das Tier zu neuem Leben zu erwecken. Und nicht zuletzt war da die leise Furcht, dass mit dem Ableben des Käfers früher oder später auch die bequeme Forschungsarbeit ihr Ende fände.

Doch – siehe da – der Käfer scheint zu neuem Leben zu erwachen. Sein Nervensystem erteilt neue Befehle: Wanst abspecken, Panzer ablegen, sich mit anderen Käfern anfreunden! Die Körperteile dürfen sich selbstständig in der freien Luft bewegen, und wenn's nicht geht, so trennt man sich von einigen. Neue wachsen nach. Und es empfiehlt sich, auch gleich sensiblere Fühler mitzuentwickeln.

Der Forscher ist angesichts dieser plötzlichen Aktivitäten hocherfreut, war er doch in den vergangenen Jahrzehnten ständig bemüht, ähnliche Weisungen förmlich in den Kopf des Käfers zu prügeln. Verschiedenste Chemikalien hatte er ihm gespritzt, versucht, mit kleinen Stromstößen nachzuhelfen und die Außentemperatur zu verändern. Nur an die Transplantation des Kopfes selbst hatte er sich noch nicht gewagt. Sollte dies zwischenzeitlich jemand anderes vollzogen haben?

Zuerst verdächtigt er instinktiv den Leiter des Labors, mit dem er bis zum heutigen Tage in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis gestanden hatte. Beide wussten: Solange das Insekt lebt, ist auch ihre Anstellung nicht in Gefahr. Der Forscher musste sich stets beim Direktor die Erlaubnis einholen, wenn er eine neue Idee umsetzen wollte, um den Käfer dazu zu bringen, dass er wenigstens ein bisschen strampelte. Der Laborleiter lehnte jedoch meist schon die Anwendung stärkerer Stimulierungsmittel entschieden ab, von der Erlaubnis, den Kopf zu transplantieren, ganz zu schweigen. Doch war ihm in

den letzten Monaten anzusehen, dass er auch vor solchen Eingriffen nicht mehr zurückschrecken würde, so groß war die Angst, es gehe mit dem Käfer zu Ende.

Nun stürzt unser Forscher in das Zimmer des Chefs, die große Neuigkeit, »eppur si muove«, zu melden. Dort jedoch schaut er in neue Gesichter. Natürlich hatte auch er hier und da von der Wahl eines neuen Laborleiters gehört. Er hat bereits darüber nachgedacht, wem er wohl seine Stimme geben würde: dem bisherigen Vorgesetzten, der zwar fachlich nicht der Beste ist und ihn auch schon des Öfteren gedemütigt hatte, der jedoch andererseits eine sichere Existenz garantieren würde und berechenbar ist; oder einem der begabtesten Mitarbeiter des Labors, der unter Berufung auf westliche Fachliteratur schon seit längerem radikale Heilkuren zur Wiederaufrichtung des Insekts empfohlen und der auch als erster mit dem Gedanken einer Kopftransplantation geliebäugelt hatte. Freilich stand er im Rufe eines Unruhestifters.

Im Chefzimmer saß indes keiner von beiden, sondern – man sollte es nicht glauben – ein alter Mitarbeiter des bisherigen Chefs. Abgesehen von seiner Neigung, zeitweilig etwas lauter als erlaubt trübsinnige Äußerungen von sich zu geben – dass gemeinsam mit dem Käfer einst das gesamte Labor ins Grab steigen werde –, hatte er früher wenig Schwierigkeiten gemacht. Er war nicht ausgesprochen unbegabt und hatte ebenfalls erkannt, dass der Austausch des Kopfes früher oder später unvermeidlich sein würde, doch verkündete er dies nicht lauthals, sondern hielt sich bedacht zurück. Still untersuchte er die Gliedmaßen der Käferbeine. Die Sprache seiner Forscherkollegen verstand er, kam gut mit den Laborantinnen aus und war auch beim Pförtner beliebt. Als in den letzten Monaten der Laborleiter wegen des immer schwerer in Gang zu bringenden Tieres mehrmals wie blind um sich schlug, ging sein bedachter Mitarbeiter vorsichtig auf Distanz zu ihm, ohne sich dabei jedoch zu sehr denjenigen zu nähern, die einen schnellen Austausch des Kopfes forderten. »Die Transplantation sollten wir gemäß der Tradition unseres Labors ohne jegliche Eile durchführen. Dem Käfer muss man auch nach der Operation noch ansehen, dass wir ihn zu neuem Leben erweckt haben.«, beliebte er zu sagen.

Und jetzt sitzt er im Chefsessel. Als erste Maßnahme hat er die Kopftransplantation verfügt. Unseren Forscher betrübt das nicht. Während er jedoch den neu belebt scheinenden Käfer wieder eingehender Untersuchungen unterzieht, erfassen ihn plötzlich Zweifel ...

In diesem Artikel ist von *Dilemmas* die Rede, den Dilemmas jenes Zweiges der Wirtschaftswissenschaften, der die »Kopftransplantation« der Wirtschaft in Osteuropa teilweise mit vorbereitet hat und dessen Vertreter heute nach einer langen Zeit der Reformierung nachzudenken beginnen über die plötzlich nun doch sich eröffnende Möglichkeit der Transformierung.

Die einleitende Episode kann nur schwerlich ihren ungarischen Ursprung verleugnen, wengleich viele Motive auch bei unseren Nachbarn auszuma-

chen sind. Osteuropa steht vor einem Großen Experiment, dem Experiment des Übergangs¹: Die osteuropäischen Nationalwirtschaften sollen gleichzeitig stabilisiert, modernisiert, dezentralisiert und – über Deregulierung, Privatisierung und die Öffnung nach Westen – liberalisiert werden. In der Politik ist man bestrebt, simultan Demokratie und soziale Gerechtigkeit herzustellen – und all das meist im Dunkel tappend.

Der folgende skizzenhafte dogmengeschichtliche Überblick soll bei der Orientierung in diesem Dunkel helfen und will anhand einiger empirischer Übergangsdilemmas die Grenzen unseres ökonomischen Wissens beleuchten. Mit einer gewissen Melancholie registriere ich dabei, dass den Ökonomen als »Transformern« (der Leser gestatte mir diese Neuprägung)² oft nichts anderes übrigbleibt, als die praktischen Dilemmas einfach in die Theorie umzusetzen, ohne besonders zu ihrer Lösung beitragen zu können. Das lässt zugleich erahnen, dass auf unserer »Versuchsstation Osteuropa« die Kapitel des Regiebuches der Transformation – ähnlich wie früher im Falle der Reformen – improvisiert werden müssen. Diese Improvisation ist freilich nicht zu verwechseln mit spontaner Entwicklung: »Übergangs-Engineering« wird sich wohl kaum in der Besorgung der vom klassischen Liberalismus erlaubten Nachwächteraufgaben erschöpfen.

Das Erbe der Reformökonomien

Meine Aussagen über die Grenzen der postsozialistischen Wirtschaftslehre beruhen auf folgenden Hypothesen³:

1) Die Lücken in unserem ökonomischen Wissen über die Transformation sind *nicht* ausschließlich damit erklärbar, dass es in der modernen Wirtschaftsgeschichte kaum etwas gibt, das mit dem osteuropäischen Übergang vergleichbar wäre. Vieles hängt davon ab, mit welchem Rüstzeug sich die ehemaligen Reformökonomien auf ihre neue Forschungsexpedition begeben, bzw. welchen Einflüssen sie am Beginn ihrer Entdeckungsreise unterliegen.

2) Das intellektuelle Gepäck, die sog. »Reformökonomie«, beinhaltet auch in ihren späten radikalen Varianten noch das Programm einer begrenzten (simulierten) Liberalisierung *innerhalb* des Parteistaates, das seine theoretische Bestätigung im »Plan-Markt-Diskurs« sucht. Dieser Diskurs bemüht sich um die spekulative Verknüpfung der Institutionen »Plan« und »Markt« und stützt sich dabei auf einen sterilen, dem Plan bestenfalls gleichgestellten Markt-begriff (ohne wirkliche Eigentumsrechte, ohne freie Unternehmer und ohne Marktkultur). Obwohl die radikaleren Strömungen der Reformökonomie bereits vor einiger Zeit begonnen haben, die Legitimität der absoluten Grenzen der Wirtschaft sowjetischen Typs (staatliches Großeigentum und Einparteiensystem) politisch in Frage zu stellen, begnügte sich das Reformdenken auf ei-

ner theoretisch-normativen Ebene weiterhin damit, innerhalb dieser Grenzen Experimente vorzuschlagen, die den Markt und das Privateigentum lediglich simulieren.

3) Während der Reformgedanke, verglichen mit der anfänglichen Stalinismuskritik, zwar immer »profaner« und radikaler auftritt, bleiben uns seine Vertreter bis heute eine *allgemeine* Theorie der Wirtschaft sowjetischen Typs schuldig, die den angesammelten östlichen Erfahrungsschatz und die westliche abstraktanalytische Technik in sich vereinte.

4) In der ersten Periode des Übergangs vollzieht der Reformers den Schritt vom Modell der »sozialistischen Marktwirtschaft« zu dem der »sozialen Marktwirtschaft« ohne in seinem Reisegepäck dabei mehr mitzubringen als ein Gemisch aus einer »Grenzfallwirtschaftslehre« (die atypische Fälle in einer »normalen« Marktwirtschaft beschreibt) und einigen Deregulierungsprogrammen, die auf einen Mittelweg abzielen.

5) Die ersten ideologischen Reflexe des zum Transformer gewordenen Reformökonomen sind sozialdemokratisch, und zwar nicht gerade von der liberalsten Sorte. Entgegen manchen Erwartungen haben wir es nicht mit dem Vertreter eines »östlichen Neoliberalismus« zu tun, sondern mit einem Ökonomen, der mit starken interventionistischen Neigungen in der postsozialistischen Welt eintrifft, bereit zu pragmatisch-konstruktivistischen Lösungen und versehen mit einem relativ ausgeprägten sozialen Gewissen. Er wird jedoch von nun an *nicht mehr »Plan« und »Markt«, sondern »Staatliches« und »Privates«* abstimmen.

Während des Übergangs wird der Transformer von den einheimischen sozial-liberalen Parteien mit ideologischer Munition ausgestattet; der Alltag der Transformation überhäuft ihn mit einer Unmenge von pragmatischen »Ingenieur«-Aufgaben wie in den Tagen der Reformierung; und auch jetzt kommt er nicht ohne logische und politische Kompromisse aus, selbst wenn die Zugeständnisse kleiner sind als früher. Letztendlich scheint er sich mit dem Gedanken eines »mittelstarken« Staates, mit der Idee einer »*Regulation der Deregulation*« auszusöhnen.

Die Harmonie-Dilemmas des Übergangs

Wählen wir unter den Aufgaben des wirtschaftlichen Übergangs drei heraus: *Privatisierung*, *Marktherausbildung* und *Stabilisierung*, und unter den politischen die *Demokratisierung*, und schauen wir, welche Komplikationen bei ihrer gemeinsamen Verwirklichung auftreten können.⁴ Mindestens drei verschiedene Zusammenhänge erwecken unser Interesse:

a) ein Gutteil der Maßnahmen zur wirtschaftlichen Transformation ergänzen und/oder bedingen einander; darüber hinaus können solche Maßnahmen wechselseitig ihre Wirkung verstärken;

b) es kann aber auch geschehen, dass dieselben Maßnahmen ihre Chancen wechselseitig verringern, ja einander sogar ausschließen;

c) schließlich können die ökonomischen Aufgaben, in ihrer Gesamtheit oder jede für sich, den politischen Wandel ebenfalls nicht nur fördern, sondern mit ihm kollidieren.

Im ersten Fall diktiert die Logik dem Transformer, sich zu bemühen, die zueinander gehörenden wirtschaftlichen Aufgaben nach Möglichkeit *gleichzeitig* auszuführen, selbst wenn dies schon rein technisch außerordentlich schwierig ist. Jede Aufgabe besteht aus Hunderten von Teilaufgaben mit unterschiedlichem Zeitaufwand; eine Aufgabe muss bereits zu einem gewissen Teil erfüllt sein, damit sich die andere anschließen kann; die Erfüllung einzelner Aufgaben kann vorseilen, während andere sich verzögern können; die Kapazität der »Übergangs-Manager« ist endlich etc. So geriet die Synchronisierung schnell aus dem Takt. Der Transformer muss daher über Prioritäten, die Geschwindigkeit von Teilprozessen und die kritische Masse der Anfangsmaßnahmen, mit einem Wort über *technische Dilemmas* entscheiden, in der Hoffnung auf positive Kettenreaktionen, da er als ehemaliger Reformier weiß: die ersten Elemente der neuen Ordnung können nur allzu leicht von der alten assimiliert werden.

Im zweiten Fall kommt es zur Verunsicherung der ökonomischen Logik, und schon verhärtet sich das Dilemma zum Paradoxon: Gewisse Aufgaben – in den unterschiedlichsten Kombinationen – fördern *und* beeinträchtigen sich gleichzeitig in ihren Realisierungschancen. So kann die in zerrütteten Ehen übliche »Weder mit dem anderen noch ohne ihn«-Pattsituation entstehen, weswegen ich hier von *logischen* Dilemmas des wirtschaftlichen Übergangs sprechen will. Gefragt ist hier ein Transformer, der es versteht, das entstehende Gewirr von Vor- und Nachteilen zu entflechten.

Im dritten Fall schließlich kann die ökonomische Logik, falls sie noch nicht völlig verunsichert ist, mit der politischen (sozialpolitischen) Logik in Konkurrenz geraten. Aus diesem Grunde spreche ich hier von den *politischen* Dilemmas des wirtschaftlichen Übergangs.⁵ Mit ihrem Erscheinen ist das Verwirrspiel der Alternativen vollkommen. Während man bei den ökonomischen Aufgaben oft noch eine Kosten-Nutzen-Gleichung aufstellen kann, sucht der Transformer in dem Augenblick, wo die Politik mit ins Spiel kommt, vergebens nach einem gemeinsamen Messinstrument. Es kann vorkommen, dass die politische Ratio den Sieg davonträgt, und die Kombination »kleiner wirtschaftlicher Nutzen bei großem politischen Vorteil« alle Alternativen, die größeren wirtschaftlichen Nutzen bei kleinerem politischem Vorteil in Aussicht stellen, vom Tisch fegt.

Wie dem auch sei, es vermag kaum zu trösten, dass es sich bei all diesen Harmonie-Dilemmas – wie wir sehen werden – lediglich um die Abkömmlinge zweier uralter Grundfragen liberaler Übergänge handelt:

1) Im Hayekschen Sprachgebrauch: Wie gelangen wir ohne »konstruktivistischen Rationalismus« aus einer nicht-spontanen Ordnung in den Zustand einer spontanen Ordnung? Ist die Marktwirtschaft staatlich einführbar?

2) Wie kann man eine Gesellschaft gleichzeitig wirtschaftlich liberalisieren und politisch demokratisieren, wenn ein bedeutender Teil ihrer Mitglieder nicht Anhänger des freisinnigen Ideals sind, und sie dazu noch in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, die zwar den Zusammenbruch der alten Ordnung beschleunigt, gleichzeitig jedoch das Fußfassen der neuen erschwert?

*

Kehren wir zurück zu den erwähnten Aufgaben der Transformation, und betrachten wir Beispiele ihrer technischen, logischen und politischen Reibung. Die *Privatisierung* hat die heftigsten Diskussionen ausgelöst. Welche Aufgabenkombinationen ergeben sich hier?

Privatisierung und Markt

Privatisierung und Marktherausbildung bedingen sich in den Augen der meisten Transformer wechselseitig. Die auf Ersatzkapitalisten in Gestalt »betrieblicher Selbständigkeit«, »Selbstverwaltung« etc. aufbauenden sozialistischen Reformen haben zur Genüge gezeigt, dass die Marktherausbildung durch verschwommene Eigentumsrechte blockiert werden kann. Will man dies vermeiden, so gilt es, den Anteil des Privateigentums (und damit die Zahl der verantwortlichen Marktakteure, die Intensität des Wettbewerbs etc.) bedeutend zu erhöhen. Das setzt wiederum einen bereits einigermaßen funktionierenden Arbeits-, Kapital und Geldmarkt voraus. Nur so kann die Auslese der Marktinstitutionen auf natürliche Weise von unten erfolgen und muss nicht künstlich von oben dekretiert werden. Selbstverständlich ergänzen Privatisierung und Marktherausbildung einander nur dann, wenn man gleichzeitig die vorhandenen Monopolstrukturen zerschlägt, weil es sonst die in Privathand übergehenden Großunternehmen eventuell verstehen, den Wettbewerb noch wirkungsvoller als ihre »sozialistischen« Vorgänger zu begrenzen.

Die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Bewertung des zu privatisierenden Kapitals, der Auswahl der neuen Eigentümer und der finanziellen Abwicklung der Privatisierungsaktionen, wie sie derzeit die Gemeinschaft der osteuropäischen Ökonomen spalten, geben ein Bild davon, welche Unmenge ursprünglich zumeist technischer Dilemmas es hier zu lösen gilt. Die Privatisierung braucht, erfolgt sie auf dem Markt, Verkäufer und Käufer, Preise, Konkurrenz, Rechtssicherheit etc.; der Verkäufer kann nicht gleichzeitig Käufer seiner eigenen Ware sein; der Käufer sollte sie nach Möglichkeit nach öffentlicher Ausschreibung erwerben – die Idealbedingungen einer »fairen« Privatisierung ließen sich beliebig fortsetzen. Und bekanntlich sind sie ohne ein liberales Gesellschaftsgesetz, ohne eine überparteiliche staatli-

che Vermögensagentur, ohne unabhängige Treuhandgesellschaften, ohne eine Börse, ohne ein Konkurrenzpreissystem, ohne zahlungsfähige Nachfrage nicht gegeben.

Setzen wir optimistisch voraus, dass die politische Wende den rechtlich organisatorischen Rahmen für die Privatisierung geschaffen hat. Zu Konkurrenzpreisen führt der Weg jedoch nur über eine Deregulierung, d.h. über Entmonopolisierung und Abbau der staatlichen Subventionen. Dieser Weg wird allerdings durch breite Unternehmens- und Branchen-Lobbies versperrt. Somit muss die Privatisierung entweder über anfänglich irreführende, dann jedoch immer realistischere Preise Schritt für Schritt durchgeführt werden, oder – und das scheint die »gordische« Lösung des Dilemmas zu sein – es müssen gleich zu Beginn des Übergangs umfassende Privatisierungsaktionen eingeleitet werden, und das zu alten, künstlichen Preisen. Andererseits wird ein so radikaler Start im Inland nicht von einer ausreichenden privaten Kaufkraft unterstützt, und so bleibt die Wahl zwischen ausländischen Anlegern, dem »Überkreuzbesitz« innerhalb des ehemaligen »sozialistischen« Sektors und der Vermögensaufteilung auf Arbeitnehmer- oder Volksaktien«. Der Preis der ersten beiden Lösungen kann im Erscheinen neuer Monopolorganisationen oder in der Machtkonservierung der alten liegen, die dritte Lösung hingegen kann die bereits vorhandenen effizienten Marktstrukturen zerrütten. Das Problem liegt also darin, dass Lösungen neue Dilemmas erzeugen können, die wieder neue Schwerthiebe notwendig machen.

Es gibt noch mehr (technische) Reihenfolge- und Strukturfragen, die schwere logische (und politische) Dilemmas in sich bergen. Um nur einige zu nennen: In welcher Industriebranche soll die Privatisierung beginnen? Sollen zuerst die profitbringenden oder die Verlustbetriebe, die großen oder die kleinen Unternehmen unter den Hammer kommen? Wie schnell soll die Entstaatlichung vorangetrieben werden? Wie hoch soll die Beteiligung des ausländischen Kapitals sein?

Und die Antworten? Die »Spontane Privatisierung« verläuft schneller als die staatlich gelenkte, im Endeffekt aber helfen beide einem Teil der alten Monopole zu überleben. Auch die verschiedenen Spielarten des Volkskapitalismus« lassen sich zwar in relativ kurzer Zeit verwirklichen, können jedoch – wie im Falle der Arbeiterselbstverwaltung – den Kapitalfluss desorientieren und die Rationalisierung von Verlustbetrieben verhindern sowie den »anciens riches« eine Chance geben, die Volksaktien günstig aufzukaufen. Eine mit Hilfe ausländischen Kapitals durchgeführte bzw. eine spontane Privatisierung beschleunigen eine gesunde Selektion durch den Markt, bewirken aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit die Bildung von »Wirtschaftsinseln«. Privateigentum und Markt: sind sie erst einmal, »fertig«, passen sie sicherlich besser zueinander als in der Phase ihrer Entstehung.

Privatisierung und Stabilisierung

Meistert der Transformer diese – logisch teilweise lösbaren – Dilemmas, wird er es kaum vermeiden können, über den Zusammenhang zwischen Privatisierung und Stabilisierung nachzudenken. Die Privatisierung tut der Stabilisierung gut, da sie die technische Entwicklung fördert, das Wirtschaftswachstum und damit die Herstellung des Binnenmarktgleichgewichts beschleunigt sowie – schon allein dank der für die verkauften Staatsunternehmen kassierten Gelder – das Defizit des Staatshaushalts und den Inflationsdruck verringert. Das haben die Transformer schon als radikale Reformer verkündet.

Und vice versa: die Ausbreitung des Privaten Sektors wird außerordentlich erschwert, wenn das Gespenst einer fortlaufenden Rezession die potentiellen Anleger vor dem Kauf staatlichen Vermögens zurückschrecken lässt, wenn infolge der seit langem fälligen Lohnforderungen mit einer Streikwelle zu rechnen ist, oder wenn man befürchten muss, den Profit – zur Vermeidung des weiteren Verfalls der Zahlungsbilanz – eventuell nicht außer Landes bringen zu können. Es wäre demzufolge von Vorteil, wenn die Privatisierung nicht nur mit der Marktherausbildung Hand in Hand ginge, sondern auch mit der Stabilisierung der Wirtschaft.

So weit so richtig, nur können sich Privatisierung und auch Marktherausbildung als zweiseitige Schwerter erweisen, wenn man sie zur Krisenbewältigung einsetzen will. Die mit ihnen involvierte Umordnung der Wirtschaftsorganisation, der Kommunikations- und Motivationsketten, mit einem Wort, die gewaltigen Umstellungskosten können ein schnelles Krisenmanagement beträchtlich behindern: Der Import kann hochschnellen, der Export sinken, die Inflation sich beschleunigen, während gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen steigt und die Produktion weiter stagniert oder zurückfällt. In einer Zeit, da die Hierarchie *nicht mehr* und der Markt *noch nicht* funktionieren, können sich die Nachteile beider Systeme summieren, und dann fällt es selbst einer starken Regierung nicht leicht, Sanierungsmaßnahmen durchzuführen.

Oder von der anderen Seite aus betrachtet: Wenn das Krisenmanagement die Löhne einfriert und Finanzrestriktionen und Importbeschränkungen durchsetzt, so sind dies wohl kaum ausgesprochen marktfreundliche und Privatunternehmungen förderliche Maßnahmen. Ja, es kann im Interesse der Stabilisierung sogar erforderlich sein, diejenigen Großbetriebe von der Privatisierung auszusparen, auf deren Schultern die Wirtschaft gegebenenfalls aus dem Rezessionsloch herauskommt.

Wenn wir dabei noch bedenken, dass auf diese Weise auch zahlreiche andere für den Übergang erforderliche ökonomische Maßnahmen einschneidenden Restriktionen unterworfen werden, dass z.B. die Dezentralisierung zugunsten des Schutzes der Monopole gebremst wird, dass die Modernisierung an den RGW Verpflichtungen dieser Monopole scheitert, – dann ist es

vielleicht purer Euphemismus, von Übergangsdilemmas zu sprechen und nicht von einem unentwirrbaren Geflecht von Transformationsaufgaben.

Demokratisierung und Schocktherapie

Bislang haben wir stillschweigend vorausgesetzt, dass die Transformer auf dem Boden eines allgemeinen politischen Konsenses über Privatisierung, Marktherausbildung und Stabilisierung nachdenken. Dabei wissen wir nur zu gut, dass jede dieser drei ökonomischen Aufgaben mit der Forderung nach Demokratisierung kollidieren können (ganz zu schweigen von der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit). So ist hier der politische Dissens wahrscheinlicher als der Konsens.

Die Privatisierung kann der alten Elite erlauben, ihre ehemaligen Privilegien zu kapitalisieren; die Herausbildung des Marktes bringt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer hervor; und schließlich kann die Stabilisierung einem Gutteil der Wirtschafts-Lobbies dazu verhelfen, ihren Einfluss zu konservieren. Umgekehrt kann die Nomenklatura unter Berufung auf demokratische Gesetze die Privatisierung verzerren; die Opfer des Wettbewerbs können sich gegen die Deregulierungs- und Stabilisierungsmaßnahmen demokratisch organisieren und zum Lohnkampf übergehen; und beide Gruppen können sich auch zu gemeinsamen Gegenaktionen verbünden, sogar im parlamentarischen Rahmen.

Zum ehrlichen Bedauern des Transformers erweist sich der Käfer im Verlauf des Großen Experiments als widerspenstig. Die Belastbarkeit seiner Körperteile ist unterschiedlich: Der Parteisekretär, der seines Schreibtisches verlustig ging, der bescheiden dahinlebende kleine Beamte und der plötzlich arbeitslose Bergarbeiter sind von verschiedenen Ängsten erfüllt. Diese Ängste können sich neutralisieren, aber auch summieren, was wiederum dazu führen kann, dass die allgemeine Toleranzschwelle des Versuchstieres sinkt.

Das alles muss der Transformer berücksichtigen, wenn er sich die Frage »Schocktherapie: ja oder nein« stellt. »Ja« würde heißen, dass er davon ausgeht, mit einer simultanen Lösung die oben genannten technischen und logischen Dilemmas loszuwerden. Wenn die Transformationsschritte einander technisch einfach zuordenbar und in ihrer Wechselwirkung ausschließlich förderlich wären, könnte man leichten Herzens einen umfassenden Schock als Heilmethode empfehlen. In diesem Falle müssten wir uns »nur« darüber den Kopf zerbrechen, ob das kranke Tier wohl die simultane Dosierung der Übergangsarzneien vertragen würde. Sind jedoch diese Mittel nicht synergetisch, so fällt es schwer, auch nur einen partiellen Schock zu verschreiben.

Zwischen dem »Ja« und dem »Nein« einer umfassenden Schockbehandlung liegen die Möglichkeiten, der Wirtschaft je nach Aufgabe eine Reihe von größeren Schlägen zu versetzen, die sich mit graduellen Übergangsprogrammen kombinieren. Eine einmalige »Stabilisierungsoperation« (Kornai)

kann von einem schleppenden Privatisierungsprozess begleitet werden, bei nur teilweiser Markttherausbildung im Staatlichen Sektor. Der Marković-Plan in Jugoslawien sah, obwohl er auf eine radikale Gesundungskur abstellte, ursprünglich nicht einmal eine wesentliche Arbeits- und Kapitalmarktkorrektur des Selbstverwaltungssystems vor, geschweige denn die Umwandlung des Kollektiveigentums in Privateigentum. Das gleichfalls durch Jeffrey Sachs inspirierte Balcerowicz-Programm in Polen – mit Vorliebe als Musterbeispiel für eine Schocktherapie zitiert – geht auch behutsam mit den Monopolen um und wagt sich nur langsam an die Privatisierung heran. Das mit dem Namen Václav Klaus verbundene Drehbuch des wirtschaftlichen Übergangs in der Tschechoslowakei brauchte – da das Land in einer besseren Lage ist keine größeren Stabilisierungsmaßnahmen an den Anfang zu stellen, bereitet aber dessen ungeachtet den Privatisierungsschock (wenn man die Vermögensaufteilung überhaupt als Schock charakterisieren kann; dasselbe Bedenken gilt für Polen) mit einer bedacht geführten Deregulierung, einer »negativen Reform« vor. Mit einer umfassenden Schocktherapie muss beim »Übergang per Zusammenschluss« noch am ehesten die DDR-Wirtschaft rechnen; hierbei handelt es sich jedoch um Schläge, die auf eine gepolsterte Oberfläche hageln...⁶

Die Kombination eines Schocks mit einer Folge von Einzelschritten wirft Dutzende von neuen Harmonisierungsproblemen auf: Die durch einen an sich erfolgreichen Stabilisierungsschock ausgelösten politischen Spannungswellen können das mit diesem Schock kombinierte graduelle Privatisierungsprogramm gefährden. (Ein Beispiel ist die Forderung nach Arbeiterräten und Arbeitnehmeraktien als Präventivmaßnahmen gegen Entlassungen.) Die Stabilisierung kann durch eine schockartige Herausbildung von Märkten leicht Schaden nehmen, wenn dies mit einem Wachstumsrückgang verbunden ist. Ein Privatisierungsprogramm, das vornehmlich der ehemaligen Elite dient, kann ein Schock sein, der den Rest der Gesellschaft dermaßen frustriert, dass ihr für eine gute Zeit auch die Lust an der Liberalisierung vergeht. Und umgekehrt, wenn die rechtsstaatlichen Garantien des wirtschaftlichen Wettbewerbs nur allmählich geschaffen werden, lässt sich die Transformation kaum mit einem Marktschock einleiten.

*

Dilemmas über Dilemmas, ein Teufelskreis nach dem anderen.⁷ Offensichtlich ist der osteuropäische Ökonom auch als Transformer in keiner viel glücklicheren Lage als in seiner Reformzeit. Die politischen Tabus der Wirtschaft sowjetischen Typs behindern seine Phantasie nicht länger; doch der dadurch gewonnene Spielraum kann durch das schiere Übermaß der angestauten Transformationsaufgaben sehr schnell wieder verstellt werden. Die zynische Redewendung des routinierten Reformers, wonach »kleine Sprünge Seitensprünge ersparen«, wird sich der Transformer kaum mehr zu eigen machen

können. Er weiß, dass der Einsatz enorm ist: Beim Großen Experiment können verhängnisvolle Fehler unterlaufen. Obwohl er nichts Besseres tun kann, als einander zum Teil beeinträchtigende Maßnahmen anzuregen, muss er dennoch versuchen, zu messen und abzuwägen so schwer oder logisch geradezu unmöglich dies auch scheinen mag.⁸

Die wissenschaftlichen Kenntnisse des Transformers, mit deren Hilfe er die Vor- und Nachteile abwägt, gehen auf *drei Quellen* zurück:

1) auf die eher empirisch-praktischen als abstrakt-theoretischen Kenntnisse von den Wirtschaften sowjetischen Typs (zweifelloos die Hauptquelle);

2) auf im einzelnen kaum erschlossene Analogien aus der Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit;

3) auf die in der östlichen Fachliteratur gängige, ziemlich oberflächliche Typologie der westlichen Gemischtwirtschaften.

Der osteuropäische Ökonom unterliegt leicht der Versuchung zu glauben, dass diese drei Quellen in eine Gesamtkonzeption zusammenfließen. Dieser zufolge hätte auf der ersten Seite des wirtschaftlichen Übergangsszenarios die »Befehlswirtschaft« auf der letzten Seite hingegen die »soziale Marktwirtschaft« zu stehen. Die folgenden Überlegungen wollen versuchen, die Ursachen und Motive zu rekonstruieren, die diesem Übergangsprogramm zugrundeliegen. Erstens ist es der Reformökonomie nicht gelungen, die ursprüngliche, den Totalitarismustheorien verpflichtete Darstellung der Wirtschaft sowjetischen Typs endgültig zu überwinden – sie leidet unter einer Paradigmenkonfusion; zweitens spielt unter den Transformationsmustern die Erfolgsgeschichte des deutschen Wirtschaftswunders eine beispielhafte Rolle und drittens fühlt sich die ökonomische Denkweise des Transformers stark dem Sozialliberalismus verbunden und hegt Vorbehalte gegenüber neoliberalen Lösungen.

Paradigmenkonfusion im Vergangenheitsbild

Der Transformer sucht im wesentlichen Antwort auf drei Fragen: woher, wie, wohin? Nicht wenige meinen, auf die erste und dritte Frage läge die Antwort auf der Hand. Der Übergang, sagen sie, sei ein grundsätzlich *technisch-pragmatisches* Problem: Bei gegebenem Ziel sei die Art und Weise zu suchen, wie wir unter dem kleinsten Opfer die totalitär-kollektivistische Befehlswirtschaft in eine demokratisch-liberale Marktwirtschaft umoperieren können. Dabei gilt es vor allem zu klären, welches die besten Anfangsschritte sind, in welcher Reihenfolge die weiteren Schritte durchzuführen sind und wie schnell der Wandel vonstattengehen soll, damit wir uns nicht im Dschungel der Dilemmas verlieren.⁹

So weit so gut, nur benötigen wir bereits für die richtige Bestimmung der Anfangsschritte der Transformation relativ exakte Begriffe über die Natur

des *ancien régime* und seine Erbmasse. Und wenn schon die Bestimmung des Alten ganz unterschiedliche Bilder hervorbringt, wie soll man diese mit dem Neuen verbinden, wenn es sich in so unüberblickbarer Vielfalt präsentiert? Nicht genug damit, gabeln sich die Wege, die zu den verschiedenen Spielarten postsozialistischer Wirtschaft führen, häufig bereits am Ausgangspunkt des Übergangs. Und schließlich: Der Abbau der Wirtschaft sowjetischen Typs ist noch nicht gleichbedeutend mit Aufbau; die Transformation kann im luftleeren Raum zwischen beiden landen und dort hängenbleiben.

Wir könnten freilich leichten Herzens von der Untersuchung des »Woher« Abstand nehmen, verfügten wir über umfassende deskriptiv-erklärende Theorien zu den Ausgangszuständen des wirtschaftlichen Übergangs. Das »Übergangs-Engineering« hat jedoch eine größere Anziehungskraft als das nachträgliche Füllen theoretischer Lücken. Nach so vielen Ersatzhandlungen fällt es den meisten ehemaligen Reformökonomern offensichtlich schwer, den Herausforderungen einer Ausarbeitung des Großen Programms (»master plan«) und Durchführung des Großen Experiments zu widerstehen. Insbesondere dann, wenn in Osteuropa Hunderte von neuen Parteimanifesten und die explodierende Tagespublizistik die Behandlung der »letzten« Fragen des Übergangs für sich beschlagnahmen, dabei ständig die »schuldbeladene Vergangenheit«, die »nationale Schicksalstragödie« und den »asiatischen Despotismus« erwähnen sowie von der »glücklichen Zukunft«, der »Revolution« und von einem in Großbuchstaben geschriebenen EUROPA schwärmen.

Der an Fachfragen interessierte Ökonom verachtet solche Phrasen. Gleichzeitig jedoch hinterlassen sie unbemerkt Spuren in den Prämissen seines Denkens: Sie verstärken im Nachhinein die totalitaristische Darstellung der Wirtschaft sowjetischen Typs.¹⁰

Die Dämonisierung der Vorgeschichte

Das Problem beginnt eigenartigerweise damit, dass sich die Wirtschaften sowjetischen Typs, die bislang bestenfalls reformierbar schienen, jetzt auf einmal friedlich transformieren lassen, zumindest in einer ganzen Reihe osteuropäischer Länder. Die früher als das Haupthindernis für Wirtschaftsreformen geltende Nomenklatura bietet anstatt des erwarteten leidenschaftlichen Widerstandes eher politischen Ausgleich an, ist eifrig um »Selbstprivatisierung« bemüht, nimmt gewissermaßen an der »Revolution« teil. Die alte Elite griff zuletzt allenfalls zögernd auf ihren Gewaltapparat zurück und sieht jetzt ihre größte Sorge darin, wie sie aus ihrer politische Macht im wahrsten Sinne des Wortes Kapital schlagen kann.

Der Reformökonom starrt betroffen in den Spiegel: »Vor denen habe ich gezittert, mit denen habe ich um ›Plan und Markt‹ gefeilscht, die habe ich jahrzehntelang als ewige politische Gegebenheit betrachtet? Um ihrer Willen habe ich auch dann noch von sozialistischer Marktwirtschaft geredet, als es

mir schon längst um soziale Marktwirtschaft ging?« Vor dem Gespenst des überflüssigen Kompromisses hat der Reformier nur eine Möglichkeit zu fliehen, und zwar mit Hilfe einer gewissen Dämonisierung der Vergangenheit. Um sich zu rechtfertigen, vergrößert er nachträglich sein Feindbild; dabei folgt er den Mustern der kognitiven Dissonanz. Demnach war der »Kaiser« nur in der allerletzten kurzen Phase seiner despotischen Herrschaft nackt: vorher war seine Stärke so ungebrochen gewesen, dass man ihn nicht stürzen konnte – man musste also mit ihm verhandeln.

So entsteht ein Vergangenheitsbild, das leicht ein Übergangsprogramm gebiert, welches in vieler Hinsicht noch vom einstigen Totalitarismus-Paradigma geprägt ist: die Transformation wird aus dem Bankrott einer vordem voll funktionsfähigen totalitären Ordnung abgeleitet, statt sie mit der »Erschöpfung« eines längst schon nicht mehr (wenn überhaupt jemals) totalitären – freilich auch nicht liberalen oder demokratischen Systems zu erklären, in dessen Arsenal zwar die Techniken und Institutionen der Totalherrschaft noch lagern, die aber selbst im Notstand nicht mehr eingesetzt werden können.

Die Erschöpfung-Hypothese könnte dem ehemaligen Reformökonom angesichts der ersten Schritte des friedlichen Übergangs sogar einleuchten – wäre da nicht der spektakuläre politische Tod des alten Systems. Lawinenartige Massendemonstrationen, sich »verflüchtigende« kommunistische Parteien, auseinandergejagte Polizeiapparate, abgezogene sowjetische Truppen, erste freie Wahlen etc. – all das weist auf eine politische Zäsur hin. Wenn wir also nach den vielen Halbreformen nun »Revolutionen« haben, so muss es wohl auch ein System »finsterer Mächte« gegeben haben. Es vermag somit nicht zu überraschen, wenn die neuen Eliten eifrig bemüht sind, nachträglich Partisanenlieder einzustudieren...

Und was da derzeit an Schlamm aus den Kloaken der Nachkriegsgeschichte Osteuropas an die Oberfläche quillt, scheint dem reuigen Reformier Recht zu geben: Bis ins Detail geplante Massenmorde, verheimlichte radioaktive Verseuchungen, versteckte Terroristen, hintergangene Verbündete, prassende Diktatoren, Gift, Dolch und Folter, Hofintrigen wie im finstersten Mittelalter. Natürlich hat der Reformier vieles von dem gewusst, was jetzt so geballt und für alle Ewigkeit unwiderlegbar über ihn hereinbricht. Es lädt ihm eine schwere moralische Last auf. »Diesen Frevlern ging ich als Höfling zur Hand?«, fragt er sich jetzt voller Schuldbewusstsein, und im erlösenden Lichte des *mea culpa* verschwimmen die totalitären und nicht-totalitären Aspekte der jüngeren osteuropäische Geschichte ineinander.

In ihr Spiegelbild versunken könnten sich die Reformier – ohne damit die Schrecken der Vergangenheit zu relativieren – aber auch folgendes fragen: »Haben wir denn nicht bemerkt, dass in Osteuropa nicht nur der ›Gesellschaftsvertrag‹ zwischen der Macht und dem Volk, sondern im Zusammenhang damit auch die Vertragsordnung *innerhalb* der Macht erschüttert wur-

den? Haben die Säuberungsaktionen nach '56, '68 und '81 uns denn nicht mehr gelehrt, als das restaurative Wesen der jetzt abgetretenen Elite zu sehen? Wie können wir die deutlichen Anzeichen der Kommerzialisierung, Korruption und Profanisierung des Machtapparates sowie die damit einhergehende Verunsicherung der Nomenklatura und die Abschwächung ihres inneren Zusammenhaltes übersehen? Oder die vielfältige innere Gliederung der Elite, ihre wechselnden Koalitionen und die wiederkehrenden Zwistigkeiten ihrer Gruppen? Oder, dass sie sich selbst im wildesten Normalisierungsrausch ab und zu dem Zwang der Realpolitik beugen musste? Gerade wir, die Reformökonomien, sollten nicht wenigstens jetzt die Reformer-Lobbies innerhalb der Nomenklatura zur Kenntnis nehmen, oder die Tatsache, dass der ›Kaiser‹ in erster Linie in Wirtschaftsfragen mit ›aufgeklärtem Absolutismus zu entscheiden wusste?

Haben denn nicht wir von der Konsumkorruption der Staatsbürger in der Vergangenheit und vom möglichen ›Aufkaufen‹ der Nomenklatura in der Zukunft gesprochen? Waren nicht wir es, die Begriffe wie ›Sozialistische Verbürgerlichung‹, ›versteckte Privatisierung‹, ›Zweite Wirtschaft‹, ›Feilsch-Gesellschaft‹ oder ›administrativer Markt‹ eingeführt haben? Und was die politischen Einrichtungen betrifft, haben da nicht etwa wir von einem Mehrparteiensystem innerhalb der einen Partei geschrieben; von oligarchischen Mustern, roten Baronen, Kronprinzen, Patronen und Klienten; von Trennlinien zwischen Partei, Staat und Gewerkschaft, Zentrale und Region; von der soziologischen Heterogenität der Elite, von den Berührungen zwischen Nomenklatura und Volk oder – zusammenfassend – von den epochalen Kompromissen der Regime Chrustschows, Kádárs oder Titos?«

Nicht mehr und noch nicht ...

Fragestellungen dieser Art könnten der Wirtschaftslehre des Post-Sozialismus ambitiöse und utopische Übergangsmodelle ersparen, die davon ausgehen, dass man der Vergangenheit einfach durch Austreibung des Totalitarismus entkommen könnte.

Bekanntlich zeigte sich die Nomenklatura auch in der Vergangenheit mehr als einmal geneigt, die Wirtschaft sowjetischen Typs – innerhalb bestimmter Grenzen – zu liberalisieren. Worin liegt nun die Garantie dafür, dass mit der Exzision des harten Kerns der Nomenklatura auch diese Grenzen automatisch ausdehnbar sind? *Ziehen wir vom Parteistaat die Staatspartei ab, so ergibt diese Rechenoperation noch nicht Null.* Selbst dann nicht, wenn es gelingt, den Staatsapparat rechtsstaatlichen Kriterien zu unterwerfen.

Von den alten Hindernissen für eine wirtschaftliche Liberalisierung bleibt höchstwahrscheinlich eine ganze Reihe auch im Post-Sozialismus bestehen, und es ist nicht sicher, ob es sich dabei um die kleineren handelt. Das Götzenbild des »kontrollierten (regulierten) Marktes« bleibt auch nach Ver-

schwinden der Staatspartei nicht völlig unbewacht, und zwar so lange, wie nicht der Löwenanteil des Staatseigentums privatisiert ist (und, wie aus der Geschichte des Wohlfahrtstaates ersichtlich, auch danach nicht immer). Der frühere organisatorische und ideologische Klebstoff der Branchenlobbies, Betriebsmonstren, Gewerkschaften, regionalen Verwaltungsorgane, nämlich die Partei sowjetischen Typs, hat zwar an Kraft eingebüßt, aber wer hätte nicht schon von Verfilzungen zwischen Parteien nicht-sowjetischen Typs und dem Staat, von der Paralyse der parlamentarischen Kontrolle des Staatsapparates (sagen wir, im Rahmen einer Koalition von Großparteien) oder von einem starken korporativen Druck gehört?

Es wäre verwunderlich, wenn die Mitglieder des Staatsapparates (vom Minister bis zum Abteilungsleiter im Betrieb) oder der Gewerkschaft (vom Vorsitzenden des Landesverbandes bis zum betrieblichen Vertrauensmann) verummummt die Flucht ergriffen, wie sich das für die gestürzten Vertreter einer Totalherrschaft gehört, und sich keinen neuen politischen Klebstoff suchten. Wenn es darum geht, über die tatsächliche Auflösung des staatlichen Eigentums zu entscheiden, werden eventuell vor unseren Augen – oder hinter unserem Rücken – alt-neue Bündnisse geschlossen.

Mit dem Zerfall der Staatspartei können sich paradoxerweise sogar die Chancen der antiliberalen Lobbies verbessern, denn die einstigen kommunistischen Parteien hegten und pflegten sie nicht nur, sondern verstanden es auch, sie im Zaume zu halten, bzw. unter Ausschaltung des Volkswillens zu verhindern, dass diese Gruppen Unterstützung von unten bekamen. Wie wir wissen, ermächtigt die Demokratie jedoch auch zum *Überstimmen des Marktes*: die Liberalisierung hat nicht nur eine Diktatur-, sondern auch eine Demokratiegrenze. In diesem Sinne müssen die halbliberalen Wirtschaften der Herrscher des »aufgeklärten Sozialismus« nicht zwangsläufig hinter der eines post-sozialistischen Parlaments zurückstehen, das die *pressure groups* nicht zu zügeln vermag und von populistisch-korporativen Parteien gesteuert wird, die auf die instinktive Marktfeindlichkeit bestimmter gesellschaftlicher Schichten bauen.

Wenn sich die sogenannte totalitäre Unterdrückung im alten Regime gegen die liberalen Kräfte richtete, so erfolgte dies nicht unbedingt aus einer selbtherrlichen Laune heraus, sondern zur Herstellung eines realpolitischen Gleichgewichts zwischen oligarchisch aufgebauten Wirtschaftsorganisationen und nicht-parlamentarischen politischen Institutionen. Wenn also der Transformer, anstatt sich der theoretischen Erklärung dieser *nicht-totalitären* Integrationsverfahren zu widmen, sogleich auf die Gestaltung der Zukunft stürzt, übersieht er, dass der Übergang in vielen Ländern Osteuropas in bestimmter Hinsicht seit langem seinen Anfang genommen hat. Die Existenz des sowjetischen Systems wurde eben durch nichttotalitäre Techniken, Institutionen und Verhaltensweisen verlängert, und zwar schon seit der Einführung der NEP im Jahre 1921.¹¹

Und mögen diese aus liberaler Sicht auch noch so gekünstelt erscheinen, in den meisten Ländern geht es gezwungenermaßen darum, gerade sie, die Halbmärkte, Schattenwirtschaften und sozialistischen »Bürger«, im Verlauf des Übergangs mühsam in »Wirkliche« Märkte, Wirtschaften und Bürger zu verwandeln und nicht etwa eine totalitäre Elite einfach auszuschalten und dem Körper der Wirtschaft einen neuen Kopf aufzusetzen.

Infolgedessen ist es vielleicht ein Irrtum anzunehmen, das Haupthindernis des Übergangs sei das von vielen prophezeite »Marktvakuum«, mit anderen Worten, der informelle Fortbestand totalitär-planwirtschaftlicher Verhaltensweisen, wie sie der innovationsunfähige, verschwenderische Manager, der an Gleichmacherei gewöhnte Arbeiter, der statt auf Verkauf auf Beschaffen trainierte Angestellte zeigen. Zwar wurden die entsprechenden offiziellen Institutionen abgebaut, die neuen marktwirtschaftlichen Strukturen funktionieren jedoch noch nicht. Möglich, dass in manchen Ländern dieses »Nicht mehr – noch nicht« – Vakuum den Übergang ins Stocken bringen wird. In den Wirtschaften, die Reformen erlebt haben, scheinen jedoch derzeit nicht nur der Mangel an Markt und Unternehmergeist die Hauptsorge und die Auffüllung des leeren Raumes die Hauptaufgabe zu sein, sondern – mindestens im gleichen Maße – die Umwandlung der quasiliberalen Institutionen der Reformen zu »echten«. Manche meinen allerdings, dass es leichter wäre, bei Null anzufangen...

*

Kommen wir auf das Beispiel der drei Aufgaben: Privatisierung, Markthe-rausbildung und Stabilisierung zurück, und untersuchen wir die Übergangsprogramme *zweier fiktiver Transformer*, von denen der eine in totalitaristischen, der andere in nicht-totalitaristischen Begriffen denkt.

Eine Österreichische Lösung?

Wie die polnischen und ungarischen Ereignisse in den letzten zwei Jahren gezeigt haben, dienen die Unternehmens-, Branchen- und Regionalmonopole, sofern sie nicht schon vor der Privatisierung zerschlagen (d.h. die oligarchischen Netze zerrissen) wurden, als Unterschlupf für die alte Elite, die sich gegebenenfalls auch an die Spitze der Privatisierung setzen kann. Derjenige Transformer, der die Nomenklatura als einen Verein von an Fäden hängenden holzköpfigen Parteisekretären und blutrünstigen Polizisten sieht, konzentriert sich nur auf die Spitze der Hierarchie und vergisst leicht, in das Privatisierungsverfahren Entmonopolisierungsmechanismen einzubauen, denn er sagt sich: Ist das politische Rückgrat der ehemaligen Elite erst einmal gebrochen, so erledigt der Marktwettbewerb den Rest ganz schnell.

Später jedoch, wenn er auf die Erscheinung des »politischen Kapitalismus«¹² aufmerksam wird und bemerkt, wie schnell sich wieder oligarchische

Seilschaften auf dem Markt des Post-Sozialismus restaurieren, kann es passieren, dass er administrative Säuberungen und die »Verstaatlichung der Entstaatlichung« fordert. Dabei lässt er sich nur wenig davon beeindrucken, wie sehr diese Maßnahmen das Anlagekapital verschrecken. Die Drosselung des Privatisierungsprozesses sowie die Professionalisierung und Disziplinierung des – für inkompetent und faul gehaltenen – Staatsapparates können sich logisch an die obigen Forderungen anschließen.

Hier bedarf es dann im Prinzip nur noch »guter« Parteien, die – anders als ihr einstiger Vorläufer – darauf achten, dass die »civil servants« nicht statt des Gemeinwohls eigene oder Gruppeninteressen im Auge haben. Oder, und das scheint auf osteuropäischem Boden das Wahrscheinlichere, es verläuft gerade umgekehrt: Diese Parteien beginnen, die von der Privatisierung relativ verschonte staatliche Wirtschaft unter sich aufzuteilen (ein Beispiel bietet die sog. »Parteibuchwirtschaft« in Österreich).

Kaum überrascht (oder entsetzt) über den Erfolg der »Spontanen Privatisierung« wird jedoch der Transformer sein, der den Parteistaatsbürokraten nicht einfach als ein Erziehungsobjekt betrachtet, sondern in ihm einen über einen gewissen Sachverstand verfügenden, in der Durchführung von Reformen geübten, in der halb-monetarisierten Welt des Staatssektors zu Schwarz- oder Graugeschäften fähigen – und wenn es darauf ankommt, keine Spur faulen – »Mafioso« sieht. Er wird nicht nur im ehemaligen stellv. Minister, Betriebsdirektor und LPG-Vorsitzenden den Geschäftsmann entdecken, sondern eventuell sogar im Parteisekretär oder Geheimpolizisten das Organisationstalent erkennen.

Er prophezeit ihre zügige Verbürgerlichung, die geschickte Kapitalisierung ihres Vermögens, Fachwissens und Systems von Verbindungen, und wenn er sie persönlich auch nicht umschwärmt, wird er doch an der Schaffung solcher Institutionen mitwirken, in denen eben dieser unternehmerische Zug der alten Elite, und nicht ihr bürokratischer, monopolistischer zum Tragen kommt. Dieser Transformer bremst die Privatisierung also nicht (etwa in der Art: »Wer Unternehmer ist, bestimme ich«), sondern versucht, parallel zu dezentralisieren und die Marktherausbildung zu fördern. Er erleichtert den Markteintritt und trägt damit zur Erhöhung der Zahl der Wettbewerbsteilnehmer bei, er entflieht die zusammengebastelten Großbetriebe, spielt die »Mafias« gegeneinander aus etc. – mit einem Wort, er gibt den Mitgliedern der einstigen Elite die Chance zu zeigen, ob sie sich auf dem echten Markt ebenso gut behaupten wie noch vor kurzem auf dem geplanten Markt, wo das Feilschen zwischen staatlichen Instanzen die Konkurrenz ersetzte.

So werden zwar die Handlanger und Nutznießer des alten Regimes nicht zur Rechenschaft gezogen, aber gleichzeitig wird der Bildung neuer staatsparteilicher Monopole ein Riegel vorgeschoben. Und nicht zuletzt bleibt eine gute Portion – nur schwer ersetzbaren – unternehmerischen Fachwissens erhalten.

Man sieht, wie zwei Interpretationen der Vergangenheit zwei ganz verschiedene Übergangsprogramme zur Lösung der politischen Dilemmas der Privatisierung nach sich ziehen können.¹³

Der »Missionar«, der Markt und das Gleichgewicht

Wer die Wirtschaft sowjetischen Typs als ein überwiegend zentralistisch-naturalwirtschaftliches System beschreibt, in dem wir durchweg Wirtschaftsakteuren begegnen, die unfähig zu Eigeninitiative sind und die jetzt von *aus dem Nichts* gestampften marktwirtschaftlichen Institutionen zu Unternehmern erzogen werden sollen, der wird auch die Marktherausbildung anders angehen als sein Kollege. Dieser beobachtet in der Welt des Spätsozialismus deformierte Wirtschaftsakteure, letztlich aber doch Marktakteure, die ihre Transaktionen auch über Geld vermitteln, einander oft gleichgestellt sind und über ihre multilateralen Abhängigkeitsverhältnisse informellen Druck auf die höchsten Ebenen auszuüben vermögen etc. – mit einem Wort Akteure, die statt stets nur Befehle auszuführen, innerhalb der Staatswirtschaft oder an deren Grenze Quasi-Unternehmungen gründen.

Unser erster Transformer kann die überraschende Erfahrung machen, dass sich die von ihm geschaffenen Marktinstitutionen nicht organisch in die Wirtschaft der Übergangsphase einfügen. Er konstatiert, dass der Parteistaat zwar passé ist, Arbeit, Kapital und Information jedoch noch immer hauptsächlich über »unkontrollierte« Kanäle (also weder über Planaufgaben noch über Marktverträge) zwischen dem ehemals »sozialistischen« Sektor und der Schattenwirtschaft fließen. Die Deregulierung kann dies noch verstärken und damit die ganze Aktion der Marktherausbildung in Misskredit bringen. Sein Kollege ahnt hingegen, dass sich die Einflussosphäre der informellen Wirtschaft ohne die Privatisierung der Staatsbetriebe wohl kaum begrenzen lässt. Die Disziplinierung der Staatswirtschaft von innen bzw. die Stärkung ihres Außenmarktumfeldes reichen nicht aus, das Versickern staatlichen Einkommens, den Abschluss von Kartellabkommen, Korruption etc. zu verhindern. Im Gegenteil sind die mehr oder weniger informellen Unternehmungen wegen ihrer Startüberlegenheit sogar in der Lage, die neuen, reinen Privatinitiativen auf dem Markt zu ersticken.

So wird unser zweiter Transformer am Anfang nicht so sehr die Bekehrung der auf »Schräubchen in der totalen Maschinerie« reduzierten Menschen betreiben, als vielmehr die Auflösung der staatlichen Monopole und schnellstmögliche Privatisierung. Und zwar, indem er den Schritt zum Privateigentum so weit wie nur möglich auch für die »Mafias« reizvoll gestaltet, sie aus der »schwarzen« Staatswirtschaft in die »weiße« Privatwirtschaft lockt. Im Gegensatz zum Missionar, der Menschen bekehren will, die schon längst insgeheim abtrünnig sind, verkündet er, dass es sich lohnt, sich offen und innerhalb des gesetzlichen Rahmens zum eigenen Glauben zu bekennen.

Auch die Stabilisierungsdilemmas versucht der die Vergangenheit dämonisierende Ökonom anders zu lösen als sein Gefährte, der die alte Ordnung nicht einfach als ein von der Staatspartei beherrschtes, befehlswirtschaftliches Phalanstère versteht. So vertraut der in Begriffen des Totalitarismus denkende Transformer darauf, dass sich mit der Austreibung des »Teufels« Partei aus dem Staat dieser viel marktgerechter, zumindest jedoch fachkompetenter verhalten werde. Er kann also geneigt sein, alles zu versuchen, damit die Staatswirtschaft so schnell wie möglich wieder auf die Beine kommt, während er andererseits bereit ist, den Privatisierungsprozess zu bremsen und über Jahrzehnte auszudehnen.¹⁴

Für seinen Kollegen hingegen wird die Sanierung der Staatswirtschaft keine so große Sorge sein. Er wird eher befürchten, dass eine erfolgreiche Stabilisierung die oligarchische Ordnung des staatlichen Sektors weiter festigen könnte, da sich die überlebenden Lobbies wahrscheinlich um den Preis von Sondervergünstigungen darauf einlassen, bei der Krisenbewältigung mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Die Praxis der administrativen Abmachungen zu Preisen, Steuern und Importgenehmigungen sowie die geschützten Halbmärkte können somit auch ohne Staatspartei innerhalb der Staatswirtschaft fortbestehen. Vorübergehend können sie zum Krisenmanagement beitragen, langfristig werden sie jedoch die strukturelle Modernisierung und die Ausformung der Feinstrukturen der Marktwirtschaft beeinträchtigen und damit neue Gleichgewichtsstörungen vorprogrammieren. Aus diesem Grunde wird unser zweiter Transformer auch hier als schnelle Anfangsmaßnahmen eine mit Entmonopolisierung gekoppelte Privatisierung empfehlen.

Soziale Marktwirtschaft: Analogie und Zukunftsbild

Ich habe weiter oben vom Umhertappen im Dunkeln gesprochen. Nun, der osteuropäische Transformer irrt nicht nur durch das Dickicht der Harmonie-Dilemmas des Übergangs und der Vergangenheitsbilder. Er wird sich auch nicht leicht tun, wenn er nach historischen Analogien Ausschau hält, die das Zukunftsbild der Transformation bestimmen. Umso bemerkenswerter ist es, dass die ehemaligen Reformer auf die Frage des »wohin« einigermassen selbstsichere Antworten geben.¹⁵

Solange ein Ausgleich mit der kommunistischen Elite in Osteuropa noch zu den kühnsten Träumen zählte, erfreuten sich die Modelle der *Finnlandisierung* und der *Austrianisierung* bei den Ökonomen größter Beliebtheit. Demnach entstünden im Post-Sozialismus bei wohlwollender Neutralität der Sowjetunion eher soziale (staatliche, korporative) denn liberale gemischtwirtschaftliche Systeme, wobei man auf die – käufliche – Zustimmung der einheimischen Nomenklatura hoffte.¹⁶ Zu diesem Szenario gesellte sich in Jugosla-

wien, Polen und Ungarn, wo eine »aufgeklärt absolutistische« Reformpolitik auf eine jahrzehntelange Tradition zurückblicken konnte, eine gewisse Sympathie für den durch die konstitutionelle Monarchie geschützten spanischen Weg des politischen Wandels.

In dem Maße, wie die politischen Schranken zu einem radikalen Systemwechsel fielen, verblasste in den Transformationsprogrammen das Moment des Ausgleichs; das Endziel veränderte sich jedoch so gut wie nicht. Ungeachtet dessen, dass die Idee der Reprivatisierung während des letzten Jahrzehnts in Frankreich, England und den USA (bis zu einem gewissen Grade selbst im Musterland Österreich) regierungspolitischen Rang erhielt, benutzt der überwiegende Teil der postsozialistischen Übergangsprogramme das Instrumentarium der neoliberalen Wende eher in einem nur technischen Sinne (»lasst uns mal sehen, wie die Privatisierung zu organisieren ist«). Lieber werfen die ursprünglich am finnischen, österreichischen oder schwedischen Beispiel orientierten Programmschreiber in der letzten Zeit Seitenblicke auf das deutsche Modell der »sozialen Marktwirtschaft«.

Verständlicherweise wählen sich die Transformer, auch wenn ihre Programme von düsteren Prophezeiungen einer »Libanisierung«, »Balkanisierung« oder »Mexikanisierung« überschattet sind, als Idealbild solche Übergänge, die in möglichst vielen Hinsichten erfolgreich (gewesen) sind. Erklärungsbedürftig ist allerdings, weshalb die »Süd-Analogien«, also der Bezug auf Übergänge in Südeuropa, Südamerika oder Südostasien, außerhalb des Gesichtskreises der meisten osteuropäischen Ökonomen zu liegen scheinen (die einzige Ausnahme ist Spanien). Das mag daran liegen, dass die Übergänge in Argentinien, Chile, der Türkei oder in Griechenland mindestens ebenso viele Fehlschläge wie Erfolge aufzuweisen hatten. Das Beispiel der »kleinen asiatischen Tiger« wiederum mag, obwohl sie einen Wirtschaftserfolg nach dem anderen erzielen, für Europa allzu exotisch anmuten. Nicht zuletzt ging der Übergang im »Süden« niemals von einem Zustand vollkommener Verstaatlichung aus; er bewegte sich in erster Linie in der Dimension Diktatur – Demokratie und nicht Staatswirtschaft – Marktwirtschaft; darüber hinaus hatte sich die moderne Marktwirtschaft in Südostasien vielerorts unter der Vormundschaft der politischen Diktatur entfaltet. All dies sind Argumente gegen ein blindes Nacheifern.

Nicht jedoch dagegen, dass Osteuropa aus diesen Beispielen lernen sollte.¹⁷ Zumindest so viel, dass die Hypothese, die parallelen Aufgaben der Transformation würden sich gegenseitig stützen, nicht allzu gut belegt ist. Natürlich müssen wir erst einmal unseren angeborenen Snobismus überwinden. Die neuen politischen Bewegungen Osteuropas fühlten sich historisch immer Westeuropa zugehörig und scheinen wenig geneigt, sich Losungen wie »Auf nach Portugal« oder gar »Unsere Zukunft heißt Singapur« zu eigen zu machen – ausgerechnet heute, am Vorabend von 1992.

Während die Aufforderung »Lernen wir von der Türkei!« die meisten Transformer offensichtlich in ihrer Würde verletzen würde, reizt das Modell des Übergangs von der deutschen nationalsozialistischen Kriegswirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft die Ökonomen Osteuropas – unabhängig davon, ob sie sozialistisch, national-radikal oder quasi-liberal eingestellt sind.

Das bis heute kein Ende nehmende deutsche Wirtschaftswunder spricht für sich. Wer wünschte nicht Ähnliches für sein Land? Darüber hinaus verstärken die historisch-kulturelle Nähe und die verwandten mitteleuropäischen Traditionen die Analogie. Auch der Umstand, dass es aus der Sicht der sozialistischen Marktwirtschaft kaum einen Unterschied macht, ob soziale, freie oder christliche Demokraten soziale Marktwirtschaft praktizieren, erhöht die Anziehungskraft des Modells noch mehr. Und schließlich hat das deutsche Experiment bereits Schule gemacht von Norwegen über Österreich bis nach Griechenland. Diese Faktoren genügen, das japanische und italienische Wunder oder das »französische Modell«, die ja ebenso wenig auf dem Prinzip des »minimalen Staates« beruhen, in den Schatten zu stellen.

Berücksichtigen wir ferner, dass die Protagonisten des Adenauer-Erhard Experiments in Dilemmas verstrickt waren, die den osteuropäischen auf den ersten Blick gespenstisch gleichen, und dass es ihnen gelungen ist, in kurzer Zeit aus diesem Dickicht herauszukommen, so kann uns nicht verwundern, dass der deutsche Weg nicht nur die DDR-Ökonomen anzieht. Strenge Stabilisierung des Finanzwesens, Überführung der staatlichen Kriegswirtschaft in marktgesteuerte Friedenswirtschaft, Reprivatisierung – daneben Entnazifizierung, Neuschaffung der parlamentarischen Demokratie und der föderativen Staatsstruktur und dazu noch eine nahezu zeitgleiche Konsolidierung der Wohlfahrtseinrichtungen. Letztendlich wurde im Nachkriegsdeutschland jede einzelne Transformationsaufgabe erfüllt, ohne dass zwischendurch zu extremen Lösungen gegriffen werden musste. Eine starke Regierung führte diesen Stabilisierungsprozess, ohne dabei zu autoritär-staatlichen Strukturen zurückzukehren; der Markt befreite sich aus seinen Fesseln, wurde jedoch sogleich von einem dichten sozialen Netz umwoben; zur Dominanz des Privateigentums gesellte sich eine entschlossene staatliche Lenkung...

Den nach optimistischen Prognosen dürstenden osteuropäischen Transformern der neunziger Jahre hat das deutsche Wunder also folgendes zu verkünden: *Es gibt einen staatlich gelenkten »Weg aus der Knechtschaft«*. Demokratische Ordnung, wirtschaftliche Prosperität und sozialer Wohlstand schließen einander nicht aus.

Paradoxerweise spricht selbst das Fehlen von günstigen äußeren Bedingungen, wie sie beim Wirtschaftswunder gegeben waren, für die Orientierung am deutschen Modell: »Marshall-Plan, Schuldenerlass, Gemeinsamer Markt, Nachkriegskonjunktur – ein Grund mehr, dass die westlichen Großmächte auch uns belohnen und in ihre Reihen aufnehmen«, sagen sich die osteuropä-

ischen Ökonomen, »befreien doch auch wir die Welt von einer Art Faschismus, nur nennt man ihn Stalinismus«. Und schon haben wir ihn wieder, den Teufel der Vergangenheit, hier in Gestalt einer bequemen Analogie, die einem das Nachdenken darüber erspart, ob die nazistische Kriegswirtschaft nicht in vieler Hinsicht weniger bzw. anders verstaatlicht war als ein durchschnittliches System sowjetischen Typs (Staatseigentum ist nicht dasselbe wie staatliche Reglementierung des Privateigentums); ob es nicht vielleicht fällt, nach maximal einem Jahrzehnt von faschistischem Kollektivismus zu deregulieren und zu reprivatisieren als nach mindestens vierzig Jahren Realsozialismus; ob die mehrere hundert Jahre alte deutsche Unternehmenskultur (und das breite Netz der kleinen und mittleren Unternehmen, die den Faschismus überlebt haben) am Erbe der Schattenwirtschaft sowjetischen Typs messbar ist; ob beide Wirtschaftskrisen überhaupt vergleichbar sind, wo doch im einen Fall der Krieg »lediglich« zur Zerstörung eines Teils des hochentwickelten physischen und menschlichen Kapitals führte, und nicht das Wirtschaftssystem selbst seine allgemeine Rückständigkeit über Jahrzehnte hinweg konservierte, ja vergrößerte.

Angesichts dieser Zweifel können wir mit Recht behaupten, dass das deutsche Beispiel vielleicht doch nicht eine solche Karriere gemacht hätte, gäbe es da nicht eine Korrespondenz zwischen seiner Botschaft und den von den Reformern hinterlassenen halbliberalen Anschauungen und konstruktivistischen Einstellungen. Für die Transformer beweist die Festigung der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland nichts anderes, als dass die Veränderung in Richtung Privateigentum und Demokratie auch unter starker sozial-korporativer staatlicher Assistenz möglich ist (entschlüssener formuliert: nur so möglich ist). Deshalb kann man sich mit einer eleganten Bewegung von der sozialistischen Marktwirtschaft in die soziale hinüberschwingen. Der Transformer könnte dies wie folgt formulieren: Das im Prinzip erstrebenswerte Ideal des freien Marktes, wie es der neoklassische Liberalismus vertritt, lässt sich – siehe Beispiel soziale Marktwirtschaft – nicht unmittelbar in die tägliche Praxis der Wiederherstellung des Kapitalismus umsetzen, vor allem nicht in der ersten Phase. Die Dilemmas des Übergangs werden nicht durch die abstrakten theoretischen Rezepte eines Hayek, Friedman oder Buchanan gelöst, noch dazu auf einen Schlag, sondern durch eine pragmatische staatliche Politik, die von einer »*experimentierenden Vernunft*« geleitet ist. Diese Politik bewegt sich auf der Basis von *trial and error* Schritt für Schritt vorwärts, mutig und umsichtig.¹⁸

Ihre Weisheit würde sich darin zeigen, dass der Staat in der Lage wäre, auch gegen das eigene Übergewicht Garantien zu schaffen und nicht aus der zu Beginn notwendigen »Sichtbaren Hand« wieder eine »Sichtbare Faust« werden zu lassen. Auf diese Weise würde ein immer perfekteres System entstehen, in dem die sozialen und marktwirtschaftlichen Elemente – durch Privatisierung,

Mitbestimmung etc. – jeweils modifiziert werden können. Das Große Experiment des Übergangs ist somit niemals abgeschlossen...

Der Forscher findet den Käfer in seltsamer Aufregung. Er stellt fest, dass tatsächlich neue Befehle dessen Nervenbahnen durchlaufen, der Körper gehorcht ihnen jedoch nur zaudernd. Fesseln ihn vielleicht unsichtbare Fäden? Die eine Seite seines Panzers ist aufgeweicht, die andere hat sich total verhärtet; mit der Verfeinerung seiner Fühler werden die Flügel schwerer, kaum werden die Beine kräftiger, schrumpfen die Fühler. Ein Gefühl des déjà vu erfasst unseren Forscher.

Eilends untersucht er die vom Kopf gesendeten Befehle. Sie sind ganz unterschiedlich – als stammten sie aus mehreren Zentralen. Da fällt ihm ein, dass ihm erst kürzlich sein radikaler Kollege zugeflüstert hatte, er habe den neuen Laborleiter dabei überrascht, wie er in älteren – seinerzeit als aufwieglerisch bewerteten – Aufzeichnungen von ihm herumstöberte. Die Verweise auf die angelsächsische Art der Kopftransplantation schien er nicht zu verstehen. Seine Umgebung wusste, dass er die (west)deutsche Fachliteratur vorzog. Dort suchte er nach »menschlicheren«, den hiesigen Kulturtraditionen würdigeren Verfahren für die geplante Operation.

Der Forscher schiebt ein stärkeres Objektiv ins Mikroskop. Erst jetzt erkennt er, dass der neue Kopf des Käfers – obwohl er gewisse Ähnlichkeiten mit dem eines schon im vergangenen Jahrhundert gezüchteten Insekts aufweist und auch ein wenig an Käfer erinnert, die vor einigen Jahrzehnten in Westeuropa heimisch geworden sind –, sich dem alten Körper angepasst hat.

In der ersten Erschütterung greift er zum Telephon. Aufgeregt ruft er seinen Prager Kollegen an, um dessen Rat einzuholen. Obwohl diesem zwanzig Jahre lang verboten worden war, die Schwelle seines Labors zu überschreiten, sitzt er heute im Direktorsessel. Gerade nimmt er die Kopftransplantation bei seinem Käfer vor. Dabei hat er schon aus dem Beispiel des gemeinsamen polnischen Freundes gelernt, der, ebenfalls zum Laborleiter avanciert, seinen Käfer erst etwas mästen und ihm mehr Bewegungsfreiheit verschaffen wollte, bevor er es mit dem Kopfaustausch versuchte. Der Prager Kollege – dessen Käfer nicht in so erbärmlichem Zustand ist wie der des Warschauers – bemüht sich, das Versuchstier zu gleicher Zeit zu stärken, die hemmenden Stränge zu durchschneiden und die Kopftransplantation durchzuführen. Am Telephon muss er jedoch eingestehen, dass auch sein Käfer keine großen Anstalten macht, sich zu bewegen.

Er ist jedoch ausgesprochen überrascht über die Budapester Neuigkeiten. Er weiß nicht, was sie zu bedeuten haben. Was ist mit den weltberühmten ungarischen Entomologen los? Vielleicht hat man in Jugoslawien schon positive Ergebnisse? Aber dort erwägt man die Transplantation ja vorerst nur in den Ljubljaner und Zagreber Labors. Oder die Berliner? Eilgespräch nach Berlin

zu den ostdeutschen Kollegen. Häufig haben sie bisher noch nicht miteinander telephoniert. Jetzt meldet sich eine monotone Stimme: »Hier ist die Berliner Außenstelle des Bundesinstituts für Entomologische Forschung. Zwecks Auskunft über den ostdeutschen Käfer wenden Sie sich bitte an das Zoologische Museum Alexander König in Bonn«.

Aus dem Ungarischen von Walter Demmler

Anmerkungen

- 1 Im nachfolgenden verwende ich die Ausdrücke »Übergang« und »Transformation« als Synonyme, um die Veränderungen der Wirtschaftssysteme sowjetischen Typs in Osteuropa (vor allem in der DDR, in Jugoslawien, Polen, der Tschechoslowakei und in Ungarn) zu beschreiben.
- 2 Die osteuropäischen Ökonomen, die über die Transformation nicht nur nachdenken, sondern auch aktiv an ihrer Planung teilnehmen, werden im folgenden in Analogie zu »Reformer« »Transformer« genannt (siehe das nächste Kapitel).
- 3 Diese Hypothesen wurden in den folgenden Aufsätzen ausführlich behandelt: J.M. Kovács: A reformalku sürüjében (Im Dickicht des Feilschens um die Reform), in: *Valosag* 1984/3; Reform Bargaining in Hungary, in: *Comparative Economic Studies* 1986/3; Reform Economics: The Classification Gap, in: *Daedalus* Winter 1990; From Reformation to Transformation: Limits to Liberalism in Hungarian Economic Thought, in: *Eastern European Politics and Societies (EEPS)*, 1990, forthcoming; Compassionate Doubts about Reform Economics (Science, Ideology, Politics), in: J.M. Kovács and M. Tardos (eds): *Reform and Transformation*, Routledge, 1991, forthcoming.
- 4 Die Grenzen dieser Begriffe habe ich in dieser Studie bewusst nicht eingengt, um möglichst viele logische Aufgaben-Kombinationen behandeln zu können. Wenn von Privatisierung die Rede ist, sind (mit Ausnahme der Selbstverwaltung) alle Aktionen der Entstaatlichung gemeint; der Terminus »Marktherausbildung« (*marketization*) wird als Synonym für Deregulierung verwendet, obwohl neben der Demontage der Marktbarrieren auch Maßnahmen zur Marktstimulierung inbegriffen sind; Stabilisierung heißen im folgenden alle Bestrebungen, das Gleichgewicht in der Außenwirtschaft und im Binnenmarkt, im Finanzwesen und auf dem Arbeitsmarkt, etc. wiederherzustellen; schließlich verstehe ich in diesem Aufsatz unter Demokratisierung Aufgaben, die von der Konstituierung des Rechtsstaates über die Entwicklung der *civil society* zur Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft reicht.
- 5 Natürlich können im Glücksfall auch beide Logiken ineinanderfließen: dann gilt es, ähnliche Dilemmas zu lösen, wie sie unter Fall eins aufgeführt wurden. Dabei gestaltet sich allerdings das »Wie« des Übergangs noch schwieriger, weil die Politik im Verlauf der Transformation einer *doppelten Rationalität* folgt: bei der Umwandlung des Parteistaates in einen Rechtsstaat werden die Voraussetzungen für Privatisierung und Marktherausbildung geschaffen; nach einer gewissen Zeit verschafft sich jedoch auch das pragmatische Ego der Politik Geltung, und selbst in den Stabilisierungsprozessen können realpolitische Bremsen in Kraft treten. Auf die Reibungen der politischen Aufgaben untereinander (z.B. kompetitive Demokratie und *civil society*, Parlamentarismus und Korporatismus) gehe ich hier nicht ein. (Siehe die Aufsätze von Arato, Przeworski und Smolar in diesem Band.)
- 6 Siehe z.B. V. Klaus and T. Jezek, *Social Criticism, False Liberalism and Recent Changes*

- in Czechoslovakia, in: *EEPS*, 1990 forthcoming; The Evolutionary Approach, *Financial Times* 13.12.1989; V. Klaus, Für eine Marktwirtschaft ohne Geschenke, *Neue Zürcher Zeitung*, 16.3.1990; J. Kornai, Indulatos röpirat a gazdasági átmenet ügyében, Budapest 1989 (The Road to a Free Economy, New York 1990); J. Sachs, What is to be done?, *Economist* 13.1.1990; I. Grosfeld, Privatization of State Enterprises, in: *EEPS*, 1990, forthcoming; J. Lewandowski & J. Swmburg, Keine Wirtschaftsreform ohne Privatisierung, *Neue Zürcher Zeitung*, 4.8.1989.
- 7 Die oben genannten Dilemmas erinnern in vieler Hinsicht an jene, mit denen sich einst die ReformökonomInnen abmühten. Damals versah ich diese Dilemmas mit der strengen Bezeichnung »*Reformparadoxa*«, und zwar deshalb, weil das Verbot des privaten Großigentums und des Mehrparteiensystems den gedanklichen Spielraum der Reformier so stark einengte, dass sich dem Ökonomen nicht einmal zweitbeste Lösungen boten. (Vgl. J.M. Kovács: Im Dickicht...; Reform Economics...)
 - 8 Oftmals lassen sich *kurz und & langfristige Wirkungen* freilich voneinander trennen, und man kann sich auf die Wichtigkeit der für die Zukunft zu erbringenden Opfer berufen (z.B. die schmerzhaften Folgen der Stabilisierung). Manchmal lassen sich die *opportunity costs* tatsächlich abschätzen, zumindest was die unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen der vorgeschlagenen Entscheidung betrifft, während wir uns im Falle der – nicht nur politischen – Nachfolgewirkungen meist nur auf unsere Intuition, bestenfalls auf Faustregeln verlassen können. Man kann zum Beispiel darüber Berechnungen anstellen, was ein Land mit der Umorientierung des Handels von Ost nach West gewinnt oder verliert. Schwer lässt sich jedoch voraussagen, wie weit die dieser Umstellung zum Opfer gefallenen Lobbies die Stabilität belasten bzw. die Gewinner der Aktion ihre Monopolstellung festigen werden, und wie dies alles das Gleichgewicht des Binnenmarktes, die Privatisierungsmöglichkeiten etc. beeinflussen wird.
 - 9 Diese Auffassung wird vielleicht am energischsten durch J. Sachs vertreten. (Über die ähnlichen Ansichten von Klaus und Kornai siehe J.M. Kovács: From Reformation...)
 - 10 Der Terminus »totalitaristisch« wird hier als Sammelbegriff für alle jene Darstellungen der Wirtschaft und Gesellschaft sowjetischen Typs in Osteuropa verwendet, die – manchmal unbewusst – auf den Wortschatz der Totalitarismus Theorien zurückgreifen, wenn sie die autoritäre, despotische, zentralistische Natur des Systems betonen (vgl. Jacques Rupnik, Totalitarianism Revisited, in: J. Keane (ed), *Civil Society and the State*, London 1988). Unter den Übergangsprogrammen bricht das Szenario von V. Klaus am entschiedensten mit dieser Tradition. Die Wiedergeburt der Begrifflichkeit des Totalitarismus ist vor allem für jene Ökonomen charakteristisch, die sich den nationalradikalen Bewegungen Osteuropas angeschlossen haben (vgl. z.B. das Grundprogramm des Ungarischen Demokratischen Forums, Oktober 1989, Budapest).
 - 11 Lassen wir hier einmal dahingestellt, ob das ursprüngliche Totalitarismus-Modell zu seiner Zeit die wahren Zusammenhänge der Systeme sowjetischen Typs überhaupt befriedigend erklärt hat. Und obwohl sich sein Gegenstand in den letzten Jahrzehnten erheblich verändert hat, ist dieses Modell heute immer noch die *einzig*e umfassende und logisch einigermaßen kohärente Darstellung des Realsozialismus in den Wirtschafts- und Politikwissenschaften. Es wird wohl sehr lange dauern, bis einmal die Mosaiksteinchen der nicht-totalitären Darstellungen (wir haben noch nicht einmal einen Namen dafür) zusammengefügt sind. (Vgl. G.T. Rittersporn: *Simplifications staliniennes et complications soviétiques*, Paris 1988.; M. Csanádi, *Beyond the Image*, in: *Social Research*, Summer 1990).
 - 12 Siehe E. Hankiss, *Kelet-Európai alternatívák*, Budapest 1989 (Eastern European Al-

- ternatives – Are There Any?, Oxford, 1990);]. Staniszki, Political Capitalism in Poland, in: *EEPS*, 1990, forthcoming; L. Bruszt, The Dilemmas of Economic Transition in Hungary, in: *Südosteuropa* 1989/12.
- 13 In Ungarn ist eine heftige Debatte über diese Fragen im Gange. Siehe z.B. T. Bauer, *Melyik a reális illúzió?* (Welche Illusion ist realistisch?), *Figyelő* 1989/50; A. Bródy, *Tünődés egy indulatos röpirat kapcsán* (Meditation über ein leidenschaftliches Pamphlet) in: *Valóság* 1990/3; I. Gabor, *A magánvállalkozás és a polgárosodás kilátásairól* (Über die Chancen des Privatunternehmertums und der Verbürgerlichung) in: *Valóság* 1990/6; K. Lányi, *Látomás és indulat a közgazdasági tanokban* (Vision und Emotion in der Wirtschaftslehre) in: *BUKSZ Sommer* 1990; I. Szelényi, *Alternative Futures for Eastern Europe: The Case of Hungary*, *EEPS*, Spring 1990; M. Tardos, *Property Rights in Hungary*, in: Kovacs und Tardos (Hg.), *Reform and Transformation*.
- 14 Es ist sehr interessant, wie sich diese zwei Auffassungen bei Kornai vermischen.
- 15 Vgl. *Rediscovery of Liberalism in Eastern Europe*, *EEPS*, 1990 forthcoming.
- 16 Siehe E. Hankiss über die »Grand Coalition« (Eastern European Alternatives...).
- 17 Siehe G. O'Donnell, P. Schmitter, L. Whitehead: *Transitions from Authoritarian Rule* (I-IV), Wilson Center 1986. Siehe auch den Aufsatz von Przeworski in diesem Band.
- 18 Vgl. *Rediscovery...*; D. Cassel (Hg.), *Wirtschaftspolitik im Systemvergleich*, München 1984; H. Hamel (Hg.), *Soziale Marktwirtschaft – Sozialistische Planwirtschaft*, München 1989.

Übergänge zur Marktwirtschaft

Jeffrey D. Sachs: Die Philosophie des Übergangs zur Marktwirtschaft heißt: Schnell und umfassend operieren, jeden Dritten Weg meiden. Die kommunistische Wirtschaft hat ihre Logik, die kapitalistische Wirtschaft hat ihre Logik; aber die Mischung von beiden hat keine Logik. Die Idee einer schrittweisen Reform läuft auf das gleiche hinaus, wie wenn man in England den Linksverkehr auf rechts umstellen würde, indem man mit den Lastwagen anfängt.

Natürlich konnte man die Privatisierung nicht gleich als erstes und auf einen Schlag durchführen. Zuerst musste ein Minimum an finanzieller Kontrolle wiederhergestellt werden. Aber wenn die Regierung jetzt nicht zügig mit der Privatisierung voranschreitet, wird auch alles andere zum Stillstand kommen. Welche Wege gibt es? Von Arbeitern geführte Wirtschaften sind so schlecht wie staatlich gelenkte. Jugoslawien belegt das am besten. Ein großes Problem in Polen besteht heute darin, dass die Arbeiterräte immer noch meinen, die Arbeiterselbstverwaltung sei eine legitime Alternative. Mit einem solchen Dritten Weg würde Polen von einer ideologischen Sackgasse in die andere springen – das wäre eine Tragödie. Man kann das Staatskapital ebenso wenig den Arbeitern überantworten wie der Nomenklatura; die Privatisierung der einzelnen Betriebe darf weder durch die Belegschaft noch durch das alte Management durchgeführt werden. Denn sie sind sicherlich die falsche Adresse: Ihre gegenwärtige Position erlaubt es ihnen, die Gewinne aus diesen

Unternehmen zu ziehen und damit die gesamte Wirtschaft zu destabilisieren. Die Privatisierung muss der Staat durchführen, weil er Besitzer des Kapitals ist.

Wie kommt man zu einer gut funktionierenden Marktwirtschaft? Mit einer schnellen Professionalisierung der Bürokratie können wir wohl nicht rechnen. Das einzige, was man jetzt tun kann, ist, der Bürokratie die Verantwortung zu entziehen, indem man sich so radikal wie möglich auf die Marktkräfte stützt. Eine radikal marktwirtschaftliche Politik ist weniger eine auf Adam Smith zurückgreifende Strategie als vielmehr eine pragmatische Antwort auf eine Situation, die von der Bürokratie beherrscht wird. Es ist unmöglich, dass die Preise weiter von Bürokraten festgelegt werden, also muss man zur freien, über den Markt laufenden Preisbildung übergehen. Aber auch dann haben wir es in den nächsten Monaten, vielleicht Jahren noch immer mit einer sozialistischen Wirtschaft zu tun. Und das hat einige Implikationen, die amerikanische Konservative empört fragen lassen: »warum friert ihr die Löhne ein? Das ist doch keine freie Marktwirtschaft!« Wissen Sie, warum die Löhne eingefroren werden müssen? Weil es keine Bremse für exzessive Lohnforderungen gibt: keine Kapitalisten, mit denen die Arbeiter verhandeln müssten.

Es gibt einen ganz wichtigen Punkt, in dem sich die meisten Länder in Osteuropa von anderen unterscheiden, die ebenfalls versuchen, ökonomische Reformen durchzuführen: Polen weiß, wohin es will. Es will zurück nach Eur-

opa, und das ist ein relativ klares Vorhaben. In Lateinamerika hingegen, wo ich einige Jahre gearbeitet habe, ist immer noch die Frage offen, welche Art Gesellschaft man haben will.

Gawriil Popow: Wir müssen uns mit dem Problem auseinandersetzen, wie man etwas denationalisiert, das nie Privateigentum war: ein Eigentum, das vom Staat geschaffen wurde. Und es soll an Eigentümer übergehen, die niemals Privateigentum besessen haben, wobei dies nicht nur für sie selbst gilt, sondern auch für die Generation davor. Es ist eine Sache, aus einer Kaserne, die einmal ein Wohnhaus war, wieder eines zu machen. Aber etwas ganz anderes ist es, wenn man aus einem von vornherein als Kaserne gebauten Gebäude ein Wohnhaus machen soll. Die überwältigende Mehrheit der werktätigen Bevölkerung will weder Privateigentümer werden noch Miteigentümer einer Kooperative. Das ist auch nicht verwunderlich in einem Land, in welchem alle zehn bis fünfzehn Jahre jeder, der einen Versuch gemacht hat, unabhängig zu werden, systematisch liquidiert wurde.

Tamás Bauer: Eines der Hindernisse in der Entwicklung des freien Wettbewerbs ist in allen osteuropäischen Ländern und auch in der Sowjetunion das Fehlen von Handel und Banken. Selbst wenn es genügend Anbieter gibt, so sitzen sie doch an verschiedenen Orten und in verschiedenen Marktbereichen; es fehlt bei uns an Strukturen, die die Anbieter mit ihren potentiellen Kunden zusammenbringen. Das hat seine Gründe. Der Handel war in Osteuropa immer etwas Verdächtiges, und unglücklicherweise sind auch die neuen politischen Kräfte und Parteien argwöhnisch gegenüber jedem, der etwas günstig einkauft, teurer verkauft und einen guten Profit macht.

Das scheint immer noch nicht legitim zu sein. Deshalb müssen wir bei uns zuallererst den Binnen- und den Außenhandel privatisieren.

Fast alles Kapital ist in unseren Ländern in den Händen von Leuten, von denen niemand gerne hätte, dass sie Eigentümer werden, nicht einmal von Aktien, denn entweder sind sie Spekulanten oder sie gehören zur alten Elite, d.h. können ihre soziale Position kapitalisieren. Ich glaube aber, dass die neuen Regierungen ihr Misstrauen gegenüber diesen Leuten überwinden müssen. Wenn es sich um einen friedlichen Übergang handeln soll, muss man eben akzeptieren, dass Mitglieder der alten Elite in die neue überwechseln.

George Soros: Wir sollten die Diskussion nicht auf die Privatisierung beschränken. Es geht nicht nur darum, die bestehenden staatlichen Unternehmen zu privatisieren, sondern auch darum, neue auf den Markt zu bringen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, die Schaffung neuer von der Privatisierung alter Unternehmen zu trennen. Um neue Unternehmen zu gründen, muss man die Produktionsmittel von der staatlichen Kontrolle befreien, und um das zu tun, muss man den staatlichen Betrieben Disziplin auferlegen. Daher ist die Reihenfolge der zu unternehmenden Schritte wahrscheinlich genau umgekehrt: Anfangen muss man mit der Disziplinierung der Staatsbetriebe, dadurch die Ressourcen freisetzen, dann neuen Unternehmen Starthilfe geben, was gleichzeitig dazu beiträgt, die Wirtschaft zu entmonopolisieren, und schließlich privatisieren.

Kurt Biedenkopf: Es ist wichtig, zwischen der Vermögensverteilung und dem mit dem Eigentumsrecht an Produktionsmitteln verbundenen Verfügungsrecht

zu unterscheiden. Eine weite Streuung der Eigentumstitel, sei es durch Verteilung an die Bevölkerung oder durch Verkauf, bedeutet eine Atomisierung der Verfügungsrechte. Diese Atomisierung erzeugt ein Vakuum, in dem sich eine neue Führungsschicht ansiedelt. Mit der Verteilung muss also das Problem gelöst werden, wie die Verfügungstitel aus dem Eigentum gehandhabt werden. Sonst erzeugt man eine Reformillusion, weil sich in Wirklichkeit nichts ändert. Diese Frage kann man organisatorisch auf verschiedene Weise lösen, aber sie muss unmittelbar mit der Privatisierung zusammen gelöst werden. Denn nur mit dem Hebel der Privatisierung haben wir die Möglichkeit, zumindestens die alten Führungsstrukturen zu verändern. Deshalb gibt es heute ein Interesse der alten Führungsstrukturen an einer möglichst schnellen Atomisierung des Eigentums.

Man kann nicht alles gleichzeitig machen. Wenn man das versucht, hat man die gesamte Bürokratie gegen sich. In der Bundesrepublik gilt der Satz, dass man wesentliche Reformen nicht gegen, sondern nur mit der Bürokratie machen kann. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das in der Sowjetunion, in Polen oder Ungarn anders ist. So muss man Prioritäten setzen und Einzelprobleme lösen. Das wichtigste Problem, das nach meiner Auffassung in der Sowjetunion gelöst werden muss, ist der Aufbau einer funktionsfähigen Logistik. Solange in einem Land fast die Hälfte der Ernte umkommt, weil es nicht möglich ist, sie vom Produzenten zum Konsumenten zu bringen, sind alle anderen Bemühungen um eine Marktwirtschaft sinnlos.

Lane Kirkland: Ich habe meine Zweifel, was makroökonomische Formeln betrifft, wie sie von den Experten des *Internationalen Währungs-Fonds* oder

hochrangigen Beratern beschworen werden, offensichtlich in der Annahme, dass irgendein Zauber diese Formeln ins Werk setzen und alle Probleme lösen wird. Ich glaube, dass beide, Gott und der Teufel, in der Mikroökonomie wohnen. Die Lösungen müssen letzten Endes in der Mikrowelt gefunden werden, da, wo die einfachen Leute leben.

Österreich, dessen Gast wir hier sind, hat eine Menge sehr guter Ökonomen hervorgebracht, aber ich glaube nicht, dass es ihre Theorien waren, die den Schlüssel zum Erfolg dieser Gesellschaft und Wirtschaft darstellen. Manche sagen, dieser Erfolg verdanke sich eher der Tatsache, dass Österreich seine besten Ökonomen exportiert hat. Wie dem auch sei, wenn es einen Schlüssel gibt, dann liegt er im Gesellschaftsvertrag zwischen den Sozialpartnern: Das Ergebnis ist eine funktionierende Gesellschaft mit sehr geringer Arbeitslosigkeit und anständigen sozialen Sicherheiten für alle. Das ist eine Lektion, die man annehmen sollte. Viele Probleme, die wir hier behandeln, sollten nicht in der dünnen Luft abstrakter ökonomischer und politischer Theorien diskutiert werden. Ein besserer Ansatz ist der Gesellschaftsvertrag, das Aushandeln von Opfern, wie sie allgemein erwartet werden, im Austausch gegen die Erfüllung persönlicher Bedürfnisse.

Jedenfalls glaube ich nicht, dass die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme in Ostmitteleuropa durch makroökonomische Formeln plus Verwandlung des Eigentums der ehemaligen Staatsbetriebe in weitgestreutes Aktienkapital gelöst werden können. Das erinnert mich an die letzten Worte eines alten amerikanischen Kämpfers, der sein ganzes Leben im Dschungel der freien Marktwirtschaft verbracht hatte. Er war eine Art Lagerfeuer-Philosoph

und Kneipen-Forscher des Alltagslebens. Auf dem Totenbett soll er gesagt haben: »Es gibt Leute, die behaupten, unsere Welt sei so beschaffen, dass alle Menschen in ihrem Leben ungefähr gleich gute Chancen bekommen. Ich

habe festgestellt, dass das wahr sein könnte. Beispielsweise habe ich beobachtet, dass jeder Mensch ungefähr dieselbe Menge Eis kriegt. Die Reichen bekommen es im Sommer und die Armen im Winter.«

Andrew Arato

REVOLUTION, CIVIL SOCIETY UND DEMOKRATIE

Kann die Sozialkritik im Westen aus den dramatischen Ereignissen in Osteuropa etwas lernen? Und gibt es etwas, das radikale Demokraten in Osteuropa von ihr lernen könnten?

Der Diskurs der *civil society*, der in den siebziger Jahren in Polen wiederentdeckt wurde, führte die kritische Intelligenz diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs auf eine Weise zusammen, wie es der westliche Marxismus in seiner Unfähigkeit, Gesellschaften sowjetischen Typs zu verstehen, nie vermocht hätte. Dieser Diskurs erlaubte es, die Kämpfe um eine radikale Reform des Staatssozialismus sowjetischen Typs zu thematisieren, die Überwindung autoritärer Systeme in Südamerika zu untersuchen und die neuen Bewegungen zu erfassen, die die »real existierenden Demokratien« des Westens demokratisieren wollen. Und es war eine glänzende Schar, die sich dieser Arbeit annahm; um nur einige Namen zu nennen: Kołakowski, Michnik, Kuroń, Havel, Vajda, Kis und Bence für Osteuropa, Cardoso, Weffort, O'Donnell, Stepan und Schmitter für den Süden und Lefort, Touraine, Habermas, Offe und Bobbio für den Westen.

Natürlich war es unter konservativen Blickwinkeln möglich, dem Projekt einer Rekonstruktion der *civil society* unter dem Prinzip der Selbstbeschränkung Heuchelei vorzuwerfen: was als selbstauferlegte Beschränkung deklariert wurde, solle vielmehr die eigene Schwäche kaschieren; das Interesse an Bürgerrechten, Versammlungsfreiheit, alternativen Öffentlichkeiten und sozialen Bewegungen solle nur das eigentliche Motiv, die Eroberung der staatlichen Macht, verdecken. Doch war es wohl eher so, dass angesichts der Existenz repräsentativer Demokratien im Westen, die in einem umfassenden gesellschaftlichen Konsens verankert sind, die Idee einer Demokratisierung der *civil society* (Schaffung neuer Strukturen öffentlicher Diskussion, politischer Einfluss im Kontext des Parlamentarismus usw.) einen höchst plausiblen Ersatz für die illusionären Revolutionsvorstellungen der Neuen Linken darstellte. Hier im Westen hat die an der *civil society* orientierte Perspektive nicht nur mit dem Etatismus, sondern auch mit der Aura der Revolution endgültig gebrochen.

Unter den Diktaturen musste die Entwicklung anders verlaufen. In Osteuropa und Südamerika ließ sich nicht ernsthaft bestreiten, dass allein eine parlamentarische Demokratie – also eine mit der Identität der bestehenden Regime unvereinbare Regierungsform – eine moderne *civil society* integrieren konnte, und tatsächlich wurde eine solche Demokratie als langfristiges Ziel

von denen angestrebt, die den Topos der *civil society* wiederentdeckt hatten.¹ Andererseits konnte man aus der Not der geopolitischen Bedingungen, die die Aufschiebung dieses Ziels erzwangen, eine Tugend machen. Die Wiederherstellung der *civil society* in ihren unterschiedlichen kulturellen und politischen Formen musste mit langfristigen Lernerfahrungen einhergehen, die nicht abgekürzt werden durften, wenn die parlamentarischen Regierungsformen der Zukunft anders sein sollten – pluralistischer, offener und stabiler – als die der Vergangenheit. (Im Westen dachten wir insgeheim: anders und demokratischer auch als die unsrigen.)

Die Ereignisse von 1989 in Osteuropa stellen alle diese Überlegungen zu einer *civil society* und einer sich selbst beschränkenden radikalen Demokratie in Frage. Zum einen ist die Gestalt der »Revolution« in mehreren Ländern wiederauferstanden. Zu einer solchen Revolution bedurfte es anscheinend nur einer raschen Mobilisierung außerhalb der Institutionen, des Sturzes der ins Wanken geratenen alten und der Errichtung einer neuen Regierungsform. Für einen Wiederaufbau der *civil society* fehlte die Zeit, er war als Basis der revolutionären Mobilisierung auch nicht unabdingbar, und die neuen Parteien und Regierungen hatten andere Sorgen als einen solchen Wiederaufbau in die Wege zu leiten. Zum anderen und in der Konsequenz waren die Übergänge von 1989 von zwei Projekten gekennzeichnet: der Errichtung von elitärpluralistischen Mehrparteiensystemen und von liberalen Marktwirtschaften. Ersteres läuft letztlich auf eine Demobilisierung der *civil society* hinaus, entweder unmittelbar oder mittelbar durch die Reduzierung ihres Einflusses, während Letzteres die *civil society* – ganz auf derselben Linie – auf eine *economic society* reduziert.

Angesichts dessen ändern sich Kontext und Teilnehmer eines möglichen gemeinsamen Diskurses entscheidend. Lernprozesse können nur noch einseitig ablaufen; die neuen intellektuellen und politischen Eliten des Ostens sind bereits aufgefordert, einschlägige Erfolgsstrategien von den etablierten politischen und wirtschaftlichen Einrichtungen und Akteuren des Westens zu lernen, die selbst nie daran gedacht haben und auch jetzt nicht daran denken, sie könnten jemals etwas von ihren unterdrückten und verarmten Nachbarn lernen.²

Genauer gesagt, für die Liberalen unter den Mitstreitern der ehemaligen demokratischen Opposition in Osteuropa ist heute die europäische Vergangenheit und für die Sozialdemokraten unter ihnen die europäische Gegenwart das Vorbild. Und was hätten jene, die dieser Vergangenheit wie der Gegenwart, dem Wirtschaftsliberalismus wie dem Sozialstaat gleichermaßen kritisch gegenüberstehen, ihnen dort an brauchbaren Perspektiven zu bieten, nachdem alle zukunftsorientierten Experimente nur noch Überdruß erzeugen? Wenn dem wirklich so ist, dann könnten wir von ihnen nichts anderes lernen, als das zu schätzen, was wir bereits haben³ oder uns das zu

wünschen, was hinter uns liegt, oder bestenfalls das zu erstreben, was die Schweden haben – Übungen, die für manche von uns nach wie vor wenig attraktiv sind.

Aber gilt die zunehmend allergische Reaktion in Osteuropa auf westliche Formen einer radikalen Kritik tatsächlich auch jener Version einer radikalen Demokratie, die ihre Inspiration hauptsächlich aus der Wiederentdeckung der *civil society* bezogen hat? Zumindest bis jetzt war dies nicht der Fall. Unter diesen Umständen bestehen gute Chancen, den produktiven Dialog fortzusetzen, der etwa 1976 einsetzte, als anlässlich des Eingedenkens der ungarischen und polnischen Aufstände von 1956 Adam Michnik nach Paris kam.⁴ Miteinander zu arbeiten und miteinander zu sprechen setzt jedoch voraus, dass wir im Westen ein ausreichendes Verständnis für den Wunsch des Ostens aufbringen, das »Zweitbeste«, nämlich unser bestehendes Gesellschaftsmodell zu wählen. Es setzt außerdem voraus, dass unsere Freunde im Osten nicht vergessen oder sich daran erinnern, dass die zweitbeste Gesellschaft notwendig radikaler Kritik bedarf.

Es ist meine normativ motivierte Hypothese, dass die Theorie der *civil society* nicht nur dazu beitragen kann, zumindest einige Typen von Übergangsprozessen, wie wir sie in Osteuropa beobachten können, zu beschreiben, sondern zugleich eine Perspektive ermöglicht, unter der eine *immanente Kritik* dieser Prozesse unternommen werden kann und sollte.⁵ Das Ziel einer solchen Kritik besteht darin, die Alternativen sichtbar zu machen, die sich bei der Errichtung und Entwicklung neuer, demokratischer und liberaler Institutionen eröffnen. Insbesondere möchte ich gegenüberstellen erstens die Option einer radikalen Selbstbeschränkung (oder »sich selbst beschränkenden Revolution«) im Gegensatz zu einer (radikalen) Revolution⁶ und zweitens die Demokratisierung der *civil society* im Unterschied zu einer elitären Demokratie (wobei die letztere unter den gegenwärtigen Umständen eng mit einem ökonomischen Liberalismus verknüpft ist).

Sich selbstbeschränkende Revolution und radikale Revolution

Wie man sich vielleicht erinnern wird, enthielten die ursprünglichen, sinnreichen Konstruktionen des »neuen Evolutionismus« und der »Sich selbst beschränkenden Revolution« sowohl normative Prinzipien als auch strategische Überlegungen. Ich brauche hier nicht im einzelnen auf die geopolitisch-militärischen Zwänge und die negativen Lernerfahrungen einzugehen, die sich an die Jahreszahlen 1956 und 1968 knüpfen und Michnik und Kuroń zu der Einschätzung brachten, dass eine radikale Umgestaltung der Gesellschaften Ostmitteleuropas nur innerhalb eng gezogener Grenzen möglich sei. Über diese Zwänge hinaus hatten die demokratischen Oppositionen in Osteuropa gute Gründe, die *via revolutionaria* nicht zu beschreiten.⁷ Es stand außer Fra-

ge, dass alle großen Revolutionen, von der Französischen über die Russische bis zur Chinesischen, nicht nur die sozialen Kräfte demobilisierten, auf denen sie ursprünglich beruhten, sondern auch diktatorische Zustände einführten, um das erneute Auftreten solcher Kräfte auf lange Zeit hinaus von vornherein zu verhindern. Das Projekt der »sich selbst beschränkenden Revolution« verfolgte natürlich das entgegengesetzte Ziel: den an der Basis beginnenden Aufbau und die langfristige Verteidigung einer hochgradig differenzierten, organisierten, autonomen und mobilisierbaren *civil society*. Dieses Projekt setzte zwangsläufig den Verzicht auf die Utopie der Revolution im Sinne eines Traums von dem einzigen Modell einer guten Gesellschaft voraus, das vollständig mit der Gegenwart bricht.

Obwohl der Begriff der Selbstbeschränkung nie wirklich in seiner ganzen Spannweite entfaltet wurde, können wir aus der Rückschau seinen Kern auf eine Weise rekonstruieren, die über die ursprünglichen Formulierungen hinausgeht, ohne hoffentlich deren Intentionen zu verletzen. Die Verknüpfung des Emanzipationsbegriffs mit dem der Selbstbeschränkung entsprang dem Bedürfnis, einerseits zu vermeiden, dass die Dynamik der gesellschaftlichen Bewegung in eine neue Form monolithischer Staatsmacht überführt wird und andererseits darauf zu verzichten, Bürokratie und ökonomische Rationalität ersatzlos abzuschaffen. Bewegungen, die in der *civil society* verankert sind, haben die Lektion de Tocquevilles gelernt, dass derartige fundamentalistische Projekte zum Zusammenbruch der gesellschaftlichen Steuerung, der Produktivität und der Integration führen, die anschließend allesamt durch die neuen alten Ordnungskräfte mit extrem autoritären Mitteln wiederhergestellt werden. Es ist dieses Ergebnis, das zum Kollaps der Formen von Selbstorganisation führt, die in vielen Fällen die Hauptträger des revolutionären Prozesses waren: revolutionäre Gesellschaften, Vereine, Klubs, Räte, Bewegungen. Diese Formen einer werdenden *civil society* sind ihrerseits machtlos gegen die Form der revolutionären Staatsmacht, mit der sie sich vorbehaltlos identifizieren. Paradoxerweise erlaubt dann die Selbstbeschränkung der Akteure einer sich selbst organisierenden Gesellschaft die Beibehaltung ihrer sozialen Rolle und ihres Einflusses über den Augenblick der Etablierung einer neuen Form der Macht hinaus.

Seit 1988 und besonders offensichtlich seit dem Wahltriumph von *Solidarność* 1989 sind die Gründe für eine geopolitische Selbstbeschränkung mehr oder weniger hinfällig geworden. Die demokratische Opposition, zunächst in Polen und dann in Ungarn, rannte weiterhin gegen diese Grenzen an, erweiterte sie, bis sie plötzlich unter dem Einfluss der Perestrojka der sowjetischen Außenpolitik kaum noch zu erkennen waren. Bis zu diesem Zeitpunkt war von Revolution kaum die Rede; danach, insbesondere im Kontext der im Spätjahr 1989 einsetzenden Übergänge, begegnete man dem Begriff überall. Gewiss werden, mit Ausnahme von Rumänien, die Adjektive »fried-

lich«, »sanft« oder »samten« hinzugefügt; man spricht von »ausgehandelten«, »legalen« und sogar »konstitutionellen« Revolutionen, die »ohne Bürgerkrieg« erfolgten. Mit alledem soll zum Ausdruck gebracht werden, dass in den fünf relevanten Ländern sowie in einigen Republiken der Sowjetunion und Jugoslawiens gewaltlos dasselbe erreicht wurde, was sonst nur Revolutionen unter Einsatz von Gewalt zustande bringen. Doch wie kann dies vor sich gehen?

Die unausgesprochene Unterstellung, dass wir es mit Revolutionen zu tun haben, die sich nahtlos in die bisherige Geschichte der Revolutionen einreihen, ist ziemlich irreführend. Die Frage, ob wir es bei vergangenen oder gegenwärtigen Ereignissen mit einer Revolution zu tun haben, lässt sich am besten unter drei verschiedenen Aspekten beantworten, die ich hier abgekürzt als die strukturelle, die phänomenologische und die hermeneutische Perspektive bezeichnen möchte.⁸ Aus ihnen ergibt sich jeweils eine besondere Fragestellung: 1) Kann man mit Recht von einer Transformation der fundamentalen Strukturen der betreffenden Gesellschaft sprechen? 2) Nehmen die unmittelbar Beteiligten ihr Denken und Handeln als revolutionäres wahr und machen sie es als solches zum Thema? 3) Können sie diesen Wahrnehmungen einen Sinn verleihen, indem sie sie mit der revolutionären Tradition in einen Zusammenhang bringen? Oder erfordert das Selbstverständnis der Beteiligten, sich fortwährend von dieser Tradition abzugrenzen?

Die erste Frage ist im Hinblick auf Polen, Ungarn, die Tschechoslowakei und auf nochmals besondere Weise – Ostdeutschland offensichtlich mit ja zu beantworten. Die übernommenen institutionellen Muster dieser Regierungen, die ich durch den Primat einer privilegierten Macht in Verbindung mit paternalistischer Mangelwirtschaft, bürokratischem Tauziehen und Klientelwesen und einer kulturellen Heteronomie definieren möchte, sind bereits in einer Weise erschüttert, die jede Möglichkeit einer Wiederherstellung ausschließt. Ebenso wichtig ist die Tatsache, dass die neuen institutionellen Muster – parlamentarisches, rechtsstaatliches Mehrparteiensystem, Pluralismus von Interessengruppen, Marktwirtschaft und emanzipierte Öffentlichkeit – in Ansätzen bereits geschaffen worden sind. So nennt der ungarische Bund Freier Demokraten, dem wir eine der klarsten Aussagen über die angestrebten Veränderungen verdanken, sein Programm völlig zu Recht einen »Systemwandel«.⁹ In diesem Kontext können wir nicht mehr von Reform, nicht einmal mehr von radikaler Reform sprechen, weil dies bedeuten würde, dass dieses oder jenes institutionelle Muster geändert wird, um andere, für wichtiger gehaltene Institutionen unangetastet zu lassen.¹⁰ Außerdem zeigen uns gerade die Beispiele Polen und Ungarn, dass radikale Reformprogramme in Gesellschaften sowjetischen Typs zum Scheitern verurteilt sind (vor allem in der Sowjetunion selbst); mit derartigen Programmen lässt sich bestenfalls wertvolle Zeit gewinnen. Daneben ist für die postreformistischen Länder der

Begriff einer »politischen« Revolution offenbar ebenso unzutreffend angesichts der Veränderungen des sozialen und wirtschaftlichen Systems, die bereits im Gange sind. Und kann man schließlich von einer »sozialen« oder überhaupt irgendeiner »Revolution« sprechen, ohne den Begriff auf eine lockere Metapher zu reduzieren, wenn die Systemveränderungen bereits vor mindestens fünfzehn (Polen) oder zwanzig Jahren (Ungarn) eingesetzt haben und vielleicht noch weitere zehn Jahre in Anspruch nehmen werden?

In kritischer Wendung gegen Tocquevilles Modell einer institutionellen Kontinuität bei der Herausbildung des neuen Staates und gegen den Marxschen Begriff einer *bürgerlichen* Revolution erinnert uns Furet in den schon genannten Untersuchungen daran, dass der Standpunkt des analytischen Beobachters sowohl Wandel als auch Kontinuität sichtbar werden lässt, ohne dass es ihm selbst möglich wäre, jenen zeitlichen Bruch in einem Veränderungsprozess auszumachen, den wir als revolutionär bezeichnen könnten. Das kann er nur feststellen, wenn er die Teilnehmer der Ereignisse selbst befragt. Und obwohl ich keinen solchen Versuch in systematischer Weise unternommen habe, bin ich überzeugt, dass es im Osteuropa der Gegenwart drei Formen des Selbstverständnisses gibt, die wir unterscheiden sollten. In den Ländern, in denen der Übergangsprozess am längsten anhält und wo die *civil society* eine Rolle gespielt hat, ohne dass man damit von vornherein die Hoffnung auf eine radikale Systemveränderung verknüpfte, – in Polen, Ungarn und der Sowjetunion –, wird der Begriff Revolution nach wie vor nur selten gebraucht. Gewiss wird er von den Intellektuellen in Ungarn vor allem unter dem Eindruck der Ereignisse von 1989 zunehmend gebraucht, aber zumeist mit einschränkenden Zusätzen wie »legal« oder »verfassungsmäßig«, worin ernsthafte Vorbehalte gegen den Begriff selbst zum Ausdruck kommen. Vor allem in Polen und gelegentlich auch in Ungarn finden sich außerdem Kritiker der auf dem Verhandlungsweg zustande gekommenen Übergänge, die gerade deren fehlenden revolutionären Charakter angreifen. In der Sowjetunion ist der Begriff der »Gorbatschow-Revolution« eine lockere Metapher oder steht sogar für die gebräuchliche und im vorliegenden Kontext irreführende russische Formel der »Revolution von oben«, die nur allzu leicht zur Rechtfertigung einer zum Scheitern verurteilten »Reformdiktatur« gerät. Bekanntlich führte die Forderung Afanassjews nach einer »zweiten Februarrevolution« lediglich zu einer gewissen Mobilisierung vor den Wahlen.

In der Tschechoslowakei und Ostdeutschland ist dagegen nicht nur bei Intellektuellen viel von »Revolution« die Rede. Zweifellos werden auch hier immer wieder qualifizierende Adjektive wie »friedlich« oder »sanft« verwendet, die jedoch nicht zu inneren Widersprüchen wie im Fall der »legalen« oder »verfassungsmäßigen« Revolution führen. In Rumänien schließlich wird der Begriff aus naheliegenden Gründen ohne jede Einschränkung gebraucht, ab-

gesehen von der in jüngster Zeit aufgekommenen Rede von der »gestohlenen Revolution«, die jedoch eigentlich keine Einschränkung darstellt, sondern zum Standardrepertoire des revolutionären Diskurses gehört.

Die enorm beschleunigten Veränderungen von 1989, wie sie sich in den osteuropäischen Ländern abgespielt haben, repräsentieren in komprimierter Form am besten, was sich in anderen Ländern über eine längere Zeitspanne hinweg, in der es ebenso Niederlagen wie Siege zu verzeichnen gab, schon einmal ereignet hat. Doch auch die Akteure selbst konnten sich täuschen.¹¹ Das lässt sich etwa daran ablesen, dass die Opposition in Polen und Ungarn 1989 mehr Elemente einer Systemveränderung durchsetzen konnte als in der Tschechoslowakei oder Ostdeutschland. Gerade das rumänische Beispiel zeigt offenbar, dass es in einer Gesellschaft sowjetischen Typs umso schwieriger ist, Systemveränderungen zu bewerkstelligen, je näher der Übergang dem klassischen Revolutionsmodell kommt. Die tschechoslowakischen und ostdeutschen Akteure haben dies anscheinend erkannt; die Eigenschaftswörter »friedlich« und »sanft« bezeichnen »mehr« statt »weniger«. Und noch deutlicher lassen sie Vorbehalte gegenüber der revolutionären Tradition erkennen.¹²

In Osteuropa kann man mit gutem Grund von zwei revolutionären Traditionen sprechen, bei denen es zum einen um nationale Unabhängigkeit und zum anderen um eine soziale Revolution nach dem Vorbild der Französischen und der Russischen Revolution ging.¹³ Die erstere wird fast universell positiv bewertet, die zweite nur innerhalb des Diskurses der Linken. Wie jedoch das Beispiel von 1956 zeigt, lassen sich die beiden Stränge nicht immer leicht voneinander trennen. In diesem Fall verband sich der Kampf gegen die sowjetische Besetzung mit Elementen eines inneren Bürgerkriegs. Versuche zur Wiederherstellung des parlamentarischen Systems von 1945-1948 waren wie bei vielen der großen Sozialrevolutionen an basisdemokratische Projekte wie die Vergesellschaftung von industriellen Produktionsmitteln geknüpft.

Aus einer ganzen Reihe von Gründen sind allerdings die »Revolutionen« von 1989 nicht mit der ungarischen von 1956 vergleichbar. Sie richten sich erstens und vor allem nicht gegen eine fremde Besatzungsmacht; im Unterschied zu 1956 kam es kaum zu antisowjetischen Kundgebungen und Forderungen. Noch bedeutsamer ist jedoch der Umstand, dass diese Revolutionen sich nicht in die sozialrevolutionäre Tradition einfügen und dass sich die Akteure dessen auch bewusst sind. In einer Analyse der Veränderungsprozesse in der DDR vor der Forderung nach Wiedervereinigung gelangt der Verfassungsrechtler Ulrich Preuss zu der Feststellung, dass hier zwei grundlegende und miteinander zusammenhängende Komponenten einer Sozialrevolution fehlen: der radikale Bruch, der mit der Ersetzung einer souveränen Macht durch eine andere einhergeht, und die Eliminierung eines Feindes durch die Anwendung von Mitteln, die im Extremfall einen Bürgerkrieg zur Folge haben.¹⁴

Während die Demokratiebewegung eine sehr klare Vorstellung von ihrem Feind hatte, der sie auch ihre Geschlossenheit verdankte, wurde dieser Feind, die frühere Staatspartei, bezeichnenderweise weder radikal enteignet noch als Organisation ausgeschaltet. Die Verwandlung des *Feindes* zu einem *Gegner* wurde in jeder Hinsicht erleichtert. Tatsächlich stellte sich lediglich in Rumänien und für kurze Zeit in der Tschechoslowakei die Frage nach einem gesetzlichen Verbot der Kommunistischen Partei. Und während das Vermögen dieser Parteien bis zu einem bestimmten Grad umverteilt wird, erfolgt dies überall aufgrund bereits bestehender Rechtstitel, die den Staat (Ungarn) begünstigen oder andere Organisationen (DDR). Zum Zeichen einer Verfassungskontinuität werden außerdem in einigen Fällen Strafverfahren gegen Mitglieder der alten Regierung im Rahmen der vorhandenen Rechtsordnung durchgeführt. Und was vielleicht am meisten ins Gewicht fällt, den bestehenden Strukturen des öffentlichen Rechts, insbesondere den Parlamenten, wird die Möglichkeit eingeräumt, wesentlich an der Erarbeitung neuer konstitutioneller Formen mitzuwirken, obwohl sie natürlich zum Teil neuen gesetzlichen Instanzen – in der Hauptsache den Entscheidungen des »Runden Tisches«- unterworfen sind.

Alle diese von Preuss angeführten Beispiele machen deutlich, dass wir keineswegs die Epoche der »sich selbst beschränkenden Revolutionen« hinter uns gelassen haben, die in einer *civil society* verankert sind. Diese *civil society* gebraucht ihre eigenen Mittel gegen die früheren Inhaber der souveränen Staatsgewalt, insbesondere eine öffentliche Diskussion und bestehende Rechtsinstitutionen, statt sich der zwangsläufig gewaltsamen und außergesetzlichen Instrumente einer neuen Staatssouveränität zu bedienen, die die gesellschaftliche Autonomie selbst gefährden würden.¹⁵ Diese Analyse wird durch einen Blick auf die Vorgehensweisen und Diskussionen in den übrigen Ländern noch erhärtet. Ich denke etwa an die Diskussion über die Enteignung der Vereinigten Arbeiterpartei in Polen und an das Argument, das aus dem Mund von Mitgliedern dieser Partei heuchlerisch, aus dem eines konservativen Revolutionärs wie Aleksander Hall jedoch nobel klingt – die Enteignungen von 1945 sollten heute nicht unter anderem Vorzeichen wiederholt werden. Auch in Ungarn formuliert G. M. Tamás eine fast schon gängige Meinung, wenn er vor einer sozialrevolutionären Enteignung warnt.¹⁶ In Ungarn werden heute die berüchtigten B-Listen, wie sie nach 1948 aufgestellt wurden, öffentlich fast einmütig abgelehnt, die einmal mehr eine vollständige Entfernung von Amtsträgern aus politischen Gründen zur Folge hätten. Dagegen sind die meisten sich darin einig, dass an die Stelle des alten Selektionsverfahrens nach politischer Zuverlässigkeit das Leistungsprinzip und kein neues politisches Ausleseverfahren treten muss.

Wenn man also überhaupt von einer Revolution in Osteuropa sprechen will, dann eher von einer »konservativen«, im Sinne von Hannah Arendts

Analyse der amerikanischen Revolution, wo eine organisierte Gesellschaft (die Abgeordneten Häuser der Einzelstaaten) den *pouvoir constituant* repräsentierte und nicht atomisierte Individuen in einem rechtlichen Naturzustand wie in der Sicht des Abbé Sieyès, der damit die postrevolutionäre verfassungsrechtliche Entwicklung in Frankreich vorweggenommen hatte. Auf der anderen Seite erfasst der Begriff einer »konservativen Revolution« nicht alles, um was es heute eigentlich geht. Arendt selbst ist es nie gelungen, den letztlich aus der amerikanischen Geschichte abgeleiteten Begriff einer konservativen Revolution mit einer Gestalt zu verbinden, die der Tradition radikaler Revolutionen, nämlich der direkten Demokratie, entspringt.¹⁷ Deshalb konnte sie ihr größtes Problem nicht einmal theoretisch lösen die Frage, wie sich im *pouvoir constitue* etwas vom *pouvoir constituant* bewahren, wie sich etwas vom Geist der revolutionären öffentlichen Freiheit in geltende Verfassungen hinüberretten lässt. Sie konnte es unter anderem deshalb nicht, weil sie eine revolutionäre Antwort auf diese Frage suchte.

Das Problem ist umso gravierender dort, wo die verfassunggebende Macht sich nicht aus legitimen Parlamenten zusammensetzt, sondern aus illegitimen kommunistischen Parlamenten und ausschließlich selbsternannten »Runden Tischen«. Nicht nur die einer allgemeinen Freiheit förderliche demokratische Struktur, sondern auch die Legitimität zukünftiger Verfassungen steht damit auf dem Spiel. In Ungarn nahm man sich in der Petitionskampagne und im Volksbegehren über den Zeitpunkt und das Verfahren der Präsidentenwahl des letzteren Problems glücklich und erfolgreich an und revidierte eine Vereinbarung, die für Außenstehende verdächtig nach einer Kungelei zwischen alten und neuen Eliten aussah. Soll der Geist der demokratischen Bewegung bewahrt werden, so muss auf der Ebene der Verfassung und der politischen Kultur den aus der *civil society* selbst stammenden Initiativen (Petitionen, Bürgerinitiativen, von der Basis organisierte Volksbegehren) auch im Hinblick auf Änderungen der Verfassung eine aktive Rolle eingeräumt werden. Hierzu gehören etwa ein emphatischer Begriff von konstitutionellen Rechten, die explizit einen Spielraum für Lernprozesse durch zivilen Ungehorsam schaffen¹⁸, und ein Verfahren zur Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten an der Formulierung, Änderung und Bestätigung von Gesetzes oder Verfassungsvorlagen, durch welches das Recht einer organisierten Gesellschaft anerkannt und institutionalisiert würde, sich an der Festlegung ihrer eigenen fundamentalen Spielregeln zu beteiligen.

In Osteuropa hat die Politik der radikalen Selbstbeschränkung bisher erfolgreich die Gefahren bannen können, denen eine sich entwickelnde *civil society* ausgesetzt ist. Aber nur im Kontext von Verfassungen, die Elemente einer radikalen Demokratie enthalten, kann die *civil society* weiterhin ein Moment des in Gang gekommenen politischen Prozesses bleiben. In einem solchen Fall würde die sich selbst beschränkende Revolution sich vom radi-

kalen Revolutionsmodell auch insofern unterscheiden, als sie ihrem Geiste nach jenseits der Institutionalisierung einer neuen Souveränität agiert. Heute müsste dies die Selbstbeschränkung der politischen und der zivilen Handlungsträger bedeuten, mit anderen Worten die Standhaftigkeit gegenüber der Versuchung, die für die Auflösung der alten Regimes in Polen und zum Teil auch in Ungarn (und hoffentlich noch in der Sowjetunion) so wichtigen Elemente der *civil society* lediglich als Sprungbrett zu einer neuen elitären Demokratie zu benutzen.

Civil society, elitäre Demokratie und Liberalismus

Analytiker von A. Stepan bis J. Kis bestehen zu Recht darauf, dass eine auf der *civil society* beruhende Übergangsstrategie nicht verabsolutiert werden darf und dass der Übergang zur Demokratie ebenso die Aktivität einer politischen Gesellschaft mit ihren konkurrierenden, strategisch ausgerichteten Parteiorganisationen zur Voraussetzung hat.¹⁹ Sind die pathologischen Folgen einer rein auf die *civil society* fixierten Strategie, wie wir sie aus der jüngsten polnischen Geschichte kennen, die übermäßige Vereinheitlichung der Gesellschaft und eine Form der politischen Polarisierung ohne die Möglichkeit ihrer Überwindung? Im Kontext eines demokratischen Übergangs verhindern die Konsequenzen dieser Strategie das Aufkommen eines wirklich auf politischem Wettbewerb beruhenden Parteienpluralismus. Während die Einheitlichkeit der Gesellschaft einerseits zur Legitimität von Regierungen beiträgt, die sich bemühen, einen schwierigen Übergang auszuhandeln, steht sie andererseits der Herausbildung demokratischer Institutionen entgegen.

Es sollte jedoch nicht verschwiegen werden, dass auch die Wendung zur politischen Gesellschaft ihre Pathologie produzieren kann, nämlich in Gestalt einer Elitedemokratie in ihrer klassischen, von Schumpeter beschriebenen oder in modifizierter, pluralistischer Form. In Osteuropa streben diejenigen, die als erste diese Wendung einleiten, nämlich die erfahrensten und berechnendsten Mitglieder der kommunistischen Führung, die Wiederherstellung der politischen Gesellschaft wegen eben dieser Pathologie an. Sie erlaubt die Demobilisierung einer *civil society*, die sich zunehmend gegen sie richtet und zu der sie nie gehören würden. Obwohl sie neuerdings Bekenntnisse zu *civil society* ablegen, ziehen sie das Klima einer politischen Gesellschaft vor, in der sich ihr Verhandlungsgeschick auszahlt und in der sie hoffen können, sich und ihre Organisationen zu kompetitiven Parteien zu machen, die sich im besten Fall an der Regierung beteiligen und schlimmstenfalls eine Nische in der Rolle der Opposition sichern können. Diese Strategie besteht darin, die Akzeptanz für die Legalisierung von Parteien zu sichern, Verhandlungen am »Runden Tisch« und freie Wahlen zu

inszenieren, dies alles allerdings nicht unter dem Druck einer organisierten *civil society*, sondern in der Absicht, einer solchen Selbstorganisation der Bürger zuvorzukommen.

Einige Analytiker von lateinamerikanischen Übergängen stellen die halb rhetorische Frage, warum herrschende Eliten Wahlen zustimmen, bei denen sie voraussichtlich gestürzt werden. Die am häufigsten gegebene Antwort lautet, dass diese Eliten darauf hoffen, die Politik »von der Schwärmerei der *civil society*« wegbringen und vielleicht sogar die Wahlen gewinnen zu können, indem sie die Parteien der Opposition gegeneinander ausspielen und dafür von den Wählern belohnt werden.²⁰ Wenn Wahlen nur allmählich freigegeben werden wie in Brasilien, dann knüpft sich daran die Erwartung, das Tempo der Veränderung zu drosseln und dennoch eine Legitimität des Verfahrens zu erreichen.²¹ Auch wenn sich die Hoffnungen auf einen Sieg und eine Legitimität im allgemeinen nicht erfüllen, so doch die auf eine Demobilisierung und gegebenenfalls auf eine Verlangsamung des Änderungsprozesses. Der Schritt zu Wählerparteien mit ihrer diffuseren und abstrakteren Form politischer Identifikation sowie einem relativ niedrigen Grad unmittelbarer politischer Beteiligung bewirkt tendenziell eine Abwertung und Marginalisierung von Bewegungen und Gruppierungen mit spezifischen, prägnanten und eine stärkere Beteiligung ermöglichenden Organisationsformen. Je nach dem geltenden Wahlrecht reduzieren die Wahlen in modernen Gesellschaften langfristig die Anzahl der politischen Parteien, die in der Lage sind, sich effektiv an Wahlen zu beteiligen. Andererseits werden die potentiell erfolgreichen Parteien vor allem in Zeiten schwieriger Übergänge alles unternehmen, um Bewegungen der *civil society* zurückzudrängen, die den Ausgang oder überhaupt die Abhaltung von Wahlen gefährden könnten. Demnach gilt nicht nur für die Prozesse, die zu uneingeschränkten Wahlkämpfen führen und dadurch den Diktaturen ein Ende machen, sondern auch für die Wahlen selbst, dass sie implizit Verhandlungen zwischen den Regierungen und oppositionellen Parteien darstellen, die ihnen den Spielraum und die Atempause verschaffen, »ihre jeweiligen Rollen neu zu definieren«.

Während eine angeschlagene Legitimität und eingeschränkte Wahlen tatsächlich zu einer Mobilisierung der Gesellschaft und zu Lernprozessen außerhalb der etablierten Institutionen führen können, verringert die liberaldemokratische Legitimität eines offenen Wahlkampfes die Chancen für solche Prozesse. Und dort, wo eine *civil society* unterentwickelt ist und in der Passivität verharret oder Einschränkungen ausgesetzt ist, können Wahlen dazu führen, dass normalerweise unbeteiligte Bevölkerungsschichten in die organisierte Politik hineingezogen werden, während in einer bereits mobilisierten oder sich allmählich mobilisierenden *civil society* der gegenteilige Fall eintreten kann, dass nämlich die Parteien »nicht nur oder nicht so sehr Träger der Mobilisierung sind, sondern sich als Instrumente einer sozialen und politischen Kontrolle erweisen«.²²

Die Entwicklungen in Ungarn während der letzten Jahre bestätigen diese Einschätzung für Osteuropa. Auch hier begann die *civil society*, sich allmählich selbst zu organisieren, wenn auch wesentlich langsamer als in Polen. Um den harten Kern der demokratischen Opposition, der seit Ende der siebziger Jahre bestand, um die »alternative Öffentlichkeit« und um andere Zentren einer »Quasi-Opposition« haben Bewegungen, Initiativen und Zusammenschlüsse von Intellektuellen, Jugendlichen, Umweltschützern und andersdenkenden Gewerkschaftern während des Jahres 1987 und ganz besonders nach dem Sturz Kádárs im Mai 1988 ihre Aktivitäten beträchtlich verstärkt.²³ Das alles hatte einen wesentlichen Einfluss auf Stil und Inhalt der kontrollierten öffentlichen Sphäre des Regimes. Und trotz der vergleichsweise geringen Zahl der Aktivisten gewannen die Initiativen der *civil society* durch ihre wachsende Beherrschung der öffentlichen Diskussion einen enormen Einfluss. Davon zeugt in vielen Fällen die Reaktion der Regierung. Ich denke nicht nur an den Sieg der Umweltschützer im Kampf gegen den Nagymaros-Staudamm, sondern auch an die erstaunliche Serie von Auseinandersetzungen um das Vereinigungs-, das Versammlungs- und das Streikrecht, als die Regierung versuchte, eingeschränkte und repressive Formen der entsprechenden Gesetze durchzusetzen; sie wurde wiederholt gezwungen, Rückzieher zu machen und Fassungen zu akzeptieren, die von den relevanten Organisationen der *civil society* befürwortet wurden.²⁴ Hierbei spielten zweifellos auch die innere Schwäche und Uneinigkeit der herrschenden Partei eine Rolle. Was die Machtposition der Reformer jedoch stärkte, war wohl der Umstand, dass sie zwei wichtige Entwicklungen voraussahen: den wirtschaftlichen Zusammenbruch und eine wachsende, sich selbst mobilisierende *civil society*, kurz ein polnisches Szenario, aber ohne Moskaus drohende bzw. schützende Deckung.

Wie wir aus den Ereignissen in Verbindung mit der Konferenz in Lakitelek wissen, fürchteten reformistische Parteiführer wie Pozsgay vor allem jene Oppositionellen, die das Bild einer an der *civil society* orientierten polnischen Opposition vor Augen hatten. Um ihnen zu begegnen, waren er und seine politischen Freunde bereit, die Politisierung einer anderen und konstruktiveren Opposition voranzutreiben, in der Hoffnung, durch Spaltung ein »Wir-gegen-sie«-Szenario von vornherein zu verhindern. Dasselbe Prinzip stand hinter dem im Frühjahr 1989 unterbreiteten Angebot von Verhandlungen mit verschiedenen Oppositionsgruppen. Selbst Verhandlungen am runden Tisch, sofern sie entsprechend organisiert werden konnten und sofern eine Möglichkeit bestand, mit einem Teil der Opposition handelseinig zu werden, wurden – wie sich zeigte – der aussichtslosen Strategie einer Parlamentsreform unter dem Druck der Öffentlichkeit vorgezogen.²⁵ Es waren Schachzüge dieser Art, die einen Wechsel des Terrains zur politischen Gesellschaft erzwangen; eine demokratische, an den Idealen einer *civil society* orientierte Opposition

konnte nunmehr bestenfalls versuchen, bei diesem Terrainwechsel eine Form der Verhandlung anzustreben, bei der eine mehr oder minder starke Einheit der oppositionellen Gruppen gegenüber der herrschenden Partei bewahrt werden konnte. Nachdem dann diese Einheit durch die Vereinbarungen des »Nationalen Runden Tisches« erfolgreich zerschlagen wurde, blieb der demokratischen Opposition keine andere Möglichkeit, als in der Petitionskampagne ihre Rückbindungen an die *civil society* wiederzuentdecken.

Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich betonen, dass nach meiner Ansicht die demokratischen Oppositionsgruppen sich aus einer ganzen Reihe von Gründen der Herausforderung nicht entziehen können, beim Aufbau einer politischen Gesellschaft mitzuwirken (Ungarn, Polen) oder sogar die Initiative zu ergreifen (Sowjetunion, Tschechoslowakei). Sie müssen dies nicht nur deshalb tun, weil sie mit Recht am Wert eines parlamentarischen und Mehrparteiensystems festhalten, sondern auch, weil 1) ein Übergang zur Demokratie anders nicht möglich ist, 2) eine politische Polarisierung lediglich zu einer Pattsituation und auf beiden Seiten zu einem Machtverlust führt, 3) die Wirtschaftsreformen und die politischen Maßnahmen, für die das Regime Partner benötigt, keinen Zeitaufschub mehr dulden, und weil 4) das Bestehen auf dem Charakter einer politisch nicht verantwortlichen Bewegung wie im Fall des Neuen Forums bedeutet, zerrieben zu werden zwischen einem entschlossenen kommunistischen Versuch, den alten Mächten ein neues Mäntelchen umzuhängen, und der Bereitschaft neugebildeter Parteien, sich an die parteipolitischen Spielregeln zu halten wie es die ostdeutsche SPD oder CDU tun.

Andererseits wird der Erfolg einer allzu bereitwilligen Übernahme der Rolle einer manipulierenden Elitepartei, die sich nur durch westliche Praktiken legitimiert (z.B. unbestimmte Allerweltsprogramme statt klarer Alternativen und Ziele, Einsatz kommerzieller Werbemethoden statt inhaltlicher Überzeugungen, Zerstörung der öffentlichen politischen Sphäre durch Fraktionsdisziplin. usw.), mit einem hohen Preis bezahlt: mit der Schwächung des Engagements und der Legitimität der politischen Öffentlichkeit. Das extremste Beispiel hierfür ist der rapide Machtverfall, dem sich die Aktivistinnen der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegungen ausgesetzt sahen, als das politische Terrain von westlichen Parteien besetzt und kolonisiert wurde, ein Resultat, das nur zum Teil den Irrtümern oder Fehlern dieser Bewegungen selbst anzulasten ist.

Die gegenwärtige Politik in Osteuropa zeichnet sich dadurch aus, dass neben den kommunistischen und exkommunistischen Parteien, ihren früheren Blockparteien und den wiederbelebten traditionellen (nostalgischen) Parlamentsparteien ein vierter Parteyentypus zu beobachten ist, geboren jeweils aus einer sich selbst befreienden *civil society*. Ich denke vor allem an das Bürgerkomitee der *Solidarność*, an das Bürgerforum und an Öffentlichkeit gegen

Gewalt, an den Bund der Freien Demokraten, das Ungarische Demokratische Forum und den Bund Junger Demokraten sowie an das bereits erwähnte Neue Forum und Demokratie Jetzt. Allein schon die Namensgebungen sind aufschlussreich: Sie beziehen sich überwiegend auf die *civil society* und die Sphäre der Öffentlichkeit, und keine dieser Gruppen bezeichnet sich als Partei.

Mit Ausnahme der beiden letztgenannten haben sie alle frühzeitig eine Wendung zur politischen Gesellschaft vollzogen, wenn auch auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Ausmaß. Offensichtlich behalten das Bürgerforum und das Bürgerkomitee innerhalb der politischen Gesellschaft noch immer etwas von der Ungebundenheit, Offenheit und dem Interesse an einer kollektiven Identität, die insgesamt das Kennzeichen großer Bewegungen der *civil society* bilden. Vor allem im Vergleich zu typischeren Wählerparteien in Westeuropa haftet allen diesen Organisationen darüber hinaus etwas von dem an, was sie während ihres Entstehens ausgezeichnet hat: ein relativ hohes Maß an Offenheit, innerer Demokratie und Solidarität, ein Interesse an Basisorganisationen sowie ein ständiger Kontakt zu sozialen Bewegungen (Arbeiter, Studenten, Umweltschützer). Während die Erfordernisse des Wettbewerbs um Wählerstimmen, der von den kommunistischen und nichtkommunistischen Rivalen aufgezwungen wurde, der Aufrechterhaltung einer solchen Struktur und Identität entgegenstehen, spricht die Notwendigkeit, stabile Demokratien aufzubauen, deren erste politische Maßnahmen der Bevölkerung große Opfer auferlegen werden, für diese Strategie. Selbst unter den Bedingungen des Parteienwettbewerbs können jene Parteien noch im Vorteil sein, die zweigleisig fahren und sich sowohl an Wahlen beteiligen als auch für den Ausbau der *civil society* einsetzen, wie sich an dem von keinem erwarteten Erfolg der Petitionskampagne in Ungarn und dem anschließenden Höhenflug der Freien Demokraten gezeigt hat. Auf der organisatorischen Ebene bietet eine solche Doppelrolle zumindest einigen Parteien die besten Voraussetzungen für das Auftreten politischer Akteure, die in der Lage sind, einerseits die *civil society* von der Notwendigkeit strategischen Handelns zu überzeugen und andererseits den Tendenzen der elitären Parteiendemokratie entgegenzuwirken, gesellschaftliche Solidarität, öffentliche Diskussion und Bürgerinitiativen in den Hintergrund zu drängen.

Offenbar sprechen die Erfordernisse einer Umgestaltung der Wirtschaft gegen postelitäre demokratische Parteien. Nach dem Fehlschlag aller Versuche einer Reformdiktatur²⁶ weisen die Projekte einer kompromisslosen Wirtschaftsliberalisierung eine Wahlverwandtschaft vor allem mit elitären Demokratien auf. Man hört häufig die Meinung, dass Gesellschaften mit einer aktiven und mobilisierten Öffentlichkeit ihre ökonomischen Bedürfnisse nicht so einschränken können, wie es einer konsequenten Austerity-Politik entspräche, die für den Übergang aus einer Gesellschaft sowjetischen Typs unvermeidlich ist.²⁷ Die logische Konsequenz daraus wäre die Demobilisie-

rung im Fall einer bereits mobilisierten Gesellschaft oder die Beschränkung ihrer Aktivität auf einen engstmöglichen institutionellen Rahmen, falls noch keine Mobilisierung erfolgt ist. Das polnische Beispiel spricht bislang sicherlich gegen diese simple Annahme, die den enormen Legitimitätsvorsprung unberücksichtigt lässt, den *Solidarność* sich in den letzten zehn Jahren verschafft hat. Dennoch kann eine organisierte, aktive und einflussreiche *civil society* langfristig kein Interesse an einer Wirtschaftspolitik haben, die unter anderem die Auflösung der sozialen Solidarität, die Kommerzialisierung der Öffentlichkeit und eine Bürokratisierung oder Eliminierung eines Großteils ihres Gemeinschaftslebens zur Folge hätte. Es besteht eine Konvergenz in den Zielen der Elitendemokratie und des Wirtschaftsliberalismus, und als deren gemeinsamer Gegner wird die organisierte *civil society* sichtbar. Wenn der Liberalismus das langfristig angestrebte Wirtschaftsmodell sein soll, dann erscheinen eine elitäre Umgestaltung des politischen Terrains und damit verbunden eine Demobilisierung und Normalisierung der *civil society* in der Tat unausweichlich. Doch wie sähe eine alternative wirtschaftspolitische Strategie aus, die es erlauben würde, die *civil society* als Wert zu bewahren, ohne darauf zu verzichten, das sozialistische Wirtschaftssystem radikal abzuschaffen und durch ein neues zu ersetzen?

Betrachten wir zunächst die Argumente, die für einen wirtschaftlichen Liberalismus sprechen. Für mich steht außer Frage, dass eine Mangelwirtschaft sowjetischer Prägung, die wesentlich auf flexiblen Beschränkungen des Staatshaushalts (*soft budget constraints*, ein von J. Kornai, s.u., geprägter Begriff) beruht, nicht einfach dadurch zu beseitigen ist, dass man umstandslos zu einem neuen System der sozialen Absicherung, zu einer anderen Beschäftigungsstruktur und einem anderen Lebensstandard übergeht. Die eingespielten Formen des Feilschens, die paternalistische Subventions- und Investitionspolitik und die preisbestimmende Macht der etablierten Monopole müssen schnellstmöglich beseitigt werden. Jeder Versuch, in diesem Stadium eine Sozialpolitik und einen Interventionismus nach westeuropäischem Vorbild einzuführen, kann nur die bestehenden paternalistischen Muster, die auf informeller Lenkung und einem Klientelwesen beruhen, verstärken. Außerdem kann jede Vollbeschäftigungspolitik unter den gegebenen Bedingungen nur zum Überleben überalterter und unproduktiver Industrien beitragen, die gleichsam die materielle Basis für die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse darstellen.

Kann diese Einsicht allerdings J. Kornais Verdacht rechtfertigen, selbst wenn wir die Gegenwart Westeuropas wollten, müssten wir zunächst eine lange Periode durchmachen, die vor allem Westeuropas Vergangenheit entspricht, nämlich der Zeit eines frühen, schrankenlosen Kapitalismus des freien Marktes?²⁸ Lassen wir einmal für den Augenblick außer Betracht, was dieses Rezept für eine Gesellschaft bedeutet, die bei weitem atomisierter und

desorganisierter, verwundbarer und ihrer Ressourcen in viel höherem Maße beraubt ist als die Gesellschaften Westeuropas zu Beginn des 19. Jahrhunderts, d.h. die alles entscheidende Frage nach den voraussichtlichen kulturellen und ökologischen Konsequenzen des sich selbst regulierenden Marktes für eine Gesellschaft, die aus der zerstörerischen Vergangenheit eines Regimes sowjetischen Typs hervorgeht.

Was Kornai und viele andere einer Gesellschaft vorschlagen, die aller Experimente zutiefst überdrüssig ist, läuft auf ein dogmatisches Experiment hinaus, nämlich die Errichtung einer Marktgesellschaft vor dem Hintergrund einer dramatischen Ausdehnung der demokratischen Beteiligung, selbst wenn diese in den Rahmen einer auf Konkurrenz beruhenden Parteipolitik gespannt wäre. Dass aus einer solchen Konstellation neue verhängnisvolle Entwicklungen, z.B. Perioden einer populistischen und autoritären Politik entstehen, ist unschwer abzusehen. So ist es wenig überraschend, wenn Kornai selbst seinem wahrhaft revolutionären Vorschlag durch eine weitere, ziemlich konservative Empfehlung die Spitze nimmt, den staatseigenen Sektor weitgehend unangetastet zu lassen, und die Einschränkung macht, in den beiden kommenden Jahrzehnten werde Ungarn wie bisher im wesentlichen eine Doppelwirtschaft haben.²⁹

Dass die Präferenzen der Bevölkerung in die Richtung eines Sozialstaats westeuropäischer Prägung gehen, ist allgemein bekannt.³⁰ Doch wir wissen auch, dass mit der – höchst fraglichen – Ausnahme Ostdeutschlands selbst nach der Beseitigung des gegenwärtigen Systems paternalistischer Subventionen und Kontrollen ein solcher Weg nicht gangbar ist, diesmal weniger aus politischen als aus wirtschaftlichen Gründen. Aber ist diese Option überhaupt wünschenswert? Was im gesamten osteuropäischen Kontext gegenwärtig offenbar fehlt, ist eine kritische Erörterung nicht nur der Konsequenzen unregulierter liberaler Märkte, sondern auch eines sozialstaatlichen Interventionismus, hauptsächlich weil die Kritik allein den entschiedenen Gegnern dieser Alternativen überlassen wird.

Bislang ist in Osteuropa die in der westeuropäischen Linken geführte Diskussion über den Sozialstaat kaum aufgegriffen worden. Über die Ursachen seiner Krise und die Chancen einer reflexiven (d.h. sich selbst beschränkenden) Fortsetzung sozialstaatlicher Politik einschließlich einer Neuordnung der Beschäftigungsstruktur, einer Dezentralisierung der Wohlfahrt und einer »postregulatorischen« Form der Regulierung jenseits von Interventionismus einerseits und Aufhebung aller staatlichen Eingriffe andererseits ist kaum ein Wort gefallen. Alle diese Optionen beinhalten eine Verschiebung des Schwerpunktes der gesellschaftlichen Selbstregulierung vom Verwaltungsstaat nicht nur zur Marktwirtschaft, sondern mehr noch zu einer *civil society*, die weder das eine noch das andere ist.³¹ Auf den Einwand, dass man einen Sozialstaat erst einmal schaffen muss, bevor man ihn umgestaltet, ein Einwand, dem eine

dogmatische Bejahung der Gegenwart Westeuropas zugrundeliegt, habe ich dieselbe Antwort wie auf die Vorbehalte jener Wirtschaftsliberalen, die die europäische Vergangenheit zu ihrem Fetisch machen. Deren Vorschlag hätte Experimente mit Instrumenten zur Folge, die wir bereits aus zahlreichen abhängigen kapitalistischen Ländern (z.B. in Lateinamerika) kennen, die Umverteilung von etwas, das nicht produziert wurde und unter den gegebenen Verhältnissen auch nicht produziert werden kann. In meinen Augen führt auch dieser Weg in den zerstörerischen Zyklus populistischer und autoritärer Politik.

Vielleicht erscheint es absurd zu behaupten, die abstrakteste, programmatischste und am wenigsten erprobte Option sei die am ehesten praktikable. Ich plädiere hier jedoch nicht für eine bestimmte Option an sich, sondern lediglich für deren »methodische« Voraussetzungen. Ich begnüge mich mit folgenden fünf Thesen:

1) Allein eine organisierte *civil society* wie in Polen kann den Legitimationsrahmen für jene Opfer abgeben, die in Verbindung mit dem Abbau der sozialistischen Staatswirtschaften und einer Demokratisierung gebracht werden müssen.

2) Der langfristige Aufbau einer Marktwirtschaft wird hingegen für ebendiese organisierte Gesellschaft nicht annehmbar sein.

3) In jedem Fall haben weder ein Wirtschaftsliberalismus (Neokonservatismus) noch eine orthodoxe sozialdemokratische Ideologie heute relevante Alternativen eines sozioökonomischen Wiederaufbaus anzubieten.

4) Wenn es überhaupt Alternativen in dieser Richtung geben sollte, dann müssen sie unter Berücksichtigung jener Schwierigkeiten entwickelt werden, denen sich auch Westeuropa konfrontiert sieht; die Vergangenheit oder die Gegenwart Westeuropas kann nicht einfach nachgeahmt werden.

5) Das Fundament für eine gemeinsame Diskussion wird gegenwärtig von denen gelegt, die in der westeuropäischen Linken neue Perspektiven des Sozialstaats zu erarbeiten versuchen und im Gegensatz zu einer rein staatlich gelenkten Wirtschaft einerseits und einer freien Marktwirtschaft ohne jeden staatlichen Eingriff andererseits Modelle anstreben, die sich auf eine gesellschaftliche Autonomie gründen.

Es klingt wahrscheinlich recht paradox, den Osteuropäern eine Strategie, die auf dem Ideal einer *civil society* aufbaut, als westliches Modell nahezu bringen. Aber in den an Merkwürdigkeiten reichen letzten zwölf Monaten sind noch viel paradoxere Dinge gesagt worden. Mir erscheint es jedenfalls an der Zeit, Osteuropa jenes Geschenk zu erwidern, das wir von dort bekommen haben: die Idee einer autonomen und sich selbst demokratisierenden *civil society*.

Aus dem Englischen von Udo Rennert

Anmerkungen

- 1 S. die Auseinandersetzung zwischen György Bence und János Kis mit András Hegedüs in: *Magyar Füzetek*, Paris 1978, Heft 1.
- 2 Die Situation in Deutschland, wo die Protagonisten der »friedlichen Revolution« zunehmend marginalisiert werden und die westdeutschen Parteien das politische Terrain mehr oder weniger eingenommen haben, ist lediglich die extremste Variante dieser neuen Situation.
- 3 So beantwortet offenbar Timothy Garton Ash die von ihm selbst gestellte Frage, was wir im Westen vom Osten lernen können (Eastern Europe: The Year of Truth, in: *New York Review of Books*, Feb. 1990, S. 22). Ich glaube, dass er von der Richtigkeit dieser Antwort selbst nicht ganz überzeugt ist.
- 4 Und wer weiß, vielleicht werden wir von nun an kritische politische und Gesellschaftstheorien entwickeln, die einander wesentlich näherstehen als bisher. Schließlich werden wir zur eigenen Verblüffung in Gesellschaften leben, die strukturell demselben Typus zugehören.
- 5 Mit immanenter Kritik meine ich natürlich eine Kritik an den Übergängen gemäß ihren eigenen normativen Maßstäben, eine Methode, die nur auf der Grundlage einer tiefen intellektuellen und politischen Sympathie möglich ist. Um Missverständnissen vorzubeugen, möchte ich von vornherein klarstellen, dass für mich die gegenwärtigen Übergangsregierungen aller osteuropäischen Länder eine Emanzipation von allen vorherigen Regimes darstellen.
- 6 Der Terminus der sich selbst beschränkenden Revolution war ursprünglich auf die politische Rolle der *Solidarność* gemünzt. (Vgl. hierzu J. Staniszkis, *Poland's Self-Limiting Revolution*, hg. von J.T. Gross, Princeton University Press 1984, d. Hg.).
- 7 Analoge Gründe machen G. O'Donnell und P. Schmitter im lateinamerikanischen Kontext geltend: *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore 1986, Bd. IV, S. 14; vgl. auch R. Barros, »The Left and Democracy: Recent Debates in Latin America«, in: *Telos* (1986), Heft 68.
- 8 Ich stütze mich bei den beiden erstgenannten Perspektiven auf Furets großartige Untersuchungen zur Wirkungsgeschichte der Französischen Revolution (1789 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Frankfurt 1980). Furet zeigt, dass keine von beiden für sich allein genommen legitimerweise das spezifisch revolutionäre Phänomen beschreiben kann. – Bei allen auf die Französische Revolution folgenden Revolutionen sind auch Fragen über deren Verhältnis zum Original zu stellen, dessen Tradition von den Interpreten nicht einfach umgangen werden kann. Diese Erkenntnis verdanke ich Hannah Arendt, auch wenn sie ihr dadurch zu entrinnen hoffte, dass sie eine andere Geschichte der Revolution – außerhalb der klassischen Tradition – postulierte (*Über die Revolution*, München 1974).
- 9 Trotz allem nennen sie es kein »revolutionäres« Programm, auch wenn einige ihrer Mitglieder wie Gáspár Miklós Tamás anderer Meinung sind; vgl. SZDSZ, *A rendszerváltás programja*, Budapest 1989, sowie die Rede von Tamás' vor einer öffentlichen Versammlung der Freien Demokraten, Abdruck in: *Szabad Demokraták*, 1989, Heft 4-5, S. 38 f. Auch er spricht von einer »unblutigen« und »legalen« Revolution und spricht den Begriff der Reform jedem Prozess ab, dessen Subjekte von unten agieren. Diese Erweiterung des Begriffs der Revolution auf Kosten des Begriffs der Reform verschleierte Tamás' eigene Verbindung mit der Tradition des neuen Evolutionismus. An anderer Stelle bricht er mit dieser Tradition, indem er den gegenwärtigen Prozess in Ungarn als Kampf um »politische Freiheit« im Unterschied zu einer »sozialen« Revolution zu de-

- finieren versucht. Vgl. G. M. Tamas, »Tájkép csata előtt« (Landschaft vor der Schlacht), in: *Élet és Irodalom*, 4. Aug. 1989. Er äußert sich allerdings nicht klar darüber, ob der Begriff einer »politischen Revolution« zulässig ist. Wie ich zeigen möchte, lässt sich selbst das, was in der Tschechoslowakei oder Ostdeutschland vor sich geht, weder als eine »politische« noch als eine »soziale« Revolution zureichend erfassen.
- 10 S. meine Einleitung zu A. Arato und F. Feher (Hg.), *Gorbachev: The Debate*, Oxford 1989.
 - 11 Man wird sich vielleicht erinnern, dass viele (aber nicht alle) Mitglieder der Linken Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern konstant von Revolution gesprochen haben.
 - 12 Wie H. Arendt gesehen hat, gibt es nur eine einzige moderne revolutionäre Tradition, die von 1789, und das französische Beispiel war für sie nicht einmal eine erfolgreiche Revolution. Die einzig geglückte, die Amerikanische Revolution, hat zu Arendts Leidwesen keine Tradition begründet. Die immer wiederkehrenden rätedemokratischen Experimente waren für sie in diesem Zusammenhang lediglich Brüche im zeitlichen Kontinuum der Moderne, die jeweils ohne Bezugnahme auf ihre Vorläufer und ohne ein Bewusstsein von ihnen zu haben, spontan erfolgten.
 - 13 Tatsächlich ist H. Arendt selbst vorzuwerfen, dass sie auch in diesem wichtigen Punkt die Unterschiede zwischen der Amerikanischen und der Französischen Revolution nicht gesehen hat.
 - 14 U. K. Preuss, »The Influence of Carl Schmitt on the Legal Discourse of the Federal Republic of Germany«, unveröff. Mskr., Jan. 1990. Preuss leitet diese Kriterien aus Carl Schmitts Begriffen von Politik, Souveränität und Notstand ab. Zu Recht beruht für ihn die Theorie Carl Schmitts auf der Erfahrung moderner Sozialrevolutionen, wobei dieser aus der sozialen (Klassen-)Frage eine nationale Frage macht.
 - 15 Auch hier stellt Rumänien die einzige Ausnahme dar.
 - 16 Vgl. G. M. Tamás, »Tájkép csata előtt«, a.a.O. (A. 9).
 - 17 Ihre irreführende Verknüpfung von konservativer und radikaler Revolution geht auf Jefferson zurück, den sein Vorschlag eines »ward system« und sein Wunsch nach einer wiederholten Revolution in jeder neuen Generation zumindest in dieser Hinsicht zu einem Jakobiner machen.
 - 18 Vgl. etwa Dworkin, *Taking Rights Seriously*, Cambridge 1978, Kap. 8.
 - 19 So z. B. A. Stepan, *Rethinking Military Politics: Brazil and the Southern Cone*, Princeton 1988.
 - 20 G. O'Donnell und P. Schmitter, a.a.O., Bd. IV, S. 57 f. (Vgl. hierzu auch den Beitrag von A. Przeworski in diesem Heft, d.Hg.).
 - 21 B. Lamounier, »Democratizing Brazil«, in A. Stepan, a.a.O., S. 55.
 - 22 G. O'Donnell und P. Schmitter, a.a.O., S. 58.
 - 23 Hierzu insbesondere M. Haraszti, »Salami Tactics in Reverse«, unveröff. Mskr., sowie ein Interview in: *Uncaptive Minds*, Jan. 1989; F. Mislivetz, »Toward First Person Singular«, *Across Frontiers*, 1988/89.
 - 24 L. Bruszt, »On the Road to a Constitutional State«, unveröff. Mskr., Mai 1989.
 - 25 Die Ereignisse von 1989 in der DDR und der Tschechoslowakei bestätigen anscheinend den Weitblick der reformistischen Führer in Ungarn. Andererseits haben sie natürlich durch ihr eigenes Vorgehen den Lauf der Dinge in den beiden Nachbarstaaten wesentlich mitbeeinflusst.
 - 26 Vgl. L. Lengyel, »Reformdiktatura vagy bürokratikus autoritarianizmus«, in: *Valóság*, 1989, Heft 5.

- 27 J. Elster, »When Communism Dissolves«, *London Review of Books* 1990, 12, Heft 2.
- 28 J. Kornai, *Indulatos röpirat a gazdasági átmenet ügyében* (Heftiges Pamphlet zum ökonomischen Übergang), Budapest 1989, S. 24ff.
- 29 Ebd., S. 49.
- 30 Vgl. die gemeinsame Umfrage von *Libération*, *Frankfurter Rundschau*, *Gazeta Wyborcza*, *Moscow News* und *Beszélő* am 19. Feb. 1990.
- 31 Eine wichtige Ausnahme ist hier B. Pokol, »Posztkeynesianus szociológia (Post-Keynesianische Soziologie)«, unveröff. Mskr., Budapest 1986, der die relevanten Veröffentlichungen von Luhmann, Habermas, Teubner, Willke und Offe rezipiert. Zu meiner eigenen Sicht der Probleme im Zusammenhang mit einer kritischen Beibehaltung des Sozialstaats s. Kap. 6 in: A. Arato und J. Cohen, *Civil Society and Democratic Theory*, erscheint 1991.

(Wieder-)Aufbau der *civil society*

Miklós Szabó: In Ungarn war die politische Umgestaltung ein Resultat des Kampfes zwischen den Reformisten und dem linientreuen Flügel innerhalb der Parteileitung. Die Gesellschaft hat diese Umgestaltung in Apathie erlebt, übrigens ein Grund, weshalb der Machtwechsel friedlich verlaufen ist. Auf politischer Ebene ist dieser Wechsel heute eine Tatsache: Das kommunistische Machtzentrum, Politbüro und Sekretariat des ZK, ist demontiert. An seine Stelle sind demokratische Institutionen getreten: Parlament, Regierung, Parteien etc. Unterhalb dieser Spitze sind die Strukturen, insbesondere die Administration, bis hinunter zur Basis aber praktisch noch unverändert. Dasselbe gilt für die Struktur der Wirtschaft. Das politische System hat sich verändert, aber es hat sich noch keine *civil society* heraus gebildet. Nicht Impulse aus der *civil society* motivierten die politische Umgestaltung, sondern die neue Politik muss umgekehrt die Bildung einer *civil society* motivieren. Die Aufgabe, eine voll entfaltete *civil society* zu schaffen, steht uns noch bevor. Dieser Prozess wird zwei wichtige Stationen haben: Die Privatisierung der Staatswirtschaft und das Zustandekommen einer regionalen Verwaltung, die auf lokale Autonomie aufgebaut ist. Wenn wir diese beiden Ziele erreichen, eröffnet sich die Möglichkeit, die politische und die gesellschaftliche Sphäre an der Basis zu verschmelzen. Die *civil society* wird so zu einem vorpolitischen Raum, in dem die politische Willensbildung stattfinden kann, die von den politischen Parteien artikuliert wird.

Jerzy Szacki: Das Konzept der *civil society* hat in der Kritik des kommunistischen Einparteien-Staates eine enorme Rolle gespielt und spielt sie bis heute bei der Erarbeitung von Modellen für die post kommunistische Gesellschaftsordnung. Das wichtigste an diesem Konzept scheint mir die Gegenüberstellung von gesellschaftlichem und staatlichem Bereich zu sein. Allerdings hege ich wachsenden Zweifel, ob eine solche Auffassung von *civil society* für eine Beschreibung der Lage, in der wir uns heute befinden, brauchbar ist.

Die traditionelle Idee der *civil society* hebt sich nicht nur negativ vom Staat ab. Vielmehr bezeichnet sie auch einen Bereich, in dem sich die Verhältnisse spontan gestalten, unabhängig vom übergeordneten Rahmen. Eine *civil society* in diesem Sinne entsteht und lebt dadurch, dass kleinere Gruppen von Menschen sich selbst um ihre Angelegenheiten und eigenen Interessen kümmern. Genau dies war aber bei uns über viele Jahrzehnte nicht möglich. Wir müssen daher – paradoxerweise – in den postkommunistischen Ländern von der *Konstruierung der civil society* sprechen, von deren systematischem Aufbau oder Wiederaufbau. Wir müssen einen unterdrückten oder versäumten spontanen Prozess künstlich nachholen. Dabei bedienen wir uns derzeit eines Plans, in dem ausgerechnet die Rolle des Staates unbestimmt bleibt. Unter den gegebenen Verhältnissen ist es aber der Staat, der die Aufgabe übernehmen muss, die *civil society* zu aufzubauen, also eine Struktur,

die sein Gegenpart sein sollte; es ist der Staat, der Marktverhältnisse einführt und privatisiert, es ist der Staat, der für freie Wahlen sorgt und dafür, dass sich die lokale Selbstverwaltung entwickelt. Die *civil society* wird hier gewissermaßen zu einem staatlichen Projekt, zu etwas, das der Staat verwirklicht und dessen Verwirklichung bis zu einem gewissen Grad vom guten Willen derer abhängt, die die Macht ausüben. Das ist mein erstes Problem.

Das zweite knüpft insofern daran an, als im üblichen Gebrauch des Terminus *civil society* häufig der Schluss anzutreffen ist, dass, was immer dem Staat abgenommen wird, ein Gewinn für die *civil society* sei. Sicherlich ist daran etwas Wahres, aber ich bin geneigt zu meinen, dass es nicht die ganze Wahrheit ist – und immer weniger zutrifft. Und zwar deshalb, weil die Prozesse, die wir heute beobachten, nicht nur Rekonstruktions- oder Substitutionsprozesse sind, die oktroyierte Fesseln durch freiwillige und von unten her geknüpfte Bande ersetzen – es sind auch, kurz gesagt, Prozesse gesellschaftlicher Desorganisation, und zwar quer durch fast alle Bereiche. Was ich sagen will ist, dass die vom Staat aufgezwungene Disziplin nicht automatisch durch die Selbstdisziplin autonomer Bürger ersetzt wird, sondern in hohem Maße durch ein Fehlen jeglicher Disziplin. Es ist leider nicht so, dass zerschlagene staatliche Strukturen, zum Beispiel die Versorgung und der Handel, spontan durch neue Organisationen ersetzt werden, seien sie nun genossenschaftlich, lokal oder privat. Es kommt daher zu einem Verfall, in den der Staat kraft der ihm zu Gebote stehenden Möglichkeiten und Mittel eingreifen muss.

Anders gesagt, stehen wir heute nicht vor der Wahl zwischen zwei Arten von Gesellschaftsordnung, der staatlichen

oder der »zivilen«, sondern vor dem Problem der Ordnung überhaupt, besser: der fehlenden Ordnung. Ich fürchte, in einer Situation, wo die *civil society* in nicht geringem Maße zu einer Aufgabe des Staates wird, kompliziert sich diese traditionsreiche Idee ein wenig. Und wenn wir sie heute auf unsere Situation anwenden wollen, wird es wohl nötig sein, sie zu modifizieren: Zumindest für die Entstehungsphase eines demokratischen Staates scheint die schroffe Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft problematisch zu sein.

Leszek Kolakowski: Der Ausdruck *civil society* wird in mindestens drei Bedeutungen gebraucht. Einmal wird damit im Sinne von Rousseau Gesellschaft dem Naturzustand gegenübergestellt, also *civil* im Sinne von zivilisiert. Im Hegelschen Sinne wird die bürgerliche Gesellschaft dem Staat gegenübergestellt, und dann ist damit die Gesamtheit der individuellen, korporativen und Gruppeninteressen gemeint, einschließlich all der Beziehungen, die sich naturwüchsig und spontan zwischen den Menschen bilden, all der menschliche Bande also, die nicht vom Staat auferlegt werden. Und in einem dritten Sinne, der allerdings etwas vage ist, wird der Ausdruck *civil society* gebraucht: Man versteht darunter die »bürgerliche Gesellschaft« als Gemeinschaft der Bürger. Gemeinschaft nicht nur insofern die Bürger gesetzliche Gleichheit genießen, sondern auch insofern sie sich als Bürger *fühlen*: Dass sie einen Sinn haben für die *res publica*, für die gemeinsame Sache, dafür, dass sie für die öffentliche Sache verantwortlich sind. Dieser Bürgersinn ist natürlich nicht mit institutionellen Mitteln zu verwirklichen, er ist die Sache der bürgerlichen Erziehung, der Erziehung zum Bürger.

Lassen Sie mich auf die Kritik von Herrn Szacki zurückkommen. Wir haben uns daran gewöhnt, dass man den Kommunismus als Versuch definiert, die *civil society* zu zerstören. Das heißt, all die menschlichen Bande und Beziehungen, die sich über Jahrhunderte spontan geknüpft haben, werden hier vorn Staat künstlich und oft gewaltsam ersetzt durch Scheinbeziehungen.

Das legt in der Tat den Umkehrschluss nahe, dass es schon damit getan sei, wenn der Staat nichts mehr tut. Er soll die Menschen nur gewähren lassen – innerhalb der Grenzen des Gesetzes natürlich. Diese Auffassung ist verständlich, wenn man bedenkt, dass der Kommunismus seine Hauptaufgaben darin gesehen hat, die Leute daran zu hindern, sich in irgendeiner Weise gesellschaftlich zu engagieren, es sei denn, es ist so angeordnet; und alles zu verstaatlichen – was darauf hinaus läuft, die Menschen selbst zu verstaatlichen, einfacher gesagt: sie zu versklaven. In diesem System liegt eine Logik, die wir über viele Jahre *in actu* beobachten konnten. So einfach diese Logik war, so wenig einfach ist jetzt unsere Situation: Der Staat wird – paradoxerweise, wie wir gehört haben – bei der Wiederherstellung der *civil society* ein unverzichtbares Instrument sein. Selbst wenn genug Zeit wäre, würde sich die *civil society* kaum organisch und spontan selbst restaurieren, eher würde der Zerfall fortschreiten und eine Art Anarchie entstehen. Wir leben jetzt in einer Periode, wo die alten Mechanismen nicht mehr arbeiten und neue noch nicht existieren. Es ist eine gefährliche Zeit für diese Länder, aber ich hoffe, dass sie bestehen.

Juan Linz: Ich frage mich, ob jene, die so großen Wert auf die *civil society* legen und die so große Hoffnungen in sie setzen,

sich klar machen, dass Zivilgesellschaft auch Konfliktgesellschaft bedeutet: eine Gesellschaft, in der es unterschiedliche Interessen, eigennützige Kräfte, widersprüchliche Gesellschaftskonzeptionen und Prinzipien gibt. Eine *civil society*, die diesen Namen verdient, ist ohne Konflikte nicht zu haben. Sie ist dennoch nicht nur erstrebenswert, sondern ein wesentliches Element der Demokratie – vorausgesetzt, es werden ihr Grenzen gesetzt. Zwei Mechanismen sind dazu notwendig. Zum einen ein Rechtssystem, das die verschiedenen Interessen einschränkt. Der zweite Mechanismus ist komplexer und betrifft die Artikulation zwischen *civil society* und *political society*: Einerseits soll die Gesellschaft nicht von den Parteien dominiert werden, andererseits bedarf es der Koordinierung und des Kontaktes zwischen Gesellschaft und Politik. Gewerkschaften etwa dürfen und sollen politische Aktivitäten unterstützen, dasselbe gilt für die Wirtschaft.

Dass die Demokratien heute überall in der Welt an Boden gewinnen, erzeugt eine pan-demokratische Stimmung, die mit manchen Suggestionen verbunden ist, vor denen man sich hüten sollte. Es wird sich auch in den ostmitteleuropäischen Ländern die Frage stellen, ob tatsächlich alle Institutionen und Organisationen der *civil society* demokratisch sein müssen. Ich bezweifle, dass sich eine wirklich komplexe und reiche *civil society* bildet, wenn für ihre Institutionen nicht eine gewisse Heterogenität der Organisationsprinzipien zugelassen wird. Die Einführung einer für alle verbindlichen demokratischen Form könnte zu einer Art Demokratie-Hegemonie führen, die die Entfaltung einer wirklich lebendigen *civil society* beeinträchtigen würde.

Schließlich möchte ich ein großes Problem nennen, dass in Ostmitteleuropa entsteht und noch verschärft wird

durch die bestehende Mangelwirtschaft. Viele Institutionen und Organisationen der *civil society* sind angewiesen auf die finanzielle Unterstützung durch den Staat. Damit ergibt sich sofort die Frage, wie man die Mittel verteilt, ohne die *civil society* der politischen Führung auszuliefern, welche über diese Mittel verfügt.

Um auf das anfangs Gesagte zurückzukommen, das Hauptproblem ist: Wie lässt man Raum für Konflikte, für den Pluralismus und die Heterogenität der ideologischen und kulturellen Prinzipien und Perspektiven, und bündigt sie zugleich durch einen gesamtgesellschaftlichen Konsensus, der auf Prinzipien wie Demokratie und Menschenrechte beruht? Dieses Problem ist sehr komplex und wird, fürchte ich, von vielen unterschätzt, die die Ärmel hochkrepeln und sagen: »Bauen wir sie auf, die *civil society*!«

Ernst-Wolfgang Böckenförde: Der Übergang zur *civil society* ist eines der wichtigsten Probleme, die sich jetzt in Mittel- und Ostmitteleuropa stellen. Ich möchte dazu drei Bemerkungen machen.

Erstens: Es ist unbestreitbar dass die Demokratie auf zahlreichen vorpolitischen Institutionen ruht, die die Politik tragen und die zur Politik hin vermitteln. Die Demokratie braucht ein Fundament in einer strukturierten Gesellschaft. Es ist eine sehr abstrakte Vorstellung zu meinen, wenn wir freie Wahlen haben, ein gewähltes Parlament und eine Regierung, die dem Parlament verantwortlich ist, dann hätten wir schon eine funktionierende und lebendige Demokratie. Man braucht nur bei Tocqueville nachzulesen, um zu erkennen auf wie vielen, in diesem Sinne vorpolitischen Institutionen die amerikanische Demokratie im 19. Jahrhundert beruhte. In den ostmitteleuropäischen Ländern sind diese

gesellschaftlichen Institutionen nicht mehr vorhanden und müssen jetzt, nach der Revolution, erst wieder geschaffen werden. Wir stehen heute vor dem Paradox, dass dies zunächst Sache des Staates sein wird, obwohl den so geschaffenen Institutionen später die Aufgabe zu kommt, auch dem Staat gegenüber etwas Widerständiges darzustellen: Sie sollen ihn nicht nur tragen, sondern auch einen Bereich bilden, wo autonom Aktivitäten entfaltet werden und auch Macht ausgeübt und organisiert werden kann, die keine staatliche Macht ist. Aber die Geschichte hält auch hier ein Beispiel bereit, das Anregungen geben kann: die preußischen Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts, bei denen es nicht nur um eine Staats-, sondern auch und gerade um eine Gesellschafts- und Bildungsreform ging, den Aufbau einer *civil society*.

Zweite Bemerkung: Eine *civil society* wird getragen vom Bürgersinn. Das Problem der Staaten Mittel- und Ostmitteleuropas ist ja, dass die nahezu vierzigjährige kommunistische Herrschaft auch eine geistige Verwüstung angerichtet hat. Diese geistige Verwüstung ist sicher ebenso schlimm wie die wirtschaftliche und soziale. Hier bedarf es also einer Aufbauarbeit, die mindestens ebenso wichtig ist wie die ökonomische: Sie vollzieht sich in den Schulen und Universitäten, durch Bildung, durch Wiedererweckung und Neubegründung von Kultur und Institutionen. Die Bevölkerung ist ja vielfach noch verängstigt, isoliert, misstrauisch – das ist der Erfolg von vierzig Jahren totalitärer Herrschaft. Es müssen also Aktivitäten initiiert werden, Möglichkeiten freier Betätigung und Kooperation eröffnet werden, die sich dann in Institutionen ausformen können. Die nachwachsende Generation muss dabei zu freien Bürgern erzogen und herangebildet werden, die bereit sind, sich

gesellschaftlicher und politischer Verantwortung zu stellen. Es war ja offenbar so, dass der Staat auch ein Übervater war in diesen Ländern; das hat eine entsprechende Mentalität hervorgebracht. Man hat sich darauf eingestellt, dass alles von oben angeordnet wird und man sich nur fügt; diese Passivität war wohl auch eine Form des Überlebens.

Dritte Bemerkung: Ein sehr wichtiger Schritt für die Konstituierung einer *civil society* in Mittel- und Ostmitteleuropa scheint mir zu sein, dass wir in einer staatlich-politischen Ordnung anerkannte und öffentliche Mehrsprachigkeit gewährleisten können. Gerade die CSFR, aber auch Polen und Ungarn haben eine Bevölkerung, die in Teilen unterschiedliche Sprachen spricht, es sind verschiedene ethnisch-kulturelle Gruppen in einer politischen Ordnung verbunden. Es sollte jetzt möglich sein, dass diese Gruppen unter Wahrung ihrer kulturellen Identität zusammenleben können. Wir müssen das Zeitalter des Nationalismus, der uns im 19. Jahrhundert in Europa so auseinander divi-

diert hat, hinter uns lassen. Wir sollten gelernt haben, dass es keine notwendige und keine sinnvolle Prämisse ist, dass jede ethnisch-kulturelle Gruppe ihre eigene staatlich-politische Ordnung haben muss, sondern dass solche Gruppen frei zusammenleben können in *einer* politischen Ordnung. Um das zu ermöglichen, ist es wichtig, dass die Menschen in ihrer Sprache, die ein Ausdruck ihrer kulturellen Identität ist, Umgang haben. Der Anfang muss in den Schulen gemacht werden: dass dort Mehrsprachigkeit Einzug hält, dass es mehrsprachige Universitäten gibt und dass es auch mehrere Amtssprachen gibt, das ist sehr wichtig, gerade jetzt in dieser Stunde des Aufbruchs. Wenn sich das Leben wieder normalisiert, fällt man sehr leicht in die alten Gewohnheiten und Abgrenzungen zurück, und was uns dann passieren kann, ist ein Rückfall in die Auseinandersetzungen des 19. Jahrhunderts. Die aber haben über Europa genug Krieg, genug Unfrieden gebracht, haben die Einheit Europas zerstört. Wir sollen und müssen sie hinter uns lassen.

Jacques Rupnik

EISSCHRANK ODER FEGEFEUER

Das Ende des Kommunismus und das Wiedererwachen der Nationalismen in Osteuropa

»Die Geschichte, die künstlich aufgehalten worden war, ist wieder in Fluss gekommen«, erklärte Václav Havel während der »sanften Revolution« im November 1989. Aber welche Geschichte? Die der demokratischen Hoffnungen von 1848 oder 1918 oder die der Zwischenkriegszeit mit ihren autoritären und nationalistischen Regimen? Nach der Euphorie des demokratischen Herbstes macht sich in den westlichen Regierungen nüchterner Zweifel breit. Die alte Ordnung bricht zusammen, aber etwas kohärentes Neues zeichnet sich noch nicht ab. Der alte Status quo war gewiss moralisch verwerflich, aber er war berechenbar und aus westlicher Sicht alles in allem ganz bequem.

Im Oktober 1989 skandierten die Demonstranten in Leipzig: »Wir sind das Volk!« Im November, nach dem Fall der Mauer, begannen sie zu skandieren: »Wir sind *ein* Volk!« – eine verräterische semantische Akzentverschiebung von der Demokratie zur Vereinigung. Die ganze Ambivalenz des gegenwärtigen Übergangsprozesses im Osten ist in diesen beiden Parolen, diesen beiden Phasen der Bewegung enthalten.

Und daher die Frage: Was werden wir nach dem tödlichen Kollaps des Kommunismus in der *black box* der osteuropäischen Gesellschaften vorfinden? Die Entsojjetisierung des »Anderen Europa« erlaubt die Vereinigung Deutschlands.

Ist sie aber nicht auch der Auftakt zum Wiederaufleben alter nationalistischer Konflikte, die von der imperialen Macht lange Zeit neutralisiert worden waren? Es fehlt ja nicht an Streitfragen zwischen »Bruderländern«, angefangen beim Schicksal der nationalen Minderheiten und damit der Legitimität der Grenzen. Niemand zwischen Baltikum und Adria kann sicher sein, verschont zu bleiben.

Es gibt ein Indiz, das in diesem Teil Europas untrüglich ist: 1989, das Jahr der Wiederkehr der Demokratie, war auch das Jahr der Massenfluchten, das Jahr der größten Völkerwanderung seit 1945. Man schätzt, dass ungefähr eine Million Menschen ihre Länder verlassen haben. Hauptursache war das Nationalitätenproblem: 320.000 Türken aus Bulgarien wurden in die Türkei gejagt; an die 50.000 Menschen (hauptsächlich Ungarn aus Siebenbürgen) flohen nach Ungarn; mehrere hunderttausend Deutsche kamen in die Bundesrepublik...

Alle diese Nationalitätenfragen haben ihre Wurzeln in einer verdrängten Geschichte. Anders als die westlichen Nationen waren diejenigen des östlichen Europas bis 1918 Nationen ohne Staat, die von großen Vielvölker-Imperien beherrscht wurden: Österreich, Russland, dem Osmanischen Reich. Ihr Nationalismus war kulturell, ethnisch und sprachlich, bevor er politisch wurde. Die Nationen fanden hier zu sich selbst über die heftige Rezeption des von Herder gefeierten »Volksgeistes«. Geschichte, Religion, Volkstum und Sprache mussten lange als Munition im Überlebenskampf dienen. Und dieses Gefühl der Unsicherheit, die Vorstellung, dass die Existenz der Nation nicht »selbstverständlich« ist, bleibt bis auf den heutigen Tag ein charakteristisches Merkmal in der Sozialpsychologie des »Anderen Europa«.

Seit 1848 prallten gerade in Ostmitteleuropa die Gegensätze zwischen diesem in Kultur, Ethnie und Sprache gründenden Begriff der Nation und dem von der Französischen Revolution ererbten Verständnis der politischen Nation als Souveränität des Volkes aufeinander. Das Ergebnis war 1918 die problematische Einführung einer Art von Nationalstaat-Konzept in diesem Teil Europas. Aufgrund der Heterogenität der Bevölkerung war es strenggenommen unmöglich, die ethnischen Grenzen mit den politischen zur Deckung zu bringen. So kam es nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches – dieser Säule der geopolitischen Stabilität in Mitteleuropa – durch den Aufstieg der Nationalismen und den Ersten Weltkrieg zu einem paradoxen Resultat: Die Nationalstaaten, die unter der Ägide Frankreichs und Wilsons geschaffen worden waren, waren gar keine. Mit Ausnahme Ungarns und Albaniens gab es in ihnen nationale Minderheiten, die je nach Land ein Viertel bis ein Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Zwischen 1918 und 1945 lieferten sich die neuen Staaten Ostmitteleuropas einen »privaten Bürgerkrieg« (Seton Watson) um Grenzen und Minderheiten. Das Münchener Abkommen war die Konsequenz dieser Logik: Die Westmächte ließen ein von ihnen mitgeschaffenes System fallen; Deutschland machte im Osten von seinen Minderheiten zu expansionistischen Zwecken Gebrauch; Polen annektierte das Gebiet von Teschen, wo Polen neben Tschechen und Deutschen lebten; ganz zu schweigen von Ungarn, das von Ungarn bewohnte Teile Rumäniens und der Slowakei »heimholte«.

1945 kehrte man im Wesentlichen zum Status quo von Versailles zurück, nur dass der ostmitteleuropäische Flickenteppich durch Bevölkerungsver-schiebungen und Grenzberichtigungen vereinfacht wurde: Rumänien erhält Siebenbürgen zurück (mit über anderthalb Millionen Ungarn), verliert jedoch Bessarabien (das zur Sowjetrepublik Moldawien wird) sowie die Bukowina, die der Ukraine einverleibt wird. Bulgarien behält den Süden der Dobrudscha, muss jedoch das im Krieg annektierte Mazedonien abtreten, das zu einer jugoslawischen Teilrepublik wird. Die Tschechoslowakei wird in den Grenzen vor München wiederhergestellt, verliert jedoch (ohne

großes Bedauern) Ruthenien, das an die Ukraine geht, und vertreibt drei Millionen Deutsche. Nur Österreich und Ungarn behalten ihre Grenzen von 1920. Die Grenzen Polens werden nach Westen verschoben: Das Land verliert seine ukrainische, weißrussische und litauische Minderheit im Osten, während die Deutschen im Westen vertrieben werden. Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Polen ein homogener Nationalstaat. Dies entspricht einer Politik, die seit 1945 für das gesamte vom Sowjetimperium annektierte Ostmitteleuropa gilt: Homogenisierung der ethnischen Zusammensetzung der Staaten – sei es durch Vertreibung, sei es durch Zwangsassimilierung – und Stabilisierung ihrer Grenzen.

Das Mitteleuropa von einst war u.a. durch seine jüdischen und deutschen Minderheiten geprägt. Kundera preist Prag als Begegnungsstätte tschechischer, deutscher und jüdischer Kultur; Günter Grass beschwört Danzig/Gdańsk als Drehscheibe zwischen Deutschen, Polen und Kaschuben; Czesław Miłosz erinnert sich, dass man in Wilna/Vilnius vor dem Krieg Polnisch, aber auch Jiddisch, Litauisch und Weißrussisch sprach. Dieses Mitteleuropa eines ethnischen Pluralismus ist mit der Vernichtung der Juden und der Vertreibung der Deutschen so gut wie verschwunden. Die Stadt Czernowitz in der Bukowina ist nach Auskunft Karl Schlägels nurmehr ein Schatten ihres einstigen Selbst. Aus Königsberg, der Stadt Immanuel Kants und Hannah Arendts, ist Kaliningrad geworden; Gräfin Dönhoff erkennt ihre Heimatstadt (die einmal ostpreußisch war) nicht mehr wieder: »Kaliningrad erinnert eher an Irkutsk als an Königsberg.«

Die Karte von Ostmitteleuropa ist durch Mord, Verschleppung und Assimilation ganzer Bevölkerungen »bereinigt« worden. Bis zum Ersten Weltkrieg gab es hier Vielvölkerstaaten, die sich bewusst als solche verstanden. Nach 1918 wurden sie durch Nationalstaaten ersetzt, die keine waren. Seit 1945 sind sie dabei, echte Nationalstaaten zu werden. Paradoxiertweise hat sich der alte Traum der nationalistischen Rechten ausgerechnet im Zeichen des kommunistischen Internationalismus in einem hohen Maße erfüllt. Das alte Mitteleuropa ähnelte, nach einer Formulierung Ernest Gellners, einem Bild von Kokoschka, ausgeführt in kleinen, impressionistischen Pinselstrichen voller Nuancierungen. Heute gleicht dieser Teil Europas eher einem Bild von Mondrian mit seinen kompakten, monochromen Flächen.

*

Diese Erinnerung ist notwendig, um die Gefahren nationalistischer Konflikte in der gegenwärtigen Übergangsphase, aber auch allzu bebende herangezogene historische Parallelen (etwa 1989 als Rückkehr zu 1919) zu relativieren. Natürlich ist auch wahr, dass die »Bereinigung« der nationalen Problematik vor allem in Ostmitteleuropa stattfand und weniger im Balkan, wo die nationalistischen Streitfragen zahlreich bleiben und eine direktere Auswirkung auf

den derzeitigen politischen Übergang haben, und zwar auf Grund der langen Manipulation der Nationalismen durch die kommunistische Macht und der Schwäche der demokratischen Tradition.

Die Unterscheidung zwischen der Lage in Ostmitteleuropa und der auf dem Balkan soll keineswegs besagen, dass Ostmitteleuropa vor nationalistischen Fehlentwicklungen sicher wäre. Man sollte meinen, dass die relative Homogenität der Länder in diesem Raum die Gefahr eines Abrutschens in den Nationalismus begrenzt. Aber die Rückkehr nationalistischer Ideologien und Diskurse steht in keinem Verhältnis zu den dort de facto zu lösenden Minderheitenproblemen. Es ist eher so, als ob sich alte Sprach- und Denkgewohnheiten wieder Geltung verschafften; gleichzeitig stellen diese Ideologien ein Mobilisierungspotential dar, dessen Wucht von den Gegengewichten abhängen wird, die sich auf dem neuen, im Entstehen begriffenen »politischen Markt« bilden werden. Was 1968 in Polen geschah, lehrt, dass es auch einen Antisemitismus ohne Juden geben kann. Und seit dem Herbst 1989 wissen wir, dass die Existenz einer Minderheit von kaum fünfzehntausend deutschsprachigen Schlesiern im Kontext der Vereinigung Deutschlands das Gespenst der deutschen Bedrohung erneut zum Leben zu erwecken vermag. Entscheidend wird jedoch die Fähigkeit der jungen Demokratien zur Integration nationaler Bestrebungen sein. In Polen werden die Differenzen innerhalb der *Solidarność* zwischen der Position um Wałęsa und der Richtung, die von Michnik zu Mazowiecki reicht, sowie das Verhalten der Kirche, wo sich anlässlich der Affäre um das Frauenkloster in Auschwitz ebenfalls Spannungen ergeben haben, entscheidenden Einfluss auf die Konturen des künftigen polnischen Nationalismus haben.

Kurz, wir erleben im Osten Europas – und das gilt im Grunde in unterschiedlichem Maße für ganz Europa – eine Aufwertung partikularer Identitäten. Die Wiederkehr der Geschichte ist auch die Wiederkehr nationalistischer Dämonen, die man längst begraben glaubte. Einmal mehr stehen sich heute eine europäisch inspirierte demokratische Politik und nationalistisch-populistische Strömungen gegenüber.

*

In der Tschechoslowakei geht es bei der nationalen Frage weniger um ein Minderheitenproblem (obgleich es in der Slowakei eine wichtige ungarische Minderheit gibt) als um die Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken. Die föderative Struktur des Staates, die erst 1968 reformiert worden ist, steht heute, nachdem sie zwanzig Jahre der »Normalisierung« überstanden hat, im Mittelpunkt einer Verfassungsdebatte, die für die Zukunft des Landes von Bedeutung ist. Einerseits spielt eine meinungsbildende Randschicht der slowakischen Öffentlichkeit, ermutigt (und finanziell unterstützt) von Emigrantenvereinigungen in Kanada und den USA, das Thema Separatis-

mus hoch. Fünfzehn Prozent der Wähler haben in der Slowakei für die Slowakische Nationalpartei gestimmt, die diese Ambitionen verkörpert; die Partei der Christlich-Demokratischen Bewegung unter Führung von Jan Čarnogursky ist für solche Ambitionen ebenfalls empfänglich, sei es auch nur aus wahltaktischen Gründen. Doch eine Mehrheit der Slowaken hat sich gegen diese Perspektive entschieden, was die Beunruhigung über die Stimmengewinne der Nationalisten beschwichtigen sollte. Im Grunde sind die Stimmabgaben für die Nationalisten in der Slowakei sowie die für die Liste der nationalen (ungarischen) Minderheit oder die zehn Prozent für die mährischen Regionalisten nur eine Bestätigung der eigenen Identität, wie sie nach Jahrzehnten einer von der kommunistischen Macht aufgezwungenen künstlichen Homogenität verständlich ist. Das Abtreten des Totalitarismus wird von einer Tendenz zur Fragmentierung begleitet, die eine natürliche Etappe auf dem Wege zur Wiederherstellung der *civil society* darstellen kann, selbst wenn das für die junge Demokratie die Gefahr in sich birgt, dass durch diesen Prozess die Strukturierung des frisch umbrochenen politischen Feldes erschwert wird.

Es gibt mehrere gute Gründe für die Hoffnung, dass die nationalistische Dynamik in der Slowakei schnell an ihre Grenzen stoßen wird. Zunächst einmal ist die Tatsache, dass das einzige historische Vorbild für die Idee eines katholisch-nationalistischen slowakischen Staates just zwischen 1939 und 1945 unter deutscher Protektion das Licht der Welt erblickt hat, eine nicht eben seriöse Empfehlung im Zeitalter des Durchbruchs der Demokratie. Wenn zweitens das erklärte Ziel die Rückkehr nach Europa sein soll, wissen die realistischeren Slowaken, dass es leichter sein wird, dieses Ziel mit der tschechischen »Lokomotive« zu erreichen. Und schließlich kann man das zentrale Problem der Identität der slowakischen Nation nicht auf deren Verhältnis zum tschechischen »großen Bruder« reduzieren. Denn es war Ungarn, das diese Nation bis 1918 beherrscht hat und sich heute immer unverhohlener für das Schicksal der über 600.000 Menschen zählenden ungarischen Minderheit in der Slowakei interessiert. Unter diesen Umständen könnte es sich als unklug erweisen, die separatistische Karte zu spielen und die bei den Tschechen bereits wahrnehmbare Ernüchterung angesichts der schwierigen Partnerschaft mit den Slowaken noch zu verstärken.

Unterdessen haben in Budapest die Wahlen vom März eine Koalition um das Demokratische Forum an die Macht gebracht, deren national-populistischer Kurs die Beziehungen Ungarns zu seinen nächsten Nachbarn belasten könnte. Eine der ersten Gesten des neuen Budapester Parlaments war die Verabschiedung einer feierlichen Deklaration, mit der die nach dem Zusammenbruch Österreich-Ungarns im Frieden von Trianon festgelegten Grenzen Ungarns für ungerechtfertigt erklärt wurden – eine Geste, die in Bratislava für einige Unruhe gesorgt hat.

Aber auch in Bukarest. Denn vor allem im Balkan brechen die nationalistischen Streitigkeiten mit größter Heftigkeit auf. Rumänien und Ungarn sind in der Frage Siebenbürgen zerstritten; in Bulgarien konzentriert sich der Nationalismus auf das Schicksal seiner türkischen Minderheit; in Jugoslawien machen Serben und Albaner im Kosovo gegeneinander Front, während Slowenien von Sezession und Heimkehr nach Mitteleuropa träumt.

Man könnte versucht sein, im Problem Siebenbürgen nur ein Überbleibsel des Regimes Ceausescu und seines Bestrebens zu sehen, die nationalen Gefühle zu seinem eigenen Vorteil zu manipulieren. Jahrelang äußerte sich der Konflikt in einem stellvertretenden Historikerstreit um die offizielle Bukarester These von der uralten rumänischen Präsenz in Siebenbürgen. Dann sprangen die Politiker, d.h. die Militärs in die Bresche. General Ilie Ceausescu, Nicolaes Bruder und stellvertretender Verteidigungsminister, stellte im Frühjahr 1989 eine Verbindung zwischen dem ideologischen »Revisionismus« Ungarns und seinem angeblichen territorialen Revisionismus her. Die ungarische Minderheit in Siebenbürgen wurde quasi als »Fünfte Kolonne« behandelt und einer sprachlichen und kulturellen Diskriminierung ausgesetzt, die das Elend und die Repression noch verschlimmerte, unter denen die ganze rumänische Bevölkerung zu leiden hatte.

Die Tatsache, dass der Aufstand gegen die Diktatur von Timisoara ausging, d.h. von der ungarischen Minderheit, der sich die rumänische Bevölkerung der Stadt anschloss, ließ hoffen, dass die Zeit nach Ceausescu im Zeichen der Verständigung zwischen den Rumänen und Ungarn Siebenbürgens stehen werde. Die Hoffnung war vergeblich. Seit März ist es immer wieder zu Angriffen von mehreren hundert Rumänen auf den Sitz der Ungarischen Demokratischen Union im siebenbürgischen Tirgu Mures gekommen, und weitere anti-ungarische Zwischenfälle wurden aus Cluj, Suceava und Craiova gemeldet. Das kulturelle und politische Erwachen der Ungarn Siebenbürgens seit Anfang 1990 hat für den rumänischen Nationalismus einen Kristallisationspunkt geschaffen. Die nationalistische Organisation *vatra Romanesca* (Wiege Rumäniens) verurteilt den ungarischen »Separatismus« und greift dabei die ideologischen Lieblingsthemen der *Eisernen Garde* aus den dreißiger Jahren auf. Was Präsident Ilescu betrifft, so hat er sich nach den Vorfällen von Tirgu Mures damit begnügt, »die Übergriffe rumänischer Bürger« zu beklagen, »die ihren Unmut über die Demonstrationen der ungarischen Minderheit zum Ausdruck gebracht haben«. Anstatt die beiden Gemeinschaften einander näherzubringen, scheint die Revolution sie endgültig getrennt zu haben. Als ob es die Rumänen, wie Cioran vermutet, nicht verwunden könnten, dass es die Ungarn waren, die ihre Revolution ausgelöst haben.

So besteht die Gefahr, dass die Siebenbürgen-Frage in den kommenden Jahren, von rumänischer wie von ungarischer Seite zu nationalistischen Abenteuern ermutigt, mit allen Folgen, die dies für die Beziehungen zwi-

schen den beiden Staaten haben kann. Schon im Sommer 1989 hatten verschiedene führende Ungarn (unter ihnen Imre Pozsgay und der ehemalige Außenminister Gyula Horn) durchblicken lassen, dass Ungarn seine strategische Doktrin ändern müsse, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass »die Gefahr nicht mehr vom Westen, sondern vom Südosten« ausgehe. Zum ersten Male bezeichneten sich die beiden verbündeten Staaten gegenseitig als »Gegner Nummer Eins«. Im Grunde hat sich seit dem Zusammenbruch des Kommunismus nichts geändert. Der Warschauer Pakt fällt auseinander. Wenn er überhaupt noch eine Daseinsberechtigung haben soll, dann die, Konflikte zwischen seinen Mitgliedsstaaten zu verhindern.

Der andere kritische Punkt im Pulverfass Balkan ist der Konflikt um den Kosovo, in dem sich Serben und Albaner sowie – im weiteren Sinne – Jugoslawien und Albanien gegenüberstehen. Zunächst ist das (wie Siebenbürgen) der klassische Fall zweier Nationen, die ein und dasselbe Gebiet als Dreh- und Angelpunkt ihrer nationalen Identität betrachten. Für die Albaner ist der Kosovo seit Ende des 19. Jahrhunderts das Piemont der albanischen Einheit. Für die Serben ist der Kosovo die Wiege des mittelalterlichen Königreiches Serbien; ihn aufzugeben ist undenkbar. Die Albaner des Kosovo sind heute – dank Jugoslawiens – der bestentwickelte und freieste Teil der albanischen Nation. Sie träumen vielleicht von einem Groß-Albanien (was letztes Mal mit Hilfe Mussolinis verwirklicht worden war), das aber sicherlich nicht mittels schlichter Annexion durch das Regime in Tirana zu restituieren wäre, fielen diesem Akt doch als erstes die Eliten des Kosovo zum Opfer. Groß-Albanien könnte nur durch eine Öffnung Albaniens bei gleichzeitiger Auflösung Jugoslawiens entstehen. Beide Prozesse sind bereits im Gange.

Denn der Konflikt um den Kosovo stellt nicht nur eine Gefahr für die Beziehungen Jugoslawiens zu Albanien dar, er bedroht in Zukunft sogar die Existenz des jugoslawischen Staates selbst. Er hat im Land eine Kettenreaktion von Nationalismen ausgelöst, die vom Süden bis zum Norden reicht: Die Forderungen der Albaner nach dem Status einer eigenständigen Teilrepublik haben den serbischen Nationalismus verstärkt; dieser schwankt zwischen einer harten Linie (Verhängung des Belagerungszustandes 1989) und Zugeständnissen (Aufhebung des Ausnahmezustandes und Freilassung der politischen Gefangenen im April 1990). Letzteres hat wiederum das Nationalgefühl der Slowenen und Kroaten wachgerufen. Angesichts eines Serbiens unter Slobodan Milošević, das für nationalpopulistisch und zentralistisch gilt, hat Slowenien seine Demokratisierungsbewegung beschleunigt und für das Recht auf Sezession gestimmt, während die kroatischen Wähler eine nationalistische Koalition unter der Präsidentschaft von General Tudjman an die Macht gebracht haben. Und der zentrifugale Prozess wird nicht erst dann unumkehrbar sein, wenn die Spaltung zwischen Serbien und Slowenien sich

in der Spaltung zwischen Serbien und Kroatien fortgesetzt hat. Unterdessen blickt man in Ljubljana lieber nach Wien, Triest oder Budapest – nach Mitteleuropa also, dem Slowenien bis 1918 zugehörte – als nach Belgrad. Auf Distanz zu Belgrad zu gehen, bedeutet für die Slowenen den Abschied vom Kommunismus, der mit einem Abschied von Jugoslawien Hand in Hand geht. Die Auflösung des kommunistischen Systems und die des jugoslawischen Staates schaukeln einander hoch. Nur eine serbische Militärdiktatur (so die Pessimisten) oder eine echte Konföderation (so die Optimisten) könnte den Ausbruch eines Bürgerkrieges und die daraus resultierende »Libanisierung« des Balkans abwenden.

*

Im Unterschied zum Balkan wird in Ostmitteleuropa das nationale Problem von den Auswirkungen der deutschen Vereinigung und dem Zerfall des sowjetischen Imperiums abhängen.

Der Fall der Mauer ist für jedermann das Symbol der Rückkehr nach Europa gewesen. Aber die Schnelligkeit, mit der die Frage der deutschen Vereinigung auf die Tagesordnung gerückt ist, weckt bereits wieder alte Ängste bei den Nachbarn im Osten, vor allem bei den Polen; die lange Zurückhaltung von Kohl bei der Abgabe von Grenzgarantien gegenüber dem Osten hat dort das Ihre getan, die antideutsche Stimmung zu schüren. Die Rückwirkungen der Vereinigung sind auch für jene Länder von Bedeutung, die keine gemeinsame Grenze mit Deutschland haben. Das Verschwinden der innerdeutschen Grenze birgt die Gefahr, dass auch andere für unrechtmäßig gehaltene Grenzen in Frage gestellt werden.

Die Aussicht, dass ein großes Deutschland die UdSSR als beherrschende Macht in Ostmitteleuropa ablöst, hat zwei ganz gegensätzliche Reaktionen ausgelöst. Auf der einen Seite die Reaktion von Václav Havel, der, kaum gewählt, nach Deutschland gereist ist. Sein Treffen mit Richard von Weizsäcker war die Begegnung zweier politischer Moralisten, die gemeinsam bestrebt sind, eine neue Seite in der von Hitler und Stalin ererbten Geschichte aufzuschlagen: Die »Entschuldigungen« Havels für die Behandlung der drei Millionen aus der Tschechoslowakei vertriebenen Deutschen durch die Tschechen war das symbolische Gegenstück zu Weizsäckers berühmter Rede zum 40. Jahrestag der deutschen Niederlage. Havel erklärte: »Nicht auf die Größe Deutschlands kommt es an, sondern darauf, dass es eine Demokratie ist.«

Zur selben Zeit zeichnete sich ein polnischer Ansatz ab, der nicht von moralischen Erwägungen oder von dem Glauben an die demokratische Tugend des neuen Deutschlands geprägt war, sondern von sicherheits- und geopolitischen Fragen. Anstelle des »Paares« Weizsäcker-Havel hießen die Protagonisten hier Mazowiecki/Jaruzelski und Kohl.

Indes setzten Kohls Zögern und das Aufkommen eines fremdenfeindlichen Nationalismus in der DDR den in zwanzig Jahren Ostpolitik erreichten Fortschritt aufs Spiel. Während Havel, beflügelt durch seine Mittlerrolle, sich eine neue Sicherheitsordnung für Europa ausmalte, erfolgte die Wiederentdeckung des deutschen Problems durch die Polen im Zeichen alter historischer und geopolitischer Bedenken: Das Gewicht Deutschlands muss durch Russland und Frankreich ausbalanciert werden.

In einem Leitartikel der *Gazeta Wyborcza*, der Tageszeitung der *Solidarność*, schrieb Michnik am 7. Dezember 1989: »Die Beziehungen zu Deutschland sind von entscheidender Bedeutung für die Zukunft Europas, und deshalb sind die derzeitigen Ausbrüche von Polenhass bei den Deutschen nicht nur ein Angriff auf die Polen. Sie sind ein Angriff auf die demokratische Ordnung in Europa und, wie wir meinen, auch auf das wohlverstandene Interesse Deutschlands... Wir sprechen es heute aus, bevor es zu spät ist: Hass gebiert Hass.«

*

Die Unruhe Michniks und anderer Führer der *Solidarność* entspringt der Sorge, dass die Nationalismen den Übergang zur Demokratie im ganzen östlichen Europa gefährden könnten. Bei dem, was man aus Deutschland-Ost hört, darf man sich in der Tat fragen, welches Gewicht die nationalistische Rechte im vereinigten Deutschland haben wird. Ebenso konnte das deutsche Zögern die traditionelle nationalistische Strömung in Polen nur verstärken. Welche Rolle spielt nun die Wiederkehr des Verdrängten nach dem Ende des Kommunismus?

Zwei Thesen bieten sich an, versinnbildlicht durch Eisschrank und Fegefeuer. Der Kommunismus, sagen die einen, sei wie ein Eisschrank, in dem jahrzehntelang Menschen lebendig eingesperrt waren. Ihre Probleme und nachbarschaftlichen Rivalitäten wurden eingefroren. Heute erwacht das alles wieder zum Leben: Einiges ist frisch wie am ersten Tag, bis in Sprache und Denken hinein; anderes hat nach fünfzig Jahren ernsthaften Schaden gelitten. Und so, schreibt der polnische Journalist David Warszawski, »findet man heute in Polen eine Rechte, die nationalistisch, autoritär, erzkatholisch und antisemitisch ist; einen Sozialismus, der sich am Radomer Programm von 1937 orientiert; und eine Kirche, die sich als vornehmster Ausdruck des Volkes versteht (und vom Volk auch so gesehen wird).«

Man könnte diese beunruhigende, aber nicht eigentlich überraschende Diagnose für den größten Teil jener Länder stellen, die auf dem Weg der Entsovjetisierung sind, angefangen bei den Republiken der Sowjetunion. Heute zeigt sich starke demokratische Interaktion zwischen den Umbrüchen an der äußeren (osteuropäischen) Peripherie des Sowjetimperiums und denjenigen an der inneren Peripherie (Baltikum, Ukraine). Michnik hat in Kiew auf dem

Kongress der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung *Ruch* Triumphe gefeiert, zumal als er seinen Vortrag über die Zukunft der Freiheit mit einem echt Gaullistischen »Es lebe die freie Ukraine!« schloss. Derselbe Michnik macht jedoch keinen Hehl aus seiner Besorgnis, was aus dem zerfallenden Imperium wird, wenn der Übergang zur Demokratie fehlschlagen sollte: »Eine Mischung aus Nationalismus und Fremdenhass wäre dann die größte Gefahr für Osteuropa. Das Verschwinden des Kommunismus kann zu neuen repressiven Regimen führen, die von der Feindschaft gegeneinander leben.«

Aber es muss nicht immer zum Schlimmsten kommen. Es gibt auch eine andere Hypothese, die nicht nur optimistischer ist, sondern der gegenwärtigen Phase des friedlichen Übergangs auch besser entspricht: Der Kommunismus gleiche einem Fegefeuer, aus dem die Menschen im östlichen Europa nun hervortreten und etwas mitbringen: die Erfahrung von vierzig Jahren Widerstand. Das sei die wahre Schule der Demokratie, die allein imstande ist, die nationalistischen Kräfte zu integrieren. In der Tat hat die Erfahrung des Kampfes um die Menschenrechte – der *Solidarność* in Polen, der *Charta 77* in der Tschechoslowakei, des demokratischen Widerstandes in Ungarn – in diesen Ländern die Bindung an den Pluralismus verstärkt und es erlaubt, neue Bande zwischen Nationen zu knüpfen, die einander durch die Vergangenheit und das kommunistische Regime entfremdet worden waren.

Intellektuelle haben im 19. Jahrhundert den Nationalismus »erfunden«. Die Intellektuellen von heute sind in doppelter Hinsicht verkatert: Zum Katzenjammer des Nationalismus gesellt sich der Katzenjammer des Kommunismus, mit dem sich viele genau deshalb identifiziert hatten, weil sie dem Unheil des Nationalismus wehren wollten. Sie tragen heute, wie 1848 oder 1918, eine erhebliche Mitverantwortung bei der Mischung von Altem und Neuem, wie sie für den Wiederaufbau der politischen Kulturen im Osten Europas charakteristisch ist. Jene Kulturen, die am widerstandsfähigsten gegen den Totalitarismus waren, sind nicht unbedingt prädestiniert für den Übergang zur Demokratie: Die polnische Mischung aus Nationalismus und Katholizismus ist nur ein Beispiel von vielen.

Die Vertreter der Fegefeuer-Hypothese weisen darauf hin, dass sich die heutigen Gesellschaften des östlichen Europas ganz erheblich von jenen aus der Zeit vor dem Kommunismus unterscheiden, und betonen mit Recht, dass die Demokratie der friedlichen Revolutionen von 1989, wie 1848 oder 1918, die legitimen nationalen Bestrebungen in sich aufzunehmen vermag.

Die Verfechter der Eisschranktheorie befürchten hingegen, dass die Gefahren nationalistisch-populistischer Fehlentwicklungen ohne West-Integration nicht zu bannen sind. Umso eher, als mancher im Westen bereits beginnt, den imperialen Gewissheiten von gestern nachzutruern, und mit dem großen griechischen Dichter Konstantin Kavafis sagt: »Und jetzt – was ohne Barbaren aus uns wird! / Diese Menschen waren eine Art Lösung.«

*

Im entsowjetisierten Europa stehen sich heute die auf West-Integration zielenden demokratischen Strömungen und die Kräfte des Nationalpopulismus, der »Rückbesinnung aufs Eigene« gegenüber. Die nationalistischen Kräfte scheinen auf dem Balkan bedrohlicher zu sein als in Ostmitteleuropa, und zwar aus mehreren Gründen: Erstens ist die demokratische Tradition auf dem Balkan schwach, zum Teil überhaupt nicht ausgebildet. Zweitens war das Verhältnis zwischen Kommunismus und Nationalismus dort ein anderes. Die großen politischen Krisen auf dem Balkan gingen auf einen »Nationalismus des Apparats« zurück, d.h. auf das Bestreben des kommunistischen Systems, seine Selbständigkeit gegenüber Moskau durch Rückgriff auf den Nationalismus zu stärken und zugleich die autoritären Macht- und Gesellschaftsstrukturen zu erhalten. So war es bei Tito schon 1948, bei Hodscha zu Beginn der sechziger Jahre, dann bei Ceausescu Ende der sechziger Jahre, ganz zu schweigen von Schiwkoff gegen Ende seiner Herrschaft. In Ostmitteleuropa hingegen stellt sich das Problem des Nationalismus anders. In Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei handelt es sich um Aufbrüche zur Demokratie, die in dem Moment zu nationalen Bewegungen wurden, wo äußerer Zwang das Haupthindernis bei der Verwirklichung des demokratischen Programms bildete. Daher die Phänomene Nagy, Gomulka und Dubček, die ihrem Wesen nach keinen nationalen Stalinismus repräsentierten, wie Hodscha oder Ceausescu, sondern den (nicht immer geglückten) Versuch, das System den demokratischen Bestrebungen der Gesellschaft anzupassen. Drittens scheinen in Ostmitteleuropa das Gewicht der demokratischen Kräfte und die Zusammenarbeit der neuen, aus dem Dissidententum hervorgegangenen politischen Eliten die nationalen Bestrebungen mehr oder weniger zu absorbieren. Und nicht zuletzt zeichnet sich dort angesichts der gegenwärtigen Desintegrationsprozesse der Wille ab, den Zusammenbruch des Sowjetimperiums aufzufangen und das Fundament für eine neue Zusammenarbeit zu legen. Das Treffen von Bratislava, zu dem Havel im April 1990 einlud, oder die *Pentagonale* (eine mitteleuropäische Initiative unter Einschluss von Österreich und Italien) sind Ansätze, die »Rückkehr nach Europa« mit vereinten Kräften an den Klippen nationalistischer Fehlentwicklungen vorbeizusteuern.

Aus dem Französischen von Holger Fließbach

Nationen, Imperium und übernationale Gemeinschaft

Marju Lauristin: In der Sowjetunion findet eine Wiedergeburt der Nationen statt, eine Restauration der gewaltsam abgeschafften nationalstaatlichen Souveränität. In Westeuropa hingegen herrschen ganz andere Ideen – man denkt an Integration, an Konföderation und Vereinigung –, d.h. man verzichtet freiwillig auf einen Teil der nationalen Souveränität. Und aus dieser Situation heraus werden wir oft nicht verstanden und beschuldigt, dass wir zum Nationalismus des 19. Jahrhunderts zurückkehren wollen. Dem ist aber nicht so. Ich möchte auf fünf grundlegende Bereiche hinweisen, in denen die Interessen der Nationen in der Sowjetunion bedroht sind. Im ersten Bereich geht es um die Bewahrung der nationalen Kultur, der Nationalsprache. Die Sowjetisierung der Kultur bedeutet seit fünfzig, für einige auch siebzig Jahren eine starke Bedrohung für die Nationalsprachen. Die Sprachen vieler nichtrussischer Völker wurden aus mannigfachen Lebensbereichen weitgehend verdrängt, die Ausbildung in der Muttersprache reduziert. Und auch für das russische Volk selbst führte die Sowjetisierung seiner Kultur zur Degenerierung seiner Sprache.

Eine andere wichtige Sphäre, in der nationale Interessen immer stärker bedroht sind, ist die der Ökologie. Denn jede historisch gewachsene Nation besitzt individuelle, enge Beziehungen zu ihrer Natur, Beziehungen, die sich im Laufe von Jahrhunderten, bei manchen Völkern Jahrtausenden, entwickelt haben. Das estnische Volk beispielsweise

lebt schon seit 5000 Jahren auf seinem Territorium, und was wir an Natur haben, das wurde in jahrhundertelanger Mühe geschaffen. Das Sowjetimperium hat die engen Beziehungen der einzelnen Nationen zu ihrer Umwelt niemals respektiert. Unbarmherzig zerstörte sie diese Bande, bis zur Vernichtung der natürlichen Umwelt ganzer Völker, und damit dieser selbst. Erinnern wir uns an das tragische Schicksal vieler kleiner Völker des Nordens, aber auch der furchtbaren Hungerkatastrophe im Ural. Aber auch für die Völker, die diesem Schicksal entrannen, ist die Gefahr immer noch aktuell: Denken wir nur an Weißrussland nach der Katastrophe von Tschernobyl. Die Nationen der Sowjetunion haben kein Recht auf Selbstverteidigung, auf Verteidigung ihrer Umwelt. Auch die Völker des Baltikums haben bittere Erfahrungen mit Eingriffen der Zentralbehörden in Umweltangelegenheiten. Das Atomkraftwerk in Litauen, das Wasserkraftwerk in Lettland, welches ganze Landstriche vernichtete, die Pläne für eine Phosphorgrube in Estland, die einem Drittel des Landes buchstäblich das Wasser abgräbt...

Der wichtigste Bereich ist natürlich die Ökonomie. Jede Nation hat ihre Wirtschaft im Einklang mit ihren Ressourcen und Interessen entwickelt. Jede freie Nation – nicht aber die Völker der UdSSR. Die Wirtschaft der Sowjetrepubliken hat sich nicht gemäß den Ressourcen und Interessen ihrer Völker entwickelt, sondern gemäß den von Moskau geschaffenen Plänen. Was heißt das?

Es heißt, dass irgendein Minister mit dem Finger auf die Landkarte zeigt, und dort werden dann Fabriken hingestellt oder Bergwerke gebaut, ohne dass er sich um die Folgen kümmert. Mit dem Ergebnis, dass die Wirtschaft der Sowjetrepubliken nicht Grundlage des nationalen Wohlstandes und der Entwicklung wurde, sondern vielmehr Unterdrückung und Armut über die Völker brachte.

Der vierte Bereich umfasst Politik und Ideologie. Durch die Eingliederung unserer Völker in die Sowjetunion wurden auch die politischen Strukturen zerstört, die sich in Jahrhunderten entwickelt hatten. Die politischen Parteien wurden aufgelöst, die eigene Geschichte, einschließlich der russischen, wurde verboten. Alle Nationen der Sowjetunion waren schrecklichen Repressalien ausgesetzt. Das estnische Volk verlor infolge der Okkupation, der Repressionen und des Krieges insgesamt ein Viertel seiner Vorkriegsbevölkerung. Bis heute wird die politische Entwicklung unserer Nationen durch direkte militärische Präsenz kontrolliert.

Und schließlich, fünftens, etwas, das nicht so offensichtlich, aber von großer Bedeutung ist: die Freiheit der eigenen Gesetzgebung. Vor allem kleinere Völker wie das meine empfinden die Standardisierung der Gesetzgebung, die gewaltsame Unterordnung unter gesamt-sowjetische Gesetze als eine Bedrohung. Selbst über die Legislative zu verfügen, ist für ein Volk die wichtigste Bedingung für seine freie Entwicklung. Natürlich kann dieses Recht eingeschränkt werden, genauso wie das Recht des Einzelnen auf Freiheit, aber nur auf freiwilliger Grundlage. Wir sehen, wie in der UdSSR alle Anstrengungen zu einer autonomen Gesetzgebung – und in den baltischen Ländern gab es immer wieder Vorstöße – bis heute, bis in die Zeit der Perestro-

jka auf die Ablehnung Moskaus stoßen und die Zentralregierung mit Drohungen reagiert. Denn das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Existenz und Entwicklung innerhalb der UdSSR kennt keine internationalen Garantien, wie sie etwa auch für die Länder der Dritten Welt gelten. Wir halten die Schaffung solcher Garantien, eines Systems internationaler Prinzipien auf der Grundlage der Menschenrechte, für unbedingt notwendig.

Die sowjetische Regierung hat sich bisher weder zu der 1940 erfolgten Okkupation des Baltikums noch zu Moldawien, der Ukraine oder Weißrussland geäußert. Auch nicht zu der Tatsache, dass sie die asiatischen Republiken in Kolonien verwandelt hat, deren Situation zumeist schlechter ist als die in den Ländern der Dritten Welt. Der Weltöffentlichkeit wird bis heute vorgespiegelt, dass die UdSSR eine freie Gemeinschaft von Nationen ist, in der jedes Volk das Recht auf Selbstbestimmung hat, einschließlich das des Austritts aus diesem Verband. Als das Akademiemitglied Sacharow auf dem ersten Kongress der Volksdeputierten vorschlug, die Veränderungen in der Staaten-Struktur der UdSSR und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen in den Katalog der dringenden Fragen der Perestrojka aufzunehmen, hat ihm Gorbatschow eigenhändig das Mikrophon abgeschaltet. Vor der offenen Gewalt, die Moskau gegen jede Republik ausübt, die versucht, das Recht auf Unabhängigkeit in Anspruch zu nehmen, schließen die Unterzeichnerstaaten des Helsinki-Abkommens bis auf den heutigen Tag lieber die Augen.

Ernest Gellner: Marju Lauristin hat zwei Bemerkungen gemacht, an die ich anknüpfen möchte. Zum einen sagte sie, dass eine Wiederkehr der tragischen

Ereignisse von 1939/40 vermieden werden müsse (Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 gab Stalin in den baltischen Staaten freie Hand; 1940 wurden sie von der Sowjetunion okkupiert, d. Red.). Hier sind wir uns ganz und gar einig. Ich glaube allerdings, dass man dazu bestimmte Überlegungen anstellen muss. Die andere Bemerkung betraf das offensichtlich erstrebens- und lobenswerte Prinzip, dass jede Nation ihr Schicksal frei wählen können. Auch hier kann ich nur beipflichten. Unglücklicherweise macht es uns die Welt, in der wir leben, ein bisschen schwer, dieses Prinzip universal anzuwenden, denn die freie Selbstbestimmung der georgischen Nation (die ich ebenso sehr bewundere wie die estnische) muss nicht ohne weiteres verträglich sein mit der freien Selbstbestimmung etwa der Abchasen. Der Anspruch der aserbajdschanischen Bevölkerung auf das, was sie als ihre historische Heimat betrachten, erfolgt im Namen desselben Prinzips, verträgt sich aber nicht ganz mit den Vorstellungen der Bewohner von Berg Karabach und so weiter.

Wir diskutieren hier über die Demokratisierung Ostmitteleuropas. Demokratisierung ist in diesem Zusammenhang nur eine Abkürzung für eine ganze Reihe tiefgreifender Änderungen, welche mit der Einführung von Rechtsstaatlichkeit, politischem Pluralismus, freier Wirtschaft etc. einhergehen. Ich glaube, diese Dinge halten wir alle hier für erstrebenswert. Unglücklicherweise ist der komplizierte Prozess ihrer Verwirklichung zwei Herrschern unterworfen, unter deren Regiment wir heute leben. Nicht Lust und Schmerz, wie Bentham dachte; das wäre ein wenig abstrakt. Die beiden mächtigsten Herrscher, denen moderne Gesellschaften unterworfen sind, sind das ökonomische Wachstum, ohne welches keine Regierung ihre Legitimität

aufrechterhalten kann, und das Prinzip der Ethnizität, der Kongruenz von ethnischen und politischen Einheiten, ohne welche die Regierungen ebenfalls ihre Autorität gegenüber der Bevölkerung verlieren würden.

Ich will die Ökonomie beiseitelassen – da bin ich nicht zuhause – und gleich auf das zweite Damokles-Schwert zu sprechen kommen, das über uns hängt: die Gefahr ethnischer Turbulenzen. Gestatten Sie mir einen kurzen Abriss der Geschichte ethnischer Probleme seit 1815. Man kann sehr deutlich fünf Perioden unterscheiden.

Erstes Stadium. Für die politische Karte des östlichen Europa brauchte ein Kartograph im 19. Jahrhundert nur drei Farben: Sie reichten aus, um drei Reiche zu markieren, von denen keines auf dem Prinzip der Nation beruhte. Sie waren jeweils auf eine Mischung dynastischer und religiöser Prinzipien gegründet: auf den Sunnitischen Islam, den Katholizismus der Gegenreformation und die Orthodoxe Kirche. Alle drei Systeme verkörperten funktionstüchtige Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Zweites Stadium. Mit dem Aufkommen der Industriegesellschaft verließen viele Menschen ihren angestammten Boden, den sie als Bauern bearbeitet hatten, und damit auch ihre geschlossenen Gemeinschaften. Die Sprache signalisierte nicht mehr den gesellschaftlichen Status. Die Arbeit verlor ihren körperlichen Charakter und wurde semantisch. Die Gesellschaft expandierte, wurde mobil, anonym und relativ egalitär. Für die Menschen wurde es zu einer entscheidenden Frage, die Sprache der ökonomischen und politischen Bürokratien zu sprechen, mit denen sie zu tun hatten. Und so wurden sie Nationalisten. Das 19. Jahrhundert ist durch nationalistische Befreiungsbewegungen gekennzeich-

net, zu denen meine Vorrednerin nicht zurückkehren will, und ich verstehe das gut.

Stadium drei. 1918 triumphieren diese Bewegungen, die großen Reiche werden durch eine Vielzahl beträchtlich kleinerer Staaten ersetzt, die anfänglich schwach und alle ebenso von Minoritätenproblemen geplagt sind wie ihre imperialen Vorgänger. Denn die ethnische Karte des östlichen Europa ist so komplex, dass jede noch so kluge Grenzziehung Probleme schafft.

Stadium vier. Ich möchte es mit einem Ausdruck bezeichnen, dessen sich die Nazis bedient haben: »bei Nacht und Nebel«. Im Schutz der Finsternis, die mit dem Krieg über den Osten Europas hereingebrochen war, bereinigten Hitler und Stalin gemeinsam die ethnische Karte dieser Region; nach dem Krieg setzte Stalin diese Politik fort. Neben der relativ milden Technik der Assimilation wurden zwei weitere Methoden eingesetzt: Genozid und Verschleppung ganzer Bevölkerungen. Dies trug hier und da zur Lösung der ethnischen Probleme bei, aber nicht überall. Hitler und Stalin hatten ihre Arbeit nur halb getan.

Stadium fünf. Es ist leider nur hypothetisch; ich hoffe jedoch, dass es allgemein Wirklichkeit wird: Lokale Autonomie in einem föderalistischen Rahmen bei hinreichend erfolgreicher Industrialisierung könnte wesentlich dazu beitragen, die Unterschiede im wirtschaftlichen Status zu nivellieren, so dass die verschiedenen ethnischen Gruppen sich nicht länger am Reichtum des Anderen stoßen, sondern schlimmstenfalls an seiner Sprache. In manchen Teilen der Welt zeichnen sich diese glücklichen Bedingungen am Horizont ab.

So etwa würde ich eine Theorie der Rolle des Ethnischen in der Politik seit 1815 skizzieren. Sie trifft auf zwei Drit-

tel des östlichen Europa zu. Ein Drittel, das ehemalige russische Reich, durchlief die ersten beiden Stadien, übersprang aber das dritte. Während die beiden anderen Ideokratien durch Staaten abgelöst wurden, die das Nationalprinzip beschworen, wurde das russische Imperium bekanntlich einer neuen ideologischen Herrschaft unterstellt, der es gelang, den Übergang in das dritte Stadium zu verhindern. Im vierten Stadium wurden Millionen Menschen vernichtet oder »verschoben«, ohne dass die ethnischen Probleme von der Landkarte verschwanden. Stadium fünf bleibt uns als Hoffnung. Es sollte uns heute darum gehen zu verhindern, dass die immer noch bestehenden ethnischen Probleme im Osten Europas zu einem Nachholen von Stadium drei oder, noch schlimmer, zu einem Rückfall in Stadium vier, in »Nacht und Nebel« führen. Anfänge davon sind schon zu beobachten; in Baku und Sumgait etwa gab es blutige Unruhen, die Menschenleben forderten.

Ich bin keineswegs gegen volle lokale Autonomie. Auch ich finde, »Small is beautiful«, Vielfalt ist besser als langweilige Einheitlichkeit. Doch angesichts der Komplexität der osteuropäischen Landkarte kann die unkritische Unterstützung des Rechts auf sofortige und volle nationale Selbstbestimmung nur zu einer Wiederkehr der alten und furchtbaren Konflikte führen – eine Entwicklung, die anderswo schon begonnen hat. Einige Befürworter dieses Rechts interpretieren die ethnischen Probleme gerne als Konflikt zwischen einem Zentrum und unterdrückten Völkern. Das ist irreführend. Natürlich gab und gibt es ein Zentrum, Ideokratie und Repression. Schließlich bin ich nicht blind. Aber der Konflikt findet nicht in erster Linie zwischen Zentrum und ethnischer Peripherie

statt. Er verläuft mindestens ebenso heftig zwischen verschiedenen Gruppen in der Peripherie.

Was ist die Moral? Ohne mich hier in eine Predigt versteigen zu wollen, möchte ich doch versuchen, den kleinen Nationen, die so schrecklich gelitten haben, einen Rat zu geben. Ich will es nicht dabei bewenden lassen, zur Geduld zu mahnen, wie es viele tun. Mein Appell wäre: Helft dem Zentrum, sein Gesicht zu wahren! Das Zentrum ist im Moment in tödlicher Gefahr. Wenn das Ganze auseinanderfällt, kann einmal mehr die Zeit von »Nacht und Nebel« kommen. Ich hege eine tiefe Sympathie für die sowjetischen Bürger, die in den letzten Jahren alles getan haben, um eine Entwicklung in diese Richtung zu verhindern, nicht, um die Vormacht des Zentrums zu bewahren, sondern um größeres Unglück von den Menschen abzuwenden.

Wenn die rivalisierenden Ansprüche, wie sie die verschiedenen ethnischen Gruppen vertreten (gleich, ob diese Ansprüche nun demographischer, historischer oder anderer Natur sind), unmittelbar und einseitig erfüllt würden, können die daraus resultierende Konflikte nicht nur zu ungeheurem Leid, sondern auch zum Scheitern des gegenwärtigen Versuchs führen, im östlichen Europa liberale und demokratische Institutionen zu schaffen.

Marcin Król: Ich muss sagen, dass ich die Sorge um das Sicherheitsgefühl der Sowjetunion, die in den westlichen Ländern so oft geäußert wird, überhaupt nicht verstehe. Soviel ich weiß, wollte in letzter Zeit niemand die Sowjetunion überfallen, und ich kann auch niemanden sehen, der sie überfallen könnte. Ich denke, dass sich die Sowjetunion selbst um ihre Sicherheit kümmert und wir

ihr dabei nicht helfen müssen. Ich verstehe auch nicht, was das heißen soll: für die Sicherheit der Sowjetunion sorgen. Heißt das, ihre Desintegration zu verhindern? Aber das hieße doch auch, dass wir gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Nationen sind. Eine so verstandene Sicherheit der Sowjetunion und eine so verstandene Präsenz der Sowjetunion in Europa stellt den Sinn der Existenz Europas in Frage, untergräbt die Kategorien, auf denen das europäische Denken basiert. Wir können nicht beides auf einmal haben: europäischen Universalismus und die Sowjetunion in Europa. Wohl vorstellbar ist europäischer Universalismus und die verschiedenen Länder in Europa, die heute zur Sowjetunion gehören! Die große Mehrheit von uns hält sicher die Vereinigung des deutschen Volks für natürlich und wünschenswert, warum also sollen wir die Esten bei ihrem Streben nach Selbstbestimmung zurückhalten, oder die Balten oder die anderen Völker der Sowjetunion?

In der Zeit der *Solidarność*, 1980/81, hat man den Polen unaufhörlich gesagt: »Ihr geht zu weit!« Dieses »zu weit« wurde natürlich niemals definiert. Was heißt „zu weit“ in einem solchen Fall? Und wie hätten wir das Recht, den Esten oder irgendjemandem heute zu sagen, dass sie zu weit gehen? Ich verstehe, dass zum Beispiel die polnische Regierung den Litauern einfach aus politischen Gründen nicht politisch beistehen kann, sie kann die Unabhängigkeit Litauens heute nicht anerkennen und keinen Botschafter dorthin schicken. Schlicht deshalb, weil wir die Sowjetunion neben uns haben; es gibt sie noch, und sie ist bedeutend stärker als wir, wir sollten also nicht in Konflikt mit ihr geraten. Aber niemand in Polen würde den Litauern ernsthaft sagen: »Ihr geht zu weit!« Wenn, dann sol-

len sie sich das selbst sagen, aber unser Recht zu dieser Art von Einmischung ist gleich Null.

Ich glaube, dass die westlichen Länder, die 45 Jahre lang nichts getan haben, um den östlichen zu helfen, sowohl einen politischen als auch einen moralischen Fehler begehen, wenn sie diese Länder heute zur Mäßigung aufrufen und vor der drohenden Desintegration der Sowjetunion warnen. Warum ist dies auch ein moralischer Fehler? Bekanntlich spielt die Moral in der Politik im Allgemeinen keine Rolle – in diesem Fall jedoch ist sie wichtig, und zwar aus einem bestimmten Grund. Ich schätze die Idee des Universalismus, die Welt nicht nach dem Prinzip von Nationalstaaten, sondern nach universalen Prinzipien einzurichten. Wenn wir in diese Richtung streben (und es ist natürlich ein langer Weg), dann auf der Grundlage eines gewissen Kanons europäischer Werte, christlicher Werte vor allem. Wenn wir diese Werte respektieren, können wir nicht zur gleichen Zeit gegen sie verstoßen, denn so erreichen wir gar nichts. Und die Verletzung dieser Werte läge eben darin, dass man anderen Völkern Rechte abspricht, die man sich selbst zubilligt und von deren Universalität man überzeugt ist.

Meine letzte Frage: Was würde denn geschehen, wenn die Sowjetunion zerfällt? Wir wissen es nicht, aber vielleicht müssen wir uns auch nicht so sehr davor fürchten. Selbst wenn die Sowjetunion zerfällt, so muss dieser Prozess nicht zwangsläufig katastrophische Züge annehmen. Immerhin würde noch Russland bleiben, ein mächtiger Staat, und das für lange Zeit. Die Furcht vor dem Zerfall der Sowjetunion, vor dem Sturz Gorbatschows, ist meiner Meinung nach ziemlich übertrieben. Sie entspringt einer über viele Jahre mühsam aufgebauten Illusion von der Stabilität der Sowjet-

union, einer Illusion, die nun um jeden Preis aufrechterhalten wird, besonders und aus verständlichen Gründen natürlich von den Deutschen. Spätestens heute ist sie, meiner Meinung nach, obsolet geworden.

Vielleicht sollten wir uns weniger mit der Sowjetunion beschäftigen. Lassen wir sie zerfallen. Wir sollten diesen Prozess nicht beschleunigen, aber wir sollten auch nichts zu verhindern suchen. Die Sicherheit der Sowjetunion ist nicht unsere Sorge. Und wenn wir nach einem universalistischen Europa streben, dann sollten wir dessen eingedenk bleiben, dass alle die gleichen Rechte darauf haben. Jeder Versuch einer Einschränkung dieser Rechte im Namen von »Realpolitik« widerspräche unserem Bestreben und könnte dann zu Konflikten führen, vor denen wir uns in der Tat fürchten müssten.

Michael Stürmer: Die Europäer leben heute in einem tiefen, wahrscheinlich aber lösbaren Widerspruch. Im östlichen Mitteleuropa haben die Nationen ihre Selbstbehauptung gefunden. Sie befreien sich von der stalinistischen Vergangenheit und versuchen, eine neue Bestimmung für sich zu definieren. Zur selben Zeit geht die westeuropäische Integration geradezu mit Siebenmeilenstiefeln voran – sogar in Richtung politische Union, ja selbst in Richtung Sicherheitsunion.

Das hat sehr viel zu tun mit Deutschland. Deutschland liegt gewissermaßen am Kreuzungspunkt dieser Entwicklungen. So wie es jetzt aussieht, wird sich Deutschland ganz eindeutig auf die Seite der Integration und nicht auf die Seite der nationalen Wiederbelebung schlagen. Garantieren kann das niemand, aber es sieht so aus, als würden wir den richtigen Weg gehen. Zugleich aber sind die Sowjets die großen Verlierer die-

ses Prozesses. Das deutsche Problem ist sicherlich lösbar durch Integration – wie übrigens auch das westeuropäische Gleichgewichtsproblem. Das ist eine Lektion, die Mitterand und Kohl gelernt haben und die Frau Thatcher noch bevorsteht. Das sowjetische Problem ist wahrscheinlich nur lösbar durch Desintegration, ein Gedanke, dem man inzwischen ebenso bei der sowjetischen Armee wie bei Boris Jelzin begegnet.

Man kann sich seiner Geschichte nicht entziehen, sie holt uns immer wieder ein. Aber wir alle müssen uns davor hüten, die Gefangenen der Vergangenheit zu werden. Das ist eine Gefahr, die uns heute auf ganz verschiedene Weise droht. Wer heute glaubt, er müsse gegen die deutsche Wiedervereinigung sein, weil aus deutscher Einheit notwendigerweise furchtbares Unglück entstehe, der wird genau dieses Unglück heraufbeschwören. Wer heute glaubt, in Osteuropa sei die nationale Selbstbestimmung Ursprung und Ziel der nationalen Geschichte, der wird wahrscheinlich die alten Dämonen der zwanziger Jahre wiederbeleben. Und wer heute glaubt, dass die Zukunft Russlands in der Vergangenheit des zaristischen Imperiums oder des leninistischen Reiches liege, wird wahrscheinlich Katastrophen für Russland und vielleicht für den Rest der Welt heraufbeschwören.

Wir haben lange in einer bipolaren Welt gelebt, die ist nun zu Ende. Wir leben aber noch immer in zwei verschiedenen Welten. Können wir uns das leisten? Wenn nicht – und ich bin der Überzeugung, wir können es uns nicht leisten, denn die Spannungen wären für die Deutschen wie für die Sowjets unerträglich – wenn nicht, wie kommen wir zu Antworten, die uns nicht teilen, sondern die uns zusammenführen?

Die EG hat bis zum 9. November 1989 geglaubt, sie habe genug getan, wenn sie den 31. Dezember 1992 programmgemäß erreicht. Sie weiß längst, dass es damit nicht mehr getan ist. Aber auf welche neue europäische Ordnung sie nun hinwirken muss, das ist ganz offen. Es stellen sich entscheidende Ordnungsfragen, die von der Wirtschaft bis zur Sicherheit, von Westeuropa über den Donaauraum bis tief in die Sowjetunion hineinreichen.

Die Frage ist aber nicht nur, ob die Westeuropäer reif sind, dies zu verstehen, sondern auch, ob die Osteuropäer bereit sind, ihre kostbare nationale Selbstbestimmung nun zugunsten weiter Märkte zu öffnen, zu relativieren. Selbst in der DDR, die heute Nacht um 24 Uhr aufhört, materiell zu existieren, herrschen über diese Öffnung nach Westeuropa, über die sofortige Mitgliedschaft in der EG gemischte Gefühle. Und das hängt mit vielem zusammen; auch mit einer gewissen Fremdheit gegenüber Westeuropa. Man fühlt sich von den Westdeutschen vereinnahmt, manche sagen sogar: erobert, was ich für völlig falsch halte – eine solche Form der Eroberung ließen sich viele gern gefallen. Aber es gibt da doch ein hohes Maß an psychologischer Hemmung.

Leopold von Ranke hat im 19. Jahrhundert die Nationen einen Gedanken Gottes genannt. Nach 1945 waren viele, jedenfalls die Deutschen, überzeugt, sie seien ein Gedanke des Teufels. Inzwischen hat sich das alles etwas gemäßigert, zumal dadurch, dass die Westdeutschen das Glück hatten, sich durch die Einbeziehung in Europa gewissermaßen auf der nationalen Ebene relativieren zu können. Indem sie Europäer wurden, wurden sie ein Stück der deutschen Last los. Möglicherweise ist das ein Weg, den auch andere Nationen gehen können. Die

Deutschen sind ihn nicht nur psychologisch gegangen, sondern auch wirtschaftlich und militärisch: Westdeutschland wurde in der EG wirtschaftlich europäisiert und in der NATO atlantisiert. Wäre dies nicht geschehen, dann wäre heute – Demokratie hin, Demokratie her – Europa in tiefer Sorge über die deutsche Wiedervereinigung. Da aber der *Grand Design* Adenauers auf das Verständnis der großen westlichen Nationen gestoßen ist, findet heute die Auflösung und Neukonstruktion Europas in einer einigermaßen beruhigenden Struktur statt. Das heißt, wir können heute der mittel-europäischen Restrukturierung, diesem großen Umbruch, nur deshalb gelassen entgegensehen, weil die europäischen Fundamente früher gelegt worden sind. Und in der Zukunft, wenn das Drama erst wirklich beginnt – und viel steht uns noch bevor, wir haben die Ouvertüre und den ersten Akt, aber wie der zweite und der dritte Akt aussehen, weiß im Moment noch niemand – sollten wir ein entscheidendes Stück weiter in der Integration sein.

Russland, wie immer sich die Sowjetunion in der Zukunft darstellt, wird die Macht sein, mit der wir auf unabsehbare Zeit in Europa im Guten zusammenzuleben haben, und ich finde, dass in unseren Debatten dieser Aspekt der Beruhigung und Rückversicherung der Sowjetunion (oder der Russen) eine zu geringe Rolle spielt. Die heutige Debatte um die Sowjetunion hat zwei Aspekte. Einmal den nationalen: Wie kann die Sowjetunion sich auf ihren russischen Kern zurückziehen, ohne dramatische Sicherheitsrisiken einzugehen, und wie kann sie dies wirtschaftlich verkraften? Der andere besteht in der Frage, wie sich die Sowjetunion von Polen, Litauen, Estland, von der DDR, von all dem trennen und trotzdem ihre Fenster und

Türen nach Westen offenhalten kann. In Gorbatschows sehr ambivalentem und vagen Begriff des europäischen Hauses schwang immer der Appell mit, dass die Russen Europäer sind. Ich glaube, man sollte ihn ernst nehmen.

Zusammenfassend gesagt, müssen wir drei Dinge zusammendenken: das atlantisch-europäische Westeuropa, die nationale Selbstbehauptung des östlichen Mitteleuropas und die Vermeidung einer tiefen und gefährlichen Entfremdung der Russen von Europa.

Karsten D. Voigt: Eine der bemerkenswertesten Veränderungen gegenüber der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg besteht darin, dass es in Zukunft zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn im Prinzip keine nationalen Konflikte mehr zu geben braucht. Es gibt keine Deutschland von seinen östlichen Nachbarn trennenden Grenz- und Nationalitätenfragen mehr. Es besteht ein deutsches Interesse an der sozialen und ökonomischen Entwicklung der östlichen Nachbarstaaten.

Ohne eine soziale und ökonomische Stabilisierung Osteuropas könnte die Frage der Immigration, der illegalen Wanderarbeiter usw. aus Osteuropa zu einem dramatischen innenpolitischen Problem werden. Das heißt, die Deutschen haben ein Interesse daran, das fast noch größer ist als das der USA in Bezug auf Mexiko, gegenüber ihren Nachbarn Ungarn, CSFR und Polen auch ökonomisch eine stabilisierende Politik zu verfolgen. Aus eben diesen Gründen werden wir die Wortführer der Öffnung der westeuropäischen Institutionen für Osteuropa sein. Konflikte in dieser Frage werden sich aller Voraussicht nach nicht zwischen Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn einerseits und Deutschen andererseits einstellen, sondern z.B. zwischen Polen und Südeu-

ropäern, weil Polen und Deutsche gegen das Plädoyer vieler Südeuropäer für eine geschlossene EG eintreten werden.

Gegenüber der Vergangenheit ergibt sich eine völlige Veränderung der Interessenkonstellationen in Europa: In Bezug auf die Mitgliedschaft in europäischen Institutionen und in Bezug auf die ökonomische Stabilität wird sich eine grundsätzliche Interessenidentität zwischen Deutschland und seinen osteuropäischen Nachbarn entwickeln.

Nun geht es aber darum – und auf diesen Punkt der europäischen Architektur hat Herr Stürmer hingewiesen –, dass diese Gemeinsamkeit nicht zu definieren ist als Gemeinsamkeit im Gegensatz zu den Völkern der Sowjetunion. Dies gilt ganz unabhängig davon, in wie vielen Republiken sich diese Völker organisieren oder ob etwa Estland, Litauen und Lettland selbstständig werden. Ich fürchte weder die Absplitterung einzelner Staaten von der Sowjetunion noch habe ich vor einer großen Sowjetunion Angst. Wovor ich allerdings Angst habe, das ist ein Transformationsprozess, der sich mit Gewalt vollzieht, und vor einem Ergebnis, das darin bestünde, dass die Nachfolgestaaten der Sowjetunion insgesamt oder Russland selbst undemokratisch sein werden. Deshalb kann es weder im Interesse der westeuropäischen Völker liegen, noch in dem der osteuropäischen oder der USA, zu sagen: Nehmt uns, die Polen, Tschechen, Ungarn nach Europa herein, aber was mit den anderen Völkern Osteuropas und der Sowjetunion später geschieht, ist uns egal. Daher müssen wir, gerade auch um der demokratischen Dimension der Reformpolitik der Sowjetunion selber willen, die Sowjetunion und die mit ihr verbundenen Staaten in einen europäischen Kontext einbinden.

Wie weit das gelingt, liegt nicht primär bei uns, sondern bei den Völkern der Sowjetunion. Ich bin überzeugt, wenn Westeuropa jetzt, wo die Sowjetunion sich nach Westen hin öffnet, den Leuten, die diese Öffnung betreiben, den Rücken zukehrt und sagt: Macht euern Dreck alleine, aus euren Reformen wird sowieso nichts – dass Europa dann eine Mitverantwortung trägt für aufkommende Faschisierungsprozesse. Antidemokratische Tendenzen können durch das Verhalten der Umwelt begünstigt oder eingedämmt werden. Ich brauche nur auf die deutsche Geschichte zu verweisen. Der Faschismus im Deutschland nach dem ersten Weltkrieg hatte eigenständige deutsche Ursachen, aber er hing auch zusammen mit der Reaktion der Umwelt gegenüber den Deutschen. Wie eine Gesellschaft sich definiert, ist sowohl eine ökonomische Frage als auch eine der Art und Weise, wie man sich fühlt. Das vereinigte Deutschland wird in Zukunft kleiner sein als Deutschland nach dem ersten Weltkrieg. Aber es ist glücklicher, es ist ökonomisch stabiler und es fühlt sich in seiner internationalen Umgebung wohl. Über die Art und Weise, wie sich die osteuropäischen Völker wohlfühlen werden, ob sie sich in einen europäischen Kontext eingebunden fühlen, kulturell, ökonomisch wie sicherheitspolitisch, entscheiden nicht die osteuropäischen Völker allein, sondern auch das Verhalten des Westens, der Westeuropäer und der USA.

Einer der wichtigsten Punkte, die Historiker lernen müssen, ist, welche Traditionen sich aus der Vergangenheit fortsetzen. Einer der wichtigsten Punkte, die Politiker wissen müssen, ist, wann eine Sache abgeschlossen ist. Und als Historiker sage ich: Es gibt viele Traditionen aus der Vergangen-

heit, die in die Gegenwart der deutsch-polnischen Beziehungen hineinwirken, aber als Politiker weiß ich, dass die das deutsch-polnische Verhältnis belastenden Interessengegensätze heute nicht mehr bestehen und für die Zukunft eine Interessenidentität zwischen Polen und Deutschland möglich werden kann.

Juri Afanassjew: Die Weltöffentlichkeit macht sich, so scheint mir, noch immer keine Vorstellung von dem wahren Ausmaß des Unglücks, das der Sowjetunion heute droht. Was in der Sowjetunion derzeit stattfindet, kann man mit einem Wort zusammenfassen: Es ist ihre Selbstzerstörung, und zwar im Sinne eines unkontrollierten Prozesses. Die Wirtschaft bricht zusammen – man stellt sich inzwischen schon auf eine Regression ein, die bis zur archaischen Form der Naturalwirtschaft zwischen Regionen und zwischen Individuen geht. Das ehemals russische, dann sowjetische Reich stürzt ein. Das System als Gesellschaftsordnung, als Regime bricht zusammen. All das in einem Land, das ohnehin von Katastrophen geschüttelt wird, in der Produktion, im Transportwesen, in der Energieversorgung – es reicht, Tschernobyl zu nennen.

Dieser Prozess der Selbstzerstörung findet in einem größeren Kontext statt, der ebenfalls Züge des Unkontrollierbaren aufweist: Vor unseren Augen bricht die in Jalta etablierte Weltordnung zusammen. Dass dies so schnell geschehen würde, hat niemand

vorhergesehen. Die fast fünfzig Jahre herrschende Teilung der Welt in zwei Systeme wird Geschichte. Die Existenz zweier Militärblöcke verliert ihren Sinn.

Angesichts dieser globalen Veränderungen wandelt sich auch der Inhalt der Weltpolitik. Die Ökonomie löst die Ideologie ab. Der Menschheit bleiben jetzt zwei Möglichkeiten: Es gibt den Weg zur offenen, einen Welt, ohne atomare, ökologische und soziale Katastrophen, und den Weg ins Chaos. Mir scheinen beide Möglichkeiten real. Was die Sowjetunion betrifft, so zeichnet sich deutlich die Perspektive des Chaos ab. Wir sind hierzulande noch längst nicht bis zu jener Grenze gelangt, hinter der wir erleichtert aufseufzen könnten: Jetzt wird alles normal!

Ich glaube, erfolgreiche Veränderungen in der Sowjetunion können nur dann stattfinden, wenn drei miteinander verbundene Probleme gelöst werden. Erstens muss die Selbstzerstörung des Reiches in einen mehr oder weniger gesteuerten Abbauprozess übergeleitet werden. Zweitens muss der Militärisch-Industrielle Komplex ein anderes Profil erhalten, besser gesagt, er muss in seiner Eigenschaft als systembildendes Element der gesamten sowjetischen Wirtschaft, ja aller Strukturen, die die Sowjetunion ausmachen, liquidiert werden. Und schließlich muss die Produktion privatisiert werden, Entstaatlichung tut not. Es wird leicht übersehen, dass diese Probleme zusammenhängen, dass sie eng miteinander verflochten sind.



Kuznice (Polen), August 1990

Zoran Djindjić
 JUGOSLAWIEN: NATIONALITÄTENEINTOPF,
 SCHARF GEWÜRZT

1. Vorbereitung: Man nehme eine Handvoll Pfeffer...

Dass in Jugoslawien keine Jugoslawen leben, sondern Kroaten, Serben usw., und es dort ein Gebiet namens Kosovo gibt, ist inzwischen auch politisch nicht besonders Interessierten bekannt, und es ist fast zu einem Gemeinplatz geworden, dass dieses Land in einer tiefen Krise steckt. Es handelt sich dabei nicht um eine einfache Krise, vergleichbar mit jenen in anderen postkommunistischen Staaten. Jugoslawien hat zwar schwerwiegende wirtschaftliche und politische Probleme, ist darüber hinaus aber ein echtes Erkenntnisproblem, sowohl für die Bewohner des Landes als auch für ausländische Beobachter.

Es genügt nicht zu fragen, was in Jugoslawien vor sich geht und wie ein Ausweg gefunden werden kann. Unklarheiten ergeben sich schon viel früher, nämlich bei der Bestimmung dessen, was da in eine Krise geraten ist: Gibt es Jugoslawien überhaupt noch, was war es und wann ist es entstanden?

Seit den Unabhängigkeitserklärungen des slowenischen und des kroatischen Parlaments Mitte und Ende Juli 1990 wird sogar von ernstzunehmenden Persönlichkeiten bestritten, dass es den jugoslawischen Staat gibt. Jugoslawien habe aufgehört zu existieren, erklärte der slowenische Außenminister feierlich, in Rom, London und Washington. Glauben wollte man ihm nicht so recht: Jugoslawien als solches oder ein bestimmtes Jugoslawien? Die Frage ist durchaus berechtigt, bringt jedoch auch nicht mehr Licht in den finsternen balkanischen Tunnel. Niemand kann nämlich überzeugend darlegen, was dieses »bestimmte Jugoslawien«, das es vielleicht gar nicht mehr gibt, überhaupt war oder noch ist.

Dabei ist nicht etwa das Datum der Staatsgründung einer mythischen Verklärung zum Opfer gefallen, weil es in ferner Vergangenheit läge und sich so wissenschaftlicher Nachprüfung entzöge. Ältere Mitbürger haben die Gründung des Staates am 1. Dezember 1918 noch miterlebt. Allein, nicht alle können das Gebilde, das da vor 72 Jahren entstanden ist, als ihren Staat akzeptieren. Was damals das Licht der Welt erblickte, ist heute für viele nur noch ein »Nationalitätensarg«, eine »Ausgeburt von Versailles«.

Es kursieren daher Geschichten von drei verschiedenen Jugoslawien. Neben dem oben erwähnten gibt es ein zweites, mitten im Krieg (November 1943) gegründetes. Damals wurde ein sogenannter Völkervertrag abgeschlossen, in dem sich die Vertreter aller jugoslawischen Nationen auf ein Zusam-

menleben in einem föderalen Staat geeinigt haben. Der betreffende Tag wird bis heute als »Tag der Republik« gefeiert. Dieses Partisanen-Jugoslawien, eine »Gemeinschaft der Brüderlichkeit und Einheit«, wurde 1974 schließlich durch eine pragmatischere Interessengemeinschaft ersetzt – das ist das dritte Jugoslawien. Die damals in Kraft getretene konföderale Verfassung barg noch die Chance einer radikalen Lösung der Nationalitätenprobleme in sich: durch Anerkennung der Souveränität der einzelnen Teilstaaten. Der gemeinsame Staat hätte sich so in einen mehr oder weniger losen Staatenbund verwandelt, wobei jede der jetzigen sechs Teilrepubliken ein völlig unabhängiger Nationalstaat geworden wäre.

Schon diese wenigen Bemerkungen lassen die Logik der jugoslawischen Staatsentwicklung erkennen. Und sie weisen auf die Schwierigkeiten hin, durch die eine angestrebte Lösung verzögert, wenn nicht gar verhindert wird. Auf dem Weg vom ersten zum dritten Jugoslawien hat sich die innere staatliche Organisation offensichtlich gelockert: vom unitaren ersten über das föderale zweite zum konföderalen dritten Jugoslawien. Die treibende Kraft dieser Entwicklung ist das Nationalitätenproblem. Bezeichnend ist allerdings die Tatsache, dass die Schwierigkeiten durch die Annäherung an eine Lösung dieses Problems nicht kleiner, sondern noch größer werden. Der Lockerungsprozess ist nämlich nicht bei der dritten Phase stehengeblieben. Noch bevor Jugoslawien zu einer wirklichen Konföderation wurde, erklärten einige der neugebackenen Teilrepubliken ihre Austrittsbereitschaft aus dem gemeinsamen Staat. Wird das Land also an dem Tag zerfallen, an dem es seine angeblich endgültige Form gefunden haben wird? Ist die Auflösung des Staates die so lange gesuchte und endlich gefundene Form Jugoslawiens?

Die Antwort auf diese Frage ist im Nationalitätenproblem zu suchen. Dazu ist es nicht unbedingt notwendig, dass man sich über das Gründungsdatum Jugoslawiens und dessen eigentliche Gestalt einig ist. Man weiß, weshalb das Land entstanden ist: es sollte die Lösung des Nationalitätenkonflikts in der betreffenden Balkanregion darstellen. Dieses Problem ist die maßgebliche Ursache dafür, dass der gemeinsame Staat überhaupt geschaffen wurde, und es ist zugleich der Grund für die andauernde Instabilität der gefundenen Lösung. Dies nicht etwa, weil die Lösung falsch wäre, sondern eher, weil die Problemlage allzu kompliziert war.

Vieles ließe sich über den echten oder fingierten Wunsch der südslawischen Balkanvölker nach Einheit erzählen. Schon im 19. Jahrhundert gab es bei Kroaten, Slowenen und Serben zahlreiche Einigungsideologien. Ob dabei auch falsche Hoffnungen und naiver Idealismus mit im Spiel waren, bleibe dahingestellt. Fest steht jedenfalls, dass Jugoslawien der erste Staat war, in dem alle Serben und alle Kroaten zusammen lebten. Weder im einzigen unabhängigen kroatischen Staat (897-1102) noch im Großserbien des Zaren Dušan (1331-1355) oder im späteren serbischen Staat (1835-1918) war dies der Fall.

Der ideologische und politische Wille, alle Volksangehörigen innerhalb der Grenzen eines Staates leben zu lassen, war ausschlaggebend für das Entstehen der nationalen Programme, mit denen die momentan größten Völker Jugoslawiens (Serben, Kroaten und Slowenen) die Schwelle zum 20. Jahrhundert überschritten.

Die Lage wurde zusätzlich kompliziert durch verschiedene Völkerwanderungen, die in den vergangenen fünf Jahrhunderten stattgefunden haben, sowie parallel dazu durch die Islamisierung einzelner Gegenden (Bosnien, Kosovo). Nach den von Österreich unterstützten und misslungenen Volksaufständen gegen die türkische Herrschaft verließ ein nicht geringer Teil des serbischen Volkes seine Heimat und ließ sich an der damaligen militärischen Grenze nieder, die das Habsburgerreich vor den Angriffen der Türken schützen sollte. Die privilegierte Stellung der Serben als Militärmacht und ihre konkurrierende christliche Glaubensrichtung (sie waren orthodox, die einheimische Bevölkerung katholisch) entfachte einen Jahrhunderte währenden Konflikt mit der kroatischen Bevölkerung, für die die Ankömmlinge Verbündete der österreichisch-ungarischen Fremdherrschaft waren. Das war die erste Windung jener teuflischen Spirale, die im Zweiten Weltkrieg in einem Genozid des kroatischen Ustascha-Staates an den in Kroatien und Bosnien lebenden Serben gipfelte.

Ein weiteres aktuelles Problem liegt in den serbischen Völkerwanderungen begründet. Nachdem ein großer Teil der angestammten Bevölkerung ihre altserbische Heimat verlassen hatte, war ein territoriales Vakuum entstanden, das nach und nach von albanischen Bergstämmen ausgefüllt wurde. Die meisten Albaner hatten die islamische Religion angenommen; im türkischen Reich waren sie ein privilegiertes Volk. Sie drängten später die verbliebenen, von den Türken entrechteten serbischen Bauern zurück und zwangen viele von ihnen schließlich, dieses Gebiet – das jetzige Kosovo – zu verlassen. Diese beiden historischen Probleme sind der Grund, weshalb es heute zu den beliebtesten Operationen der politischen Mathematik in Serbien gehört, die Zahl der in Kroatien ermordeten und aus Kosovo vertriebenen Serben auszurechnen.

Durch diese vergangenen, im Bewusstsein der Menschen aber noch lebendigen Ereignisse lassen sich zwei Tatsachen erklären: weshalb eine einfache territoriale Trennung dieser Gebiete, in denen ein Völkergemisch lebt und auf die jedes dieser Völker einen absoluten Anspruch erhebt, nicht in Frage kommt – und weshalb die Beziehungen zwischen diesen Völkern nicht von Liebe geprägt sind.

Jugoslawien als alles überspannender Schirm war eine technisch saubere und vermutlich die einzig annehmbare Lösung. Hätte der aus dem Ersten Weltkrieg siegreich hervorgegangene Staat sich 1918 entschlossen, statt Jugoslawien ein Großserbien anzustreben, wäre der nicht-serbische Bevölke-

rungsanteil ungefähr 40 Prozent gewesen. Es hätte sich also weder ein Nationalstaat noch eine vom Konzept Jugoslawien sehr verschiedene Lösung ergeben. Hätten sich die Kroaten und die Slowenen damals entschlossen, ein unabhängiges Kroatien bzw. Slowenien zu gründen, wäre dies mit dem Abtreten von Istrien und Dalmatien an Italien einhergegangen, was praktisch eine Halbierung dieser beiden Völker bedeutet hätte.

Der erste gemeinsame Staat war äußerst unbefriedigend. Er war sozusagen eine Not-Ehe. Nicht, dass die Liebe darin gänzlich gefehlt hätte, die Not war aber jedenfalls größer. Als diese schwand, wurde die ohnehin schon schwache Liebe auf eine harte Probe gestellt.

Wie sollte dieser Staat stabil werden und es auch bleiben, wenn durch seine Mitte – entlang der Drina – ein ganz unmetaphorischer Riss verlief, eine tausend Jahre alte Grenze, die Reiche, Völker, Religionen und sogar Zivilisationen trennte? An dieser Grenze hat sich der Gegensatz zwischen West und Ost angestaut und verhärtet, und zwar im ursprünglichen Sinn, d.h. nicht als Gegensatz zwischen Westeuropa und dem Balkan (dieser Konflikt wurde in der Habsburger Monarchie ausgetragen), sondern als Gegensatz zwischen Okzident und Orient. Dem Heiligen Römischen Reich und seinen späteren Abwandlungen stand an diesem »Limes« zunächst das Byzantinische und später das Osmanische Reich gegenüber.

Dem gemeinsamen Staat fehlte es an homogenisierenden Kräften. Da die Völker Jugoslawiens nicht durch eine gemeinsame Vergangenheit, gemeinsame Symbole oder politische Mythen miteinander verbunden waren, hätte eine Einheit sich erst in einem Modernisierungsprozess herausbilden können. Und zwar in einer Modernisierung der Lebenswelten und des Alltags, da die kompromisslosen ethnisch-nationalen Vorurteile und Phantasmen einzig von unten und keinesfalls von oben hätten aufgeweicht werden können. Die damals zur Verfügung stehende wirtschaftliche und politische Elite war jedoch zu schwach und unfähig, eine konsequente Modernisierung durchzusetzen.

In den ersten Tagen des Zweiten Weltkriegs entstand ein »Unabhängiges«, faschistisches Großkroatien mit dem erklärten Programm, ein »ethnisch reiner« Staat zu werden. Dies sollte durch die Methode »dreimal ein Drittel« erreicht werden: ein erstes Drittel Serben sollte vertrieben, ein zweites zum Katholizismus zwangskonvertiert und ein letztes umgebracht werden. Hunderttausende Serben wurden ermordet, nach groben Schätzungen wurden 1 bis 1,5 Millionen Menschen durch diese grausamen Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen.

Der Krieg in Jugoslawien lässt sich mit dem Öffnen einer hundert Jahre alten Hasskonserve vergleichen: der Inhalt war mittlerweile so verschmolzen, dass die einzelnen Bestandteile nicht mehr voneinander getrennt werden konnten. Hätte man die Dose – in Form einer Demokratie – offenstehen lassen, hätte sie zum Himmel gestunken. Titos Nachkriegs-Diktatur war,

funktional gesehen, daher logisch konsequent: Wie früher die Diktatur des Königs, hat sie die »problematische Masse« tiefgefroren.

Obwohl der Partisanenkrieg größtenteils von Serben getragen wurde (jenem Teil der Serben, der vom Ustascha-Terror in die Wälder getrieben worden war), war er in einem gewissen Sinn antiserbisch gefärbt. Die Unzufriedenheit mit der Nationalitätenpolitik des Vorkriegsstaates, in dem serbische Politiker das Sagen gehabt hatten, erforderte eine neue staatliche Organisation; die föderative Struktur mit einem erheblich geschwächten Serbien – als Teilrepublik des zahlenmäßig größten Volkes – sollte dies leisten. Die serbischen kommunistischen Politiker (andere gab es nach dem Kriege nicht) konnten eine solche Lösung akzeptieren, da sie selbst bevorzugt waren. Als Kriegsteilnehmer bekamen sie meist hohe (wenn auch nicht die höchsten) Posten in Armee, Polizei und Staatsbürokratie.

Im November 1943 wurde ein »ganz neues« Jugoslawien angekündigt, ein Staat, der auf einem freiwilligen »Völkervertrag« beruhen sollte. Die erste Verfassung von 1946 präziserte diese Bestimmung dahingehend, dass den Völkern Jugoslawiens die volle Souveränität zugesichert wurde. Doch was bedeutet eine solche Souveränität in einem ethnisch gemischten Staat, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus? Die Serben sind als Volk vornehmlich in der Teilrepublik Serbien angesiedelt, ein Drittel jedoch lebt in Bosnien und Kroatien. Die Situation der Kroaten ist vergleichbar. Wie lässt sich die Souveränität solcher Völker verwirklichen?

Auf diese Frage sucht man bis heute vergeblich nach einer Antwort. Die nationalen Programme, mit denen vor allem die Serben, Kroaten und Slowenen ins 20. Jahrhundert traten, wurden bereits erwähnt. In diesen Programmen war der Wille enthalten, einen unabhängigen Nationalstaat zu gründen, in dessen Grenzen die meisten, wenn nicht gar alle Angehörigen des eigenen Volkes leben sollten. Jugoslawien war aber nur zum Teil ein solcher Staat. Zwar leben dort alle Serben und Kroaten und die meisten Slowenen, das Land ist jedoch weder Kroatien noch Serbien noch Slowenien.

Im kommunistischen Bürgerkrieg gegen das Ancien régime spielten die alten nationalen Programme der Kroaten und Slowenen eine versteckte Rolle. Der Slowene Kardelj entwickelte die seltsame Theorie des »Völkervertrags« und verankerte sie in allen Nachkriegsverfassungen. Da die Serben als natürliche Grundlage des alten Systems angesehen worden waren, war ein eventuelles serbisches Nationalprogramm ein negativer Bezugspunkt, auf den die Kritiker ihr Augenmerk richteten. Die serbischen Kommunisten mussten sich daher mit den (nicht unerheblichen) persönlichen Privilegien zufriedengeben, die sie mit der obligatorischen Selbstkritik am »serbischen Unitarismus« erkaufen.

Aus der abstrakten und berechtigten Idee der ethnischen Gleichberechtigung und dem mitgeschmuggelten alten Traum vom eigenen ethnischen

Staat entstand eine Staatskonstruktion, in der die proklamierte Völkersouveränität logischerweise zu einer Souveränität der Teilrepubliken wurde. Theoretisch gesehen sind Slowenen, Kroaten usw. souverän; praktisch gesehen sind es die Teilrepubliken, denen das Recht auf Selbstbestimmung mitsamt dem Sezessionsrecht zugesichert wurde. Die Serben in Kroatien und die Kroaten in Serbien sind aus diesem praktischen Souveränitätsbegriff ausgeschlossen. Damit hatte man eine Zeitbombe in der Staatsgrundlage deponiert.

Der erste Grund, weshalb diese Bombe nicht schon 1946 explodierte, war die kommunistische Diktatur, die zwar allen die Souveränität versprach, die absolute Macht jedoch Titos Politbüro vorbehielt. Der zweite Grund für den erstaunlich langsamen Prozess der Verselbständigung der Teilrepubliken lag und liegt heute noch darin, dass die staatliche Unabhängigkeit der Teilrepubliken keine volle Befriedigung der nationalen Appetite garantiert. Die Kroaten gehen vom Wunsch nach einem unabhängigen Kroatien aus, kroatische Nationalisten erheben jedoch Anspruch auf Bosnien, wo 17 Prozent Kroaten und 50 Prozent Moslems leben (die von ihnen »kroatische Blumen« genannt werden). Dasselbe gilt für die Serben. Sie würden sich ohne Schwierigkeiten von Jugoslawien trennen lassen, nicht aber ohne Bosnien, wo 33 Prozent Serben leben, deren Nationalisten die dortigen Moslems für »gestrauchelte Serben« halten. Bosnien selbst ist ethnisch so stark gemischt, dass sich die Frage einer territorialen Trennung gar nicht erst stellt.

Relativ leicht haben es in dieser Grundkonstellation die Slowenen. Bei ihnen decken sich die ethnischen und die territorialen Grenzen. Sloweniens Problem ist nur formell betrachtet ein innerjugoslawisches: es ist einer Assimilierungsgefahr bezüglich Italien und Österreich ausgesetzt. Als kleiner, unabhängiger slawischer Staat könnte es sich wahrscheinlich kaum gegen die kulturelle Kolonialisierung durch fremde Kulturen behaupten.

2. Der Eintopf soll heißer gegessen werden, als er gekocht wurde

Die zuletzt geschilderte Lage bestand bis ungefähr 1981. Hinter den Kulissen der kommunistischen Einheit herrschte jedoch bereits seit 1965 rege Aktivität: politische Infrastrukturen der Teilrepubliken entwickelten Konzepte für eine Unabhängigkeit. Solche Konzepte mussten flexibel genug sein, um drei Aspekte zu versöhnen: 1) Die Souveränität der Teilrepubliken war nicht ganz ernst gemeint, da nach wie vor Titos Macht die einzige souveräne Macht war. 2) Es handelte sich nicht um völlig leere Versprechungen, da schon Ende der sechziger Jahre eine Kompetenzverschiebung vom Bundesstaat auf die Teilrepubliken zu beobachten war. Aus den daraus entstandenen Spannungen ergaben sich sporadisch Souveränitätskonflikte: Ende der sechziger Jahre kam es in Slowenien und 1971 in Kroatien zu politisch artikulierten Versuchen,

die Versprechen beim Wort zu nehmen und die Unabhängigkeit der Teilrepubliken zu verwirklichen. Solche Bestrebungen wurden kurzerhand als Nationalismus verschrien und unter Titos direkter Mitwirkung hart bekämpft. 3) Die nationalen Programme, vor allem die der Kroaten und Serben, lassen sich durch eine Souveränität der Teilrepubliken nur unvollständig verwirklichen. Die Programme konkurrieren miteinander und können einzig durch einen Sieg des einen über das andere erfüllt werden.

Schon ein Jahr nach Titos Tod 1980 war der erste Punkt erheblich geschwächt. Es gab keine unumstrittene Zentralmacht mehr, die imstande gewesen wäre, die Unzufriedenheit im Rahmen zu halten, d.h. den angeheizten Topf auf halber Flamme köcheln zu lassen. Bis 1985 versuchten Titos Günstlinge Dolanc und Mikulić mit massiver Hilfe der politischen Polizei, die Rolle repressiver Ordnungshüter zu spielen – allerdings mit wenig Erfolg. Die Einheit der Kommunistischen Partei war endgültig zerfallen, und zwar entlang den ethnischen Nähten.

Erwartungsgemäß erwachte in diesen Jahren auch das lange verdrängte serbische Nationalprogramm. Obwohl es auch ohne das Kosovo-Problem hochgekommen wäre, war dieses ausschlaggebend für die Beschleunigung des Prozesses. Um die Serben, die man für das unitaristische Königreich Jugoslawien verantwortlich gemacht hatte, im Zaum zu halten, war Serbien nach dem Krieg in drei Provinzen aufgeteilt worden, wobei jede ihre direkten Vertreter im Bund hatte. Die beiden Provinzen Kosovo (bis zu 90 Prozent von Albanern bewohnt) und Vojvodina waren als Korrektiv gegen allfällige großserbische Ambitionen Restserbiens (wie der dritte Teil genannt wurde) gedacht.

Da sich die ehemals föderal konzipierten Einheiten immer eindeutiger zu Staaten entwickelten, wurde in der Provinz Kosovo eine nicht ganz unbegründete Hoffnung auf Unabhängigkeit wach, die sich zunächst in einem Status als Teilrepublik und schließlich in einer Trennung von Jugoslawien äußern könnte. Man darf dabei allerdings nicht vergessen, dass es auch ein albanisches Nationalprogramm gibt, das sogenannte Großalbanien, in dem Kosovo eine zentrale Rolle spielt.

1985/86 flackerte der serbische Nationalismus mit großer Heftigkeit auf. Zum einen, weil Serbiens Status einer Teilrepublik in einer Situation, da Jugoslawien nichts und die Teilrepubliken alles geworden waren, ungeklärt blieb. Zum anderen als Reaktion auf den immer stärker werdenden Druck aus Kosovo, auf dem Verfassungsweg eine Teilrepublik errichten zu wollen – ein Vorhaben, das von kroatischer und slowenischer Seite offen unterstützt wurde. Diesem Druck waren auch die nicht-albanischen Bewohner Kosovos ausgesetzt, die in vielen Fällen gezwungen waren, Häuser und Land zu verkaufen und die Provinz zu verlassen. Es war von Genozid und Exodus die Rede – Schlagworte, die von serbischen Nationalisten seither gerne ins Spiel gebracht werden.

Durch Serbiens objektiv bedingte Verspätung im Prozess seiner Statussicherung wurde der Zerfall des Kommunismus in dieser Teilrepublik erheblich verlangsamt. Während vor allem die slowenischen und kroatischen Kommunisten schon unmittelbar nach dem Krieg für einen – wenn auch damals nur formellen – unproblematischen und vielversprechenden Status »ihrer« Teilrepubliken gesorgt hatten, hatten die serbischen Kommunisten darauf verzichtet. Und sie verzichteten abermals zwischen 1968 und 1974, als die föderative Ordnung in eine konföderative umgewandelt wurde.

Die frühen Errungenschaften der slowenischen und kroatischen Kommunisten, die nach 1985/86 um die Macht kämpften, brachten diesen jedoch kein Glück. Für die inzwischen erstarkte nationale und nationalistische Opposition war es Mitte der achtziger Jahre selbstverständlich, dass die Teilrepubliken schon fast vom Bundesstaat unabhängig waren. Die Opposition vergaß gern, dass diese relative Unabhängigkeit von den »nationalen Kommunisten« hart erkämpft war. Sie bemängelten, dass die Teilrepubliken nicht völlig unabhängig waren und das maximale Nationalprogramm (slowenische Staatsunabhängigkeit und Großkroatien) Belgrad (als Inbegriff von Bundeszentrum und Serbien) gegenüber nicht konsequenter vertreten wurde. So bezeichnete man die slowenischen und kroatischen Kommunisten als Verräter der Nation; sie verloren denn auch die diesjährigen ersten freien Wahlen der Nachkriegszeit. Bezeichnenderweise war das Thema des Wahlkampfes nicht etwa die Beendigung der kommunistischen Ära, sondern das »nationale Interesse«.

Anders war die Ausgangsposition der serbischen Kommunisten. Diese hatten noch 1987 darum kämpfen müssen, was die anderen schon 1946 bzw. 1974 erreicht hatten, nämlich die ungeteilte Souveränität der Teilrepublik Serbien. Dieses Ziel konnte im Kampf gegen die Tito-treue Altpartei erreicht werden, was bedeutet, dass es in Serbien noch möglich war, ernsthafte Auseinandersetzungen innerhalb der Kommunistischen Partei auszutragen; in Slowenien und Kroatien gab es dafür keinen Raum mehr.

Die serbischen Kommunisten unter Milošević konnten eine breite Popularität erringen, weil sie erreichten, was die anderen nationalen Kommunisten schon Jahrzehnte zuvor geschafft hatten. Dieser späte Erfolg wurde stark aufgeblasen, und die Tatsache, dass der ganze Sturm in einem kommunistischen Wasserglas stattfand, hat man in Serbien kaum registriert. Dadurch war die antikommunistische Opposition schwer getroffen. Die Kommunisten konnten eine sichtbare Leistung für die nationale Sache vorweisen: Sie hatten die Souveränität der Teilrepublik durchgesetzt, die autonomen Republiken in die Schranken gewiesen und dabei Zähne gezeigt. Letzteres blieb eine eher symbolische Geste, da die slowenischen und kroatischen Kommunisten, denen diese Drohung galt, inzwischen allzu sehr mit ihrer eigenen nationalen Opposition beschäftigt waren, als dass sie an eine Intervention auf Parteiebene in Serbien gedacht hätten.

Am Anfang des geschilderten Prozesses war die Teilrepublik Serbien also nicht gleichgestellt mit Slowenien und Kroatien, da diese souverän waren und Serbien durch seine beiden Provinzen in seiner Souveränität eingeschränkt wurde. Am Ende war eine neuerliche Ungleichheit entstanden: In Slowenien und Kroatien hatten die Kommunisten an Macht und Einfluss verloren, in Serbien hingegen waren sie zu einer Volkspartei geworden. Das Offensichtliche der kommunistischen Leistung verdrängt in Serbien die Frage nach der Unantastbarkeit des kommunistischen Systems (eines Systems, zu dessen Wesen auch die Wahlmanipulationen vom November 1989 gehören).

Titos Partisanen war es gelungen, im Schatten des nationalen Befreiungskrieges einen politisch motivierten Bürgerkrieg zu führen. Die im Befreiungskrieg freigesetzten patriotischen Emotionen wurden als Waffe im gleichzeitig stattfindenden innenpolitischen Konflikt eingesetzt. Ganz ähnlich verfahren heute die serbischen Kommunisten, wenn sie nationale Gefühle mobilisieren und im gleichen Atemzug die Opposition bekämpfen. Bis jetzt erfolgreich.

3. Die Tischordnung

Wie man sieht, besteht das Problem aus verschiedenen Schichten. Die älteste stellen die nationalen Programme fast aller Völker dar, die in Jugoslawien untergebracht wurden. Hinzu kommen Vorurteile, Ressentiments und vergleichbare Phänomene. Und die berechtigte Unzufriedenheit mit der inneren Staatsordnung. Letztere ließe sich vielleicht durch radikale politische und wirtschaftliche Reformen aus der Welt schaffen. Solche Reformen setzen allerdings eine relative politische Homogenität voraus, d.h. einen ziemlich einheitlichen politischen Willen. Den allerdings gibt es in Jugoslawien zur Zeit nicht. Teilrepubliken, in denen freie Wahlen bereits stattgefunden haben (Slowenien, Kroatien) stehen neben anderen, in denen diese Wahlen wahrscheinlich sind (Bosnien, Montenegro, Mazedonien), und Serbien, wo die Kommunisten die Spielregeln bestimmen. Aufgrund ihres Monopols über die staatlichen Finanzen und die Medien können sie jederzeit »freie« Wahlen veranstalten und gewinnen.

Durch diese Aufsplitterung des politischen Feldes werden Kommunikation und Kompromisse ungemein erschwert. Die Politiker der Teilrepubliken führen einen regeren Meinungsaustausch mit Vertretern fremder Staaten als mit denen innerhalb des eigenen Landes. Jede Teilrepublik entwickelt ihr eigenes, von den anderen unabhängiges Konzept, ihre autistische Vorstellung darüber, welcher Platz in der Tischordnung ihr berechtigterweise zustehe.

Slowenien

Da sich Slowenien, formell betrachtet, schon morgen problemlos zu einem unabhängigen Nationalstaat erklären könnte, entscheiden rein äußerliche

Gründe über den Verbleib in Jugoslawien. Ein solcher Grund wäre die Angst vor einer militärischen Intervention. Von Seiten Sloweniens wurde bisher kein ernsthafter Trennungsversuch unternommen, aufgrund dessen eine solche Gefahr auch nur annähernd hätte gemessen werden können. Bezeichnenderweise wurde die Julierklärung über die staatliche Unabhängigkeit vom Parlament bewusst als feierliche Deklaration und nicht als Rechtsakt angenommen (obwohl man auch über diese zweite Möglichkeit nachgedacht hatte). Diese Unschlüssigkeit signalisiert, dass Slowenien seiner radikalen Rhetorik zum Trotz nicht unbedingt eine radikale Trennung anstrebt. Die Gründe dafür mögen auch psychologisch (Angst vor der Einsamkeit) oder wirtschaftlich sein: Verlust des großen innerjugoslawischen Marktes, für den in Europa nicht so leicht ein Ersatz gefunden werden kann. All das bedeutet, dass Slowenien vermutlich für eine vernünftige und emotional abgekühlte Lösung im Rahmen Jugoslawiens gewonnen werden könnte.

Kroatien

In Kroatien wurden die Wahlen von einer nationalistischen Koalition gewonnen, die sich eine Transformation Jugoslawiens in einen losen Staatenbund ohne gemeinsame Bundesregierung und Parlament zum Ziel gesetzt hat. Sollte dies in nächster Zukunft nicht verwirklicht werden – so drohen nationalistische Vertreter der kroatischen Regierung –, wird diese Teilrepublik sich ganz von Jugoslawien trennen. Nun stellt sich natürlich die Frage, in welchen Grenzen dies geschehen soll. Selbstverständlich nicht in denen der heutigen Teilrepublik – fahren dieselben Politiker fort –, da auch Bosnien Teil des »ethnischen und natürlichen« kroatischen Territoriums sei.

Wäre eine solche Lösung derart einfach, gäbe es kein jugoslawisches Problem. Sie ist aber ohne kriegsähnliche Konflikte mit Serbien undenkbar. Da sich die kroatischen Nationalisten der zahlenmäßigen Unterlegenheit des eigenen Volkes sehr wohl bewusst sind, vermeiden sie jeden offenen Konflikt, der gegebenenfalls die von den Serben beherrschte Armee alarmieren oder sogar einen Bürgerkrieg provozieren könnte. Sie setzen daher auf das Konzept der Konföderalisierung. Es geht davon aus, dass alle Teilrepubliken (darunter auch Bosnien) eigene Verfassungen verabschieden und schrittweise eine gewisse Unabhängigkeit erlangen. Dieser Prozess wird zusätzlich durch eine gezielte Schwächung oder sogar Eliminierung der Bundesregierung gefördert. Die freien Wahlen in Bosnien (voraussichtlich im November 1990) werden mit großer Wahrscheinlichkeit von der Demokratischen Aktion (einer moslemischen Partei) gewonnen werden. Dieses neue, unabhängige Bosnien könnte dann, mit einer kroatenfreundlichen Regierung an der Spitze, auf einem sanften, diplomatischen Weg in den »kroatischen Staatskörper« einverleibt werden.

Wenn eine ähnliche Entwicklung grundsätzlich verhindert würde und Kroaten sich in den heutigen Grenzen von Jugoslawien loslösen sollte, wären vor allem die Nationalisten für ein Weiterbestehen des jugoslawischen Staates.

Bosnien

Bosniens Sonderstellung innerhalb Jugoslawiens rührt daher, dass es in den souveränen Teilrepubliken Bosnien und Herzegowina kein souveränes Volk gibt. In Bosnien leben Moslems (ein Teil der slawischen Bevölkerung, der unter der Türkenherrschaft den Islam angenommen hat), Serben und Kroaten. Die Entwicklung Bosniens zu einem Nationalstaat ist unmöglich. In der ersten Phase einer eventuellen Auflösung des jugoslawischen Staates bliebe Bosnien zunächst einmal unabhängige Teilrepublik. In einer zweiten Phase würde es zum Zankapfel zwischen kroatischem und serbischem Nationalismus. Und innerhalb eines kroatischen oder serbischen Staates wären die Moslems einem enormen Assimilationsdruck ausgesetzt. Die Mehrheit der Bevölkerung Bosniens ist eindeutig für das Weiterbestehen Jugoslawiens.

Serbien

Die serbische politische Elite verfolgt zwei entgegengesetzte Programme. Das erste, konföderale, war erforderlich, um mit Nachdruck die Souveränität der Teilrepublik zu erkämpfen. Es wurde von Teilen der nationalen Opposition, vor allem der einflussreichen Akademie der Wissenschaften und dem Schriftstellerverband, inoffiziell unterstützt. Nun leben aber über zwei Millionen Serben außerhalb Serbiens, und die Regierung Milošević hat alle Brücken zu den anderen Teilrepubliken (mit Ausnahme Montenegros) abgebrochen. Wie kann diese Regierung sich um die dort lebenden Serben kümmern?

Eine Antwort auf diese Frage wurde in der Gründung von serbisch-nationalen Parteien in Kroatien und Bosnien gefunden. Die in Kroatien lebenden Serben (etwa 600.000) haben sich in der Serbischen Demokratischen Partei organisiert und ihre zahlenmäßige Benachteiligung durch verstärkte Mobilisierung zu kompensieren versucht. In den letzten Julitagen haben sie sich auf mehreren Kundgebungen und Demonstrationen versammelt und sogar einen autonomen Status für die rein serbischen Gemeinden in Kroatien ausgerufen.

Die Serbische Demokratische Partei betrachtet Serbien als Schutzmacht für alle Serben, was die Loyalität gegenüber der jetzigen kommunistischen Regierung einschließt. Dadurch wird die Lage der Opposition in Serbien zusätzlich erschwert. Tägliche Berichte über eine Gefährdung der Serben in kroatisch-nationalistischer Umgebung mobilisieren die Bewohner Serbiens sowohl für deren Landsleute in Kroatien als auch für die Regierung Milošević als deren Beschützer.

Die Serbisch-Nationale Partei in Bosnien wurde erst im Juli 1990 gegründet und versteht sich als Tochterpartei der erwähnten Serbischen Demokratischen Partei Kroatiens.

Das Einschwenken auf ein rein nationales Programm hat die serbischen Kommunisten dazu bewogen, den Namen ihrer Partei zu ändern und, nachdem einige angesehene Akademiemitglieder mit in die Parteiführung aufgenommen wurden (unter anderen der ehemalige Praxis-Philosoph und Dissident Mihailo Marković), eine angeblich neue Partei zu gründen. Der Gründungsparteitag dieser »Sozialisti-Partei« war eine vierzigstündige, vom Fernsehen live übertragene Farce. Zu den Gründungsmitgliedern gehören Staatschef Milošević und zahlreiche andere hohe Amtsträger. Somit war diese »neue« Partei mit dem ersten Tag ihres Bestehens, auch ohne freie Wahlen und ohne Revolution, zu Serbiens herrschender Partei geworden.

Die neue Partei der serbischen Kommunisten verfügt ebenso wenig über ein klares politisches Programm wie die alte es gehabt hatte. In der Wirtschaft vertritt sie auch weiterhin das »gesellschaftliche Eigentum«, was eine politische Einmischung in Betriebsangelegenheiten ermöglicht. In der Politik verteidigt sie die »sozialistische Ordnung«, und in der nationalen Frage propagiert sie »Unbeugsamkeit«. In Tat und Wahrheit beharrt diese Partei nur auf ihrem Machtmonopol. Da die Opposition von zwei Seiten bedrängt wird – von einem Milošević, der sich kroatischen und andere nationalen Bestrebungen widersetzt und so große Popularität erlangt hat, wie auch von der unkritischen Loyalität der kommunistischen Regierung gegenüber den Serben in Kroatien und Bosnien – kann sie entweder noch nationalistischer auftreten als Milošević oder immer wieder versuchen, ihn als Kommunisten zu entlarven, oder aber sich mit der momentan ungünstigen Lage abfinden und Demokratisierungsprojekte für die Zukunft entwickeln. Was auch immer sie tun mag, von unmittelbarem Erfolg werden solche Bemühungen nicht gekrönt sein.

Montenegro und Mazedonien

Als die beiden kleinsten und wirtschaftlich schwächsten Teilrepubliken haben Montenegro und Mazedonien ein echtes Interesse an einem reformierten Status quo. Die Ereignisse in Serbien haben selbstverständlich in diesen benachbarten Teilrepubliken Reaktionen hervorgerufen. In Montenegro wird seit einem Jahrhundert ein Streit über die »montenegrinische Ethnogenese« ausgetragen. Viele Montenegriner – vermutlich mehr als die Hälfte – sehen sich als die besten und edelsten Serben. Der Rest hält an einer eigenständigen montenegrinischen Nationalität fest. Erstere streben seit einigen Monaten eine Volksbefragung über eine Staatenvereinigung mit Serbien an. Diese ist jedoch wenig wahrscheinlich und wäre von geringem Einfluss auf die Gesamtpolitik des Landes.

Ähnlich gelagert ist der Fall Mazedoniens. Ein Mazedonien ohne jugoslawischen Hintergrund wäre eine leichte Beute für Bulgarien, Griechenland und Albanien, die alle drei die mazedonische Nationalität nie anerkannt ha-

ben und territoriale Ansprüche erheben. So erklärt es sich, dass Montenegriner und Mazedonier Anhänger Jugoslawiens sind.

Kosovo

Am selben Tag, als in der slowenischen Volksversammlung die Unabhängigkeitserklärung verlesen wurde, erklärten über 100 albanische Parlamentarier in Pristina die Unabhängigkeit Kosovos von Serbien. Daraufhin wurde das Parlament von Kosovo durch das serbische Parlament aufgelöst.

Die Kosovo-Albaner streben den Status einer Teilrepublik an. Ein solcher Status könnte freilich auch eine Trennung von Jugoslawien und einen Anschluss an Albanien ermöglichen. Ungewiss ist, ob dies tatsächlich geschehen würde. In der momentanen Situation würde in Serbien jede Regierung gestürzt, die auch nur mit dem Gedanken spielte, dem albanischen Wunsch nach einer Republik Kosovo entgegenzukommen.

Die konföderale Entwicklung hat es Kroatien und Slowenien erschwert, sich aktiv in das Kosovo-Problem einzumischen. Für die Albaner selbst wäre die Konföderation eine äußerst ungünstige Lösung, weshalb ihnen ein jugoslawischer Bundesstaat lieber wäre.

Bundesregierung

Seit Ante Marković 1989 Chef der Bundesregierung geworden ist, kann man durchaus von einem Konzept der Bundesregierung sprechen, das denjenigen der Teilrepubliken Konkurrenz macht. Es ist momentan das rationalste Konzept in diesem Teil des Balkans. Bezeichnenderweise beschränkt es sich ganz bewusst auf Wirtschaftsfragen. Die jugoslawische Innenpolitik mag Marković zu irrational vorkommen, als dass er sich darin verwickeln wollte.

Der Regierung Marković ist das fast Undenkbare gelungen, eine Inflation von 2000 Prozent innerhalb weniger Monate auf Null zu drosseln. Die große Chance der Bundesregierung liegt in der Unfähigkeit der meisten nationalen Politiker, eine realistische Politik zu betreiben. Sie machen mit Vorliebe Außenpolitik, was bedeutet, dass sie einen verbalen Krieg gegen die anderen Teilrepubliken führen. Die große Gefahr für die Regierung Marković liegt darin, dass die Erfolge ihrer Wirtschaftspolitik kurzerhand von den nationalen Politikern als eigene verbucht, die negativen Folgen (Arbeitslosigkeit, Konkurse, verringerte Produktion) jedoch dem Reformprogramm angelastet werden. Marković enthebt die nationalen Regierungen nicht nur von der Aufgabe, ein eigenes Wirtschaftsprogramm zu entwickeln, sondern ermöglicht es ihnen auch noch, die Rosinen aus dem Reformkuchen zu picken. Dies ist der Grund, weshalb die erwähnten Politiker dieser Regierung eine Galgenfrist gewähren. Die längst fälligen Bundeswahlen werden von ihnen abgelehnt, da sie einer Bundesregierung keine Legitimationsbasis schaffen wollen. Marković wird als Wirtschaftssekretär, als Meistersanierer stillschweigend geduldet. Er

muss damit rechnen, seinen Posten so oder so zu verlieren: Er wird weder gefragt sein, wenn seine Reform misslingt, noch wenn sie gelingt denn dann wird man ohne ihn auskommen.

4. Bedienen Sie sich, bitte!

Wie wird das Jahresende in Jugoslawien aussehen? Nehmen wir an, Slowenien trennt sich und der Rest bleibt unverändert. Das kann man sich leicht vorstellen; es würde keine besonderen Turbulenzen hervorrufen. Der jugoslawische Staat ist an der Achse Kroatien-Serbien entstanden und wird auch nur dort zerbrechen können.

Kroatien wird sich ohne Bosnien schwerlich zu einem Sonderweg entscheiden können. Die eine Unabhängigkeit anstrebenden kroatischen Nationalisten wären mit einem »Kleinkroatien« keinesfalls zufrieden. Hinzu kommen die in den vergangenen Monaten aufgestachelten Serben, die im Fall einer kroatischen Trennung ihrerseits mit einer Trennung von Kroatien drohen (und diese Drohung mit Hilfe von Serbien auch wahrmachen könnten).

Von Seiten Bosniens ist keine Initiative zu erwarten, ebenso wenig aus Richtung Montenegro oder Mazedonien.

Die Albaner in Kosovo, die in der Demokratischen Liga gut organisiert sind, wissen genau, dass die Regierung Milošević auf einen eventuellen Volksaufstand gnadenlos reagieren würde. Sie spielen daher auf Zeit. Kosovo kostet Serbien enorme Summen, da dort die ganze Wirtschaft lahmliegt, und dieser Zustand kann nicht ewig dauern.

Ein echtes Geheimnis ist Serbien. Die Opposition vermutet, dass noch vor Jahresende Wahlen stattfinden werden. Die »neue« Sozialistische Partei wird ihren Gründungsschwung und vor allem ihr Machtmonopol ausnutzen wollen. Sie wird das Wahlgesetz zu ihren Gunsten zurechtschneiden und alle Massenmedien in Serbien zu ihrer Wahlpropagandamaschine machen.

Ich schätze, dass in Serbien, ähnlich wie in Bulgarien, die ersten Wahlen von den Kommunisten gewonnen werden, was eine Periode der Parlamentskrise zur Folge haben wird. Eine solche Krise könnte gegebenenfalls einen heilenden Einfluss auf die schwerkranke politische Szene Serbiens ausüben.

Die Position der Bundesregierung ist die interessanteste, und sie verfügt über die größten Möglichkeiten. Im Augenblick wird sie von Slowenien, Kroatien und Serbien erfolgreich in ihrer Handlungsfähigkeit blockiert, handelt aber trotzdem noch effizient. Aber nicht offensiv genug. Sie ist im Volk sehr beliebt (interessanterweise mehr als die nationalistischen Führer), was ihr zwar die notwendige Energie gibt, sie aber noch nicht zu einem politischen Instrument macht. Wie soll es weitergehen?

Die Regierung könnte ihre stillschweigend anerkannten Befugnisse wahrnehmen und die Bundeswahlen ausschreiben lassen. Und zwar in jenen Teil-

republiken, deren Parlamente damit einverstanden wären: zweifellos Bosnien, Mazedonien und Montenegro. Serbien müsste sich wegen der Serben in Bosnien anschließen, Kroatien ebenfalls wegen der dortigen Kroaten. Falls nicht, wäre es denkbar, eine Föderation der vier obengenannten Teilrepubliken zu gründen, mit einer gemeinsamen Regierung und einer Bundesverfassung. Diese Regierung (es wäre die Regierung Marković) könnte dann einen konföderalen Vertrag mit Slowenien und eventuell auch mit Kroatien aushandeln. Die serbischen Kommunisten und die kroatischen Nationalisten wären in einem solchen Fall die offenen Gegner der neuen Regierung. Momentan sind sie die versteckten Gegner einer Regierung, der die Zeit wegläuft.

In den letzten Julitagen hat Marković auf einer Großkundgebung im serbischen Teil Bosniens die Absicht geäußert, eine eigene Reformpartei zu gründen. Von aufgezwungenen Bundeswahlen war dabei keine Rede. Ebenso wenig von konkreten Organisationsfragen dieser neuen Partei. Wie wird ihre Politik aussehen, abgesehen vom schon bekannten Wirtschaftsprogramm, das keine hinreichende Grundlage für eine politische Partei bildet? Wie wird sie ihre Lokalpolitiker suchen, aus welchen Mitteln wird sie finanziert werden?

Wie auch immer, der Herbst wird in Jugoslawien heiß werden. Der Winter wahrscheinlich noch heißer, vor allem, wenn er kalt wird. Dann wird die soziale Not, die jetzt schon groß ist, die Menschen auf die Straße treiben. Dadurch wird dem balkanischen Nationalitäteneintopf ein weiteres scharfes Gewürz beigegeben. Wer den Genuss dieser seltsamen Speise überleben wird, darf gespannt auf die weiteren Gänge warten. Es gehört zur Spezialität des Hauses, dass das Menu bis zuletzt ein Geheimnis bleibt.

Elemér Hankiss
 ZWISCHEN ZWEI WELTEN
 Wertewandel in Ungarn

Vor dem Zweiten Weltkrieg war Ungarn ein wesentlicher Teil Europas. Es war seit dem 11. Jahrhundert vom europäischen Christentum geprägt. In den ländlichen Gegenden findet man heute noch zahlreiche Ruinen, Kirchen und Klöster, die im 11. und 12. Jahrhundert im romanischen Stil erbaut worden sind; die Erneuerung von Cluny mit ihren gotischen Spitzbögen erreichte Ungarn im 13. Jahrhundert; die Institutionen des europäischen Feudalismus blühten dort im 14. und 15. Jahrhundert; Renaissance, Reformation und Aufklärung formten und befruchteten Ungarns Kultur; und es waren unter anderem die Französische Revolution, der britische Liberalismus und der europäische Sozialismus, die Ungarns politische Kultur gestalteten.

Gewiss, die sieben magyarischen Stämme sind vergleichsweise spät nach Mitteleuropa gekommen, nämlich erst im 10. Jahrhundert. Und es ist wahr, dass Ungarn nach der Entdeckung Amerikas seine Rolle als bedeutende Wirtschaftsmacht am Schnittpunkt wichtiger Ost-West- und Nord-Süd-Handelsstraßen verloren hat. Zugegeben, die türkische Okkupation von 1526 bis 1686 hat einen großen Teil von Ungarns wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Strukturen europäischen Stils zerstört, ebenso wie die Herrschaft der Habsburger im 18. und 19. Jahrhundert Ungarns nationale und bürgerlich-demokratische Entwicklung gehemmt und die anachronistischen, spätfeudalen Institutionen bis weit ins 19. Jahrhundert hinein bewahrt hat. Und schließlich hat der Vertrag von Trianon Ungarn auf ein Drittel seines Staatsgebietes reduziert und infolgedessen nationalistische, konservative, rechtsgerichtete Tendenzen gestärkt und das Land in eine Allianz mit Nazi-Deutschland gedrängt. Dennoch – die ungarische Gesellschaft war, was ihre Grundstruktur, die sozialen, ökonomischen und politischen Institutionen und das kulturelle und geistige Erbe angeht, ein europäisches Land, als die Kommunisten 1948 ihr großes Projekt der sozialistischen Umgestaltung in Angriff nahmen.

Einerseits stellt sich die Frage, wie weit es den Kommunisten gelungen ist, den europäischen Charakter dieser Gesellschaft zu zerstören, und andererseits, wie weit Ungarn in der Lage ist, ihn wiederzubeleben. An anderer Stelle habe ich diese Entwicklung detailliert analysiert, in deren Verlauf die Institutionen der Demokratie und der Marktwirtschaft in den späten vierziger Jah-

ren vernichtet wurden und sich seit der Mitte der sechziger Jahre teilweise wieder erholt haben.¹ In diesem Aufsatz werde ich mich auf das Wertesystem der ungarischen Gesellschaft konzentrieren. Ich möchte untersuchen, wie weit drei fundamentale europäische Werte, und zwar Individualismus, Unternehmergeist und Pluralismus, in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren vom kommunistischen Regime zerstört und wie weit sie seit Mitte der sechziger und besonders in den letzten Jahren zu neuem Leben erweckt wurden.

Individualismus

Zerstörung

Individualismus als eigenes System von Werten und Einstellungen hat in Ungarn die gleichen, weit zurückreichenden historischen Traditionen wie in anderen europäischen Ländern. Der Katholizismus – zu dem die Ungarn im 11. Jahrhundert bekehrt wurden – trat nicht nur für die Werte der Selbstlosigkeit und Solidarität ein, sondern war auch die Quelle von persönlicher Würde und Freiheit. Die Einstellungen und Werte der protestantischen Ethik im Sinne Max Webers schlugen bereits im Ungarn des 16. Jahrhundert Wurzeln und trugen zur Entwicklung einer neuen Art menschlicher Autonomie bei. Der europäische Humanismus und das Zeitalter der Aufklärung hinterließen ebenfalls Spuren in der ungarischen Denkart und förderten die Entwicklung von Persönlichkeiten, die sich auf die Kantische Vernunft beriefen. Die Industrialisierung und der Aufschwung des Kapitalismus schufen den neuen Menschen des Industriezeitalters, und sie schufen den politisch-philosophischen Liberalismus mit seiner Betonung der Menschenrechte und der Freiheit. Die ungarische Gesellschaft mag in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung hinterher gegangen haben, die Werte und Einstellungen des europäischen Individualismus jedoch haben sie jahrhundertlang durchdrungen.

1948 wurde dieser »bürgerliche Individualismus« eines der Hauptziele und Opfer des kommunistischen Angriffs auf die ungarische Gesellschaft. Die Zerstörung war systematisch und umfassend. Die Angriffe wurden an mehreren Fronten vorgenommen. Sie vernichteten die Institutionen demokratischer Politik, die die Aufgabe hatten, die Rechte und Freiheiten der Menschen zu schützen. Das Mehrparteiensystem wurde zwischen 1947 und 1949 aufgehoben. 1950 war das Parlament auf die Rolle einer Abstimmungsmaschine reduziert. Die Unabhängigkeit der Rechtsprechung wurde beseitigt. Mit der Aufhebung der Bürgerrechte wurde 1947 begonnen, bis 1950 war sie vollendet.

Die Zerstörung demokratischer Institutionen an sich wäre schon ein schwerer Schlag gewesen, hätte aber das Land nicht vollständig gelähmt und die Grundlagen des Individualismus nicht zerstört. Bürger mit einer gewissen ökonomischen und sozialen Autonomie hätten sich den Wünschen der

Partei widersetzen können. Folglich war die Beseitigung dieser Autonomie ein unverzichtbarer Teil der Strategie der Parteilite zur Beherrschung und Kollektivierung.

Die Kampagne zur Nationalisierung von Industrie- und Handelsunternehmen begann im März 1948 mit der Verstaatlichung der Industriefirmen mit über ein hundert Arbeitern und Angestellten. Anderthalb Jahre später, im Dezember 1949, wurden auch Firmen mit über zehn Mitarbeitern verstaatlicht. Als nächstes, im Januar 1950, waren die Großhandelsbetriebe an der Reihe. Infolge dieser Maßnahmen sank die Zahl der Firmen in Privatbesitz von 4049 im Jahr 1946 auf 37 im Jahr 1950, und die Zahl der Unternehmen in Staatsbesitz stieg im gleichen Zeitraum von 346 auf 1595. Die Börse stellte ihre Arbeit im März 1948 ein; im Mai 1949 wurde sie offiziell aufgelöst. Staatsgüter wurden geschaffen, und die Bauern in Kolchosen gezwungen. Nach einer Phase des Experimentierens gleich nach dem Krieg wurde dieser Prozess zwischen 1959 und 1962 vollendet. Die Zahl der Genossenschafts-Mitglieder stieg von 13 000 im Juni 1949 auf mehr als 1 200 000 im Dezember 1961. Der Verlust der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und Autonomie großer Teile der Bevölkerung wirkte sich in den späten fünfziger und in den sechziger Jahren verheerend aus. Der Anteil der wirtschaftlich Unabhängigen (Bauern, Handwerker, Kaufleute, Geistliche, Freiberufler usw.) und ihrer Familien sank von 51,3 Prozent der Bevölkerung 1949 auf 17 Prozent 1960 und 2,6 Prozent 1970.² Mehr als die Hälfte der ländlichen Bevölkerung wurde entwurzelt, in die alten und neuen Industriezentren verschoben und proletarisiert.

Vollendet wurde der Prozess mit der Auflösung des dichten Netzes von gesellschaftlichen Vereinigungen, Organisationen und Klubs; solche Einrichtungen trugen nicht unerheblich dazu bei, die Persönlichkeiten und die Autonomie der Mitglieder zu entwickeln und zu schützen. Die Zahl von Klubs und Vereinen nahm das ganze 19. Jahrhundert hindurch zu, und zwar in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts stärker. Ein Höhepunkt war in den späten dreißiger und frühen vierziger Jahren erreicht, als es im Lande zwischen 13000 und 14000 solcher Vereinigungen gab (ohne Sportvereine). Nach der Machtübernahme der Kommunisten sank die Zahl auf wahrscheinlich weniger als eintausend; eine leichte Neubelebung begann erst in den späten sechziger Jahren. Einer vom Hauptbüro für Statistik durchgeführten Untersuchung zufolge gab es 1983 3539 Klubs und Vereine (ohne Sportvereine).³

Trotz dieser allmählichen Erholung war die ungarische Gesellschaft Mitte der achtziger Jahre viel weniger deutlich artikuliert, als sie es in den dreißiger Jahren gewesen war – zumindest, was das spontane gesellschaftliche Netz angeht. Dieser Mangel war besonders dramatisch im Bereich der Interessengruppen, deren Zahl von mehr als zweitausend auf weniger als einhundert gesunken war, und die sich selbst in den achtziger Jahren nur langsam erholten.

Dieser Zustand von Auflösung und Atomisierung beeinträchtigte in radikaler Weise die Fähigkeit der Menschen, ihre Freiheit und persönliche Autonomie gegen den Druck der herrschenden Partielite zu verteidigen. Die reiche Tradition des europäischen Individualismus wurde in diesem Land zerstört. An ihre Stelle trat nicht Kollektivismus und Gemeinsinn, sondern Rückzug ins Private und aggressiver Egoismus.

Entgegen den Kollektivismus-Phrasen der Kommunistischen Partei konnten die Menschen nicht am öffentlichen Leben teilnehmen, das den Mitgliedern der herrschenden Partielite vorbehalten war. Der wachsende Wohlstand gab der Mehrheit der Bevölkerung die Gelegenheit, ihren Lebensstandard zu heben: sich Wohnungen zu bauen, besser zu essen und sich besser zu kleiden, Autos zu kaufen und zu reisen. Dieser Trend wurde noch verstärkt, als in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren allmählich die Umrisse eines inoffiziellen Kompromisses sichtbar wurden, einer stillschweigender Übereinkunft zwischen der herrschenden Partielite und der Mehrheit der Bevölkerung: die Menschen verzichteten auf ihr Recht auf Partizipation an der Macht und bekamen dafür eine (nach osteuropäischen Maßstäben) relativ tolerante Regierung, einen Waffenstillstand an der ideologischen Front. Die aggressive und inquisitorische Rhetorik wurde von versöhnlicheren Tönen abgelöst, es gab eine Art kulturellen Pluralismus und die Möglichkeit, sich ein immer bequemeres materielles Leben nach westeuropäischem Vorbild einzurichten.

Um das Ausmaß dieser Ausbildung individueller Eigenart in der ungarischen Gesellschaft zu zeigen, möchte ich hier einige Zahlen aus einer Untersuchung des europäischen Wertesystems zitieren, die 1982 in einer Reihe von europäischen Ländern durchgeführt wurde. Die Tabelle 1 zeigt die Antworten auf Fragen nach Individualismus einerseits, Altruismus und Geselligkeit andererseits.

Wie man sieht, zeigten sich die Ungarn überraschend viel egoistischer als die Befragten in den anderen europäischen Ländern. Zum Beispiel antworteten auf die Frage: »Gibt es außerhalb Ihrer Familie irgendetwas, für das Sie sich opfern würden?« 38 bis 64 Prozent der Engländer, Franzosen, Deutschen, Spanier oder Italiener: »Nein, ich würde mich für nichts außer meiner Familie opfern.« In Ungarn hingegen gaben 85 Prozent diese Antwort. Auf die Frage: »Würden Sie Ihre Kinder zur Achtung gegenüber anderen Menschen erziehen?« lag die bejahende Antwort im europäischen Durchschnitt bei 43 bis 62 Prozent, während sie für Ungarn bei 31 Prozent lag. Ähnliche Unterschiede zwischen dem europäischen Durchschnitt und den ungarischen Angaben konnten auch bei anderen Punkten beobachtet werden. Das war kein an Werten reicher Individualismus, sondern ein rüder, gereizter, krampfhafter Egoismus und »Privatismus«.

Tabelle 1

Individualismus und »Privatismus« in 10 europäischen Ländern (Prozentwerte)
(Aus European value Systems Study 1982)

	Ungarn	BRD	Irland	England	Belgien	Spanien	Italien	dänemark	Frankreich	Niederlande
Man kann den Menschen trauen	32	26	40	43	25	32	25	46	22	38
Gibte es außerhalb ihrer Familie irgend etwas, für das sie sich opfern würden? »Nein!«	85	53	55	60	61	38	45	49	64	54
Eltern haben ihr eigenes Leben; sie sollten sich nicht für ihre Kinder aufopfern	44	28	15	18	21	13	27	39	17	15
Erziehungsprinzipien:										
– Achtung gegenüber anderen Menschen	31	52	56	62	45	44	43	58	59	53
– Loyalität, Pflichttreue	10	22	19	36	23	29	43	24	36	24
Mit wem verbringen sie Freizeit am liebsten?										
– allein	10	8	12	11	9	7	20	8	10	12
– mit Ihrer Familie	72	52	39	48	51	53	36	53	47	49
– mit Freunden	10	27	27	27	18	23	29	12	22	15
– indem Sie ausgehen und Menschen begegnen	3	5	12	11	7	4	8	4	8	12

Anmerkung: Alle Angaben stammen aus repräsentativen landesweiten Umfragen.

Wiederherstellung

Dennoch schafften es die Kommunisten nicht, persönliche Autonomie und europäischen Individualismus in Ungarn vollständig zu zerstören.

Christliche Werte und Individualismus im Sinne geistiger Freiheit überlebten vierzig Jahre Drangsalierung und Verfolgung. In einer im März 1989 durchgeführten landesweiten Untersuchung bejahten 52 Prozent der Befragten die Frage: »Betrachten Sie sich selbst als Christen oder Christin?«⁴ Die Neubelebung des gesellschaftlichen Geflechts begann in den späten sechziger Jahren. Man machte sich die demonstrativ demokratischen Formulierungen der Verfassung von 1949 zunutze, und als man ein Hintertür-

chen in den gesetzlichen Bestimmungen gefunden hatte, entstanden beinahe über Nacht eine Menge von Klubs, gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen. Inzwischen hat die Entwicklung eines dichten Netzes von gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Vereinen und Klubs beträchtlich zur Reartikulierung und Entproletarisierung der ungarischen Gesellschaft beigetragen.

Auch die Neubelebung der wirtschaftlichen Autonomie war ein wichtiges Element in diesem Prozess. Die Zahl der selbständigen Handwerker zum Beispiel, die von 169 329 im Jahre 1948 auf den Tiefstand von etwa 50 000 im Jahr 1953 gesunken war, stieg – kaum wurde die zentrale Kontrolle in der Mitte der sechziger Jahre ein bisschen gelockert – auf 70 431 im Jahre 1965, auf 84 588 1975 und auf 158 930 im Mai 1989.

In der Landwirtschaft gehörte die sogenannte »Zweite Ökonomie« zu den wichtigsten, wenn auch latenten und nicht offiziellen Freiheitsbewegungen im Osteuropa der vergangenen fünfzig Jahre.⁵ In den frühen siebziger Jahren waren bereits mehr als 60 Prozent der ungarischen Familien an Familienunternehmen beteiligt, die schon Mitte der siebziger Jahre über 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nettoerträge erwirtschafteten, obwohl ihnen nur fünf Prozent des Ackerlandes gehörten. Diese Familien schafften sich selbst einen Bereich von Freiheit auf ihren kleinen Parzellen und in ihren Gärten und Schuppen, wo sie außerhalb der lähmenden Kontrolle der Staats- und Parteibürokratie arbeiten konnten; wo sie wieder lernen konnten, wie man sich verantwortlich verhält, wie man Verträge erfüllt, Termine einhält und Qualitätsware erzeugt: wo sie wieder zu verantwortlichen und autonomen Persönlichkeiten werden konnten. Dieser Prozess der Entproletarisierung und das Aufkommen eines Kleinbürgertums brachten menschliche Einstellungen, Werte und Fähigkeiten hervor, die in den letzten Jahren unentbehrlich geworden sind. Ohne sie wäre der Aufbau einer Marktwirtschaft schwieriger, wenn nicht überhaupt unmöglich. Wir sehen ja die fast unüberwindlichen Probleme, mit denen Länder wie die Sowjetunion zu kämpfen haben, wo es diesen Prozess von Entproletarisierung und Aufkommen eines Kleinbürgertums nicht gegeben hat.

Diese Entwicklungen haben zu Aufstieg und Stärkung der fundamentalen Werte der protestantischer Ethik und des modernen Individualismus beigetragen, und sie werden es aller Wahrscheinlichkeit nach auch in den kommenden Jahren tun. Das mag ein bisschen spät kommen und anachronistisch wirken in einer Zeit, in der – im westlichen Teil Europas – zunehmend postindustrielle und postmoderne Werte gelten. Es ist jedoch eine Phase, die nicht übersprungen werden darf, und es ist ein Prozess der Neubelebung, ohne den die ungarische Gesellschaft sich nicht wieder in die Gemeinschaft der europäischen Völker eingliedern könnte.

Unternehmertum

Die Institutionen

Bis in die späten vierziger Jahre hatte Ungarn eine Marktwirtschaft. Unternehmertum und unternehmerischer Geist hatten sowohl in den Großstädten als auch in einigen ländlichen Gebieten eine lange Tradition. Nach 1948 wurden sie zur Zielscheibe für kommunistische Angriffe; Unternehmer wurden als Ausbeuter, Bourgeois und Erzfeinde des Sozialismus gebrandmarkt und als gesellschaftliche Gruppe innerhalb von Monaten ausgeschaltet. Die Institutionen der Marktwirtschaft wurden zerstört und durch Strukturen des bürokratischen Staatssozialismus ersetzt.

Die irreparable Ineffizienz der staatssozialistischen Wirtschaft war bereits in der Mitte der sechziger Jahre offenkundig gewesen, aber erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sah sich die herrschende Partielite – durch eine gefährliche Krise – gezwungen, die Notwendigkeit radikaler Änderungen im System zu akzeptieren. Das Parlament erließ – seit Ende 1987 – eine Serie neuer Gesetze, die einer ganzen Reihe von Unternehmens- und Besitzformen den Weg für den freien Wettbewerb ebneten: Gesellschaften als Körperschaften, Genossenschaften, Interessengemeinschaften oder Privatbesitz. Wenn ich noch hinzufüge, dass die Zahl der Menschen, die an Privat- oder Gemeinschaftsunternehmen beteiligt waren, von 67 000 im Jahr 1982 auf 530 000 im Jahr 1987 stieg, wird wohl deutlich, welchen Aufschwung die Entwicklung der letzten Jahre genommen hat.

Was die Finanzordnung und das Börsengeschäft angeht, so gab es schon Mitte der achtziger Jahre einen Umschwung. Es wurde ein Bankenwesen mit mehreren unabhängigen Handelsbanken entwickelt; man liberalisierte den Außenhandel und unternahm vorsichtige Schritte in Richtung Konvertibilität der Landeswährung. Der Handel mit Wertpapieren, Obligationen und Aktien wurde Mitte der achtziger Jahre nach mehr als drei Jahrzehnten wieder aufgenommen. Im Januar 1988 erfolgte der erste Schritt zur Schaffung eines geordneten Wertpapiermarktes. Im April wurde das Sekretariat der zukünftigen Börse etabliert; Anfang August wählten die Vertreter von 25 Banken und Finanzinstituten den Börsenvorstand. Anfang 1989 entstanden die ersten Investment-Gesellschaften und Börsenmakler Firmen und begannen mit der Ausbildung der Börsenspezialisten. Im Juni 1990 wurde die Börse in Budapest wieder eröffnet.

Die neue Ideologie

Mit ein bisschen Übertreibung und Bosheit könnte man sagen, dass seit Mitte der achtziger Jahre der Marxismus des 19. Jahrhunderts durch den konservativen Liberalismus des 19. Jahrhunderts ersetzt wurde. So wurde etwa das Gleichheitsprinzip des orthodoxen Marxismus, das Unterschiede in den Lebensbedingungen in engen Grenzen zu halten versuchte, durch das liberale Prinzip der gleichen Möglichkeiten für alle ersetzt. Man gab das geheiligte

Dogma von der Vollbeschäftigung auf und räumte (zumindest auf Zeit) die Notwendigkeit von Arbeitslosigkeit ein, gerechtfertigt allerdings in jesuitischer Manier: »Wir haben immer vom Recht auf Arbeit gesprochen, nicht vom Recht auf einen Arbeitsplatz!«. Die Vorstellung vom herumlungernenden faulen Arbeiter, der es nur sich selbst zuzuschreiben hatte, wenn er seinen Job verlor, wurde von der Kádár-Bürokratie, schon Mitte der achtziger Jahre, als sie noch fest im Sattel saß, aus dem Vokabular der Industriemagnaten des 19. Jahrhunderts entlehnt. Das marxistische Konzept vom Fürsorgestaat, der für jedermann nach seinen Bedürfnissen sorgt, wurde durch das Konzept vom zurückhaltenden Staat ersetzt, der mehr und mehr von seiner Verantwortung (nicht aber von seiner Macht) abgab. Um die Kosten der Sozialpolitik zu verringern, nahmen die neuen Führer des späten Kádárismus zum Beispiel den aus dem 19. Jahrhundert stammenden Begriff von den »würdigen« und den »unwürdigen« Armen wieder auf und grübelten über die Möglichkeit nach, nur oder hauptsächlich ersteren zu helfen.

Die Legitimierung neuer Besitzformen durch das neue Handelsgesellschaftsgesetz von 1988 war nicht nur ein radikaler Schritt auf dem Weg zu Wirtschaftsreformen, sie schlug auch eine bedeutende Bresche in die Mauer der kommunistischen Ideologie. Die alten Ideokraten versuchten zunächst, das Ereignis zu bagatellisieren und betonten die Tatsache, dass das Staatseigentum immer noch bei weitem überwiegen und von niemandem angefochten werden würde. Neue Ideologen dagegen entdeckten das wohlbekanntes und überzeugende Argument der westlichen Sozialdemokratie, dem zufolge die Art des Eigentums von sekundärer Bedeutung sei; was zähle, seien vielmehr das Ziel, dem es dient, und der gesellschaftliche Profit, den es abwirft. Die Ereignisse von 1989 fegten diese Debatten hinweg. Jetzt, im Juni 1990, diskutiert das neue Parlament über Wege und Mittel, wie die gesamte Wirtschaft privatisiert werden kann.

Die Leistungshierarchie ist radikal umgeformt worden. Im bolschewistischen Wertesystem war die körperliche Tätigkeit des Arbeiters die wertvollste und ehrwürdigste Art der Leistung (obwohl sie in unbequemer Nachbarschaft mit der »führenden Rolle« und Avantgarde-Funktion der Kommunistischen Partei als weiterer höchster Leistung leben musste). Die Unterhöhlung dieses Wertesystems begann schon in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren, die eigentliche Veränderung trat jedoch Ende der achtziger Jahre ein, als das von dem längst vergessenen Mythos des Stachanow-Arbeiters hinterlassene Vakuum plötzlich vom Schumpeter-Mythos des Unternehmers gefüllt wurde, der das Land aus seinen gegenwärtigen Qualen erretten würde. Das Unternehmertum ist plötzlich die wertvollste gesellschaftliche Errungenschaft. Jeder, der »in« sein will, muss eine Unternehmertätigkeit vorzeigen, nicht nur die Unternehmer und Manager.

Kurz: Unternehmergeist gibt es bereits, aber die Menschen müssen die Moral und den Geschäftskodex des Unternehmertums erst noch lernen.

*Pluralismus**Vernichtung*

Die Kommunisten begannen schon vor ihrer offiziellen Machtübernahme mit der Vernichtung der Institutionen des politischen Pluralismus. In den Wahlen von 1945 gewann die Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FKgP) 57,03 Prozent der Stimmen; es folgte die Sozialdemokratische Partei mit 17,41 Prozent; die Ungarische Kommunistische Partei bekam 16,95 Prozent, die Nationale Bauernpartei 6,87 Prozent, die Bürgerlich-Demokratische Partei 1,62 Prozent und schließlich die Ungarische Radikale Partei 0,12 Prozent. Bei den Wahlen vom 31. August 1947 gelang es der Kommunistischen Partei nicht einmal durch Wahlmanipulation, ihren Anteil auf mehr als 22,27 Prozent zu erhöhen, (kommunistische Aktivisten wurden lastwagenweise von einem Wahllokal zum andern gefahren und gaben die berüchtigten unechten Stimmzettel ab). Inzwischen war jedoch die Kampagne der Störaktionen gegen die Bauernpartei und andere nicht konforme Parteien in Gang gekommen. Diese Kampagne führte mit latenter wie auch offener Hilfe der Sowjetunion im Mai 1949 zur Auflösung des Mehrparteiensystems.

Im Mai 1946 wurde die FKgP gezwungen, zwanzig ihrer Parlamentsmitglieder vom »rechten« Flügel auszuschließen. Im Februar 1947 – nach der Entdeckung einer angeblichen »antirepublikanischen« Verschwörung – wurden weitere dreizehn Parlamentarier ausgeschlossen. Weitere fünf Abgeordnete verließen die Partei, einer trat zurück. Kurz darauf verhafteten die Sowjets Béla Kovács, den Generalsekretär dieser Partei. Im Mai wurde der Premierminister, Ferenc Nagy, ins Exil gezwungen. Am 30. Juli 1948 dankte der Präsident der Republik, Zoltán Tildy, ab. Im August gewann die FKgP 15,4 Prozent der Stimmen. Am 28. und 29. Oktober akzeptierte die FKgP das Programm der Kommunisten. Am 1. Februar 1949 ging die FKgP in der Ungarischen Volksfront (MFN) für Unabhängigkeit auf. Im gleichen Jahr wurde auch die Auflösung der anderen nicht konformen Parteien abgeschlossen.

Dieses Muster und diese Situation blieben während des ganzen Kádár-Regimes unverändert. Wahlen waren leere Rituale, bei denen nur die Kandidaten der Kommunistischen Partei (in der Maske von Kandidaten der Volksfront) sich um Sitze bewarben.

Wiederherstellung: Das Parlament

Der Umschwung kam in der Mitte der achtziger Jahre. Im Lauf des Wahlkampfes von 1985 war die aktive Teilnahme der Bürger viel stärker und umfassender als erwartet. In mehr als der Hälfte der Wahlbezirke schlugen sie eigene Kandidaten vor. 280 neue Kandidaten wurden aufgestellt, von denen 142 die Kandidatur annahmen (die anderen wünschten oder wagten nicht, sich nominieren zu lassen). Da es insgesamt 352 Wahlbezirke gab, bedeutete dies,

dass sich in rund 40 Prozent aller Wahlbezirke Kandidaten der Bürger um die Aufstellung bewarben. Die Bürokratie in den Verwaltungsbezirken war schockiert und tat alles in ihrer Macht Stehende (von Überredung über Einschüchterung bis zur Erpressung), um diese Welle allgemeiner Selbstmobilisierung der Bevölkerung zu brechen und die Menschen wieder ins alte Gleis zurückzudrängen. Das Ergebnis war, dass von den 280 Bürger-Kandidaten dann nur noch 75 nominiert und von diesen schließlich 41 gewählt wurden.⁶ Das waren kaum mehr als zehn Prozent der Sitze im Parlament, doch die Bedeutung dieser Wahlbemühungen war viel größer, als diese Zahl ahnen lässt.

Freilich trat nicht gleich nach den Wahlen eine echte Wende im politischen Leben des Landes ein. Das Auftreten einer kleinen Minderheit unabhängiger Abgeordneter konnte die alte Routine nicht über Nacht verändern. Im Verlauf des Jahres 1988 begann in der Politik jedoch ein Umschwung. Infolge der zunehmenden Wirtschaftskrise, der Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses, der Liberalisierung des öffentlichen Lebens und – last but not least – der ganztägigen, live gesendeten Fernsehübertragungen von den Sitzungen, wurde das Parlament zur Arena oder Bühne für echte oder fast echte politische Kämpfe. In der Parlamentssitzung vom Dezember 1987 beschnitt man die praktisch unbeschränkte Macht des Präsidialrats und schaffte ihn im Oktober 1989 ab. Einige Monate später wurden die ersten freien Wahlen in zwei Wahlgängen abgehalten.

Die politische Genesung lässt sich auch in einigen Zahlen verdeutlichen. Die Zahl der Tage, an denen das Parlament zusammentrat – die von einem Jahresdurchschnitt von 70 in den Jahren 1945-49 auf 16 zwischen 1950 und 1959 und auf 6 zwischen 1981 und 1986 gesunken war –, stieg 1988 auf 14 und dürfte 1990 ungefähr 80 erreichen. Die Zahl der von der Nationalversammlung verabschiedeten Gesetze – die von einem jährlichen Durchschnitt von 37 in den Jahren 1872 bis 1948 auf einen Durchschnitt von 5 in den Jahren nach 1949 gesunken war – stieg 1987 auf 12, 1988 auf 26 und 1989 auf 58.

Die neuen Parteien

Das wichtigste Symptom der Wende war jedoch, dass nach vierzig Jahren der Einparteienherrschaft um die Jahreswende 1988/1989 die ersten unabhängigen Parteien oder Proto-Parteien in Erscheinung traten. Das Ungarische Demokratische Forum (MDF) wurde im September 1987 gegründet und ist nach den allgemeinen Wahlen im März und April 1990 die führende Partei in der Regierungskoalition geworden. Der Bund Junger Demokraten (FIDESZ), im Mai 1988 gegründet, wurde mit seinem radikalen Demokratisierungsprogramm bald eine der Streitbarsten alternativen Organisationen. Der Bund Freier Demokraten (SZDSZ) entstand im November 1988 und ist jetzt die führende Oppositionspartei im Parlament; sein Programm vereint liberale und sozialdemokratische Ideen. Ebenfalls im November 1988 nahm

die Unabhängige Partei der Kleinlandwirte (FKgP) (die 1945 die allgemeinen Wahlen gewonnen hatte, 1948 von den Kommunisten aufgelöst worden und 1956 für ein paar Wochen wieder aufgetaucht war) ihre Tätigkeit wieder auf. Im Januar 1989 wurde die Sozialdemokratische Partei Ungarns (MSZDP) neu gegründet; ihr folgte ein paar Wochen später die Ungarische Volkspartei (MNP) mit einem radikalen Agrarprogramm; diese beiden Parteien erlitten bei den allgemeinen Wahlen im März und April 1990 demütigende Niederlagen. Mit dem Aufbau der Christlich-Demokratischen Volkspartei (KDNP) wurde im Mai 1989 begonnen.

Im April 1989 gründeten acht unabhängige Parteien und Bewegungen den »Runden Tisch« der Opposition und begannen im Juni die sogenannten trilateralen Gespräche mit den Führern der Kommunistischen Partei und einigen halbunabhängigen sozialen Organisationen. Zweck dieser Gespräche war es, Übereinstimmung über die Mittel und Wege für einen friedlichen Übergang zu einer Mehrparteien-Demokratie zu erzielen und einen gemeinsamen Text für einige grundlegende neue Gesetze vorzubereiten, die diesen friedlichen Übergang garantieren sollten.⁷ Die ersten freien Parlamentswahlen seit 1946 wurden am 25. März und am 8. April 1990 durchgeführt; sie brachten einen überwältigenden Sieg der Oppositionsparteien. Die orthodoxen Kommunisten erreichten weniger als vier Prozent und kamen damit nicht ins Parlament.

Vom Infantilismus zur Unabhängigkeit

Die Hauptakteure eines pluralistischen politischen Lebens haben die Arena bereits betreten, die wichtigsten Institutionen eines politischen Pluralismus sind bereits etabliert. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die ungarische Gesellschaft nach vierzig Jahren erzwungener Passivität im Ödland des Totalitarismus auf diese pluralistische Demokratie vorbereitet ist. Die Kádár-Oligarchie hat alles in ihrer Macht Stehende getan, um die Bürger politisch zu entmündigen. Und ein Vierteljahrhundert solch paternalistischer Herrschaft hinterließ Spuren im Geist der Menschen und prägte ihre politische Einstellung. Infantilismus wurde in Ungarn zum Syndrom.⁸ Wie virulent und verbreitet dieser Infantilismus ist, belegen empirische Untersuchungen, die László Bruszt, ein ungarischer Politologe, durchgeführt hat. Er wies 1985 als erster bei einer landesweiten empirischen Umfrage die Allgegenwärtigkeit infantiler Einstellungen in der ungarischen Gesellschaft nach. Die nächste Tabelle zeigt deutlich, was Bruszt das »Ohne-uns-aber-für-uns«-Syndrom in Ungarn nennt, nämlich die Tatsache, dass Mitte der achtziger Jahre die Menschen meinten und wussten, dass sie kaum am Entscheidungsprozess beteiligt waren, gleichzeitig aber glaubten oder hofften – oder auch nur behaupteten –, dass ihre Interessen von den »Göttern« über ihnen berücksichtigt und eine bedeutende Rolle im Entscheidungsprozess spielen würden.⁹

Tabelle 2

Das »Ohne-uns-aber-für-uns«-Syndrom (Prozentwerte)
(Aus: Bruszt 1985)

	Arbeitsplatz	Gemeinde	Landespolitik
Ihre Interessen spielen eine bedeutende Rolle im Entscheidungsprozess	60	57	68
Sie sind zufrieden mit der Art, wie sich die Dinge in Ungarn entwickeln	62	45	55
Die Lage der Demokratie in Ungarn ist gut	62	55	70
Sie sind an den Entscheidungsprozessen beteiligt	36	19	15
Sie können etwas gegen Maßnahmen tun, die gegen ihre Interessen sind	51	25	10

Die Umfrage wurde im März 1989 wiederholt und enthüllte radikale, obwohl widersprüchliche Veränderungen in den Einstellungen der Menschen. Die erste Überraschung war, dass das infantile oder servile Vertrauen zu den politischen Institutionen noch schneller als erwartet geschwunden war:

Tabelle 3

Verlust des Vertrauens zu Institutionen (Prozentwerte)
(Aus: Bruszt und Simon 1989)

	1985	1989
Wer oder was ist verantwortlich für die gegenwärtigen Schwierigkeiten in diesem Land?		
»Die Staatsführung«	5,7	42,7
»Die weltweite Wirtschaftskrise«	34,1	8,6
Glauben Sie, die Regierung führt das Land in die richtige Richtung?		
»Ja, vollkommen richtig«	57,2	11,8
Sind Sie zufrieden mit der Tätigkeit der folgenden Institutionen		
»Ja, vollkommen zufrieden« Regierung	52,7	16,5
Parlament	45	16,2
Kommunistische Partei	32,1	9,5
Kirchen	29,9	28,4
Gewerkschaften	19,9	7,3

Während 1985 nur 5,7 Prozent der Befragten der Regierung die Schuld an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten im Land gaben, war ihr Anteil innerhalb von fünf Jahren auf 42,7 Prozent gestiegen. Und ähnlich: Während 1985 noch 57,2 Prozent der Befragten glaubten (oder doch angaben), die Regierung »führte das Land in die richtige Richtung«, ist ihr Anteil inzwischen auf 11,8 Prozent gesunken. In der gleichen Zeitspanne sank der Grad der Zufriedenheit mit allen wichtigen Institutionen – mit Ausnahme der Kirche – drastisch. In Wirklichkeit könnte diese jähe Verringerung zum Teil auf die Tatsache zurückzuführen sein, dass die Menschen 1989 bereits offener waren; sie fühlten sich weniger unter dem Zwang, sich dem System und seinen Institutionen gegen über loyal zu zeigen; jedoch ist diese neu gewonnene Zivilcourage an sich schon ein Zeichen für abnehmende Abhängigkeit und zunehmende Autonomie in der Bevölkerung.

Die zunehmende Unabhängigkeit wurde auch in anderen Angaben deutlich. Im Vergleich zu 1985 glaubten 1989 viel weniger Menschen, dass Staat, Partei oder lokale Behörden Macht über ihr Leben hätten:

Tabelle 4

Unabhängigkeit von Institutionen (Prozentwerte)
(Aus: Bruszt und Simon 1989)

	1985	1989
Wie sehr beeinflussen/bestimmen die folgenden Institutionen ihr Leben?		
»Völlig«		
Parlament	39	13,8
Manager am Arbeitsplatz	29,2	9,6
Führer der Kommunistischen Partei	25,8	4,5
Gemeinderat	20,8	3,8
Gewerkschaften	20,1	2,5

Wie man sieht, antworteten 1985 20,1 Prozent der Befragten, dass ihr Leben stark von den Gewerkschaften bestimmt sei; innerhalb von fünf Jahren fiel der Anteil auf 2,5 Prozent. Die gleichen Angaben für die Kommunistische Partei lauteten 25,8 und 4,5 Prozent. Für den Einfluss des Parlaments war die Erosion weniger dramatisch: die Werte fielen hier nur von 39,0 auf 13,8 Prozent.

Machtlosigkeit kontra Aktivität

Anfang 1989 war diese Zunahme der Unabhängigkeit bei den Menschen jedoch noch begleitet von einem Gefühl der Machtlosigkeit. Verglichen mit den internationalen Werten war die Zahl der Menschen in Ungarn, die meinten, sie könnten etwas zur Wahrung ihrer Interessen tun, noch im März erstaunlich niedrig:

Tabelle 5

Machtlosigkeit (Prozentwerte)
(Aus: Bruszt und Simon 1989)

	1978	1985	1989
Wenn eine Entscheidung, die die Regierung Ihres Landes getroffen hat, die Rechte der Bürger verletzte – könnten Sie etwas dagegen tun?			
USA	75		
Großbritannien	62		
Niederlande	75		
BRD	38		
Italien	26		
Venezuela	28		
Ungarn		9,2	10
Wie weit können Leute wie Sie die Tätigkeit der folgenden Institutionen beeinflussen?			
»Erheblich«	Gewerkschaften	60,5	9,0
	Gemeinderat	57,2	10,8
	Kommunistische Partei	47,8	11,2
	Parlament	47,4	16,2
Wie weit stimmen Sie der folgenden Behauptung zu: »Einfache Menschen sind immer von der Macht ausgeschlossen«?			
»Richtig«		39,6	77
Wie weit sind die folgenden Menschen oder gesellschaftlichen Gruppen in der Lage, die Entwicklung in diesem Land zu beeinflussen?			
»Erheblich«	Intelligenzija	65	53
	Arbeiter	36	15
	Bauern	26	8
	Leute wie Sie	16	7

In den westlichen Industrieländern glaubten in den späten siebziger Jahren etwa 50 Prozent der Erwachsenen, dass sie auf staatlichem Niveau etwas zur Wahrung ihrer Interessen beitragen könnten. In den Entwicklungsländern betrug der Prozentsatz zwischen 20 und 38 Prozent. In Ungarn waren es 1985 9,2 Prozent und Anfang 1989 10 Prozent. Die Antworten auf andere Fragen zeigen, dass das Gefühl der Abhängigkeit zwischen 1985 und 1989 tatsächlich zugenommen hat. Die Menschen scheinen, als sie aus ihrem »infantilen Somnambulismus« aufwachten, sich dessen bewusst geworden zu sein – oder sie konnten es 1989 eher zugeben als zuvor –, wie wenig sie die politischen Mächte in ihrem Land beeinflussen und an Entscheidungsprozessen teilneh-

men können. Nur 7 Prozent der Befragten antworteten 1989, dass »Leute wie sie« in der Lage seien, »die Entwicklung in diesem Land erheblich zu beeinflussen«, verglichen mit 16 Prozent 1985. Andere Zahlen in der Tabelle zeigen den gleichen Trend eines zunehmenden Gefühls von Machtlosigkeit. Dies mag die Tatsache erklären, dass nur 65,2 Prozent der Stimmberechtigten beim ersten Wahlgang am 25. März 1990 zu den Urnen gingen. Eine Änderung dieses Trends kann man für Ende 1990 erwarten, wenn – nach den Kommunalwahlen – die Menschen echt und konkret die Möglichkeit haben werden, etwas für sich selbst zu tun.

Von der Homogenität zur politischen Artikulierung

Anfang 1990 war von der diffusen Homogenität der öffentlichen Meinung und von dem sogenannten nationalen Konsens, der dem Land in der Kádár-Ära aufgezwungen worden war, nichts mehr übrig. Die öffentliche Meinung war über die meisten der wichtigen wirtschaftlichen und politischen Probleme bereits geteilt und es wurde heftig diskutiert; zum Beispiel über die Frage, was mit dem Grundbesitz und mit den staatlichen Unternehmen geschehen sollte. Die Tabellen 6 und 7 geben einen Eindruck von der großen Vielfalt der Ansichten und Programme.

Tabelle 6

Grund und Staatsbesitz (nach Gruppen und in Prozentwerten)
(Aus Gallup – Parliamentary Reports – Institute of Market Research, Juni 1989)

Was sollte Ihrer Ansicht mit dem Grundbesitz in Ungarn geschehen?						
	A	B	C	D	E	F
A Gesamterhebungszahl						
B Das kommunistische System war von Anfang an zum Scheitern verurteilt						
C Die Möglichkeiten des kommunistischen Systems sind inzwischen völlig erschöpft; wir brauchen eine radikale Systemänderung						
D Der Sozialismus hat immer noch eine Zukunft						
E Potentielle Wähler der Kommunistischen Partei						
F Potentielle Wähler der neuen Parteien						
Das Land sollte den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben werden	18	27	16	10	11	24
Das Land sollte an die meistbietenden verkauft werden	7	8	8	6	6	9
Das Land muss weiterhin den Kooperativen gehören; eine Veränderung ist nicht nötig	28	19	24	50	39	21

Das Land muss weiterhin den Kooperativen gehören, sie sollten es verkaufen oder verpachten dürfen	33	29	40	24	33	30
Das Land sollte den Dorfgemeinschaften gehören	10	14	10	7	8	14
Unentschieden / keine Antwort	4	3	2	3	2	2

Tabelle 7

Was sollte nach ihrer Ansicht mit staatlichen Unternehmen und Staatsbesitz allgemein geschehen?	A	B	C	D	E	F
Sie sollten den ursprünglichen Besitzern zurückgegeben werden, denen sie vor der allgemeinen Verstaatlichung 1947-49 gehörten	9	13	8	5	5	12
Sie sollten an die meistbietenden verkauft werden (auch ausländische Unternehmer)	29	38	28	19	16	39
Sie sollte den arbeitern und Angestellten der Firmen gegeben werden (Selbstverwaltung)	26	26	31	18	26	25
Sie sollten im Besitz des Staates bleiben; eine Veränderung ist nicht nötig	33	22	32	54	49	24
Unentschieden / keine Antwort	4	2	2	4	4	1

Liberale, konservative, populistische, syndikalistische und andere Meinungen standen hier im Widerspruch zueinander, was in einer modernen Gesellschaft normal ist. Das Bild wurde jedoch verzerrt dadurch, dass diese Meinungen nicht entsprechend der Parteien-Einteilung geäußert wurden. Konservative oder liberale, populistische oder syndikalistische Ansichten wurden von den Anhängern sowohl der Kommunistischen Partei als auch der Oppositionsparteien vertreten, sowohl von Befürwortern als auch von Gegnern des Staatssozialismus.

Es gab allerdings proportionale Unterschiede. Es gab mehr Konservative unter den potentiellen Wählern der Kommunisten und mehr Liberale unter den potentiellen Wählern der Opposition. Außerdem gab es noch andere Punkte, bei denen es keine Meinungsunterschiede zwischen den beiden Lagern gab. Ein Viertel der kommunistischen wie der nichtkommunistischen Wähler meinten, dass Staatsbetriebe den Arbeitern und Angestellten übereignet werden sollten, und etwa ein Drittel entschied sich für gemäßigte Reformen, wenn sie sagten, dass das Land im Besitz der Kooperativen bleiben, diese aber das Land verkaufen oder verpachten können sollten.

Ein Jahr danach, im Juni 1990, hat sich die politische Szene bereits neu artikuliert. Die Kommunistische Partei ist verschwunden, und die wichtigsten

Trennungslinien verlaufen jetzt schon zwischen den verschiedenen Parteien der ehemaligen Opposition, doch diese Fragen werden immer noch heiß und heftig diskutiert. Die Frage der Privatisierung von Land und Staatseigentum gehört zu den ganz großen Problemen, die die Menschen, die Parteien und die öffentliche Meinung in echt pluralistischer Weise spalten, und die das neue Parlament rasch lösen muss.

Auf der Suche nach einem neuen Paradigma

Wenn der Wunsch und die Fähigkeit, frei zwischen Alternativen zu wählen, ein wesentliches Element europäischer Kultur ist, dann wurde Ungarn in den späten achtziger Jahren geradezu pathologisch europäisch. Es machte sich auf die verzweifelte Suche nach einem neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Modell oder Paradigma. Das staatssozialistische Modell, das die meisten Menschen nie als gut und rechtmäßig akzeptiert hatten, war schon 1988 vollkommen bankrott, in der Wirklichkeit wie in den Köpfen der Menschen. Die neue Entwicklung 1989 bestand darin, dass dies auch ausgesprochen wurde. Wie man sieht, wurden die Leistungen Ungarns (also des Staatssozialismus) zwischen 1985 und 1989 tief verachtet, während die der westlichen Länder außerordentlich hoch eingestuft wurden:

Tabelle 8

Schwund des Vertrauens zum »Sozialistischen Modell« (Prozentwerte)
(Aus; Bruszt und Simon)

Wenn sie in einem westlichen Land lebten, würden Sie da besser zurechtkommen?				
	1985		1989	
»Ja«	22,5		45,9	
	Ungarn		Österreich	
	1985	1989	1985	1989
Wo leben die Menschen besser?	29	13	48	80
Wo gibt es mehr gesellschaftliche Gleichheit?	18	20	10	49
Wo haben die Menschen das größere Mitspracherecht in öffentlichen Angelegenheiten?	23	24	14	52
Stimmen Sie der folgenden Aussage zu: Die beste Methode, die Führung eines Staates zu bestimmen, sind freie Parlamentswahlen?				
»Ja«	89,5			
Was wäre für Ungarn die bessere Lösung: Das Einparteiensystem oder das Mehrparteiensystem?				
»Das Mehrparteiensystem«	65,0			

Es ist jedoch eine Sache, zu wissen und zu erklären, dass der Sozialismus tot ist, und den Erfolg der westlichen Länder zu bewundern; eine ganz andere und viel schwierigere Sache ist es, ein neues und leistungsfähiges Modell zu entwickeln oder ein bereits bestehendes zu übernehmen.

Auf diesem Gebiet hat es in den letzten Jahren fieberhafte Aktivitäten gegeben. Dutzende von Programmen, Szenarios und Modellen sind von Fachleuten, Politikern, Parteien und Einzelpersonen vorgeschlagen und diskutiert worden. Kürzlich konnte ich in einem Buch mehrere Dutzend solcher Pläne und Vorschläge besprechen. Die beliebtesten Modelle in der Mitte der achtziger Jahre waren »Manager-Sozialismus«, »Selbstverwaltungs-Sozialismus«, »Unternehmer-Sozialismus«, »Gesellschafter-Sozialismus«, »Verfassungs-Sozialismus«, »Selbstbeschränkter Pluralismus« usw. In den letzten zwei Jahren hat man sie alle vergessen, und der Friedmansche Liberalismus, der Thatcherismus oder das Modell des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaats sind die neuen Renner geworden. Nicht wenig Aufmerksamkeit richtet sich auch auf den Österreichischen Neo-Korporatismus sowie auf das japanische und das südkoreanische Modell.

Die ungarische Gesellschaft muss sehr bald wesentliche Entscheidungen dar über treffen, welches sozio-ökonomische und politische Modell zu übernehmen ist – eine anspruchsvolle und gefährliche Aufgabe. Es gibt Gesellschaften, die niemals gezwungen waren, eine so wesentliche Entscheidung in so kurzer Zeit zu fällen; die nie gezwungen waren, ein neues sozio-ökonomisches Modell in wenigen Monaten oder Jahren hervorzu bringen und anzukurbeln. Es wird eine schwere Entscheidung werden; viel steht auf dem Spiel. Die Chancen für einen Erfolg sind jedoch gar nicht so schlecht. Die Marktmechanismen sind in Gang gekommen; die Institutionen des politischen Pluralismus werden schon eingesetzt; Werte und Einstellungen, die für die Marktwirtschaft und die Demokratie unabdingbar sind – Unternehmertum, Autonomie, Individualismus –, sind bereits zu neuem Leben erweckt. Aber die Möglichkeit des Scheiterns ist ebenfalls groß. Ist es möglich, gleichzeitig eine Diktatur in eine Demokratie und eine staatssozialistische Wirtschaft in eine Marktwirtschaft umzuwandeln? Einerseits könnten ein gewisser Wohlstand und wirtschaftliche Stabilität Vorbedingung für eine erfolgreiche Demokratisierung sein. Ungarns Bruttosozialprodukt pro Kopf liegt jedoch niedriger als das irgendeiner der erfolgreichen westlichen Demokratien, und seine Wirtschaft wurde durch eine tiefe Krise außerordentlich destabilisiert; in der ersten Phase könnte der radikale Umbau zur Marktwirtschaft die Wirtschaft und das Land noch weiter destabilisieren. Andererseits könnten politische Stabilität, eine solide parlamentarische Mehrheit und ein breiter gesellschaftlicher Konsens die Vorbedingung für einen erfolgreichen Umbau der staatssozialistischen Wirtschaft zur Marktwirtschaft sein. Diese

Faktoren sind aber im heutigen Ungarn nicht gegeben, und die erste Phase, der Prozess der Demokratisierung, könnte das politische System noch weiter, ja bedrohlich, destabilisieren.

Trotz vielversprechender Entwicklungen ist Ungarn immer noch im Übergang zwischen zwei Welten und muss mit allen Schwierigkeiten und Gefahren, Hoffnungen und Ängsten solch eines Übergangs fertig werden.

Aus dem Englischen von Ilse Strasmann

Anmerkungen

- 1 East European Alternatives, Oxford 1990. Eine ungarische Version erschien unter dem Titel »Kelet-Európai alternatívák«, Budapest 1989.
- 2 Petó und Szakács, A hazai gazdaság négy évtizedének története (1945-1985), (Vier Jahrzehnte Ungarische Wirtschaft), Budapest 1985, S. 144-45 und 713.
- 3 S. Jobb und J. Kiss, Egyesületek Magyarországon (Vereine in Ungarn), Budapest, Statisztika, 1984.
- 4 L. Bruszt und J. Simon, A lecsendesített többség (Die zum Schweigen gebrachte Mehrheit), Budapest, Társadalomtudományi Intézet 1989.
- 5 P. Galasi und G. Sziráczi (Hg.), Labour Market and Second Economy in Hungary, Frankfurt/New York 1985.
- 6 Kukorelli, István, Igy választottunk (So haben wir gewählt), Budapest, ELTE, Abteilung Politische Wissenschaften, 1988.
- 7 Ein neues Wahlgesetz, ein neues Parteiengesetz und Informationsgesetz, die Verbesserung der Strafgesetzwrdnung usw.
- 8 Vgl. das Kapitel über »Infantilismus als gesellschaftliches Phänomen« in meinem Buch »Diagnózisok« (Diagnosen), Budapest 1985, S. 206-253.
- 9 L. Bruszt, »Without Us but For Us«, in: *Social Research*, 55/1-2 /1985), S. 43-76.

Adam Michnik
 ZWEI GESICHTER POLENS, ZWEI GESICHTER
 EUROPAS

Ein französischer Freund sagte mir vor zwei Jahren, dass Polen zwei Wege offen stünden, um aus seiner schrecklichen Krise herauszukommen. Der erste Weg wäre der des gesunden Menschenverstandes: Es geschieht ein Wunder, Engel steigen herab und befreien Polen vom Kommunismus. Der zweite Weg wäre ein Wunder: dass sich die Polen untereinander verständigen.

Dieses Wunder ist in meinem Land geschehen, etwas, das – auch mir – ganz unmöglich schien: Gefangene und Wärter setzten sich an einen Tisch und begannen zu verhandeln. Sie haben erreicht, dass es in Polen heute keinen Kommunismus mehr gibt. Das war keineswegs zwangsläufig – es hätte auch anders kommen können.

Es war bekanntlich Tocqueville, der sagte, dass es keine gefährlicheren Zeiten gebe als jene, in denen ein bankrottetes Regime versucht, sich selbst zu reformieren. Das charakterisiert gut die von oben eingeleiteten Reformversuche in der Sowjetunion. Ihr Initiator gleicht heute einem Zauberlehrling, der die Kräfte, die er entfesselt hat, nicht mehr beherrscht.

Für die demokratische Opposition ist es freilich schwer, die in der westlichen Publizistik weit verbreitete These zu akzeptieren, dass Gorbatschow der Vater der »Umgestaltung« sei. In der Tat hat es in der Sowjetunion schon lange vorher antitotalitäre Bewegungen in Politik und Kultur gegeben; vor Gorbatschow gab es Solschenizyn und Sacharow – Menschen, welche die moralische, intellektuelle und politische Wiedergeburt der russischen Intelligenz eingeleitet haben. Deren Sprache, die Sprache der Dissidenten, war es, die Gorbatschow und die sowjetische Presse schließlich übernommen haben.

Es steht wohl außer Zweifel, dass die Serie von Umbrüchen, die antitotalitäre Revolution (so nenne ich das, was von anderen als Perestrojka oder als Demokratisierung bezeichnet wird), deren Zeugen wir in der letzten Zeit waren, kaum ohne die geistigen und politischen Veränderungen in der Sowjetunion, ohne Gorbatschows Perestrojka, ohne die Destruktion der Brezhnevschen Ordnung von innen und von außen zustande gekommen wäre.

Dennoch müssen wir in Polen in den Diskussionen mit unseren westlichen, von Gorbatschow faszinierten Freunden immer wieder betonen, dass wir keinen Gorbatschow brauchen, um die Wahrheit auszusprechen, um die wahre Natur des Systems zu erkennen, in dem wir leben. Das haben wir schon vorher zustande gebracht. Polen hat seinen eigenen Weg zur Revolution. Dort

gab es schon sehr früh einen starken, antitotalitären Widerstand. Und es gab immer schon Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und des Denkens, in welche die kommunistische Diktatur nicht hineinreichte. Ich werde hier nur drei erwähnen.

Da ist einmal die Kirche. Polen war das einzige sozialistische Land, in dem die katholische Kirche existierte und einen gewissen geistigen und materiellen Raum schaffen konnte, wo weder das kommunistische *New-Speak* noch die Polizei regierte. Es war die Kirche, die allen Polen, ob gläubig oder nicht, einen gewissen Freiraum bot, eine Sprache, die ohne Lügen auskommt. Dort konnte man hören, dass den Menschen als Kindern Gottes Freiheit und Würde zusteht, eine Würde, so groß, dass sie einzig vor Gott knien dürfen. Ich finde, diese Wahrheit spricht am besten aus, was »antitotalitär« bedeutet. Alles, was später in den Diskussionen gesagt wurde, war nur eine Variation dieser Wahrheit: Mit Freiheit und Würde sind wir von Natur aus beschenkt und nicht von Gnaden eines Staatsapparates versehen.

Die beiden anderen für Polen spezifischen Bereiche relativer Freiheit sind die Landwirtschaft, die hier nicht kollektiviert wurde, und der ziemlich große Spielraum, den die Intellektuellen genossen. Er wurde ihnen gewährt, um sie zu korrumpieren und damit zu isolieren. Es sollte anders kommen: In diesem Freiraum entstand der Widerstand, der schließlich zu der millionenstarken gesellschaftlichen Bewegung namens *Solidarność* wuchs. Eine Bewegung, die in der Lage war, zäh und über viele Jahre hinweg im Untergrund zu kämpfen, aber auch so elastisch, dass sie, als die Stunde gekommen war, zu Kompromissen und zum Gespräch am »Runden Tisch« fähig war.

Hinzu kam eine Konstellation, die ebenfalls spezifisch für Polen ist: Der Präsident Jaruzelski, Erfinder des Kriegsrechts, kam der Sowjetunion gelegen, während gleichzeitig Ministerpräsident Mazowiecki den Polen und dem Westen den Willen zu Veränderungen glaubwürdig machte.

Viele Menschen in Polen glauben inzwischen allerdings, dass wir zu langsam weitergehen, dass es Zeit ist, die mit der alten Macht getroffenen Vereinbarungen zu brechen. Ich meine aber, man sollte gut nachdenken, bevor man dieses labile Gleichgewicht preisgibt.

Es gibt zwei Wege, aus der Diktatur herauszukommen. Den ersten weist das spanische Modell: Am Anfang steht ein pragmatischer Kompromiss zwischen Reformern aus der Regierung und der demokratischen Opposition. Er ermöglicht den Mitgliedern des Ancien régime, sich mit der neuen Situation abzufinden: Sie haben eine Chance zu überleben und können hoffen, einen neuen Platz in der Gesellschaft zu finden; sie werden sogar selbst zu Verteidigern der Demokratisierung, weil sie darin ihren eigenen Vorteil sehen. Die zweite Möglichkeit wurde in Deutschland und Frankreich praktiziert: Entnazifizierung oder *expiation*. Das hieß aber auch: Revanche, Abrechnung und Vergeltung.

Und wenn ich darüber nachdenke, was am Ende eines solchen Übergangs stehen könnte, dann gibt es wieder zwei Varianten. Einmal das iranische Modell: Eine Diktatur wird durch eine andere abgelöst; Ideologie, Sprache, Symbole sind neu, aber wieder herrscht eine Diktatur, wieder Gewalt. Die Gewalt ist eben ein Kind der Vergeltung, während die Demokratie ein Kind des Kompromisses ist. Oder es entsteht ein »Kabul-Syndrom« – eine Situation, die man unbedingt vermeiden sollte. In Afghanistan regieren lange nach dem Rückzug der Sowjets immer noch die Kommunisten. Sie haben keine Wahl, da ihnen die Mujaheddin keine Chance geben, sich der neuen Situation anzupassen. Sie verteidigen sich so hart, weil sie nur ein Schicksal erwartet. In Polen hingegen können sich die Kommunisten – beispiellos in der Geschichte – ergeben.

In Polen hat der Kommunismus schon mehrmals Niederlagen erlitten, jetzt aber hat er kapituliert. Was wir nun beobachten, sind allenfalls Rückzugsgefechte von Personen, die ihre Positionen, ihr Geld, ihre Sicherheit verteidigen, die aber nicht mehr glauben, dass der Kommunismus restaurierbar ist. Er ist tot.

Die größte Bedrohung für die Demokratie ist heute nicht mehr der Kommunismus, weder als politische Bewegung noch als Ideologie. Diese Gefahr erwächst vielmehr aus einer Mischung von Chauvinismus, Xenophobie, Populismus und Autoritarismus, verbunden mit einer für große soziale Umbrüche typischen Frustration. In dieser Perspektive müssen die alten Konflikte gesehen werden, wie sie in Ostmitteleuropa nun wieder aufflammen.

Am Beispiel der Sowjetunion kann man gut zeigen, dass es zwei Antikommunismen gibt, die sich bekämpfen: ein liberaler, pluralistischer und europäischer, wie er von Sacharow vertreten wurde, und ein xenophober, autoritärer und rückwärts gewandter, restaurativer, wie er etwa von Igor Schafarewitsch¹ verfochten wird. Diesen zweiten Typ von Antikommunismus zeichnet nicht zuletzt das Paradox aus, dass er die Figur Stalins nicht preisgeben will, weil er der Schöpfer des großrussischen Imperiums war. Die Diktatur soll nicht abgeschafft, sondern in anderer Form fortgeführt werden; das kollektive Eigentum besteht weiter, nur dass die Kolchosen durch die traditionelleren *Artel* ersetzt werden. Nicht in den Kommunisten sieht diese Bewegung ihren Hauptfeind, sondern in jenen Menschen, die demokratische Institutionen und eine offene Gesellschaft, eine *civil society* aufbauen wollen. Was dieser Antikommunismus mit den alten Stalinisten gemeinsam hat, ist der Kampf gegen Europa, das Geldgier, Gottlosigkeit und den Verfall der Sitten verkörpert: Russland muss davor durch den Aufbau eines anti-europäischen Blocks innerhalb der russischen Kultur geschützt werden.

Von dieser Position aus gesehen, ist es dann nur konsequent, den Bolschewismus nicht deshalb abzulehnen, weil er eine Diktatur ist, sondern weil er nicht russisch war: Nicht in Russland wurde der Kommunismus erfunden,

nicht dort wurde Marx geboren, nicht dort wurde das »Kommunistische Manifest« publiziert – die dekadente, westliche Zivilisation war es, die Russland mit dem Kommunismus infiziert hat. Die bolschewistische Revolution wurde nicht von Russen, sondern von Ausländern – von dem Juden Trotzki, dem Polen Dscherschinski, von dem Georgier Stalin, von Ukrainern, Letten und Chinesen gemacht. Die Russen aber waren unschuldig.

Dieses Denken, diese Tendenz ist am deutlichsten in Russland zu beobachten. Es zeigt freilich einen psychologischen Mechanismus, der in allen Ländern ausgelöst worden ist, die unter kommunistische Herrschaft gerieten. Das gilt auch für Polen. Auch hier sind es in den Augen bestimmter Leute die Fremden: Russen, Deutsche, Juden, Kosmopoliten, Freimaurer, die den Kommunismus nach Polen gebracht haben.

Der wichtigste Streit in der polnischen Kultur wird derzeit zwischen jenen geführt, welche die Zukunft Polens in Europa sehen, und jenen, die der polnische Soziologe Jerzy Szacki als »natiozentrisch« bezeichnet hat, wobei erstere nationale Werte und Traditionen keineswegs verwerfen und letztere nicht notwendig chauvinistisch sind; der Chauvinismus ist in Polen eher ein Randphänomen. Jedenfalls teilen diese beiden Optionen heute die polnische Intelligenz; sie ziehen sich quer durch die politischen Lager und lassen sich unter den Anhängern des Ancien régime ebenso finden wie in der *Solidarność* und der katholischen Kirche. Man kann sich kaum eine größere Entfernung vorstellen als die zwischen den obskuren Ansichten des stellvertretenden Vorsitzenden des Sozialrates beim Primas, Professor Giertych, und der Position des Chefredakteurs der katholischen Wochenzeitschrift *Tygodnik Powszechny*, Jerzy Turowicz; immerhin belegt das die große Spannweite des intellektuellen, moralischen und politischen Spektrums innerhalb des polnischen Katholizismus. Und auch in der *Solidarność* kann man sehr verschiedene Ideen finden; sie reichen von der polnischen Version der europäischen Demokratie bis zur polnischen Variante der russischen »Schwarzen Hundert«.

Denke ich an die Zukunft Ostmitteleuropas, so stellt sich mir die Frage, ob es wieder einmal der Chauvinismus sein wird, der überhand gewinnen wird. Ob jene siegen werden, die im November und Dezember letzten Jahres in Berlin und in Dresden die Parole »Polen raus« geschrien oder auf die Wände geschrieben haben, jene, die in Bulgarien den Moslems das Recht auf ihren eigenen Namen absprechen, in Siebenbürgen den Ungarn das Recht auf eigene Schulen, jene, die in Polen, einem Land, in dem kaum mehr Juden leben, Antisemitismus propagieren. Ja, sie könnten siegen. Sie haben eine Chance, weil wir nicht wissen, was noch in das große Vakuum einströmen wird, das der Tod des Kommunismus hinterlassen hat. Und weil die demokratische Idee, das christliche Denken kompliziert sind: Anders als der Chauvinismus geben

sie nicht vor, dass die Welt und das Leben einfach sind, geben keine simplen Antworten auf die schwierigen Fragen der Zeit.

Die chauvinistische Option kann also gewinnen; muss sie gewinnen? Was wir im letzten Jahr (dem ungewöhnlichsten meines vierundvierzigjährigen Lebens) gelernt haben, ist, dass es in der Geschichte keinen Determinismus gibt, dass mehr, als wir alle dachten, von uns selbst abhängig ist, von unserem Willen und unserer Entscheidung. Wenn man der Gefahr standhalten will, muss man wissen, woher sie kommt, und man muss sie beim Namen nennen. Und wenn es vernünftige Gründe gibt, anzunehmen, dass diese Gefahr tief in bestimmten sozialen Einstellungen wurzelt, die nur neues Unrecht und neue Unterdrückung über die Menschen bringen, dann ist es für die Europäer eine Pflicht, dagegen zu kämpfen – im Namen all jener Werte der jüdisch-christlichen Kultur, die Jahrhunderte lang unter so großen Opfern verteidigt wurden.

So wie Frankreich während des Dreyfus-Prozesses zwei Gesichter zeigte, so zeichnen sich auch jetzt in Ostmitteleuropa zwei Gesichter ab. Und schon damals war es nicht so, dass sich in der Politik Gut und Böse schlicht dem linken, republikanischen Lager einerseits und dem rechten, national-konservativen andererseits zuschreiben ließen. Niemals ist es so einfach. Daher müssen wir bereit sein, auch bei unseren Gegnern, bei den Menschen, die wir bekämpfen, Werte anzuerkennen. Nur dann sind wir Europäer.

Aus dem Polnischen von Mariusz Matusiak

Anmerkungen

- 1 Russischer Mathematiker, der sich in den siebziger Jahren zusammen mit Solschenizyn für die Menschenrechte in der UdSSR einsetzte. Seit einiger Zeit Verfasser nationalistischer, antiwestlicher und antisemitisch eingestellter Schriften. (A.d.Hg.)

Adam Przeworski

SPIEL MIT EINSATZ

Demokratisierungsprozesse in Lateinamerika, Osteuropa und anderswo

Das strategische Problem des Übergangs besteht darin, zur Demokratie zu gelangen, ohne dass man von den Inhabern der Produktionsressourcen ausgehungert oder von den Besitzern der Waffen getötet wird. Der Weg zur Demokratie gleicht einem Minenfeld. Und das Ziel hängt letzten Endes vom Weg ab. In den meisten Ländern, in denen die Demokratie sich konsolidiert hat, erwies sie sich in wirtschaftlicher Hinsicht als ziemlich konservativ und eben deshalb als anfällig. In manchen Ländern scheint der Übergang zur Demokratie sogar auf halbem Wege steckengeblieben zu sein.

Die zentrale Frage in Bezug auf politische Übergänge lautet, ob diese zu einer stabilen Demokratie führen, d.h. zu einem System, in dem die politisch relevanten Kräfte erstens ihre Werte und Interessen dem ungewissen Zusammenspiel demokratischer Institutionen unterordnen und zweitens die Resultate des demokratischen Prozesses respektieren. Eine stabile Demokratie ist erreicht, wenn die meisten Konflikte mit Hilfe demokratischer Institutionen ausgetragen werden, wenn niemand die Resultate des demokratischen Prozesses nachträglich manipulieren kann, die Resultate nicht von vornherein feststehen, sie innerhalb bestimmter vorhersehbarer Grenzen Gewicht haben und die relevanten politischen Kräfte sich nach ihnen richten. Weniger abstrakt ausgedrückt, ist der Übergang zur Demokratie unter drei Bedingungen abgeschlossen: Wenn es 1) Parteien gibt, die sich im Regierungsamt ablösen können; wenn 2) aus dieser Ablösung reversible Veränderungen der Politik resultieren können; und wenn 3) das Militär einer wirksamen Zivilkontrolle unterliegt.

Zu beachten ist, dass der Zusammenbruch eines autoritären Regimes rückgängig gemacht werden kann, so 1968 in der Tschechoslowakei, 1974 in Brasilien oder 1981 in Polen, oder zu einer neuen Diktatur führen kann, wie etwa im Iran. Und selbst wenn das Endergebnis von Übergängen nicht die alte oder eine neue Diktatur ist, können sie irgendwie steckenbleiben, und zwar in nichtkompetitiven Regierungsformen, die die politische Auseinandersetzung beschränken oder der organisierten Drohung einer militärischen Intervention ausgesetzt sind. Und selbst wenn die Demokratie schließlich errichtet ist, muss sie nicht stabil sein: Es ist denkbar, dass demokratische Institutionen

systematisch Resultate hervorbringen, die bestimmte politische Kräfte dazu veranlassen, für den Autoritarismus zu optieren. Die stabile Demokratie ist also nur eines von mehreren möglichen Resultaten des Zusammenbruchs autoritärer Regime.

Wenn Demokratie konsolidiert werden soll, sind vier Probleme zu lösen: 1) muss ein institutioneller Rahmen für die politische Auseinandersetzung (oder »Kontestation«, entsprechend dem Terminus von Dahl¹) geschaffen werden; 2) ist eine kompetitive repräsentative Regierungsform zu errichten; 3) müssen ökonomische Konflikte in demokratische Institutionen kanalisiert werden; und 4) ist das Militär ziviler Kontrolle zu unterstellen. Bevor wir diese Probleme erörtern, soll auf ein Übergangs-Phänomen eingegangen werden, das im Vorfeld der Demokratisierung liegt: die Liberalisierung.

Liberalisierung

Ein gemeinsames Merkmal aller Diktaturen, unabhängig von dem in ihnen praktizierten System von Anreizen und Zwängen, ist der Umstand, dass sie unabhängige politische Organisationen nicht tolerieren können und wollen. Der Grund hierfür ist folgender: Solange es keine kollektiven Alternativen gibt, ist die Einstellung des einzelnen zum Regime für dessen Stabilität ziemlich unerheblich. Selbst Weber stellt fest: »Fügsamkeit kann vom Einzelnen oder von ganzen Gruppen rein aus Opportunitätsgründen geheuchelt, aus materiellem Eigeninteresse praktisch geübt, aus individueller Schwäche und Hilflosigkeit als unvermeidlich hingenommen werden.«² Bedrohlich ist für autoritäre Regime nicht der Zusammenbruch der Legitimität, sondern die Organisation von Gegenhegemonie: kollektive Entwürfe einer anderen Zukunft. Nur wenn es kollektive Alternativen gibt, steht dem isolierten Einzelnen eine politische Wahlmöglichkeit offen.³ Aus diesem Grund haben autoritäre Regime einen Horror vor unabhängigen Organisationen: Entweder vereinnahmen sie sie und unterstellen sie zentralisierter Kontrolle, oder sie unterdrücken sie gewaltsam.⁴ Aus diesem Grund haben sie auch Angst vor Worten, selbst wenn diese Worte nur ausdrücken, was ohnedies jeder weiß; denn das Mobilisierungspotential der Worte liegt einfach darin, dass sie ausgesprochen werden, nicht in ihrem Inhalt.⁵

Wie kommt es dann, dass irgendwann einmal eine Gruppe innerhalb des autoritären Machtestablishments beschließt, die autonome Organisation der *civil society* zu tolerieren? Das spanische Regime stellte eines Tages die Unterdrückung der *Comisiones Obreras* ein; Pinochet ließ wieder Parteien zu; Jaruzelski erließ im Juli 1986 ein Amnestiegesetz für politische Betätigungen, das keine Rückfälligkeitsklausel enthielt und damit eine De-facto-Legalisierung der Opposition signalisierte; Krenz akzeptierte die Existenz des eben erst gegründeten Neuen Forums. Solche Augenblicke signalisieren Risse im

autoritären Machtblock und deuten der *civil society* an, dass zumindest einige Formen autonomer Organisation nicht mehr unterdrückt werden. Sie markieren den Beginn der »Liberalisierung«.

Es gibt zwei Erklärungsmodelle für solche Entscheidungen: Liberalisierung »von oben« und Liberalisierung »von unten«. In einem gewissen Umfang spiegeln diese Modelle reale Unterschiede wider. So gilt Ungarn allgemein geradezu als Musterbeispiel für Differenzen innerhalb des autoritären Machtblocks. Wie Károly Grósz es ausdrückt: »Die Partei wurde nicht von ihren Gegnern zerschlagen, sondern paradoxerweise von der eigenen Führungsspitze.«⁶ Das andere Extrem repräsentiert die DDR: Nichts deutete auf eine Spaltung des Machtblocks, bevor Hunderttausende in Leipzig auf die Straße gingen. Ein frappierender Aspekt der einschlägigen Fallstudien-Literatur ist, dass häufig unterschiedliche Ursachen als Erklärung ein und desselben Ereignisses genannt werden: In Bezug auf Brasilien sah beispielsweise Cardoso⁷ die *distanção* als Ergebnis langjähriger Differenzen im Militär, Lamounier⁸ hingegen als Folge der öffentlichen Mobilisierung. In der Tat konkurrieren bei der Erklärung einer Liberalisierung die Modelle »von oben nach unten« und »von unten nach oben« häufig miteinander, doch die Logik des Prozesses bleibt dieselbe. Was sich unterscheidet, ist das Tempo. Eine Mobilisierung des Volkes diktiert den Rhythmus der Veränderungen, weil sie das Regime vor die Entscheidung stellt, die Bewegung zu unterdrücken, zu kooptieren oder an der Macht zu beteiligen. Doch ob die Liberalisierung Jahre, Monate oder Tage dauert, Regime wie Opposition stehen stets vor derselben Abfolge von Entscheidungen.

Liberalisierungsprojekte, die von Kräften innerhalb des autoritären Macht-Establishments lanciert werden, sind zwangsläufig als kontrollierte Öffnungen des politischen Raumes gedacht. In der Regel resultieren sie aus Differenzen im autoritären Block, die durch Hinweise auf eine drohende Krise, wie etwa Anzeichen öffentlichen Unmuts, ausgelöst werden. Das Projekt der Liberalisierer sieht vor, die soziale Spannung zu entschärfen und die eigene Position im Machtblock zu stärken, indem man die soziale Basis des Regimes verbreitert, d.h. eine gewisse autonome Organisation der *civil society* zulässt und die neuen Gruppen in die autoritären Institutionen einbindet. Im Lichte dieses Projekts ist Liberalisierung immer in Abhängigkeit von der Verträglichkeit ihrer Resultate mit den Interessen oder Werten des autoritären Blocks zu sehen. Solche Liberalisierungen heißen dann »Öffnung« (*apertura*), »Lockerung« (*distanção*), »Erneuerung« (*odnawa*) oder »Umbau« (*perestrojka*, wie bei einem Haus). Das alles sind Ausdrücke, die deutlich die Begrenztheit der Reformen konnotieren.

Trotzdem ist Liberalisierung ihrem Wesen nach instabil. Was normalerweise geschieht, ist das, was Ilja Ehrenburg 1954 »Tauwetter« nannte. Sobald die Repression, aus welchen Gründen auch immer, nachlässt, schießen als erstes autonome Organisationen der *civil society* wie Pilze aus dem Boden. Bei-

nahe über Nacht entstehen Studentenverbände, Gewerkschaften und Vorformen von Parteien. In Brasilien organisierten sich als erste die Rechtsanwälte, Journalisten und Studenten, gefolgt von den *comunidades de base*. In Polen traten im September 1980 binnen weniger Wochen zehn Millionen Menschen in die *Solidarność* ein. Es kommt sogar vor, dass sich Organisationen für unabhängig erklären, die vom Regime gegründet worden sind und kontrolliert werden – nicht nur die Berufsverbände, sondern auch der Fremdenverkehrsverein und der Philatelisten-Club. Stärkerer Kontrolle unterliegt die Lage noch in der Sowjetunion, wo viele neue Gruppen versuchen, »offiziell« zu werden, indem sie sich vorhandenen Organisationen anschließen; aber selbst hier gibt es, nach fünf Jahren *perestroika*, nicht weniger als 60.000 autonome Gruppen, Clubs, Vereinigungen, Kreise und Bündnisse, die die Grenzen des politischen Freiraums abtasten.

Alle diese Organisationen erklären sich für unabhängig vom Regime und proklamieren ihre Ziele, Interessen und Projekte. Doch das Regime hat zentralisierte, nicht-kompetitive Institutionen, die alle politischen Prozesse kontrollieren und nur jene Gruppen aufnehmen, die eine zentralisierte Führung akzeptieren. So entstehen einerseits innerhalb der *civil society* autonome Organisationen, während es andererseits keine Institutionen gibt, in denen diese Organisationen ihre Vorstellungen präsentieren und über ihre Interessen verhandeln könnten. Aufgrund dieses Gefälles zwischen dem geschlossenen Charakter der staatlichen Institutionen und der autonomen Organisation der *civil society* ist die Straße der einzige Ort, wo die neu organisierten Gruppen schließlich für ihre Werte und Interessen kämpfen können. So nimmt der Kampf zwangsläufig Massencharakter an und verlagert sich auf die Straßen.

Wenn es aber einmal soweit ist, kann die Liberalisierung nicht mehr weitergehen. Das Tränengas, das in den Straßen hängt, brennt den Liberalisierern selbst in den Augen: Der Ausbruch von Massenbewegungen, Unruhen und Ausschreitungen sind untrügliche Anzeichen des Scheiterns der Politik der Liberalisierung, die immer als ein von oben kontrollierter Prozess gedacht ist. Straßendemonstrationen sind der Beweis, dass der sakrosankte und höchste autoritäre Wert, die »Ordnung«, verletzt worden ist.⁹ Masseneruptionen unterminieren so die Position der Liberalisierer im autoritären Block.

In China zwangen Studentendemonstrationen 1989 die Liberalisierer zum Rückzug und brachten sie um die Führung in der Partei. Die Repressionen wurden wieder stärker. In Südkorea hingegen führten ähnliche Demonstrationen zu einem Bruch im Regime und machten aus Liberalisierern Demokratisierer. Das ist in der Tat die Alternative: entweder die wenigen Gruppen integrieren, die integriert werden können, und alle andern unterdrücken, um so zum autoritären Gleichgewichtszustand zurückzukehren, oder aber das Problem der Institutionen, d.h. der Demokratie, auf die Tagesordnung zu setzen. Liberalisierungen werden entweder rückgängig gemacht, was zu grim-

migen Zeiten führt, die man euphemistisch »Normalisierung« nennt¹⁰, oder bis zur Demokratisierung fortgesetzt.

Das Bestürzende ist, dass so viele autoritäre Politiker überzeugt sind, sie könnten dort Erfolg haben, wo andere gescheitert sind, und prompt ebenfalls scheitern. Das klassische Beispiel ist Brasilien: »Für Golbery war der Unterschied zwischen Liberalisierung und Demokratisierung klar: Sparsame Dosen Liberalisierung, zweckmäßig verabreicht, konnten eine echte Demokratisierung ersetzen und so den Ausschluss subalternen Gruppen von der Politik festschreiben und sinnvollen Forderungen nach wirklichen Reformen des Wirtschaftsmodells zuvorkommen.«¹¹ In Polen kam das Jaruzelski-Regime der Quadratur des Kreises so nahe, wie man ihr nur kommen kann: Die Strategie bestand darin, einige demokratische Institutionen zu schaffen und im übrigen an der Macht zu bleiben. Selbst in den Fällen, in denen die Liberalisierung nur unter dem heftigen Druck von Massendemonstrationen zustande kam in der DDR und in der CSSR –, verfolgte die liberalisierende Führung zunächst den Plan, den Dissens im autoritären System aufzusaugen: Krenz ermutigte »das Volk«, mit seinen Nöten und Beschwerden zur Partei zu kommen, und versprach, die »Behörden« würden für es ein offenes Ohr haben, Adamec holte sich ein paar handverlesene Nichtkommunisten in sein erstes Kabinett, und beide hofften, die Mobilisierung werde nach diesen Maßnahmen im Sande verlaufen. Dennoch irrten sie sich alle in diesen Erwartungen und waren schließlich gezwungen, die Demokratisierung zu akzeptieren. Warum?

Untersuchen wir die Lage vom Standpunkt der Proto-Liberalisierer, und zwar in dem Moment, in dem sich am Horizont die Alternative einer Öffnung des Regimes abzeichnet. Die Proto-Liberalisierer können an ihrer gegenwärtigen Position im Machtblock festhalten; dann ist das Resultat der Status quo. Sie können sich auch entschließen, dem Volk zu signalisieren, dass sie zur Duldung einer gewissen autonomen Organisation außerhalb des Machtblocks, d.h. zur »Öffnung« bereit sind. Wenn die organisierten Kräfte innerhalb der *civil society* sich entschließen, in die vom Regime geschaffenen neuen Organisationsformen – in der Regel irgendeine »Front der Nationalen Einheit« – »einzutreten«, und es zu keiner weiteren autonomen Mobilisierung kommt, ist das Resultat eine Diktatur auf breiterer Basis: Die Liberalisierungsstrategie ist erfolgreich, und die Liberalisierer verbessern ihre Stellung gegenüber den Hardlinern. Fährt die *civil society* fort, sich autonom zu organisieren, stehen die Liberalisierer irgendwann vor der Wahl, ob sie der Repression zustimmen oder die Demokratie akzeptieren. Die Repression kann sich allerdings als Bumerang erweisen: Wenn sie durchgesetzt wird, ist das Ergebnis eine Diktatur auf schmalere Basis, in der die Liberalisierer auf Gedeih und Verderb den Vollstreckern der Repression ausgeliefert sind; wenn sie fehlschlägt, ist das Ergebnis ein Volksaufstand.

Es fällt sogleich auf, dass der Prozess der Liberalisierung nur in Gang gesetzt wird, wenn einige Gruppen innerhalb des autoritären Regimes die Diktatur auf breiterer Basis dem Status quo vorziehen. Gleichzeitig sind Liberalisierer keine Demokratisierer¹²: ihr Ziel ist die Verbreiterung des autoritären Regimes, nicht die Abgabe von Macht an neue Institutionen. Und schließlich geben sich Liberalisierer zu Anfang immer so, als ob sie bereit wären, wieder zur Repression zu greifen, falls die angestrebte Kooptation misslingt.

Unter diesen Voraussetzungen gibt es drei alternative Erklärungen dafür, warum Liberalisierer ihre Position in diesem Prozess zu ändern scheinen:

1) Die Liberalisierer wissen tatsächlich, dass sie, vor die Wahl zwischen Repression und Übergang zur Demokratie gestellt, für letzteren optieren würden, oder sie wollen überhaupt von Anfang an die Demokratie. Wenn sie in öffentlichen Äußerungen das Gegenteil behaupten, so stellt dies noch keinen Beleg gegen diese Option dar – solche Erklärungen können lediglich taktische Manöver gegenüber den Hardlinern sein.

2) Die Liberalisierer ändern ihre Meinung über die Wirksamkeit der Repression, indem sie einen Blick auf die Straße werfen. Der 82jährige Chef des DDR Sicherheitsapparats, Erich Mielke, soll zu Honecker gesagt haben: »Erich, wir können nicht Hunderttausende zusammenschlagen«¹³; ich interpretiere das als technische, nicht als moralische Belehrung. Wenn die Mobilisierung des Volkes trotz Schlagstöcken und Gefängnis zunimmt, wird das Regime seine Vorstellungen von der Wirksamkeit solcher Maßnahmen vielleicht revidieren. Es kommt der Moment, wo der Einsatz sehr hoch wird: Sich nicht an der Repression zu beteiligen ist ein Akt des Verrats, für den ein rumänischer General mit Ceausescus letzter Amtshandlung zum »Selbstmord« gezwungen wurde; andererseits landete nur wenige Wochen später der Prager Parteisekretär im Gefängnis, weil er sich an einer Repression beteiligt hatte, die fehlschlug. Unter solchen Umständen ist der Seitenwechsel ein ebenso probates Mittel, die eigene Haut zu retten, wie das Schießen.

3) In dem Maße, wie sich die Organisierung der *civil society* herauskristallisiert, ihre Führung bekannt wird und sich persönliche Kontakte herstellen, lernen die Liberalisierer, dass die Opposition nicht so bedrohlich ist, wie sie geglaubt hatten. Hören wir General Jaruzelski, wie er – bereits zum Staatspräsidenten gewählt – am achten Jahrestag der Verhängung des Kriegszustands, also 1989, von Adam Michnik interviewt wird, dem jetzigen Chefredakteur der das *Solidarność*-Emblem tragenden Tageszeitung *Gazeta Wyborcza*: »Ganz allmählich veränderte sich unsere Sicht der Dinge. Heute sehen wir das alles anders. Aber wir mussten erst einmal soweit kommen, wir mussten uns die Köpfe einrennen, jeder von uns. Warum soll ich lange nach Beispielen suchen? In meinen Augen, und nicht nur in meinen, sind Sie jahrelang eine dämonische Persönlichkeit gewesen.«¹⁴ Bei Verhandlungen zeigt sich, dass die Opposition bereit ist, zuzuhören und Konzessionen zu

machen; persönliche Kontakte bringen die einzelnen einander näher. Allmählich erscheint der Übergang zur Demokratie nicht mehr als Abgrund, und Repression wäre einfach unzivilisiert.¹⁵

Wenn auch nur eine dieser Hypothesen zutrifft, wird das Schauspiel von Liberalisierern verständlich, die ein nicht realisierbares Projekt in Angriff nehmen und auf halbem Wege die Seiten wechseln.

Demokratisierung

Das Problem, das in diesem Augenblick auf die politische Tagesordnung rückt, ist, ob die relevanten politischen Kräfte Institutionen akzeptieren werden, die eine offene, wenn auch begrenzte politische Auseinandersetzung ermöglichen würden: Können diese Institutionen diese politischen Kräfte absorbieren, bzw. sind diese bereit, ihre Interessen einer Konkurrenz mit ungewissem Ausgang auszusetzen und die Ergebnisse anzuerkennen?

Das Bild von der Demokratisierung als einem Ringen zwischen »Gesellschaft« und »Staat« ist zwar eine nützliche Fiktion während der ersten Periode des Übergangs, das einigende Schlagwort aller Kräfte, die dem herrschenden autoritären Regime opponieren. Aber Gesellschaften sind in vieler Hinsicht geteilt, und das Wesen der Demokratie ist gerade die Konkurrenz der politischen Kräfte mit ihren konfligierenden Interessen. Diese Situation erzeugt ein Dilemma: Um Demokratie herbeizuführen, müssen die antiautoritären Kräfte sich gegen den Autoritarismus zusammenschließen; um aber in der Demokratie siegreich zu sein, müssen sie miteinander konkurrieren. Daher spielt sich das Ringen um die Demokratie immer an zwei Fronten ab: gegen das autoritäre Regime für die Demokratie und gegen die eigenen Verbündeten um den besten Platz in der Demokratie.

Insofern sind zwei miteinander verknüpfte Aspekte der Demokratisierung zu untersuchen: die »Ablösung« (*extrication*) vom autoritären Regime und die »Konstituierung« einer demokratischen Regierung. Die jeweilige Bedeutung dieser beiden Aspekte hängt davon ab, welche Stellung im autoritären Regime diejenigen politischen Kräfte haben, die den Repressionsapparat, in der Regel also die »bewaffneten Kräfte«, kontrollieren. Überall, wo das Militär ein kohärenter und autonomer Akteur bleibt, dominieren Elemente der Ablösung den Übergangsprozess. Paradebeispiele für eine solche Ablösung sind Chile und Polen, doch hat der Aspekt der Ablösung auch den Übergang in Spanien, Brasilien, Uruguay und Südkorea überschattet. Überall dort jedoch, wo der Zusammenhalt des Militärs aufgrund eines fehlgeschlagenen Auslandsabenteuers zerfiel wie in Griechenland, Portugal und Argentinien, sowie in jenen Regierungsformen, in denen das Militär mit Erfolg ziviler Kontrolle unterstellt wurde wie in allen osteuropäischen Ländern mit Ausnahme Polens, gehen Ablösung und Konstituierung Hand in Hand.

Ablösung vom alten Regime

Da das Phänomen der Ablösung ausgiebig untersucht worden ist, werde ich schematisch vorgehen. Zunächst möchte ich im Anschluss an O'Donnell¹⁶ und Schmitter¹⁷ vier Gruppen von politischen Akteuren unterscheiden: Hardliner und Reformer (die zuvor Liberalisierer gewesen sein können, aber nicht müssen) im autoritären Block sowie Gemäßigte und Radikale in der Opposition. Hardliner findet man vorzugsweise in den repressiven Kernen des autoritären Blocks: bei der Polizei, der Rechtsbürokratie, der Zensur, bei manchen Journalisten usw.; Reformer rekrutieren sich mit Vorliebe aus Politikern des Regimes und bestimmten Gruppen außerhalb des Staatsapparates: Teilen des Bürgertums in kapitalistischen, Wirtschaftsmanagern in sozialistischen Systemen. Gemäßigte und Radikale müssen nicht unbedingt unterschiedliche Interessen vertreten. Beide Gruppen unterscheiden sich möglicherweise nur im Grad der Risikovermeidung. Die Gemäßigten mögen diejenigen sein, die die Hardliner fürchten, nicht unbedingt diejenigen, die weniger radikale Ziele haben.

Eine Ablösung kann nur aus der Verständigung zwischen Reformern und Gemäßigten hervorgehen. Ablösung ist nur möglich, wenn 1) eine Vereinbarung zwischen Reformern und Gemäßigten erreicht werden kann, Institutionen zu errichten, die den sozialen Kräften, welche sie repräsentieren, signifikante politische Präsenz erlauben; 2) die Reformer in der Lage sind, die Hardliner zur Zustimmung zu bewegen oder zu neutralisieren; und 3) die Gemäßigten die Radikalen kontrollieren können.

Die letzten beiden Bedingungen haben logischen Vorrang, da sie die Menge möglicher Lösungen für Reformer und Gemäßigte bestimmen. Welche Vereinbarung auch getroffen wird, sie muß 1) die Hardliner bewegen, mit den Reformern mitzuziehen, 2) die Radikalen von der Mobilisierung im Interesse noch weiterreichender Transformationen abhalten. Wann können diese Bedingungen erfüllt werden?

Die erste Bedingung hängt offensichtlich von der Identität der Hardliner ab. Wenn die bewaffneten Kräfte sich der Ablösung widersetzen, müssen sie von den Reformern zum Stillhalten überredet werden. Den Preis hierfür müssen die Gemäßigten zahlen. Man erinnere sich nur an den Preis, den Pinochet für seine Zustimmung zu freien Wahlen verlangte. Sind die bewaffneten Kräfte selber die Reformer und kommt der Widerstand von den Bürokraten, ist die Situation einfacher, wenn auch zeitweise dramatisch. Trotzdem darf man nicht vergessen, dass es in Polen, wo der Anstoß zu Reformen vom Oberbefehlshaber der Streitkräfte ausging, den Hardlinern ebenfalls gelang, eine Reihe von Zusagen zu erhalten.

Geben die Reformer nur dann brauchbare Gesprächspartner für die Gemäßigten ab, wenn sie die Hardliner kontrollieren oder ausbooten können, so haben die Gemäßigten nur dann politische Bedeutung, wenn sie die Radi-

kalen in Schach halten können. Gemäßigte Herren in Anzug und Krawatte mögen noch so zivilisierte Verhandlungen im Regierungspalast führen: Wenn die Straßen von Menschen erfüllt sind und die Fabriken von Arbeitern besetzt werden, die den Kopf ihrer Gesprächspartner fordern, ist diese Mäßigung bedeutungslos. Müssen die Reformen eine Vereinbarung aushandeln, die für die Hardliner akzeptabel ist, so müssen die Gemäßigten Ergebnisse vorweisen, mit denen die Radikalen leben können. Und wenn sie den Reformern solche Ergebnisse nicht abtrotzen können, besteht ihre einzige Chance darin, so viel Macht in den Händen des Repressionsapparats zu lassen, dass die Radikalen eingeschüchtert werden können. Auf der einen Seite brauchen die Gemäßigten die Radikalen, um die Reformen überhaupt unter Druck setzen zu können; auf der anderen Seite müssen sie befürchten, dass die Radikalen den mit den Reformern ausgehandelten Vereinbarungen nicht zustimmen werden. Kein Wunder also, dass eine konstruktive Konstellation oft nicht zustande kommt.

Wann ist nun eine ausgehandelte Ablösung möglich? Wenn alle Beteiligten die Lage richtig analysieren, reicht eine der beiden folgenden Bedingungen hin: 1) Die Gemäßigten nehmen lieber eine Demokratie in Kauf, die die Interessen einiger mit dem autoritären Regime verbündeter Kräfte schützt, als eine Demokratie, die die Interessen der Radikalen fördert; oder 2) Die Reformen sind zugleich diejenigen, die die bewaffneten Kräfte kontrollieren. Wenn die Reformen über ein gewisses eigenes politisches Gewicht verfügen und die Gemäßigten lieber ein institutionelles Arrangement treffen, das die mit dem autoritären Regime verbündeten Kräfte als Gegengewicht erhält, als den Forderungen der Radikalen nachzugeben, dann haben die Reformen nichts von der Demokratie zu befürchten. Umgekehrt brauchen die Reformen, selbst wenn die Gemäßigten eine radikalere Form von Demokratie vorziehen sollten, keine Ablösung fürchten, solange sie den Repressionsapparat kontrollieren.

Offenkundig setzt diese Analyse ein größeres Wissen voraus, als es die Protagonisten normalerweise haben oder haben können. Das wesentliche Merkmal der Demokratie ist, dass nichts ein für allemal entschieden ist: Wenn die Souveränität beim Volk liegt, kann das Volk beschließen, alle Garantien über den Haufen zu werfen, die die Politiker am grünen Tisch ausgehandelt haben. Sogar die am besten institutionalisierten Garantien geben allenfalls ein hohes Maß an Sicherheit, aber nie völlige Gewissheit. In Uruguay gab es über die während der Ablösungszeit beschlossene Amnestie für das Militär eine – wenn auch erfolglose – Volksabstimmung. In Polen verrechneten sich zum einen oder anderen Zeitpunkt alle: Die Partei erhielt in der ersten Runde der Wahlen vom Juni 1989 so wenig Unterstützung durch die Wähler, dass die Rechtmäßigkeit der ausgehandelten Vereinbarungen in Frage stand; die bis dahin loyalen Verbündeten der Kommunisten beschlossen, es auf eigene

Faust zu versuchen, und der ganze, mühsam entworfene Plan für den Übergang brach in sich zusammen. Die Opposition musste noch in letzter Minute weitere Zugeständnisse machen, um die Reformer nicht aus dem Rennen zu werfen. Hätte die Partei gewusst, was auf sie zukam, hätte sie, wie ich vermute, Wahlen gar nicht erst zugestimmt; hätte die Opposition geahnt, was geschehen würde, hätte sie die Zugeständnisse wohl nicht gemacht.

Doch selbst wenn wir solche, wohl unvermeidlichen, Überraschungen ausklammern, so muss auch die beste Politik der Ablösung inkonsequent bleiben. Die zur Demokratie drängenden Kräfte müssen im Vorhinein vorsichtig zu Werke gehen und möchten doch im Nachhinein gern als entschlossen dastehen. Aber die Entscheidungen, die im Vorhinein getroffen werden, schaffen Bedingungen, die im Nachhinein nur schwer rückgängig zu machen sind, da sie die Macht der mit dem alten Regime verbundenen Kräfte bewahren. Im Nachhinein bereuen die demokratischen Kräfte ihre Vorsicht, aber im Vorhinein bleibt ihnen gar keine andere Wahl, als vorsichtig zu sein.

Konstituierung der Demokratie

Übergänge zur Demokratie müssen ausgehandelt werden: einige mit Vertretern des alten Regimes und einige nur von den prodemokratischen Kräften, die das neue System bilden wollen. Es sind nicht immer Verhandlungen nötig, um die Gesellschaft aus dem autoritären Regime zu lösen, aber sie sind notwendig, um demokratische Einrichtungen zu konstituieren.

Die Gruppen, die demokratische Institutionen zu etablieren suchen, stehen vor einem doppelten Problem: »Substanz oder Verfahren« und »Übereinkunft oder Wettbewerb«. In welchem Umfang sollen soziale und ökonomische Resultate offen bleiben, und bis zu welchem Grad sollen einige von ihnen unabhängig von den Ergebnissen des kompetitiven Spiels der Kräfte garantiert und geschützt werden? Von den jüngeren Beispielen kam die spanische Verfassung von 1977 einer klassisch-liberalen Verfassung am nächsten, die nur die Spielregeln festlegt und fast nichts über Resultate sagt (mit Ausnahme des Privateigentums), während die brasilianische Verfassung von 1988 das andere Extrem bildete und bis ins einzelne soziale und ökonomische Rechte aufzählte. Welche Entscheidungen sollen durch Übereinkunft getroffen werden und welche dem Wettbewerb der Meinungen ausgesetzt sein? Müssen gewisse Institutionen wie etwa Verfassungsgerichte, Streitkräfte oder das Staatsoberhaupt als Schiedsrichter über dem kompetitiven Prozess stehen, oder sollen sich alle in periodischen Abständen dem Urteil des Wählers stellen? Inwieweit und wodurch soll die Gesellschaft sich selbst binden und etwaigen künftigen Transformationen vorbeugen? Das sind die Probleme, die mit der Etablierung demokratischer Institutionen verbunden sind.

Doch ist noch ein zusätzlicher Aspekt zu berücksichtigen. In Anlehnung an O'Donnell müssen wir unterscheiden zwischen Demokratisierung der Regierung und Demokratisierung des Regimes. Jener Prozess betrifft allein die Institutionen, dieser die Beziehungen zwischen staatlichen Institutionen und der *civil society*.

Da dem folgenden Argument ein bestimmter Begriff von Repräsentation zugrunde liegt, möchte ich kurz zusammenfassen, was ich unter einer repräsentativen Regierungsform verstehe. Ein repräsentatives System ist ein solches, in dem es 1) autonome Organisationen gibt, die sich 2) in Führer und Anhänger gliedern. 3) Die Führer haben die Fähigkeit, a) kollektive Identitäten zu beschwören, b) das strategische Verhalten der Anhänger zu kontrollieren und c) Abtrünnige zu bestrafen. 4) Führer sind Repräsentanten, d.h. sie partizipieren an repräsentativen Institutionen. 5) Von der Repräsentation hängt das Wohlergehen der Anhänger ab. Partizipieren heißt, so zu handeln, als ob Strategien, die aus einer bestimmten Menge von institutionell definierten Alternativen ausgewählt werden, für die Verwirklichung von Interessen von Belang wären. Autonome Organisationen partizipieren dann und nur dann, wenn Resultate von Konflikten, die innerhalb der repräsentativen Institutionen ausgetragen werden, wirklich von den Strategien der Beteiligten abhängen und die Unterschiede zwischen den Resultaten das Wohlergehen der Betroffenen signifikant beeinflussen. Wenn einerseits Partizipation den unabhängigen Organisationen wirklich die Chance zur Verbesserung des Wohlergehens ihrer Anhänger bietet, müssen sie alle partizipieren oder aber untergehen. Wenn andererseits Partizipation keine Konsequenzen hat, wenden sich die autonomen Organisationen gegen das Regime.

Jede dieser gegen den Autoritarismus kämpfenden Kräfte muss also über ihre künftige Stellung in der Demokratie nachdenken. Sie müssen alle geschlossen gegen die Diktatur stehen, aber sie müssen sich gegeneinander abgrenzen.¹⁸ Wenn sie sich zu früh gegeneinander abgrenzen, wird es ihnen wahrscheinlich so ergehen wie in Südkorea, wo die Rivalität zwischen den beiden antiautoritären Präsidentschaftskandidaten – eine Rivalität, die persönliche, aber auch ökonomische und regionale Gründe hatte – dem mit der Diktatur liierten Kandidaten zum Wahlsieg verhalf. Wenn sie sich aber überhaupt nicht gegeneinander abgrenzen, wird das neue Regime ein Spiegelbild des alten sein: weder repräsentativ noch kompetitiv. Das ist die Gefahr, die Osteuropa droht: dass die Revolution schließlich nur antikommunistisch und nicht demokratisch ist.

Eine Lösung des Dilemmas sind politische Pakte, d.h. Vereinbarungen zwischen Führern von Parteien (oder Proto-Parteien), 1) die Regierungsämter unabhängig vom Wahlausgang unter sich zu verteilen, 2) politische Orientierungsdaten festzuschreiben und 3) Außenseiter auszuschließen und notfalls zu unterdrücken.¹⁹ Solche Pakte haben eine lange Tradition in dem, was

früher transformismo genannt wurde und aus Italien, Spanien und Uruguay bekannt war. Ein Musterbeispiel für derartige Vereinbarungen ist der 1958 in Venezuela geschlossene Pakt von Punto Fijo. Diesem Pakt zufolge sollten sich drei Parteien die Regierungsgämter teilen, eine Politik der Entwicklung des Landes und des Privateigentums verfolgen und die Kommunisten vom politischen System ausschließen. Dieser Pakt hat sich gut bewährt, was die Organisierung einer demokratischen Wachablösung in den Regierungsgämtern betrifft, hat jedoch Venezuela die größte Guerillabewegung in ganz Lateinamerika beschert.

Zu beachten ist, dass die Partner solcher Pakte privaten Nutzen aus der Demokratie ziehen und dass sie ihre Pfründe schützen, indem sie Außenseiter aus dem Wettbewerb ausschalten. Die Demokratie erweist sich als Privatprojekt der Führer einiger Parteien und korporatistischer Vereinigungen, als Oligopol, in dem die Führer einiger Organisationen sich darauf verständigen, Außenseitern den Zutritt zu verweigern.

Dasselbe Dilemma kehrt in modifizierter Form wieder, sobald demokratische Institutionen geschaffen worden sind. Das klassische Problem jeder Opposition in der Demokratie heißt: Wie stark opponieren und mit welchen Mitteln? Wenn die Opposition keine Alternativen präsentiert und nicht energisch um diese Alternativen kämpft, bleibt die Demokratie blutleer. Wenn die Opposition ihre Aufgaben jedoch zu vehement erfüllt, kann die Demokratie in Gefahr geraten. Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kann intransigente Opposition zur Unregierbarkeit eines Landes führen. Vorschnell zum Generalstreik aufzurufen, etwa wenn die Regierung unpopuläre politische Maßnahmen ergreift, kann die demokratischen Institutionen schwächen und das Militär zum Eingreifen herausfordern.

Mit am deutlichsten war dieses Dilemma in der peronistischen Bewegung in Argentinien zu beobachten. Die *Renovadores* strebten die Umwandlung der Bewegung in eine Partei an und wollten ihre Taktik auf Wahlkämpfe und die parlamentarische Arbeit beschränken, während der orthodoxe Flügel den Status einer »Bewegung« beibehalten und die »soziale Gerechtigkeit« mit allen, auch außerparlamentarischen Mitteln erkämpfen wollte.

Als Ausweg aus dem Dilemma bietet sich auch hier ein *pacto político* an. Vorgeblicher Zweck solcher Pakte ist der Schutz der jungen demokratischen Institutionen durch Begrenzung der Konfliktzone in politischen und personellen Fragen. Während institutionelle Pakte nur die Spielregeln festlegen und alles andere dem Wettbewerb der politischen Kräfte überlassen, handelt es sich hier um inhaltliche Pakte, die darauf abzielen, wesentliche politische Streitfragen aus dem kompetitiven Prozess auszuklammern. Solche Pakte werden angeboten, weil sie angeblich notwendig sind, um die demokratischen Institutionen vor Belastungen zu schützen, denen sie nicht gewachsen wären; doch besteht die Gefahr, dass sie zu Machtkartellen werden, die den Wettbe-

werb der politischen Kräfte behindern und den Zugang zur politischen Macht und den damit verbundenen Vergünstigungen auf Insider beschränken.

Man muss aber nicht das Gespenst einer autoritären Restauration beschwören, um das Dilemma zwischen Konsens und Abgrenzung zu verstehen. Die Demokratie selbst ist von jeher mit einer gewissen Zweideutigkeit behaftet. Rousseau wie Madison fürchteten die entzweieende Macht von Interessen und Leidenschaften; beide sahen in der Demokratie einen Mechanismus, mit dessen Hilfe man zu einer Einigung im Sinne des Gemeinwohls gelangte. Meinungsverschiedenheiten, Interessenkonflikte, das Gerangel um Verfahrensfragen gelten oft als Hemmnisse der Rationalität. Aber Wert- und Interessenkonflikte gibt es in allen Gesellschaften. Wir brauchen die Demokratie gerade deshalb, *weil* wir uns nicht einigen können. Demokratie ist das System, Konflikte zu bewältigen, ohne einander totzuschlagen: Es ist ein System, in dem es Differenzen, Konflikte, Gewinner und Verlierer gibt. Nur in autoritären Systemen gibt es keine Konflikte; ein Land, in dem eine Partei zweimal hintereinander 60 Prozent der Stimmen bekommt, ist keine Demokratie.

Fassen wir zusammen. Ob nun die Demokratie das Ergebnis einer ausgehandelten Ablösung vom alten Regime oder Resultat der ausgehandelten Verfassung eines neuen Systems ist, ihre Institutionen müssen die elementaren Interessen aller jener politischen Kräfte, die zum Sturz der Demokratie imstande sind, entweder schützen oder unterdrücken. Sie müssen entweder hinreichende Möglichkeiten zur Verfolgung gruppenspezifischer Interessen bieten, so dass alle wesentlichen sozialen Kräfte zur Partizipation ermutigt werden, oder sie müssen den Zugang zu diesen Möglichkeiten sperren und außerinstitutionelle Weisen des politischen Kampfes unterdrücken.

Wenn eine Ablösung ausgehandelt worden ist, muss es Garantien für jene Kräfte geben, die mit dem Regime verbunden waren. Ausgehandelte Ablösungen sind nur möglich, wenn gewisse Gruppen innerhalb der Diktatur erwarten können, auch unter demokratischen Bedingungen politisch signifikant präsent zu sein; aber sogar unter diesen Bedingungen kann der demokratische Kompromiss zusätzliche institutionelle Garantien für jene Gruppierungen erforderlich machen.

Selbst wenn die Ablösung vom alten Regime aus einem Zerfall der Repressionsapparate resultiert, müssen die demokratischen Institutionen, die aus der ausgehandelten Verfassung hervorgehen, konservativ sein: Institutionen, die aus Übergängen zur Demokratie erwachsen, sind so angelegt, dass sie die Anfälligkeit der Politik für Massenbewegungen möglichst gering halten. Sie sorgen für die Trennung der Gewalten, das Zweikammersystem, einen starken Konstitutionalismus, Minderheitenschutz und sogar für inhaltliche Normen, beispielsweise die Festlegung auf das Privateigentum in der spanischen Verfassung von 1978.

Die Institutionalisierung wirtschaftlicher Konflikte

Die Demokratie eröffnet den Individuen die Möglichkeit, sich zu organisieren, und bietet den bereits existierenden Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Vereinigungen die Plattform, auf der sie für die Verbesserung ihrer materiellen Bedingungen kämpfen können. Demokratische Institutionen bieten den Armen, Bedrängten oder aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage Benachteiligten die Chance, durch kollektives Handeln, das sich gegen Arbeitgeber oder den Staat richtet, Abhilfe zu schaffen. Daher werden die Anfänge der Demokratie gewöhnlich von einer Explosion der Erwartungen begleitet: Für die meisten Menschen verspricht Demokratisierung nicht nur politische Rechte, sondern auch gesellschaftliche Veränderungen.

Wenn aber die Demokratie konsolidiert werden soll, müssen Verteilungskonflikte institutionalisiert werden: Alle wesentlichen politischen Kräfte müssen ihre ökonomischen Forderungen durch die demokratischen Institutionen kanalisieren und auf andere Taktiken verzichten. Wie drängend ihre Bedürfnisse auch sein mögen, die politisch relevanten Gruppen müssen bereit sein, ihre Interessen dem Zusammenspiel der demokratischen Institutionen unterzuordnen. Sie müssen bereit sein, Niederlagen hinzunehmen und zu warten, im Vertrauen darauf, dass die demokratischen Institutionen ihnen beim nächsten Mal eine Chance geben werden. Sie müssen den von diesen Institutionen vorgegebenen Kalender als den für ihr Handeln verbindlichen Zeithorizont akzeptieren: Sie müssen in Legislaturperioden, Tarifrunden oder zumindest Geschäftsjahren denken.²⁰

Demokratische Institutionen können eine derartige Selbstbescheidung jedoch nur bewirken, wenn sich die Resultate des demokratischen Prozesses innerhalb zweier – eng gezogener – Grenzen halten: Auf der einen Seite verbessern einige Gruppen durch ihre Beteiligung am demokratischen Wettbewerb tatsächlich ihre materielle Lage, und auf der anderen Seite gefährden die Zugewinne an unmittelbarer Konsumtion nicht die Investitionstätigkeit.

Die beispiellosen Ausmaße der Wirtschaftskrise, vor der eine Reihe von Ländern heute steht, weckt die Befürchtung, dass diese Krise die jungen Demokratien unterhöhle und in die Repression zurückwerfen wird. Meines Erachtens wissen wir nicht, ob die Demokratie generell die ökonomische Entwicklung behindert, sie fördert oder für beides irrelevant ist. Die einschlägigen Statistiken, welchen Wert auch immer man ihnen beimessen mag, bieten unterschiedliche Belege. Entwickelte Demokratien weisen tendenziell höhere Wachstumsraten auf als viele, wenn auch nicht alle, weniger entwickelte Diktaturen. Die Erfahrung mit entwickelten Ländern zeigt ferner, dass Demokratien mit starken Gewerkschaften und Links-Regierung einerseits weniger Streiks, ein niedrigeres Lohnwachstum und einen geringeren Anteil der Werkstätigen am Mehrwert, andererseits höhere Investitionen, ein rascheres Wirtschaftswachstum, größere Sozialausgaben und eine gleichmä-

ßigere Einkommensverteilung aufweisen. In den entwickelten Ländern sind starke Gewerkschaften und Parteien, die die ärmeren Teile der Bevölkerung vertreten, bereit, zeitweise ihre Lohnforderungen zugunsten von Investitionen und der Schaffung von Arbeitsplätzen zurückzuschrauben. Sie fühlen sich politisch stark genug, von den Segnungen des Wachstums zu profitieren. Starke Gewerkschaften und Linksparteien müssen in einer Demokratie also nicht zwangsläufig unkontrollierbare Verteilungsprobleme mit sich bringen.

In den weniger entwickelten Ländern hingegen funktioniert diese Zurückhaltung anscheinend nicht. Einer der Gründe hierfür dürfte sein, dass die Forderungen hier ihre Ursache in der absoluten Armut haben: Wer am Verhungern ist, kann nicht warten. Eine andere Hypothese, die mir noch mehr einleuchtet, besagt: Je eklatanter die Ungleichheit in der Verteilung der Einkommen, desto größer die Chance, eine Umverteilung durchzusetzen. Allein im Bereich der Produktion sind die Unterschiede beim Anteil des von Kapitalbesitzern verbrauchten Nettoeinkommens enorm: 1985 reichte dieser Anteil von etwa zehn Prozent in Österreich und Norwegen über knapp vierzig Prozent in Griechenland, Spanien und den USA bis zu 62 Prozent in Brasilien und 69 Prozent in Argentinien. In Brasilien bezieht das obere Fünftel aller Haushalte 67 Prozent der Einkommen, in der Türkei 57 Prozent, in Venezuela 54 Prozent, in Argentinien 50 Prozent, in den USA und Spanien 40 Prozent und in Belgien 36 Prozent. Eine dritte Hypothese besagt endlich, dass die für viele der weniger entwickelten Länder typische Ungewissheit jedes Opfer an unmittelbarem Konsum unvernünftig riskant erscheinen lässt. Auch hier ist das Beweismaterial der Zahlen dramatisch: Die Fluktuationen bei den Wechselkursen, Zinssätzen, Inflationsraten und in der Kaufkraft der Haushalte sind oft atemberaubend.

Die neuen demokratischen Regierungen sehen sich dieser Forderung nach unmittelbarem Konsum in einer außerordentlich ungünstigen Phase der Weltwirtschaftskonjunktur gegenüber, oft mit drückenden Schulden und einem aus der alten Zeit stammenden, ineffizienten Wirtschaftssystem belastet. Sie müssen einem mächtigen Inflationsdruck standhalten, während sie das Wirtschaftssystem zu reformieren versuchen. Die bestimmenden Faktoren und Rezepte sind in vielen Ländern, im Süden wie im Osten, dieselben. Die Staaten bewegen sich finanziell am Rande des Bankrotts, die Verwaltungsapparate sind aufgebläht, Finanzmärkte gibt es nicht, die Betriebe sind zu stark geschützt. Im Süden und im Osten sind die Staaten schwach: Sie sind der Raubgier großer Unternehmen – öffentlicher wie privater – ausgesetzt, sie sind nicht in der Lage, Steuern einzuziehen, und schaffen es nicht, die Einhaltung der Spielregeln durchzusetzen. Kein Wunder, dass die Rezepte überall dieselben sind; kein Zufall, dass eine polnische Zeitung die Überschrift brachte »Menem gleich Balcerowicz«.

Die neuen demokratischen Regierungen gehen zwar alle denselben Weg, was die Richtung der Wirtschaftsreformen betrifft, verfolgen aber offenbar zwei konträre politische Strategien zur Kontrolle von Wirtschaftskonflikten. Entweder arbeitet man mit Verordnungen, oder man verlässt sich auf »konzertierte Aktionen«; mitunter schwankt man zwischen »*decretismo*« und »*pactismo*« hin und her.

In Argentinien und Brasilien, wo der Inflationsdruck stark war, griff die Regierung wiederholt zur Schocktherapie, froh Löhne und Preise ein und ergriff oder plante eine Reihe flankierender Maßnahmen. Politisch betrachtet, ist das eine Strategie der Kontrolle von oben: Die Schocktherapie war die Idee von Technokraten, naturgemäß mussten sie ohne vorhergehende Konsultationen eingeführt und überraschend angekündigt werden. Gleichzeitig war die Schocktherapie nur eine Hilfsmaßnahme: Zu einem längerfristigen Erfolg dieser Politik hätte gehört, dass man die Zwischenzeit zur Einführung struktureller Reformen genutzt hätte. Aber diese Reformen – eine Verringerung der öffentlichen Ausgaben und eine zumindest selektive Öffnung der Wirtschaft – kosten einen unzumutbar hohen politischen Preis und können ohne breite Rückversicherung nicht eingeführt werden. Daher ist diese Strategie, politisch gesehen, in sich widersprüchlich: Sie verbindet Maßnahmen, die nur ohne äußere Zustimmung erfolgreich sein können, mit anderen Maßnahmen, die einen breiten Konsens erfordern.

Die entgegengesetzte Strategie besteht darin, Gewerkschaften und Unternehmerverbände in die wirtschaftspolitische Entscheidungsfindung einzubeziehen. Die »Sozialpakete«, die aus der konzertierten Aktion resultieren, bedeuten in der Regel gegenseitige Vorleistungen – Zurückhaltung bei Lohnforderungen seitens der Gewerkschaften, bestimmte Wohlfahrtsprogramme und wirtschaftliche Strategien zur Kontrolle der Inflation und zur Ankurbelung der Investitionstätigkeit und des Arbeitsmarktes seitens der Regierung. In Spanien wie in Venezuela legte man mit dem ersten derartigen Pakt die Grundlagen des Systems der industriellen Beziehungen, während spätere Übereinkünfte mit unterschiedlichem Erfolg darauf hinwirkten, spezifische Lohn- und Beschäftigungsziele zu regeln. Trotzdem ist es aus verschiedenen Gründen unwahrscheinlich, dass solche Pakte in den neuen Demokratien großen Erfolg haben werden:

1) »Sozialpakete« sind immer exklusiv: Schmitter bezieht diesen Umstand mit Recht in ihre Definition ein.²¹ »Kann«, so fragt Lechner rhetorisch, »die Gewerkschaftsbewegung, die in der Sphäre der Produktion angesiedelt ist, eine Volksbewegung darstellen, die in den Kontext der Reproduktion gehört?«²²

2) Die Gewerkschaften werden sich an diesen Pakten nur beteiligen, wenn sie stark sind: umfassend, zentralisiert und politisch einflussreich. Andernfalls hätten sie keinen Grund zu der Erwartung, künftig einmal von ihrer jetzigen

Machtzurückhaltung zu profitieren. Die Unternehmer wiederum mögen zwar zu unmittelbaren Konzessionen geneigt sein, fürchten aber starke Gewerkschaften und sträuben sich dagegen, auf die Gewerkschaften Rechte zu übertragen, die künftig einmal gegen sie (die Unternehmer) zurückschlagen könnten.

3) Der Staat kann den Bedingungen eines Paktes möglicherweise nicht zustimmen, weil a) jede Regierung in einer Demokratie nicht nur die Interessen der Gewerkschaften und Unternehmer zu berücksichtigen hat und weil b) die Mitglieder des Staatsapparates – Politiker und Bürokraten – eigene Interessen haben. Daher geraten die von Gewerkschaften und Unternehmern ausgehandelten Paktbedingungen oft mit der von der Regierung bevorzugten und tatsächlich verfolgten Wirtschaftspolitik in Konflikt.

4) Selbst wenn die Gewerkschaften des privaten Sektors bereit sein mögen, sich an einem Pakt zu beteiligen, gibt es für die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors hierfür keinerlei Anreize. Im gewinnorientierten Sektor tauschen die Gewerkschaften Lohnzurückhaltung gegen Beschäftigung und Investitionen; aber im öffentlichen Dienst hängen weder Beschäftigung noch Investitionen von den Lohnraten der Beschäftigten ab. Daher gibt es für Gewerkschaften des öffentlichen Sektors weder die Peitsche der Arbeitslosigkeit noch das Zuckerbrot der Investitionen. Umgekehrt beinhalten Sozialpakete auf dem gewinnorientierten Sektor normalerweise die Verpflichtung zum Abbau der öffentlichen Ausgaben, also eine Gefahr für die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors.

Diese Hindernisse dürften so gravierend sein, dass die Strategie der konzertierten Aktion zur Regelung von Verteilungskonflikten weder anwendbar noch tauglich ist. Trotzdem ist der Gedanke, Konflikte durch Vereinbarungen zu lösen, so verführerisch, dass die Frage der Sozialpakete niemals ganz von der Tagesordnung der neuen Demokratien verschwindet.

Wenn die obige Analyse zutrifft, bieten weder der Rückgriff auf Verordnungen noch Pakte eine wirksame Strategie zur Bewältigung von Wirtschaftskonflikten. Infolgedessen schwanken viele Regierungen zwischen diesen beiden Extremen hin und her: Sie versprechen eine konzertierte Aktion und schockieren deren präsumtive Partner mit Verordnungen – mit dem Ergebnis, dass der Staat sowohl von den Unternehmern als auch von den Gewerkschaften als Hauptquelle der wirtschaftlichen Instabilität angesehen wird.

Unterstellung des Militärs unter zivile Kontrolle

Mit Ausnahme Polens stellten die kommunistischen Systeme Osteuropas Zivilregimes dar. Das Militär und der größte Teil der Ordnungskräfte unterstanden einer strengen politischen Kontrolle, die sich sogar auf Operationspläne erstreckte. So sollte es nicht überraschen, dass in den Konflikten

um die Führungsrolle der Kommunistischen Partei die Streitkräfte in allen osteuropäischen Ländern sich vorbehaltlos auf die Seite derer stellten, die das kommunistische Machtmonopol abschaffen wollten. »Die Armee will nicht der Partei dienen, sondern der Nation« – das war die paradigmatische Erklärung der Generäle. Aus lateinamerikanischer Sicht nimmt sich diese edle Gesinnung freilich ominös aus: nicht als Selbstverpflichtung auf demokratische Werte, sondern als Behauptung der eigenen Unabhängigkeit.

In Lateinamerika haben die Militärs ihre Autonomie gewahrt und das politische System weiter bevormundet: nicht nur in jenen Ländern, deren Übergang zur Demokratie das Ergebnis von Verhandlungen war, sondern sogar in Argentinien, wo sie eine demütigende Niederlage gegen einen äußeren Feind hinnehmen mussten. Das Gespenst einer Intervention des Militärs wirkt als ständige Behinderung des politischen Prozesses, und die Rücksichtnahme auf die mögliche Reaktion des Militärs beherrscht in solchen neuen Demokratien den politischen Alltag. Unter den jüngsten Beispielen eines Übergangs zur Demokratie sind Spanien und Griechenland die einzigen Länder, in denen es der demokratischen Regierung gelungen ist, eine wirksame zivile Kontrolle des Militärs zu errichten und sich von dessen Bevormundung freizumachen.

Warum zögern demokratische Regierungen, das Militär ziviler Kontrolle zu unterstellen? Warum dulden sie so oft die Autonomie des Militärs, die Aussicht auf eine militärische Intervention und häufig sogar die öffentliche Demütigung durch das Militär? Das argentinische Beispiel ist besonders bedrückend, weil die Straffreiheit für Entführer, Folterer und Mörder einen zutiefst demoralisierenden Effekt auf das ganze politische Leben hat.

Eine naheliegende Antwort auf diese Frage lautet: Die demokratischen Regierungen befürchten, dass jeder Versuch der Einführung einer zivilen Kontrolle des Militärs sofort genau das heraufbeschwören würde, was für die Zukunft gerade ausgeschlossen werden soll, nämlich eine Intervention des Militärs.

Das ist aber nicht das ganze Problem. Ein Argument für die Bestrafung von Menschenrechtsverletzungen lautet, dass solche Strafen abschreckend wirken: Die Militärs würden es sich zweimal überlegen, noch einmal die Macht an sich zu reißen, weil sie wüssten, dass sie, sobald sie nicht mehr an der Macht sind, bestraft würden. Das mag sein, aber wenn dieses Argument stichhaltig ist, dann impliziert es auch, dass, wenn drohende Bestrafung die Militärs nicht davon abhalten kann, die Macht zu übernehmen, es ebenso unwahrscheinlich ist, dass sie aufgrund dieser Drohung die Macht abgeben. Die Unterstellung des Militärs unter zivile Kontrolle mag also die Wahrscheinlichkeit eines Staatsstreichs verringern; sie kann aber auch die theoretische Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass der Staatsstreich, wenn er denn einmal kommt, besonders repressiv sein wird, ein *golpe duro*.

Wenn einer Regierung also daran liegt, keinen Staatsstreich zu provozieren und keine Repression zu riskieren, dann wird sie ihre moralische Empörung und demokratischen Ideale zurückhalten und die durch das Militär gezogenen Grenzen akzeptieren. Ich fürchte jedoch, dass diese Argumentation nicht ausreicht, um das Verhalten ziviler Politiker gegenüber dem Militär zu erklären. Es gibt zwei Gründe, warum demokratische Politiker die Bedrohung durch das Militär nicht beseitigen wollen, selbst wenn sie es könnten.

1) Andres Fontana hat darauf hingewiesen, dass 1981 die argentinischen Parteien befürchteten, nach einer Beseitigung der Bedrohung durch das Militär könnte eine neue Welle der Mobilisierung des Volkes sie, wie schon 1973, weiter nach links drängen, als sie bereit waren zu gehen, und ihre politischen Führer das Amt kosten.²³ Um einen Ausdruck abzuwandeln, den einst Ernest Bevin im Hinblick auf die Labour Party prägte: sie »wollten nicht in die Lage kommen, auf ihre eigenen Leute hören zu müssen«. Die Bevormundung durch das Militär ist der Preis, um den die etablierten Parteien sich den Schutz vor Forderungen nach größerer Repräsentativität erkaufen – vorausgesetzt, dem Militär ist zuzutrauen, dass es eine Mobilisierung der Bevölkerung verhindern kann.

2) In vielen Ländern mit einer langen Tradition militärischer Interventionen besteht das Problem darin, dass es an institutionellen Strukturen und sogar Mustern solcher Strukturen mangelt, mit deren Hilfe die zivile Kontrolle über das Militär errichtet werden könnte. Durch ihre Kommandostruktur sind die Militärs unmittelbar dem Präsidenten verantwortlich und nicht irgendwelchen Parlamentsausschüssen und Zivilbehörden, die die besonderen Aspekte ihres Verhaltens überwachen würden. Ohne einen solchen Apparat der zivilen Kontrolle stehen demokratische Regierungen vermutlich vor der Wahl, entweder die Autonomie des Militärs zu tolerieren oder das Militär völlig abzuschaffen. Und hier spielt, wie ich fürchte, der Nationalismus eine Rolle: kein Präsident kann es sich leisten, sich auf Handlungsweisen festzulegen, die »die Verteidigungsfähigkeit der Nation« untergraben würden. Wenn sich die Strategie gegenüber dem Militär als Alternative zwischen Unangetastet lassen oder völligem Abbau darstellt, erweist sich die Perpetuierung der militärischen Dominanz für nationalistische Politiker als das kleinere Übel.

Ergebnisse

Ein institutioneller Rahmen, der soziale und wirtschaftliche Transformationen erlaubt, eine Regierungsform, die den Wettbewerb der Meinungen zulässt und repräsentativ ist, und ein ziviler Kontrolle unterstelltes Militär: das sind die wesentlichen Voraussetzungen für eine stabile Demokratie.

Gemessen am ersten Kriterium, lassen wahrscheinlich alle Demokratien zu wünschen übrig: Zwar gibt es einige Anhaltspunkte dafür, dass eine Kontrolle durch Parteien nicht ohne Folgen für die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft

ist; aber die Bandbreite der wirtschaftlichen und sozialen Transformationen, die der demokratische Prozess in Gang setzen kann, wirkt doch recht schmal. Und es scheint, dass die Zwänge, die hier walten, institutioneller und nicht ökonomischer Art sind. Demokratische Institutionen wirken gerne ökonomisch und sozial konservativ: Das ist einfach der Preis, den die Demokraten zahlen müssen.

Der Demokratisierungsprozess kann freilich schon in einem frühen Stadium gestoppt werden, und zwar aufgrund einer geheimen Absprache der Politiker, wichtige Themen aus dem kompetitiven Prozess der freien Meinungsbildung herauszuhalten, oder infolge militärischer Bevormundung. Folgende Fälle sind möglich:

1) Manche Länder, namentlich Spanien und Griechenland, haben eine kompetitive Regierungsform mit ziviler Kontrolle über das Militär erreicht. Sie haben damit den Übergang zur Demokratie abgeschlossen.

2) Manche Länder, wie Argentinien und die Philippinen, haben zwar eine kompetitive Regierungsform, aber keine Kontrolle über die Armee. Der kompetitive politische Prozess erlaubt die Organisierung von Kräften und die Artikulation von Standpunkten, die für das Militär oder wenigstens einige Gruppen in ihm nicht tolerierbar sind. Außerdem beeinflusst die Gefahr einer militärischen Intervention das Verhalten der am kompetitiven Prozess beteiligten politischen Kräfte, da sie die Möglichkeit bietet, unliebsame Gegner zu erpressen.

3) In manchen Fällen, so in Venezuela nach 1958 und in Brasilien für einige Zeit nach 1983, treffen die Politiker geheime Absprachen, weil sie fürchten, dass ein kompetitiver politischer Prozess sich gegen sie kehren könnte. Solche Arrangements können recht stabil sein, auch wenn sie anfällig für Pressionen von Seiten der von einer wirksamen politischen Beteiligung ausgeschlossenen Sektoren wie von Seiten des sie stützenden Militärs sind.

Der wirtschaftliche und soziale Konservatismus der neuen demokratischen Institutionen ist also nicht bloß das Ergebnis der Zwänge, unter denen ausgehandelte Ablösungen sich abspielen. Demokratie ist ein Kompromiss, das Zweitbeste für alle jene politischen Kräfte, die fähig sind, sie zu stürzen, und aus eben diesem Grunde muss sie in einem gewissen Mindestmaß jedes einzelne der vielfältigen und konfligierenden Interessen schützen. Außerdem können Übergänge auf halbem Wege zur Demokratie steckenbleiben, und zwar in Regierungen, in denen sich Geheimpakte zwischen Politikern mit einer Bevormundung durch das Militär verbinden. Andernfalls, wenn entweder die Regierungsform kompetitiv ist, aber das Militär sich die Fähigkeit zur Intervention erhalten hat, oder Politiker geheime Absprachen treffen, diese Pakte aber nicht durch eine Repressionsdrohung geschützt sind, bleibt die Situation in der Schwebe.

Was besagt diese Analyse nun über den künftigen Gang der Ereignisse in Osteuropa? Ich sehe zwei Implikationen: 1) Die politischen Entwicklungen werden nicht anders verlaufen als in jenen Ländern, wo der Übergang zur Demokratie bereits weiter fortgeschritten ist, und 2) die ökonomischen Transformationen werden weit hinter ihren gegenwärtigen Entwürfen zurückbleiben.

Sobald die antikommunistische Euphorie verfliegen sein wird und es zur politischen Organisierung von Interessenkonflikten kommt, wird die Politik in Osteuropa eine Form annehmen, die für den »armen Kapitalismus« kennzeichnend ist. Es gibt keinerlei Gründe dafür, warum die Verhältnisse in Bulgarien, Ungarn oder Polen andere werden sollten als in Argentinien, Chile oder Brasilien: Der Staat als Organisation ist schwach, die Wirtschaft zu stark geschützt und von monopolistischen Unternehmen beherrscht, die Verwaltung aufgebläht, die Sozialeinrichtungen sind fragmentarisch und rudimentär²⁴, die Landwirtschaft ist ineffizient, die Parteien und sonstigen Vereinigungen sind schwach. Unter solchen Umständen gedeihen Regierungen, die anfällig sind für eine Fülle von Übeln: politische und wirtschaftliche Pressionen großer Firmen, populistische Bewegungen von zweifelhafter Bindung an demokratische Institutionen, drohend abseits stehende und sich bereit haltende Streitkräfte, Kirchenhierarchien, die zwischen Autoritarismus und dem Engagement für soziale Gerechtigkeit hin und herschwanken, nationalistische Stimmungen, die in Fremdenhass umschlagen können.

Einige Umstände wirken sich zugunsten der zentraleuropäischen Länder aus: Verglichen mit Lateinamerika (nicht unbedingt mit westeuropäischen oder fernöstlichen Ländern) haben sie eine viel geringere Einkommensungleichheit, eine stärkere Arbeiterklasse, das Vermächtnis egalitärer und wohlfahrtsstaatlicher Wertesysteme.²⁵ Ferner wird der geographische Zufall, dass diese Länder in Europa liegen, Druck zur Schaffung demokratischer Institutionen erzeugen. Aber die Faktoren, die die Demokratie begünstigen, werden sich gleichzeitig zuungunsten wirtschaftlicher Reformen auswirken, wie sie in Ungarn, Polen und Jugoslawien bereits im Gange sind und von anderen Ländern ins Auge gefasst werden. Diese Reformen versprechen, nicht nur radikal zu werden – nichts Geringeres als der Übergang vom Sozialismus zum Kapitalismus –, sondern auch außerordentlich schmerzhaft. Und die Erfahrung anderer Länder lehrt, dass solche Reformen unter demokratischen Verhältnissen schwer zu bewerkstelligen sind. Sie mobilisieren den Widerstand derjenigen, die am meisten zu verlieren haben: Das sind die Manager der geschützten oder subventionierten Firmen, die Arbeiter, die vor der Entlassung stehen, und die zahllosen Menschen, die den Abbau der Aufwendungen für Einkommenssicherung und Sozialleistungen fürchten. Infolgedessen sind antiinflationäre Schockmaßnahmen politisch leichter durchzusetzen als strukturelle Reformen. In jedem Falle hat die Demokratie einen konservierenden Effekt auf Wirtschaftssysteme: Strukturreformen gehen unter demokratischen Verhältnissen nicht reibungslos, sondern stockend vonstatten.

Natürlich soll das nicht heißen, dass die Zukunft aller dieser Länder dieselbe sein wird. Die Umstände strukturieren die Konflikte nur, sie treffen keine Entscheidungen. Aber die Struktur der Entscheidungen ist überall dieselbe.

Aus dem Englischen von Holger Fließbach

Anmerkungen

- 1 Vgl. R. E. Dahl, *Polyarchy*, New Haven 1971.
- 2 M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972, S. 123.
- 3 Beim Übergang zur Demokratie spielen Demonstrationseffekte eine wichtige Rolle. Der folgende Witz spielt in Brasilien zur Zeit des Niedergangs der Diktatur: In einem überfüllten Bus in Rio versetzt ein Mann einem neben ihm stehenden Soldaten eine Ohrfeige. Ein zweiter Mann tut dasselbe. Von hinten drängt sich ein *mulatinho* nach vorn und verabreicht die dritte Ohrfeige. Der Bus hält an, von Polizei umstellt. Der erste Mann wird gefragt: »Warum haben Sie den Offizier geschlagen?« »Weil er die Ehre meiner Tochter beleidigt hat. Das konnte ich nicht auf mir sitzen lassen.« Der zweite Mann wird befragt. Er gibt die gleiche Antwort: »Er hat die Ehre meiner Nichte beleidigt. Das konnte ich nicht auf mir sitzen lassen.« Zuletzt geht die Frage an den *mulatinho*. »Als ich sah, wie sie den Offizier geschlagen haben, habe ich gedacht, die Diktatur wäre abgeschafft«, erklärt er.
- 4 Ein entscheidender Faktor beim Durchbrechen der individuellen Isolation ist die *Sicherheit der großen Zahl*. Die Polen entdeckten die Kraft der Opposition, als beim Papstbesuch im Juni 1978 zwei Millionen Menschen auf die Straße gingen; in Bulgarien entstand die erste autonome Demonstration am 17. November 1989 aus einer von der neuen Regierung Mladenov veranstalteten Massenkundgebung für das neue Regime; dasselbe geschah in Rumänien nach der Rückkehr Ceausescus aus dem Iran; in der DDR wurde die Massenbewegung durch die von der CSSR in die Bundesrepublik fahrenden Züge mit Flüchtlingen ausgelöst.
- 5 Ein Mann verteilt Flugblätter auf dem Roten Platz. Ein Polizist untersagt ihm das und stellt dabei fest, dass die Blätter leer sind. »Was soll das? Was verteilen Sie denn da? Da steht ja nichts drauf« wundert sich der Ordnungshüter. »Na und?« erwidert der Mann, »Die Leute wissen's doch eh.«
- 6 Interview mit Károly Grósz, in: *Przegląd Tygodniowy* 51 (403), Warschau, 22. Dezember 1989, S. 15.
- 7 F. H. Cardoso, O papel dos empresarios no processo de transição: O caso brasileiro, in: *Dados* 26 (1983), S. 9-27.
- 8 B. Lamounier, O discurso e o processo; Vortrag vor der Konferenz »Prospects for Democracy: Transitions from Authoritarian Rule«, Woodrow Wilson Center for International Studies, Washington D. C., 25.-26. September 1979.
- 9 Daher hat nach einem Bericht der *New York Times* vom 21. November 1989 der Hardliner Milos Jakes, Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, den Organisatoren der Prager Demonstrationen vorgeworfen, sie wollten »Chaos und Anarchie erzeugen«. Dasselbe sagte Honecker. Alle diese Reaktionen hat schon Marx in seinen Schriften über Frankreich zwischen 1848 und 1851 vorausgesehen: Die Partei, die die Diktatur verteidigt, ist die Partei der Ordnung, für welche die Demokratie »Chaos und Anarchie« darstellt.
- 10 Den treffendsten Ausdruck dafür hat Milan Kundera gefunden – ich weiß leider nicht mehr, in welchem Roman. »Ein Mann steht auf dem Wenzelsplatz und übergibt sich. Ein Passant tritt auf ihn zu und sagt: »Machen Sie sich nichts draus. Ich verstehe Sie.«
- 11 W. C. Smith, *The Political Transition in Brazil: From Authoritarian Liberalization and Elite Conciliation to Democratization*, in: *Comparing New Democracies: Transitions and Consolidations in Mediterranean Europe and the Southern Cone*, hg. v. E. Baylora, Boulder 1987, S. 207.
- 12 Wie O'Donnell im Hinblick auf die Liberalisierungen bemerkt, die Lanusse (1971-

- 73) in Argentinien und Geisel (1975-79) in Brasilien lancierten, drohten beide Männer damit, dass sie »gezwungen« sein könnten, den Liberalisierungsprozess abzubrechen, falls die Dinge zu weit getrieben würden. Doch sind sie, wie O'Donnell hinzufügt, zu engagiert, um aufzuhören: Ein Rückgängigmachen der Liberalisierung würde einen Sieg der Hardliner über die »blandos« bedeuten. (G. O'Donnell, Notas para el estudio de procesos de democratización política a partir del estado burocrático-autoritario, in: *Estudios CEDES*, 2 (5) 1979, S. 13.)
- 13 Zitiert in der *New York Times*, 19. November 1989, S. 15.
- 14 Z. generalem Jaruzelskim o stanie wojennym, in: *Gazeta Wyborcza*, Warschau, 18. Dezember 1989, S. 5f.
- 15 Vielleicht bin ich hier ungebührlich stark beeinflusst von den Erfahrungen in Polen, wo die Geschwindigkeit, mit der Gefängniswärter und Gefängnisinsassen ihre früheren Differenzen überwinden, atemberaubend war. Hier ist meine Lieblingsanekdote über Michnik: Bei einer Diskussion regte sich ein *Solidarność*-Mitglied kürzlich darüber auf, dass Michnik in einer bestimmten Frage denselben Standpunkt vertrat wie ein Angehöriger der KP, und schrie ihn an: »Demnächst werden Sie noch in derselben Partei sein wie der!« Darauf Michnik, der einen ausgeprägten Sinn für Humor besitzt: »Was heißt in derselben Partei? In derselben Zelle!«
- 16 vgl. G. O'Donnell, a.a.O.
- 17 P. C. Schmitter, Patti e Transizioni: Mezzi Non-Democratici a Fini Democratici, in: *Rivista Italiana di Scienza Politica*, 14 (1984), S. 363-382.
- 18 Deshalb sind auch die Vorverhandlungen über die Form des Verhandlungstisches kein Streit um des Kaisers Bart. Das im Amt befindliche Regime hat guten Grund, ein zweiseitiges Sichgegenübersitzen zu fürchten, weil diese Anordnung die Opposition eint. Die polnische Lösung bestand darin, den Tisch »rund« zu machen: Es gab überhaupt keine Seiten. Die ungarische Methode war ein dreieckiger Tisch, doch gab es schon achteckige.
- 19 Ein ähnliches Arrangement, die sog. »vertragliche Demokratie«, schlug Wiatr für Polen vor; siehe J.J. Wiatr, *Spór o treść odnowy*, Warschau 1983.
- 20 Den Begriff der »institutionellen Zeit« verdanke ich einer persönlichen Mitteilung Norbert Lechners.
- 21 P. C. Schmitter, Patti e Transizioni, a.a.O., S. 365.
- 22 N. Lechner, Pacto Social nos Processos de Democratização: A Experiencia Latinoamericana, in: *Novos Estudos*, 13 (1985), S. 30.
- 23 A. Fontana, Fuerzas Armadas, partidos políticos y transición a la Democracia en Argentina, in: *Transición a la Democracia*, hg. v. A. Varas, Santiago 1984, S. 121.
- 24 Diese Behauptung mag überraschend klingen, da weithin die Ansicht herrscht, die kommunistischen Systeme hätten doch »immerhin« soziale Errungenschaft erbracht. Aber erstens ist das Niveau der Sozialleistungen seit Beginn der siebziger Jahre rapide gesunken. Und zweitens wird alles, was vom Wohlfahrtssystem etwa noch vorhanden sein mag, im Zuge des Zerfalls des zentralen Kommandosystems rapide abgebaut. Sozialleistungen wurden in den zentralen Kommandowirtschaften auf dieselbe Art und Weise verteilt wie alles andere auch: Der Planer verteilte Eisenerz, Schuhe, Kartoffeln, Arztbesuche, Schulplätze und Urlaube. In dem Moment, wo der Markt die zentrale Zuteilung ersetzt, muss das Wohlfahrtssystem von Grund auf neu aufgebaut werden, nämlich als Versicherung gegen Wechselfälle des Schicksals in einem autonomen und daher weitgehend unberechenbaren Mechanismus. Und der Staat muss vollständig transformiert werden, wenn er Sozialleistungen erbringen soll: Er muss nun Abgaben

von jenen einziehen, die sich auf dem Markt behaupten, und sie entsprechend den Bedürfnissen verteilen.

- 25 Ich zögere allerdings, allzu sehr auf diese normativen Traditionen zu setzen, da sie sich, zumindest in Polen, anscheinend rapide zersetzen. 1980 akzeptierten 70 Prozent der Befragten vorbehaltlos den Grundsatz einer Beschränkung des Höchsteinkommens. 1981 fiel dieser Prozentsatz auf 51, im Jahre 1984 auf 30, und 1988 lag er bei 27. Außerdem zeigten sich in dieser Frage tiefgreifende Gruppendifferenzen: 1981 akzeptierten 69 Prozent der Spezialisten mit höherer Schulbildung den genannten Grundsatz, dagegen 71 Prozent der Facharbeiter. 1988 waren nur 37 Prozent der Spezialisten für die Beschränkung des Höchsteinkommens, gegen 63 Prozent der Facharbeiter und 70 Prozent der ungelerten Arbeiter. Die Resultate in Bezug auf die Norm der Vollbeschäftigung zeigen dieselbe Dynamik; vgl. L. Kolarska-Bobinska, *Poczucie niesprawedliwości, konfliktu i preferowany ład w gospodarce*, in: *Polaca 88*, Warschau 1989. (Vgl. auch den Beitrag von E. Hankiss in diesem Heft, d. Hg.).

Übergänge im Vergleich

Juan Linz: Alle Übergänge zur Demokratie in Südeuropa, Lateinamerika und in Südkorea weisen sowohl gemeinsame Züge als auch wichtige und bezeichnende Unterschiede auf. Wir leben in einer Zeit, da nicht-demokratische Alternativen – vielleicht mit Ausnahme des islamischen Fundamentalismus – ihre Legitimation verloren haben und keine akzeptablen Gesellschaftsmodelle mehr bieten. Die einzige legitime politische Form ist die Demokratie. Zugleich sind wir uns deutlich der Schwierigkeiten und Fehlschläge bewusst, die sie mit sich bringt. Nur sollte man aus der Einsicht in die Schwächen der Demokratien nicht den Schluss ziehen, dass die Demokratie als Institution gescheitert ist.

Ich glaube, es ist nützlich, bei einigen Problemen, die sich in Ostmitteleuropa stellen, auf die spanischen Erfahrungen zurückzugreifen. Wir haben hier viel über politischen Konsens gesprochen. Im spanischen Übergang war das ein wichtiger Punkt. Adolfo Suárez hat stets betont, dass Konsens die Voraussetzung für den Aufbau von neuen Institutionen bildet. Zugleich war er davon überzeugt, dass dieser Konsens nach einer gewissen Zeit von einer freien und offenen Debatte abgelöst werden muss. Dieser Sprung vom Konsens des Übergangs zum Dissens innerhalb des schließlich geschaffenen institutionellen demokratischen Rahmens fällt vielen nicht leicht; vermutlich wird das in Ostmitteleuropa ähnlich sein.

Eine weitere Parallele drängt sich mir auf, nämlich die Überschätzung

ideologischer Positionen. In Spanien hat der Sozialismus während des Übergangs eine wichtige Rolle gespielt. Was Portugal betrifft, erinnern wir uns noch gut an den Radikalismus der Revolution. Aber weder Spanien noch Portugal sind sozialistisch geworden, beide sind heute moderne soziale Marktwirtschaften. Die hohen Töne, die man jetzt etwa von den Liberalen in Ostmitteleuropa vernahmen kann, verraten einen ähnlichen Hang zu politischem Fundamentalismus. Für mich ist dies allerdings kein Anlass zur Besorgnis, denn wenn die Demokratie einmal funktioniert, ergibt sich von alleine eine Konvergenz zu vernünftigen Lösungen. Spanien ist ein gutes Beispiel hierfür.

Auch dafür, dass die Männer und Frauen, die an den Übergangsprozessen in Ostmitteleuropa beteiligt sind, persönlich Bitteres durchzumachen haben werden. Sie übernehmen Regierungsverantwortung unter denkbar ungünstigen Bedingungen und werden von allen Seiten attackiert, vielleicht auch von der eigenen Partei oder Organisation im Stich gelassen. Kurz, die politischen Rollen während der Übergangszeit sind sehr undankbar und unterscheiden sich stark von denen in einer Demokratie.

Welche Rolle spielt die politische Kultur beim Übergang zur Demokratie? Natürlich gibt es in all den Ländern, die sich auf diesen Weg begeben haben, schon viele überzeugte Demokraten. Aber es gibt auch viele Menschen, die indifferent sind oder nicht viel über Demokratie wissen. Glücklicherweise

lernt man Demokratie ziemlich schnell. Nehmen wir wie der Adolfo Suárez, dem kaum jemand demokratische Tugenden zugetraut hat, gehörte er doch dem alten Regime an. Er begann aber sehr schnell zu verstehen, wie eine moderne Demokratie arbeitet.

In Spanien musste der Übergang wegen der Monarchie innerhalb eines parlamentarischen Systems stattfinden. Das war meines Erachtens ein enormer Vorteil gegenüber einer Präsidentschaftsdemokratie. Der Vergleich mit Lateinamerika etwa belegt die Schwierigkeiten, die sich mit Präsidentschaftswahlen ergeben: Die Kandidaten müssen ein Charisma aufbauen, das zwangsläufig überzogene Hoffnungen weckt, die in der harten Alltagspolitik dann nicht eingelöst werden können. So ging es beispielsweise Raúl Alfonsín in Argentinien. Sobald es schwierig wird, lassen die Parteien den Präsidenten fallen, denken an die nächsten Wahlen oder schauen sich nach einem anderen Kandidaten um – sie müssen ja keine politische Verantwortung für die Regierung übernehmen. Ich glaube, dass die parlamentarischen Traditionen in Ostmitteleuropa eine große Chance bedeuten, solche Probleme zu vermeiden. Alfonsín musste noch lange, nachdem seine Politik offensichtlich gescheitert war, weiterregieren. Adolfo Suárez hingegen musste, als er Autorität und Unterstützung verloren hatte, zurücktreten. Dies zeitigte keine Verfassungskrise, sondern machte den Weg für Neuwahlen frei.

Guillermo O'Donnell: Der Übergang zur Demokratie ist ein Übergang von der heroischen Zeit zur alltäglichen Zeit unheroischer Politik. Ich würde fast sagen, dass die Einrichtung einer Demokratie der Herstellung eines Zustands allgemeiner Langeweile gleichkommt.

Juan Linz hat schon darüber gesprochen, wie schnell die Leute die neuen Spielregeln lernen. Natürlich gibt es viele, die sie nicht lernen können oder wollen, die aggressiv werden oder sich von der Politik zurückziehen. Ich glaube, dass der Erfolg dieses Lernprozesses in hohem Maße von der politischen Führung abhängt. Wenn wir uns geglückte Übergänge zur Demokratie anschauen, haben sie eines gemeinsam: eine von einer hinreichend großen politischen Koalition getroffene informelle Vereinbarung bzw. ein formelles politisches Abkommen, das die konkurrierenden Partialinteressen für eine begrenzte Zeit dem gemeinsamen Ziel unterordnet, politische Institutionen aufzubauen bzw. zu festigen. So ist es in Spanien geschehen. Uruguay hatte Erfolg mit dieser Strategie. Auch Portugal wählte nach vier Jahren der Unentschlossenheit diesen Weg, und von Chile ist es in der nahen Zukunft zu erhoffen.

Gegenbeispiele sind die schwachen Demokratien, in denen der Aufbau von Institutionen vernachlässigt wurde. Dazu gehören Argentinien, Brasilien, Peru, auch Griechenland und die Türkei. Die Bevölkerungen dieser Demokratien sind nicht stolz auf sie. Schlimmer, sie sind empfänglich für Demagogie und Populismus.

Wofür ich hier plädiere, widerspricht den hohen Erwartungen in die Demokratie, die der Zusammenbruch autoritärer Systeme freisetzt. Die Demokratisierung, will sie erfolgreich sein, fängt weniger demokratisch an als erhofft, vielleicht auch weniger demokratisch als es möglich wäre. Aber ich glaube, dies ist der einzige Weg zu einer stabilen Demokratie.



Metro Prag, Dezember 1989

György Dalos
MEINE DEUTSCHE FRAGE
Überlegungen zu einem Jahrestag

Am Abend der ersten freien Wahlen in der DDR war ich unterwegs vom Haus der Demokratie zum Palast der Republik. Nachdem ich die erste Enttäuschung meiner Freunde vom »Bündnis 90« angesichts der düsteren Hochrechnungen miterlebt hatte, wollte ich wissen, wie im Unterschied dazu die politische Prominenz auf ihren Erfolg reagieren würde. Das monströse Palastgebäude, einst von Erich Honecker als Pyramide seiner Herrschaft erbaut, hätte ich eigentlich nicht betreten dürfen; ich war förmlich gezwungen, mich einzuschleichen. Die Show der Großen war des Ereignisses würdig. Zahllose Kameraleute verfolgten die bundesdeutschen Politiker und ihre östlichen Schützlinge auf Schritt und Tritt. Rau, Geißler, Graf Lambsdorff wärmten sich im Schein der Jupiterlampen, und der West-Berliner Oberbürgermeister Momper eilte dynamischen Schrittes von irgendwo nach irgendwo, ein Dutzend Mitarbeiter auf den Fersen, die ihn sichtlich bis in die Gestik nachahmten. Maßanzüge und Krawatten beherrschten die Szene und ließen bereits ahnen, dass das Sprichwort »Kleider machen Leute« auch in der neuen Republik seine Gültigkeit behalten würde.

Auf dem Rückweg zur Zentrale der Andersdenkenden sah ich bereits die ersten Zeichen des Triumphes bei Wählern, die sich als Sieger dieser Wahl fühlten. Am Hinterteil eines Trabants wehte die schwarz-rot-goldene Fahne. Es blieb allerdings unklar, ob sie vom leichten Frühlingswind oder von den Auspuffgasen bewegt wurde. Aus der Komischen Oper strömte das Publikum und erkundigte sich bei den Passanten nach dem aktuellen Stand der Stimmenauszählung.

In diesem historischen Augenblick stellte ich mir, wie schon so oft, die Frage: was geht mich das alles bloß an? Warum spielt dieses Deutschland, spielten diese beiden Deutschländer eine dermaßen wichtige Rolle in meinem Leben? Schließlich bin ich ungarischer Staatsbürger jüdischer Abstammung, und dieser Sachverhalt allein wäre kompliziert genug, mich ein Leben lang zu beschäftigen. Trotz dem rege ich mich seit Jahrzehnten so maßlos über alles auf, was zwischen Maas und Memel geschah und geschieht, als hätte ich je unmittelbar an dieser Geschichte, an diesen Geschichten Anteil gehabt. Ich begnüge mich nicht einmal mit der bequemen Rolle des Zeitzeugen, sondern mische mich fortgesetzt in innerdeutsche Angelegenheiten ein. Deshalb

wurde mir jahrelang die Einreise in die DDR verweigert, und es bedurfte des Zusammenbruchs eines ganzen Systems, bevor ich an diesem Abend wieder Unter den Linden spazieren gehen konnte.

Sicherlich gibt es etwas Schicksalhafteres in meiner Deutschlandverbundenheit. Als Achtzehnjähriger bewarb ich mich um ein Stipendium an der Moskauer Universität. Ich hatte die Absicht, dort Philosophie zu studieren. Doch beim Ausfüllen des Fragebogens unterstrich ich statt dieser Disziplin das Fach »Geschichte«, und zwar vor lauter Aufregung angesichts der Möglichkeit, mein Studium im Zukunftsstaat absolvieren zu dürfen. Vor der Fakultätskommission in Moskau äußerte ich, dass ich am liebsten die Historie jener neuen Staaten Afrikas studieren würde, die nun den nichtkapitalistischen Weg der Entwicklung beschritten. Nur war in diesen Fachgruppen kein Studienplatz mehr frei. So fragte man mich, ob ich der deutschen Sprache einigermaßen mächtig sei, und als ich zögernd bejahte, teilte man mich der »deutschen« Gruppe zu. Dieser frühe Zufall entschied bereits im Jahre 1962 über die weitere Wahl meiner Themen. Nicht Ghana, Guinea und Mali, sondern Deutschland war der Gegenstand meiner frühen und recht naiven Recherchen – darunter auch meiner Diplomarbeit, die das Heidelberger Programm der SPD von 1925 zum Thema hatte. An eine Reise in die Stadt Heidelberg dachte ich ebenso wenig wie an eine Fahrt zum Mond. Die Reisepläne meiner Generation wurden zu jener Zeit sozusagen stellvertretend von Jurij Gagarin verwirklicht.

Heidelberg lag im »anderen« Deutschland, in dem es unserer Vorstellung nach, der offiziellen Doktrin gemäß, zwei maßgebliche politische Kräfte gab: die Revanchisten und die kommunistische Partei. Alles, was dazwischen und daneben sonst noch existierte, lernte ich erst Mitte der sechziger Jahre kennen, als Professor Michail Woslenski, der spätere Emigrant und Autor des Buches »Nomenklatura«, uns die politische Szene der Bundesrepublik zu erklären versuchte. Die ganze Komplexität der deutschen Frage begann ich erst anhand seiner Seminare zu begreifen, und er war derjenige, der nach der Regierungsbildung der Bonner Großen Koalition im Herbst 1966 eine Wende in den ost-westlichen, inklusive der deutsch-deutschen Beziehungen voraussagte.

Viel klarer und eindeutiger als die aktuelle Politik erschien mir die Geschichte. Über die Reichsgründung im Jahre 1871 lernten wir beispielsweise, dass sie unter Preußens Dominanz und als Ergebnis eines aggressiven Krieges zustande gekommen war. Trotzdem galt diese deutsche Vereinigung als »objektiv fortschrittlich« und war ganz im Sinne von Marx und Engels. Allerdings hatte das marxistische Zauberwort »objektiv« schon damals für mich einen seltsamen Beigeschmack. In der lautstarken Anerkennung dieser historischen Leistung des deutschen Volkes seitens unserer Dozenten war das Zähneknirschen kaum zu überhören.

Nun ertappte ich mich an jenem Wahlabend dabei, dass ich zwar die demokratische Selbstaflösung der DDR und die logisch daraus folgende Vereinigung der beiden Hälften Deutschlands historisch notwendig und damit »objektiv« hervorragend fand, nichtsdestoweniger aber mein eigenes leises Zähneknirschen bei diesem analytischen Befund nicht überhören konnte. Die Vorbehalte, die ich sicherlich mit vielen anderen teile, ergeben sich sowohl aus meinen Kenntnissen der deutschen Geschichte wie auch aus meinen persönlichen Erfahrungen mit den beiden deutschen Ländern.

Ich schrieb meine Diplomarbeit über ein Land, das ich in absehbarer Zeit nicht kennenlernen sollte. Das papierene Universum meiner Kenntnisse über Deutschland war von klassischen Dichtern und Denkern, sozialdemokratischen Arbeiterverrättern, heldenhaften Kommunisten und natürlich von Nazis bevölkert. Den ersten lebendigen Westdeutschen lernte ich im Jahre 1970 kennen: Er war ein bayerischer Fernsehjournalist, und das Gespräch mit ihm hatte zur Folge, dass ich am nächsten Morgen der Staatssicherheit meines Landes »zugeführt« und wegen unerlaubten Kontaktes mit einem Ausländer verwarnt wurde. Dabei spielte ich bei dem erwähnten Gespräch nur die Rolle des Dolmetschers für meinen Freund Miklós Haraszti, der der eigentliche Interviewpartner war.

Da ich wegen meiner Beteiligung an einer maoistischen Studentengruppe rechtskräftig verurteilt worden war, stellten mich die Behörden aufgrund meiner Dolmetscherdienste unter Polizeiaufsicht, eine Art Hausarrest. So sah ich mich gezwungen, zunächst auf weniger riskante deutsche Kontakte zurückzugreifen. Ich arbeitete an einem Essay über die deutschen Vormärz-dichter, genau gesagt, darüber, wie diese das Scheitern der Revolution 1848 zu verkraften suchten. Meine Arbeit trug gewisse therapeutische Züge, denn ich empfand mich zu jener Zeit ebenfalls als gescheiterter Revolutionär.

Bei einer Dichterlesung in Budapest lernte ich Hans Magnus Enzensberger kennen, der dann in seinem »Kursbuch« einige Texte von mir veröffentlichte, was angesichts meines fast vollständigen Publikationsverbotes für mich eine literarische Rehabilitierung bedeutete. Für mein Weiterdenken war jedoch das Lesen seiner Essays ausschlaggebend. Seine kulturkritischen Aufsätze schienen mir damals eine unerwartete Chance zu bieten, mich von den modrigen sowjetischen Marxismus-Klischees zu befreien.

Die Hauptanstrengung der kritischen Intellektuellen im Ungarn der frühen siebziger Jahre bestand darin, sich ständig mit Informationen zu versorgen. Es ging nicht um politische Nachrichten, die man ohnehin vom Sender Freies Europa bezog, sondern um eine kontinuierliche Zufuhr von geistiger Nahrung, die in meinem Fall aus dem deutschsprachigen Raum kommen sollte. Aufgrund meiner ersten »Kursbuch«-Publikation meldeten sich bei mir junge Leute aus dem Umfeld der deutschen Studentenbewegung, die dann bei jedem ihrer Ungarn Ausflüge Stapel von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern

mitbrachten. Der Postweg war damals noch recht ungewiss. Briefe, Bücher und Zeitschriften aus dem Westen wurden geöffnet, beschädigt, mit großer Verspätung oder überhaupt nicht ausgehändigt. Die ehrgeizige Geheimpolizei wollte unsere Lektüre vollständig überwachen.

Meine Beziehungen zu Westdeutschland und West-Berlin blieben zunächst ätherisch. Ich wusste aus den zahlreichen Verlagsprospekten, dass es irgendwo einen Savigny-Platz und dort eine linke Buchhandlung geben sollte, rein spirituell nahm ich an den Veranstaltungen des Republikanischen Clubs oder an den Vorstellungen des Grips-Theaters teil. Isoliert von der ungarischen Öffentlichkeit, lebte ich jahrelang als Übersetzer sowjetischer Literatur oder von Büchern aus der DDR, finanziell einigermaßen abgesichert, jedoch in eine geistige Wüste verbannt.

Eine kleine Oase öffnete sich für mich, als ich nach fünf Jahren Reiseverbots im Jahre 1972 zum ersten Mal in die DDR reisen durfte. Die jährliche Fahrt nach Berlin, Weimar und Jena ist von da an für mich zur Gewohnheit geworden. Aus Ost-Berlin konnte ich ungehindert in die Nachbarstadt anrufen, und meine Freunde jenseits der Mauer besuchten mich in der Hauptstadt der DDR. Über sie lernte ich allmählich kritische Literaten des »Arbeiter- und Bauernstaates« kennen, die wiederum mir eine deutsche Kultur vermittelten, die zum ersten Mal in meinem Leben auf eine deutsche Wirklichkeit bezogen war. Plötzlich schien sich manches zu reimen: meine SPD-Forschungen in Moskau und meine Vormärz Recherchen in Budapest fügten sich in einen realen Zusammenhang. Im Westfernsehen verfolgte ich die Bundestagsdebatte über die Ostpolitik. Die Biermann Songs, die ich in einer Jenaer Privatwohnung zu hören bekam, passten allzu gut in meine damalige Weltanschauung, die trotz des relativ heftigen Konfliktes mit der Staatsmacht im Grunde nur eine ängstliche Ketzerei blieb. Meine Freunde aus der frühen DDR-Opposition wollten dasselbe wie ich: einen Sozialismus, in dem man frei lesen und schreiben kann. Anders als die gewissermaßen liberal verwöhnte und zynisch angehauchte ungarische Intelligenz, lebten die »Kulturschaffenden« der DDR damals, kurz nach Ulbrichts Abdankung, in einer latenten Vormärz Stimmung.

Aus meinen früheren Studien wusste ich, dass Deutschland bereits einmal eine solche Phase voller Hoffnung und Spannungen erlebt hatte. Als Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1841 Preußens Thron bestieg, erwartete die liberale Intelligenz von ihm ein neues Pressegesetz, und die Radikalen hofften gar auf eine neue Verfassung. Demokratie und deutsche Einheit – das war der Doppelslogan des Fortschritts. Der Breslauer Professor Hoffmann von Fallersleben schrieb ad notam des österreichischen »Gott erhalte« sein begeistertes Deutschlandlied. Der Hitzkopf Georg Herwegh legte mittels seiner »Gedichte eines Lebendigen« die Lunte an die deutschen Universitätsstädte. Mit seinen Freiheitsgedichten ging er regelrecht auf Tournee, wurde in

Berlin vom König empfangen und überreichte ihm seine Forderungen nach Pressefreiheit. Der Souverän jedoch wollte keine echten Veränderungen, und um dies den gebildeten Schichten mitzuteilen, griff er zu harten Maßnahmen. Hoffmann von Fallersleben verlor seinen Lehrstuhl, Herwegh wurde sogar des Landes verwiesen. Allerdings befand man sich schon nicht mehr im Mittelalter. Der Professor zog sich ins Rheinland zurück, und der ausgebürgerte Freiheitsdichter entschied sich mit der Schweiz erneut für die Freiheit.

Aus den gescheiterten Hoffnungen wurde damals die literarisch-politische Strömung geboren, die von der Nachwelt als »Vormärz« bezeichnet wird. Eine Zeitlang schien es, als habe die Reaktion langfristig die Oberhand gewonnen. Zunächst konnten die vierunddreißig Kleinstaaten nicht zu einer deutschen und demokratischen Republik werden. »Einigkeit und Recht und Freiheit« setzten sich eher im zollfreien innerdeutschen Handel als im deutschen Feuilleton durch. Der gescheite Hoffmann von Fallersleben schrieb damals:

Schwefelhölzer, Fenchel, Bricken,
 Kühe, Käse, Krapp, Papier,
 Schinken, Schere, Stiefel, Wicken,
 Wolle, Seife, Garn und Bier;
 Pfefferkuchen, Lumpen, Trichter,
 Nüsse, Tabak, Gläser, Flachs,
 Leder, Salz, Schmalz, Puppen, Lichter,
 Rettich, Rips, Raps, Schnaps, Lachs, Wachs!
 Und ihr andern deutschen Sachen,
 Tausend Dank sei euch gebracht!
 Was kein Geist je konnte machen,
 Ei, das habet ihr gemacht ...

Nun hoffte ich, Mitte der siebziger Jahre, bald Zeitzeuge eines »Berliner Frühlings« zu werden, im Laufe dessen linke Tradition in Ost und West zueinanderfinden und gemeinsam aus der deutschen Geschichte das herausholen, was aus ihr hätte werden können, hätte es nur das Jahr 1933 nicht gegeben. Natürlich war dies eine neue Illusion, ein Geflecht zwischen Zusammengelesenem und oberflächlich Beobachtetem. Ich glaubte, in einen möglichen Hauptstrom der deutschen Progression geraten zu sein, stattdessen war ich in die deutsche Frage hineingeschlittert.

Die Uhren in Osteuropa gingen nicht gleich. Ein Jahr nach der KSZE-Konferenz in Helsinki erhielt ich erstmals eine Westreisegenehmigung und kam auf diesem Wege im November 1976 über die Berliner Mauer. In der Bundesrepublik erlebte ich die Ausbürgerung Wolf Biermanns und den Protest der ostdeutschen Intelligenz gegen diese Maßnahme der SED-Führung.

Meine für Ostblockbürger typische Faszination für den neu erblickten Wohlstand und Komfort der Bundesrepublik vermengte sich mit extremer Aufregung angesichts der Ereignisse in der DDR. Ich fuhr nach Köln zur Pressekonferenz von Biermann und sah dort Heinrich Böll und Günther Wallraff, besuchte Max von der Grün und fühlte mich immer mehr als Reisender in wichtigen deutschen Angelegenheiten. Einen Monat später, mit dem Ablauf meines Visums, kehrte ich nach Ungarn zurück, immer noch mit dem durch Ausbürgerung gehandeten Gitarrenspiel in den Ohren. Ich war fest entschlossen, nach Jahren der Passivität wieder politisch tätig zu werden. Der erste Anlass dazu ließ nicht lange auf sich warten: als Reaktion auf die Repressalien gegen die Prager Charta 77 entstand die demokratische Opposition Ungarns.

Bei Freunden in Ost-Berlin las ich ein Gedicht von Peter-Paul Zahl, der damals seine langjährige Haftstrafe in der JVA Werl abbüßte. Das Gedicht war Miklós Haraszti gewidmet, dessen Betriebsreportage »Stücklohn« in Ungarn zum politischen Prozess gegen den Autor geführt hatte. Das Buch erschien in deutscher Sprache mit einem Vorwort von Heinrich Böll. Ich fühlte mich in meiner damaligen historischen Wichtigtuerei dazu angeregt, einen Dankbrief an den einsitzenden Poeten zu schreiben. Zahl antwortete gleich, und es entstand eine Korrespondenz zwischen uns. Er schickte mir in jedem Brief Zeitungsausschnitte aus der bundesdeutschen Presse über Ungarn und Osteuropa. Und es geschahen Wunder: diese Postsendungen kamen immer bei mir an. Entweder schämten sich die ungarischen Zensoren, Briefe aus einem deutschen Gefängnis zu beschlagnahmen, oder sie wollten die Korrespondenz genauer verfolgen. Tatsache ist, dass mich seit diesem Zeitpunkt jede Postsendung aus dem Westen erreichte.

Gleichzeitig begannen sich Ende der siebziger Jahre meine kleinen Freiheiten zu erweitern. Ich erhielt erneut eine Reisegenehmigung in die Bundesrepublik und besuchte aus diesem Anlass den Dichter Zahl in Werl. Ein äußerst höflicher Beamter meldete mich telefonisch als »Herrn Professor Doktor Dalos« an – ein Titel, den ich wahrscheinlich meinen im Besuchsantrag geschilderten dissidentischen Aktivitäten in Ungarn zu verdanken hatte. Und als ich zu der Entscheidung gelangte, meine in der Heimat nicht veröffentlichten Gedichte beim Berliner Rotbuch Verlag herauszugeben, ließ ich nur einen Teil aus dem Lande schmuggeln, den anderen schickte ich auf dem einfachen Postweg über die JVA Werl an den Verlag.

Das Grotoske an der deutschen Frage habe ich übrigens im Laufe dieser zweiten Westreise zu spüren bekommen. Sie erfolgte nämlich auf eine Einladung der Berliner Akademie der Künste hin. Den Brief dieser Institution ließ ich vorschriftsgemäß offiziell übersetzen und ging dann damit ins ungarische Kulturministerium, fest davon überzeugt, dass mein Antrag abgelehnt würde. Überraschenderweise behandelte der Beamte die Angelegenheit durch-

aus wohlwollend – das Kadar-System kokettierte damals recht eifrig mit den Menschenrechten. Als einziges Hindernis für meine Reise erwies sich die Tatsache, dass die DDR-Behörden jede Teilnahme von Ostblockbürgern an öffentlichen Veranstaltungen in West Berlin als Affront gegen das Viermächteabkommen empfanden. »Da liegt das Problem«, erklärte mir der Ministerialbeamte wortwörtlich, »mir geht das schon auf die Nerven.« Schließlich fand er eine Kompromisslösung: ich sollte als Privatbesucher reisen und das Ministerium würde dafür sorgen, dass mir die Passbehörden keine Komplikationen machten.

Ein paar Jahre später, als ich mein DAAD-Stipendium in West-Berlin wahrnehmen wollte, rief ich beim Außenministerium in Budapest an, um zu fragen, ob ich während meines West-Berlin-Aufenthaltes gelegentlich Ost-Berlin besuchen dürfte. Der zuständige Beamte fragte mich dreimal am Telefon, ob ich mich tatsächlich so sehr nach der östlichen Hälfte der ehemaligen Reichshauptstadt sehnte, und bemerkte dann bissig: »Ein seltsamer Wunsch.«

Die ungarischen Bürokraten gaben sich jedoch nicht immer so gemütlich. Als meine Freunde aus Ost- und West-Berlin nach Budapest kamen, um gewissermaßen unter meiner bescheidenen Schirmherrschaft ein Bahro-Seminar abzuhalten, jagte die ungarische Geheimpolizei mit ihren neu erworbenen Statussymbolen, den Walkie-Talkies made in Germany, eine Woche lang hinter uns her – sicher im Auftrag der Stasi, mit der sie bis Ende November 1989 nachweislich engstens verbunden war. Und als ich am Flughafen Schönefeld zur persona non grata erklärt und nach Budapest zurückgeschickt wurde, gab es keine einzige ungarische Behörde, die sich offiziell mit meiner Beschwerde beschäftigen wollte.

Blickte ich in der ersten Hälfte der siebziger Jahre sehnsüchtig von der Bornholmer Straße in Richtung Osloer Straße, so stand ich in den achtziger Jahren nicht weniger nostalgisch am Checkpoint Charlie, ohne den Übergang in die östliche Stadthälfte zu schaffen. Selbst die Transitwege wurden mir verweigert. So konnte ich mich sehr gut in die Seelenwelt meiner Freunde und Kollegen versetzen, die nach und nach zum Verlassen der DDR gezwungen worden waren. Meine literarische Tätigkeit konzentrierte sich zunehmend auf das Bundesgebiet, das ich jetzt der Nord-Süd-Achse entlang von Hauptbahnhof zu Hauptbahnhof bereiste. Kurz vor meiner Ausweisung aus der DDR erlebte ich im Herbst 1979 noch einmal bewegte Tage. Damals wurde eine öffentliche Kampagne gegen Stefan Heym und den bereits todkranken Roben Havemann gestartet, und zwar wegen unerlaubter Westveröffentlichung, eines Deliktes, dessen ich mich ebenfalls schuldig gemacht hatte, ohne dass mir dies die ungarischen Behörden zum Vorwurf gemacht hätten. Der Vorstand des DDR-Schriftstellerverbandes mit Hermann Kam an der Spitze beteiligte sich an der Hetzjagd gegen Heym und Havemann, das *Neue Deutschland* druckte seine üblichen empörten Leserbriefe. Neun DDR Au-

toren hatten den Mut, zugunsten der Bedrängten eine Erklärung abzugeben, die über westliche Medien verbreitet wurde. Alle neun wurden daraufhin aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen.

Ich kannte einige der betroffenen Autoren, und so hatte ich die Möglichkeit, die Absurdität des Geschehens mitzuerleben. Wir saßen in einer Ost-Berliner Wohnung und sahen Westfernsehen in der Hoffnung, auf diesem Wege zu erfahren, welche Maßnahmen seitens der SED-Führung gegen die Anwesenden vorbereitet würden.

Diesmal verwandelte sich die DDR in ein Phantomland für mich, in eine Gegenstand von historisch-politischen Spekulationen. Ab Anfang der achtziger Jahre ahnte ich, dass die osteuropäische Erosion kaum einen Bogen um Honeckers Staat machen würde. Ebenso, wie die Veränderungen in anderen Ländern des Warschauer Paktes mit einer gewissen Rückkehr zur nationalen Geschichte einhergingen, sollte eine mögliche Wende in der DDR ebenfalls aus dem historischen Modell schöpfen. Die Bewegung der Intellektuellen hatte eine Anleihe bei der Choreographie des Vormärz gemacht. Die Friedens- und Menschenrechtsbewegung der achtziger Jahre griff auf eine noch fernere Vergangenheit zurück. Besonders bedeutend erschien mir die Tatsache, dass sich diese Gruppen allmählich unter dem Dach der evangelischen Kirche versammelten und der Staat sich gezwungen sah, diese seltsame Koalition halbwegs zu tolerieren.

Für ein Land, in dem die Reformation die einzige erfolgreiche demokratische Tradition bedeutete, war dieser Schritt fast eine vorprogrammierte Niederlage der Diktatur. Trotzlisten, Reformkommunisten, Militärdienstverweigerer, Grüne, Homosexuelle, Sozial- und Christdemokraten fanden sich ein unter den Fittichen des lieben Gottes, wahrscheinlich ganz ähnlich wie zu Luthers Zeiten, als die frisch reformierte Kirche vorübergehend zum Sammelbecken aller Unzufriedenen, darunter auch Urtrotzlisten wie Thomas Müntzer, geworden war. Auch die neue Gegenkultur begab sich unter diesen Schirm.

Im Oktober-November 1989 hatten die Grundtendenzen der osteuropäischen Entwicklung die DDR eingeholt, und der Kollaps des Systems war unabwendbar. Die Frühjahrswahlen und der Vereinigungstrend sprengten jedoch jeden gedanklichen Rahmen, in dem sich meine Freunde jahrzehntelang bewegt hatten. Einerseits sah ich, wie sie in West-Berlin, in Köln, in Wien und anderswo, nach der Kunst des aufrechten Ganges eine andere, die des freien Spazierengehens lernten, andererseits wurden sie von der Tragweite der Veränderungen spätestens am 9. November überholt. Mit der DDR hört ein Gemeinwesen auf zu existieren, das paradoxerweise nur von der kleinen politischen Opposition als Selbstverständlichkeit ernstgenommen worden war. Bärbel Bohleys kühner Satz nach der Öffnung der Mauer: »Das Volk ist verrückt geworden, die Regierung hat den Verstand verloren.«,

zeugt gleichermaßen von moralischem Mut und extremer Verzweiflung. Die kleine DDR-Apokalypse, deren Armageddon Egon Krenz hieß, ist dann zur Dreigroschenoper geworden, die Kämpfe um die Demokratie sind nahtlos in einen Kuhhandel um die Bedingungen der Währungsunion übergegangen. Hoffmann von Fallersleben hatte recht: die »deutschen Sachen« erwiesen sich auch diesmal dem Geist gegenüber als die eigentlichen Macher der Geschichte. Es ist unwahrscheinlich, dass die alte intransigente Opposition, die diesen Prozess in Gang gebracht hatte, in dem neuen System eine maßgebliche Rolle spielen wird. Hier wird eins zu eins eine tafelfertige westdeutsche Demokratie angeboten, die jene andere, aus den Kämpfen um Menschenrechte geborene, zwangsläufig verdrängen wird.

Ich kann die Frage, die ich mir an jenem Wahlabend auf dem Rückweg von den Siegern zu den Verlierern stellte, nur teilweise beantworten. Am leichtesten wäre es, mein erhöhtes Interesse an Deutschland, nun »einig Vaterland«, allein auf meine jüdische Abstammung zu schieben. Mir dürfte es schon gar nicht gleich gültig sein, wer und mit welchen Mitteln in einem zukünftigen 75-Millionen Deutschland regieren wird. Trotzdem glaube ich nicht, dass es nur jüdische Urängste sind, die mich von diesem Land nicht loskommen lassen.

Als Ungar und Osteuropäer fühle ich mich durch den Gang der Geschichte einer alten Konstellation ausgeliefert: wir befinden uns wieder zwischen zwei Giganten. Einer von ihnen, die Sowjetunion, erlebt die dramatischsten Erschütterungen ihrer Geschichte, wobei ihre chaotischen, bürgerkriegsähnlichen Zustände keine Garantie für einen dauerhaften Frieden bieten – auch nicht in der Umgebung. Die neuen, gewissermaßen »barbarischen« Demokratien des Ostens sind für meinen Geschmack allzu stark auf den anderen mächtigen Nachbarn angewiesen – wir sind ja, mancherorts wortwörtlich, blutige Anfänger in Sachen freier Marktwirtschaft.

Gegenüber diesem »objektiven« Geschehen, dessen Tempo mir etwas unheimlich vorkommt, kann ich bestenfalls einige »subjektive« Wünsche äußern. Ich möchte in dem neuen deutschen Staat garantierte Chancen für ethnische, kulturelle, religiöse und politische Minderheiten beanspruchen. Ich möchte so wenig wie möglich Republikaner und Skinheads und so viel wie möglich antiautoritäres Gedankengut und unkonventionellen politischen Stil sehen, ich möchte, dass es in diesem Land Demokratie eher gibt als dass sie herrscht. Dann könnte ich endlich, um ein Wort Enzensbergers zu zitieren, von der deutschen Frage Urlaub nehmen und meine Aufmerksamkeit mehr dem ungarischen Chaos widmen.

Bohumil Hrabal
LOVE STORY

Herr Hrabal, Herr Hrabal, ich glaube, es ist schon sehr lange her, so lange aber auch wieder nicht, dass ich mich nicht daran erinnerte, nein, nicht erinnerte, dass ich es hätte vergessen können, denn es war eigentlich das erste Mal, dass ich feststellte, nicht mehr jung zu sein, es war in Budapest, wo sonst hätte sowas passieren können, Budapest ist eine stolze und schöne Stadt, ich war baden auf der Margareteninsel, man betritt das Bad von der Garderobe her und taucht durch ein Törchen direkt ins warme Wasser, das ist sehr angenehm, wie schade, dass die Margareteninsel nicht in Prag ist, diese Bäder sehen aus wie die Markthallen in Vinohrady, den Prager Weinbergen, es war sogar, als hätte ich nackt das Theater in den Weinbergen betreten, so sehr ähneln ihm diese Bäder von außen, und dann schwamm ich dort herum und das heiße Wasser stimmte mich heiter, es war Herbst und das Wasser dampfte und ich träumte von diesem Gemüsemarkt, und unten am Donauufer fiel mir später auf, dass die Menschen hier die Donau haben wie wir in Prag die Moldau, an beiden Ufern gibt es Stufen und mittags und nachmittags und bis in den Abend hinein sitzen die Leute dort und wärmen sich, die Donau gehört ihnen genauso wie die Moldau den Pragern, und Prag und Budapest sind derart dem Fluss entlang gebaut, dass die Gebäude an den beiden Ufern sich im Wasser widerspiegeln, wogegen Wien irgendwie abseits der Donau liegt... davon träumte ich, aber da flanierte ich bereits in diesem Budapester Lunapark herum, im Zauberschloss hätten die Menschenmassen mich beinahe erdrückt, dort gab es ein rollendes Fass und darin war es ziemlich unanständig, ich fiel hin, und jedes Mal, wenn ich mich aufrichtete, fiel ich wieder hin und die anderen Besucher des Lunaparks fielen auf mich, und dann verließ ich das Zauberschloss und schaute mich um, ich machte mir Mut, hatte jedoch niemanden, ich war allein dort, irgendwie hatten die Männer aufgehört, mich anzuschauen, dann wollte ich auf die Rutschbahn, mich in ein Bötchen setzen und aus großer Höhe ins Bassin hinuntersausen, landen und dieses Gespritze des Bootes auf dem Wasser wie alle andern genießen, also wartete ich, wer mit mir fahren würde, aber niemand wollte es, lauter Pärchen waren da, es war Abend geworden und von allen Seiten strömten Besucher herbei und wurden in Schiffchen vom sich drehenden Rad in die Höhe gehoben, so hoch hinauf, dass sie wie von einem Berg herab schauen konnten, wie Budapest bei Nacht aussah, bis die Schiffchen sich wieder auf den Rückweg machten... und so stand ich in Gedanken versunken bei diesem Lande-Seelein, mit einem Krach, der immer lauter wurde, rauschte ein Boot die Rutschbahn herunter, klatsch-

te auf und kam auf dem Seelein zum Stehen, vor sich her schob es sich aufbäumende Wellen, die ganz gewaltig und viel weiter spritzten als gewöhnlich, und ich stand da, von Kopf bis Fuß mit nun schon kaltgewordenem Wasser übergossen, und war ganz entsetzt. Jemand nahm mich an der Hand und führte mich zu einem Kiosk, wo ein Mann in einem weißen Kittel Zuckerwatte um Holzstäbchen wickelte und sie lachenden jungen Kunden verkaufte, und ich stand völlig durchnässt da und schaute mich um, und dort stand ein Polizist, er hatte seine Mütze so merkwürdig aufgesetzt und den Schild hochgeklappt, ein Schopf schwarzer Locken fiel ihm in die Stirn, er hatte die Mütze in den Nacken geschoben und sah aus, als hätte er getrunken, er trat zu mir und fragte, ob er mir helfen könne oder so etwas, ich aber schüttelte den Kopf, dass ich nichts verstünde, da fragte er mich auf Deutsch und dann auf slowakisch, ich nickte und er bot mir seinen Arm an, ich zitterte, und er fragte mich, ob ich hier jemanden hätte, und ich verneinte, ich sei nur für vier Tage aus Prag gekommen, kurzum, dieser junge Mensch hatte Erbarmen mit mir, ich sah, dass er es aufrichtig meinte, er sagte, ich müsse mich trocknen, sonst würde ich mich erkälten, und erzählte mir, dass seine Eltern Slowaken seien, er wärmte meine kalten Hände mit den seinen, bot mir seinen Uniformmantel an und bat mich, die tiefende Jeansjacke auszuziehen, und dann stiegen wir zur Burg empor, und während wir hinaufstiegen, neigte er sich leicht über mich und ich drückte mich an ihn und er schaute auf mich herab, er war großgewachsen, und seine Locken fielen ihm immer wieder unter dem Mützenschild hervor in die Stirn, er hatte einen kleinen Schnurrbart und ich wünschte mir, Herr Hrabal, mit diesem Polizisten zum Beispiel bis nach Prag zu gehen, mir war nicht mehr kalt, er schwieg, hielt nur meine Hand und hatte die andere um meine Taille gelegt, und plötzlich versuchte ich es, ich machte mir Mut, hatte mich hier denn jemand als Frau wahrgenommen? War ich denn schon so alt? Und so fasste auch ich ihn um die Taille, und wir schwiegen, während Leute und Autos uns überholten, wir gingen schon durch die Hauptstraße dort oben auf der Burg und schritten aus, vor uns breitete sich die von allen Seiten und von unten angestrahlte Mathiaskirche aus, und als wir vor einem Seiteneingang standen, wurde es auf einmal dunkel, die Festbeleuchtung war abgeschaltet, und wir standen in der Finsternis, umso stärker aber funkelte unter uns Budapest mit seinen glitzernden, zur Kirche hinaufführenden Gassen, strahlenden Restaurants und Gasthäusern, man hörte gedämpfte Zigeunermusik, die nächtlichen Besucher Budapests flanierten durch die Straßen und betraten die erleuchteten Lokale, und mein Fremdenführer machte eine Hand frei und zog einen Schlüssel aus der Tasche seines Dienstmantels, er schloss die Seitentür auf und fasste meine Hand, und ich stieg empor, wohin er mich führte, er machte Licht über der Wendeltreppe und löschte es wieder, bis er schließlich hinter einer Metalltür einen Schalter drehte und mich in einen großen, museumsähnlichen Raum mit gotischem Gewölbe

zog. Und hier nahm er mir seinen Mantel von den Schultern und hängte ihn in einen Schrank, dann stand er vor mir, und ich sah mich verwundert um, ich war tatsächlich in einem Museum, in den gläsernen Vitrinen den Wänden entlang waren Dutzende gestickter Ornate ausgestellt, Ornate von Erzbischöfen, Bischöfen und Prälaten, die mir den Rücken zuehrten, ich drehte mich um, mein Retter war in einer Nische verschwunden, rund um mich herum waren lauter abgewandte, feierliche Priestergewänder, es sah aus, als seien sie alle geköpft worden, die Bischofsmitren standen stramm wie die treuen Hunde dieser Ornate, ich hatte wahrlich den Eindruck, als hingen diese Ornate an den Leibern von Vertretern der katholischen Hierarchie, die gerade noch andächtig ins Gebet versunken hier gestanden und das Kinn auf die Brust gedrückt hatten, wodurch ihre Köpfe verschwanden, oder dass ihnen die Köpfe, die immer noch neben ihren Füßen und den Mitren lagen, soeben abgehackt worden waren... Und diese Vitrinen glitzerten schauerlich mit kostbar verzierten Geschmeiden und Schnallen und goldenen Kreuzen, wer mochte alle diese Gold- und Silberfäden verarbeitet haben? Die Vitrinen und die nebeneinander stehenden Ornate waren von oben mit grünlichblauem Neonlicht begossen, und ich hatte das grauenvolle Gefühl, erst jetzt in einem Panoptikum zu sein, das sich aber jeden Augenblick beleben könnte, so dass die Köpfe wieder auf die Rumpfe sprängen und alle diese Gewänder sich zu mir umdrehten und ich vor einem Kirchentribunal stünde... Und mein Retter kam zurück, er hatte seine Dienstmütze abgelegt, sein Gesicht wurde von seinen Haaren gerahmt, und in den zitternden Händen trug er ein Tablett mit einem Glas heißem Tee, er stellte es auf den Tisch, auf dem ein aufgeschlagenes Buch lag, in das sich die Besucher dieses Museums eintrugen, und er schaffte einen mit samtenem violetterm Plüsch bezogenen Kirchensessel herbei, er nahm meine Hand und führte mich mitten in diese quadratisch angeordneten Kirchenornate, dann nahm er auch noch die andere Hand, forderte mich langsam und rituell auf, Platz zu nehmen, und dann hörte ich, wie er im Nebenraum einen Schrank öffnete, er brachte ein langes weißes Priestergewand, ein weißes, an den Ärmeln und in Kniehöhe mit Stickereien verziertes Hemd, und mein nachdenklicher Beau bat mich, diese Albe anzuziehen... ich solle mich frei und wohl fühlen, ich könne hier bleiben, solange ich wolle, er sei der Wächter dieser Schätze und werde bis zum frühen Morgen hier wachen... und ich hatte mich schon erholt und nickte meinem Glück zu, ich zog mich aus, zog dieses nach Phosphor duftende Hemd über den Kopf und wollte mich setzen, doch noch bevor ich mich gesetzt hatte, erschrak ich, denn hinterm Sessel leuchtete plötzlich eine große Vitrine auf, darin lagen auf roten Kissen zwei Königskronen und darüber waren gekreuzte Zepter und Brillanten und Rubine zu sehen, und alle diese Juwelen waren nur für mich allein beleuchtet, für mich, die heute niemand beachtet hatte, obwohl ich mich aufgedrängt hatte, niemand hatte mit mir gehen wollen, weder ins Zau-

berschloss noch auf die Rutschbahn und nicht einmal aufs Riesenrad, an dem sich die schwanenförmigen Schiffchen so drehten, dass man vom oberen Bogen aus nicht nur ganz Budapest, sondern bis weit auf die andere Seite der Burg sehen konnte, in jenem Moment war ich begeistert gewesen von dem, was ich gesehen hatte, zugleich aber traurig, dass ich die zwei Tage, die ich schon hier wohnte, von niemandem mehr beachtet worden war, ich kannte die Blicke der Männer, hatte aber bis hierher nach Budapest fahren müssen, um zur Überzeugung zu gelangen, dass ich alterte, dass ich langsam alt wurde, jetzt aber war ich wie eine Königin, wie eine Kaiserin bei einer feierlichen Zeremonie, und dieser junge Mann, Polizist in Uniform und Slowake dazu, hatte Augen für mich und war froh, dass er mir begegnet war, ich spürte, dass wir die gleiche Blutgruppe hatten, dass ich nicht umsonst auf der Welt war, nachdem mir ein solcher Moment beschieden war, für den ich anscheinend hatte leben müssen, auf den ich jedoch nicht mehr gewartet hatte, ich hätte nicht geglaubt, dass mein Prinz in der Uniform eines Budapester Schutzmannes zu mir kommen würde ... und so saß ich da im Priesterhemd, doch nicht genug, mein Polizist brachte mir ein warmes, violetttes Ornat, ich streckte die Arme aus und er half mir hinein, dieses Gewand war so warm, als wäre es aus Daunen genäht, und dann reichte er mir das Tablett und setzte sich auf einen Schemel und schaute mich an, er schaute zu mir empor, denn ich thronte ja im Erzbischofssessel, wie er mir sagte ... dann sah er auf die Uhr, und ich hörte, wie seine Schritte sich entfernten, ich hörte, wie es irgendwo in einem Gerät bimmelte, dann nochmals und nochmals, danach kamen seine Schritte wieder näher, und er schrieb etwas in einen Notizblock, bestimmt hatte er eine Karte in die Stechuhr gesteckt zum Beweis, dass er die Runde durch das Museum gemacht hatte, und ich durchlief in Gedanken all meine Jahre und stellte fest, dass ich war, wer ich war, dass ich schon anfang, eine alte Jungfer zu werden, deren drei Verlobungen damit geendet hatten, dass ich ein Mauerblümchen blieb, und ich hatte mir immer vorgelogen, ich wolle nicht heiraten und mich auch nicht verlieben ... und mein Retter sah traurig aus, er zuckte mit den Schultern, und als ich den Tee in kleinen Schlückchen ausgetrunken hatte, trug er das Silbertablett fort, setzte sich wieder auf den Schemel zu meinen Füßen und schlang die Arme um seine Beine, er hatte den Kopf abgewandt und ich zögerte zunächst, wagte es dann aber doch und streichelte seine Haare, und noch einmal, er jedoch hatte ein Bein angewinkelt, das er unterm Knie mit den Händen umklammerte, wiegte sich sanft hin und her und hielt die Augen geschlossen, als wäre ich seine Mutter, die ihn liebte ... und es war still hier, von weitem tickten Uhren, draußen fuhren Autos vorbei, man konnte auch Gesprächsfetzen von Leuten hören, die sich näherten und wieder entfernten, und ich saß hier im Museum, mir gegenüber und um mich herum strahlten hinter gläsernen Vitrinen Ornate, feierlich und mit abgewandten Häuptionen, und diese Priester der hohen Kirchenhierarchie beteten,

nicht für diesen Polizisten, sondern für den Augenblick, da wir beide hier saßen und mit abgewandten Gesichtern jeder anderswohin schauten, jeder in sein eigenes Schicksal, auf den Grund seines Schicksals, vielleicht waren wir gerade jetzt fähig, auch unseren zweiten Grund zu sehen, diese bischöfliche Perle auf dem Boden des Abgrunds ...

Dann machte der junge Polizist abermals die Runde durch die ihm anvertrauten Räume, die Stechuhr bimmelte, als er seine Zeit stempelte, wieder kamen seine Schritte in den Dienststiefeln näher, schwer, aber unerbittlich, und wieder schaute er mich zärtlich an, strich mir über die Schultern, schloss die Augen und schüttelte den Kopf, als hätte er mich auf dem Grund seiner Augen abgewogen, dann setzte er sich auf den Schemel, winkelte ein Bein an, schlug das andere darüber, umfasste es mit den Fingern, neigte den Kopf und legte ihn auf meinen Schoß, ich streichelte ihn zärtlich, doch dann erlahmte meine Hand, ich spürte seine Haare und seinen Schädel unter meiner Handfläche und schloss die Augen, und dann erlahmten wir beide so lange, wie ein Nickerchen dauert, wir schlummerten ein und wachten gleichzeitig wieder auf, ich wusste aber, dass er nicht richtig geschlafen hatte, sondern dauernd im Dienst war, dass er nicht nur alle Räume dieses Museums belauschte, sondern die ganze Kirche, die er mit geschlossenen Lidern wahrscheinlich am besten bewachte ...

Und aus heiterem Himmel fing er an zu erzählen, dass seine Eltern eigentlich Zipser-Deutsche vom Fuß des Tatragebirges waren, dass sein Großvater einen Gemüseanbau gehabt und die Tatrhotels mit Gemüse beliefert hatte, sie hätten sogar Dienstmädchen gehabt, immer Slowakinnen und alljährlich eine neue, weil jedes Jahr eines dieser Mädchen schwanger wurde und die Großmutter es nach Hause schickte. Seine Mutter erinnerte sich noch daran, ein Dienstmädchen habe Otýlie Vranská geheißen, sie war ebenfalls schwanger und verschwand eines Tages, aber es verschwand auch der Opa, der damals noch jung war, er war fünfunddreißig und hatte einen Goldzahn, nicht, dass er ihn gebraucht hätte, er hatte sich einmal einfach so einen Eckzahn ziehen und statt dessen einen Goldzahn einsetzen lassen, um damit prahlen zu können ... der Blonde mit dem Goldzahn ... sagte der uniformierte Schatzwächter, der weiterhin auf dem Schemel saß und all das wehmütig erzählt hatte ... dann richtete er sich schwerfällig auf und schaute mich ein Weilchen an, und ich sah, dass er älter war, als er mir vorgekommen war, ich erschrak ein bisschen über seine Augen und vor allem darüber, dass er ganz abwesend war, dass seine Augen verschoben schienen und ins Leere schauten, seine Locken schwarz waren und ein Auge blau wie eine Scherbe eines blauen Keramikkrugs ... und er stieg wieder hinab, und ich hörte die Stechuhr, doch nun bimmelte sie unheilvoll, die Turmuhr schlug zwölf, langsam, eine Stunde nach der andern, und von der Kirche hallte mit etwas Verspätung das Echo wider, ich schaute mich um, und die Vitrinen sahen jetzt viel feierlicher aus, das Inne-

re dieser Ornate schien sich noch stärker mit den längst verstorbenen Leibern zu füllen, und ich hatte den Eindruck, vor einem Kirchengenicht zu stehen, vor der Inquisition, die den Urteilsspruch über mich fällen würde ... und ich war längst trocken und hatte plötzlich Lust zu gehen, hatte aber sehr wohl gehört, dass mein Wächter, als wir das Museum betreten hatten, die Tür hinter sich abgeschlossen hatte ... und dann näherten sich seine Schritte, wieder stand er mit diesem sonderbaren Schlüssel für die Stechuh vor mir, er schaute mich an und schätzte mich ab, ich sah, dass er nicht auf den Grund meiner Augen, sondern noch viel tiefer sah, und sagte leise ... ich sollte jetzt nach Hause gehen ... Das nicht, nein, noch nicht ... und er nahm einen Schlüssel und schloss die Vitrine mit den Königskronen auf und entnahm ihr die Krone der Königin, er trug sie feierlich zu mir, damit ich mich an dieser Schönheit sattsehen konnte, seine Hände zitterten und die Kettchen klapperten, die die Verzierungen untereinander verbanden und sich über den Scheitel der Krone hingen, mein Schatzwächter hob die Krone hoch, und ich hatte das Gefühl, dass die Ornate in den Vitrinen sich umdrehten und ich die Gesichter dieser Bischöfe und Erzbischöfe sah, wie sie mich anschauten und mir zunichten, und mein Wächter setzte mir die Krone auf mein rötliches Haar, trat etwas zurück und musterte mich lächelnd, doch sein Lächeln kam mir vor wie ein Lächeln ohne Gesicht, als wäre ihm das Gesicht abgefallen und nur noch ein Schädel mit menschlichen Augen übriggeblieben ... und dann nahm er den Schemel und drehte ihn so, dass er mich sah, und erzählte weiter ...

Wie gesagt, meine Mutter hat mir das erzählt und mich gebeten, es niemandem zu sagen, dass, als unser Dienstmädchen Otýlie Vranská verschwand, auch ihr Vater verschwand, und dass nach einer Woche in der Zeitung eine Meldung mit Fotos auftauchte, die besagte, dass im Kaschauer Schnellzug ein Koffer gefunden worden war, und als man ihn öffnete, nachdem sich kein Besitzer gemeldet hatte, entdeckte man darin weibliche Arme und Beine, und auf dem Bahnhof von Preßburg wurde in einem anderen Schnellzug ein zweiter Koffer gefunden, und als sich ebenfalls niemand meldete, entdeckte man darin einen nackten weiblichen Rumpf und den abgehackten Kopf einer Frau, einer jungen Frau, und dann stand in den Zeitungen noch, beide Koffer seien mit Bettlaken ausgepolstert gewesen ... sagte er und zog eine zusammengefaltete Zeitung aus seiner Uniformjacke, er öffnete sie behutsam und fuhr fort ... die habe ich von meiner Mutter bekommen, und Sie sind die erste, der ich es sage, Sie sind die erste Frau, der ich erzählt habe, dass das, was vor so langen Jahren passiert ist, mich noch immer verfolgt ... und etwas später konnte man dann lesen... er öffnete einen Umschlag und zog eine zweite, mehrfach gefaltete vergilbte Zeitung hervor ... hier also steht, dass die Ermordete tatsächlich Otýlie Vranská hieß und zuletzt im Stehimbiss Krone gesehen worden war, in Begleitung eines blonden Mannes mit einem goldenen Zahn...er faltete die Zeitung wieder sorgfältig zusammen und legte sie in den

Umschlag, den er dann in seine Jackentasche steckte und sie zuknöpfte ... ich danke Ihnen, danke, dass Sie mir zugehört haben, ich habe nämlich ebenfalls einen Goldzahn, sagte er und schob seine Oberlippe hoch und tatsächlich, ein Eckzahn blitzte unterm Schnurrbart hervor und verlöschte wieder, als mein Wächter seinen Finger von der Lippe nahm ... und er fügte hinzu, wissen Sie, bei uns zu Hause wurde deutsch und slowakisch, hauptsächlich aber ungarisch gesprochen, wenn wir Kinder zu Großpapa gingen, um ihm zum Geburtstag zu gratulieren, also wenn wir diese Gratulation nicht auf Ungarisch gesagt hätten, hätte es Schläge mit der Peitsche gesetzt ... sagte er, und ich wollte mich aus diesem Sessel erheben, indem ich mich aufstützte, aber meine Beine waren wie gelähmt, ich versuchte es trotzdem, indem ich mich vorbeugte, und als hätte mein Wächter darauf gewartet, streckte er seine Hände aus, nahm mir die königliche Krone vom Kopf und legte sie wieder in die Vitrine zurück aufs Kissen, er schloss das Schränkchen ab und legte den Schlüssel dorthin zurück, von wo er ihn genommen hatte ... ich sagte ... ich möchte nach Hause, ich möchte ins Hotel ... und er sagte leise zu mir, später, später, Sie sind meine einzige Vertraute, ich werde Sie in Prag besuchen ... ich flüsterte, ich möchte ins Hotel, ich möchte nach Hause ... erst wenn Sie mir ihre Adresse gegeben haben, ich werde Sie in Prag besuchen ... ich sagte, geben Sie mir meine Handtasche ... ich konnte nicht aufstehen, er gab mir die Tasche und ich fing an, darin herumzuwühlen, doch meine Hände zitterten so sehr, dass Lippenstift und Nagelscherchen und Briefe auf meinen Schoß fielen ... er sagte leise, Sie brauchen mir nur zu sagen, wo Sie wohnen, denn ich werde Sie besuchen, versprechen Sie mir, dass Sie mich nach Prag einladen und wir zusammen Ihre Burg besichtigen werden, schwören Sie es ... und ich wusste, dass rund um mich herum in den Vitrinen die Ornate toter Bischöfe und Kardinäle standen, ich wusste, dass hinter mir zwei kaiserliche und königliche Kronen lagen ... ich hob den Finger und sagte ... ich schwöre, dass ich Sie einlade ... und diktierte ihm meine Adresse ... mein Wächter schrieb sie in seinen Notizblock und zog dann mit zwei Fingern meinen Reisepass aus der offenstehenden Handtasche, und er nickte, in Ordnung, und ließ den Pass wieder zurückgleiten wie in einen Briefkasten ... Jetzt möchte ich aber ins Hotel, ich möchte nach Hause, flüsterte ich, und er sagte zu mir ... damit Sie wissen, dass ich Ihnen glaube ... ziehen Sie sich wieder an, Ihre Kleider sind getrocknet, ich hatte sie auf die Heizkörper gelegt, sie sind schon ganz trocken, er drehte sich um, und ich gab ihm das violette Ornat, dann zog ich auch noch dieses Hemd, die weiße Albe aus ... er nahm den Habit, ohne sich umzuschauen und gab mir meine Wäsche und meine Jeans und meine Socken und die noch nassen Adidas, und ich zog mich unter großer Mühe an, zerrte an den Kleidungsstücken und konnte den Reißverschluss nicht hochziehen, erst als ich den Atem anhielt, doch da klemmte darin das Unterhemd ... und mein Wächter nahm die Schlüssel, und als er mich anschaute, erschrak ich,

weil er wieder so aussah, wie als wir zur Kirche hochgestiegen waren, er sah wieder aus, als wäre er verliebt, er setzte sich die Dienstmütze auf und bat mich, ihm die Haare darunter zurechtzulegen, und ich wurde wieder diejenige, die ich gewesen war, meine Beine trugen mich so, wie als wir dieses Museum betreten hatten, und er sagte lächelnd ... ja, wie wir einander versprochen haben, ich habe morgen frei und Sie wohnen im Hotel Astoria, ich werde Sie also abholen und wir gehen auf die Margareteninsel baden oder ins Caféhaus Hungaria Kaffee trinken, ich liebe Sie nämlich, ich habe mich in Sie verliebt, und weil ich mich verliebt habe, werde ich Ihnen Licht machen auf Ihrem Weg ... und er schloss kleine Schränkchen auf, fasste mehrere Hebel und drückte sie kräftig nach unten, von den Kontakten sprühten Funken, und die ganze Kirche war auf einmal beleuchtet, wie als wir gekommen waren, bis hinauf zur Turmspitze, wir liefen die Wendeltreppe hinunter, er schloss mir auf, küsste mich flüchtig und ich betastete mit meiner Zunge seinen goldenen Zahn ... und dann schritt ich aus und die Kirche war ganz erleuchtet, genauso wie oben im Museum diese beiden königlichen und kaiserlichen Kronen, ich schritt aus und die Leute, die aus den Lokalen kamen oder noch auf der Fischerbastei herumspazierten, um sich Budapest anzuschauen, hoben die Köpfe und wunderten sich, nur ich, Herr Hrabal, ich wunderte mich nicht, weil ich wusste, dass der Schatzwächter die Lichter mir zu Ehren angezündet hatte, damit ich den Heimweg fand ...

Ich fahre mit dem Autobus, fahre zu meinen Katzen und erzähle mir das, was mir erzählt worden ist, ich stelle sogar fest, dass ich es verstehe, meine Rede derart zu verlangsamen, dass ich sie auf den Fenstern der Fahrerkabine in Schreibmaschinen-Buchstaben gedruckt sehe, das ist mein Schreiben, ich sehe das, was ich sage, langsam schon auf jeder beliebigen Fläche geschrieben, jetzt kommt mir in diesem Autobus sogar in den Sinn, dass ich, wenn ich jeweils daliege und nicht schlafen kann, diese Sätze in der Finsternis auf einer relativ großen Fläche sehe, so wie früher in den Großstädten auf Hausdächern Buchstabe um Buchstabe die neuesten Nachrichten über Leuchtbänder rollten, so sehe ich das, was ich sage, gleichsam auf einer riesigen Schreibmaschine, die strahlenden Typenhebel meiner Maschine springen in die Dunkelheit hinein, ich erinnere mich jetzt in diesem Bus sogar, dass ich, wenn ich abspule, was ich mir sage oder was mir gesagt worden ist, meine Fingerkuppen manchmal in Gedanken im Rhythmus einer verlangsamtten Niederschrift auf die richtigen Tasten lege, ich nehme den Text sogar durch die Finger hindurch direkt in mein Gehirn auf, in dem ich ein weißes Blatt Papier im Format Din A4 eingespannt habe ...

Es sind die gleichen Wunder, wie wenn mich vom frühen Morgen an zuerst mein Zimmer, dann der Bus, dann die Metro und zuletzt die ganze sichtbare Welt schmerzt ... Allerdings stehle ich da bereits aus meinen eigenen Texten, über diesen Vorfall habe ich einige Details gehört, von einer gewissen Dame,

eine kurze Nachricht über den Fall Otýlie Vranská und ihren Vater, der einen goldenen Zahn hatte und gleichzeitig mit seiner Tochter für immer von zu Hause verschwand, ich habe freilich auch die Geschichte der nassen Dame in Budapest gehört, wie sie von einem Museumswächter getrocknet wurde und dieser tatsächlich nachts die Festbeleuchtung einschaltete, den ganzen Rest jedoch habe ich mir ausgedacht, das ist meine Erfindung, meine Schwindelei, mein vergnügtes, ernstes Spiel, meine paranoisch-kritische Methode ... ohne den Verstand verloren zu haben, sehe ich die Welt wie ein Verrückter ...

Ich erinnere mich, in der Zeitung *Narodni Politika* stand, dass die Schnitte an Otýlie Vranská fachmännisch ausgeführt waren, vermutlich von einem Chirurgen oder einem Metzger ... brennende Giraffe, brennender Schwan ... beleuchtete nächtliche Kirche ... In seinem Briefroman hat Goethe an seiner statt den jungen Werther sich erschießen lassen. Das erzählerische Ich ist auf der Welt geblieben, und auch ich bin noch lebendig und am Leben, welch eitle Reden ...

Wären Sie imstande, meinerwegen die in der Dunkelheit versunkene Kathedrale von Prag zu beleuchten? Die Festbeleuchtung einzuschalten?

Aus dem Tschechischen von Susanna Roth

Michael Wüstefeld
GEDICHTE

MEISSEN 1988

Es hat sich ein rotes OktoberNetz tief
zwischen den Abend der Häuser gesenkt
von Dächern bis zu grindigen PflasterSteinen
eingefangen aller Tage Schmetterlinge
Die Nacht faltet sich auf wie immer
in 39 Jahren der gestrengen Republik
Sachsen kann sich erinnern an Meissen
Kann ich das auch?
Ich stehe am Rand der Elbe
gebe des Flusses Gerede ihm
zwischen Lachen und Weinen zurück
und suche die Stadt die ich nicht sehe
Die Brücke hinüber verliert sich im Nichts
kein BurgBerg kein Dom
Vor welcher Gefahr verdunkelt sein AnGesicht
der Elefant im Porzellan
Was für eine Jagd ist angebrochen
MaschinenStürmer BilderSturz
In welche Höhlen hat es die Menschen getrieben
Was für eine Täuschung reitet mich
Wessen Blindheit bin ich aufgesessen
Ist es wieder diesELBE?
Ich stehe in Meissen am Fluß
sehe der sparsamen Stille
ein einsames Licht aufgehn
Es hat sich ein roter Oktober
zwischen den Abend der Häuser gedrängt

1989



Dresden, Pirnaischer Platz, März 1987

ABBAU EINER LOSUNG VON HINTEN
(ohne innere Wertung)

Der Sozialismus siegt
 Der Sozialismus sieg
 Der Sozialismus sie
 Der Sozialismus si
 Der Sozialismus s
 Der Sozialismus
 Der Sozialismu
 Der Sozialism
 Der Sozialis
 Der Soziali
 Der Sozial
 Der Sozia
 Der Sozi
 DerSoz
 Der So
 Der S
 Der
 De
 D

Der Inhalt einer Losung
 bewahrheitet sich dann
 wenn er sich bei ihrem
 Abbau zuspitzt

MÄRCHEN (II)

Einmal wenn wir uns berühren
im Zentrum kopfloser Energie
sind die großen Anrufungen längst gelöscht
langzeitige Briefe trinken vom Wind

Einmal werden wir uns begegnen
auf Europas hoffnungsfrohem Balkon
auf Luisenhofs Terrasse
auf einer Seite des Neuen Deutschlands

Einmal wollen wir grenzenlos sein
im Zwielight wachsamer Türme sind
staatliche Gebärden vergessen
langatmige Reden sterben am Wort

Januar 1989

MÄRCHEN (IV)

Einmal blüht die wilde Kirsche
viel zu weiß im frühen Jahr
Zeiten gehen ineinander
Tag fällt ein in Tag

Einmal blüht den Köpfen Ahnung
was uns bindet macht uns alt
Blicke gehen voneinander
Hand fällt ab von Hand

1990

Zu den Personen: Autoren, Diskussionsteilnehmer, Beirats- und Redaktionsmitglieder von Transit

Juri Afanassiew, geb. 1934. Historiker, Direktor des Moskauer Instituts für Geschichte und Archivwesen. Mitglied des Obersten Sowjets, Mitvorsitzender der »Interregionalen Gruppe« (1989 gegründete informelle demokratische Fraktion im Obersten Sowjet; mit der »Demokratische Plattform«, der informellen sozialdemokratischen Fraktion in der KPdSU verbunden) und des *Memorial*. Herausgeber von: Es gibt keine Alternative zur Perestrojka, Moskau 1988 (Progress) und Nördlingen 1988 (Greno).

Andrew Arato, geb. 1944. Lehrt Sozialwissenschaften an der New School for Social Research, New York. Forschungen u.a. zur politischen Soziologie (nach-) sozialistischer Gesellschaften. Mitherausgeber von: Gorbachev: The Debate, Oxford 1989 (Polity Press); Mitautor von: Civil Society and Political Theory, Cambridge, Mass. (MIT Press), in Vorb.

Tamás Bauer, geb. 1946. Lehrt seit 1988 Ökonomie an der Universität Frankfurt und ist Mitglied des Instituts für Ökonomie an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Ost-West-Vergleiche zu ökonomischen Kontroll- und Plansystemen. Ökonomischer Berater der ungarischen Freien Demokraten. 1989 erschien: The Firm under Perestrojka, Köln.

Kurt Biedenkopf, geb. 1930. Rechtswissenschaftler und Politiker. 1990 Gastprofessor an der Universität Leipzig. Mitglied des Bundestags und der CDU, seit Oktober 1990 sächsischer Ministerpräsident. 1990 erschien: Offene Grenze, offener Markt. Voraussetzungen für die Erneuerung der DDR-Volkswirtschaft.

Jan Błonski, geb. 1931. Direktor des Instituts für Polnische Philologie an der Jagellonischen Universität Krakau. Forschungen u.a. zu Proust, Beckett, Witkiewicz-Witkacy und Gombrowicz. Korrespondierendes Mitglied des IWM und Mitglied des Redaktionskomitees von *Transit*. 1971 Mitbegründer und Herausgeber der Reihe »Teksty«, die 1981 verboten wurde. 1990 erscheint: The poor Poles look at the Ghetto, in: A. Polonsky (ed.), My Brother's Keeper? Recent Polish Debates on the Holocaust.

Ernst-Wolfgang Böckenförde, geb. 1930. Lehrt Staats- und Verfassungsrecht an der Universität Freiburg. Richter des Bundesverfassungsgerichts Karlsruhe. Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des IWM. 1988 erschien: Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Kirche und demokratisches Ethos, Freiburg, Basel, Wien (Herder).

Sir Ralf Dahrendorf, geb. 1929. Soziologe. Warden des St. Antony's College, Oxford. 1987 erschien: Fragmente eines neuen Liberalismus, Stuttgart (DVA),

und 1990: Betrachtungen über die Revolution in Europa. In einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist, Stuttgart (DVA). Mitglied des Beirats von *Transit*.

György Dalos, geb. 1943. Lebt als Schriftsteller und Publizist in Budapest und Wien. 1990 erschien: Die Beschneidung. Eine Geschichte, Frankfurt (Insel).

Zoran Djindjić, geb. 1950. Lehrt Rechtsphilosophie an den Universitäten Belgrad und Frankfurt. Mitbegründer der überregionalen *Demokratska Stranka*. 1989 erschienen: Jugoslawien, ein unfertiger Staat, Novi Sad.

François Furet, geb. 1927. Lehrt Geschichte an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, deren Präsident er von 1977 bis 1985 war. Direktor des Institut Raymond Aron und Präsident der Fondation Saint Sirnon sowie des Committee on Social Thought an der University of Chicago. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM und des Beirats von *Transit*. 1989 erschien: 1789 – Jenseits des Mythos, Hamburg (Junius, Nachdruck der ersten deutschen Ausgabe Berlin 1980), und 1990: Kritisches Wörterbuch der Französischen Revolution (zusammen mit Mona Ozouf), Frankfurt (Suhrkamp).

Timothy Garton Ash, geb. 1953. Historiker und Publizist, Fellow of St. Antony's College, Oxford. Korrespondierendes Mitglied des IWM und Mitglied des Redaktionskomitees von *Transit*. Lebte mehrere Jahre in den beiden Teilen Berlins, von wo er ausgedehnte Reisen durch Mittel- und Osteuropa unternahm. Schreibt seitdem regelmäßig über diese Region für den Spectator, den Independent und den *New York Review of Books*. Auf Deutsch erschien 1981: Und willst Du nicht mein Bruder sein ... Die DDR heute, Hamburg (Spiegel). Im Herbst 1990 erschien: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980-1990, München (Hanser).

Ernest Gellner, geb. 1929. Lehrt Social Anthropology an der University of Cambridge und ist Fellow des King's College Cambridge. 1990 erscheint: Nationalismus und Moderne, Berlin (Rotbuch), sowie: Pflug, Schwert und Buch, Stuttgart (Klett-Cotta).

Bronisław Geremek, geb. 1932. Historiker und Politiker. Forschungen über die Sozialgeschichte der Randgruppen im Mittelalter. 1978 Mitbegründer der »fliegenden Universität«. 1985 von der Polnischen Akademie der Wissenschaften ausgeschlossen wegen seines Engagements als Mitglied der *Solidarność* und Berater von Lech Wałęsa; 1988 wiederaufgenommen. Vorsitzender der »Bürgerclub«-Fraktion der *Solidarność* im Polnischen Parlament. Mitglied des IWM-Kuratoriums und des Beirats von *Transit*. Auf Deutsch erschien: Geschichte der Armut, Frankfurt (Suhrkamp) 1988.

Elemér Hankiss, geb. 1928. War zuletzt Direktor des Zentrums für Wertforschung am Soziologischen Institut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und lehrte Politologie an der Universität Budapest, bevor er Präsident des Ungarischen Fernsehens (MTV) wurde. Mitglied des Beirats von *Transit*. 1990

erscheinen: *East European Alternatives: Are there any*, Oxford (Clarendon Press) und: *La société du laisser-aller*, Genf (Georg Editeur).

Bohumil Hrabal, geb. 1914. Schriftsteller, lebt in Prag. In deutscher Sprache erschienen zuletzt: *Das Städtchen am Wasser*, Frankfurt (Suhrkamp) 1989, und: *Die Zauberflöte*, Frankfurt (Suhrkamp) 1990.

Lane Kirkland, geb. 1922. Gewerkschafter, Präsident der amerikanischen Gewerkschaftsdachorganisation AFL-CIO und Vizepräsident der *International Confederation of Free Trade Unions*.

János Mátyás Kovács, geb. 1950. Research Fellow am Institut für Ökonomie an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Visiting Fellow am IWM, wo er von 1987-1990 zusammen mit Márton Tardos das Forschungsprojekt »Plan und/oder Markt« leitete. Die Ergebnisse erscheinen 1991 unter dem Titel »Reform and Transformation«, London (Routledge). Ab 1991 koordiniert er das IWM Projekt »Transitions to Democracy«. Mitglied des Redaktionskomitees von *Transit*.

Marcin Król, geb. 1944. Historiker und Publizist. Untersuchungen zum polnischen Konservatismus des 19. und 20. Jahrhunderts. 1986 erschien in Paris »Romantische Reise«, eine Essay-Sammlung. Herausgeber der unabhängigen polnischen Monatszeitschrift *Res Publica*.

Marju Lauristin, geb. 1940. Soziologin und Politikerin. Zuletzt Direktorin des Instituts für Journalismus an der Universität Tartu. Mitbegründerin der Estnischen Volksfront, seit 1989 Mitglied des Obersten Sowjets. 1990 wurde sie zur Abgeordneten und Sprecherin des Estnischen Parlaments und zur Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Estlands gewählt.

Juan Linz, geb. 1926. Lehrt Politik- und Sozialwissenschaften an der Yale University. Forschungen zur Typologie der Diktaturen in Südeuropa und Lateinamerika sowie zur Problematik der Übergangsprozesse zur Demokratie (insbesondere in Spanien). 1990/91 Wissenschaftliches Mitglied des Wissenschaftskollegs zu Berlin. Herausgeber (zus. mit J.R. Montero) von: *Crisis y cambio: Electores y partidos en la España de los años ochenta*, Madrid 1986.

Krzysztof Michalski, geb. 1948. Lehrt Philosophie an der Boston University, Direktor des IWM, Herausgeber von *Transit*. 1988 erschien: *Logik und Zeit. Versuch einer Analyse von Bussersls Sinntheorie*, Warschau (PIW).

Adam Michnik, geb. 1946. Historiker, Publizist und Politiker. Mitbegründer des Samisdat-Verlages NOWA und der »fliegenden Universität«. Berater der *Solidarność*; interniert von 1981 bis 1984; später der »Vorbereitung zum gewaltlosen Umsturz der bestehenden sozialen Ordnung« angeklagt und 1985 zu drei Jahren Gefängnis verurteilt; 1986 entlassen. 1989 Teilnehmer bei den Verhandlungen am »Runden Tisch« und im Juni in den Sejm, das polnische Parlament, gewählt. Chefredakteur der *Solidarność*-Zeitung *Gazeta Wyborcza*. 1985 er-

schien: *Polnischer Frieden. Aufsätze zur Konzeption des Widerstands*, Berlin (Rotbuch Verlag).

Klaus Nellen, geb. 1948. Studierte Philosophie und Literaturwissenschaften. Wissenschaftliches Mitglied des IWM. Mitherausgeber der »Ausgewählten Schriften« von Jan Patočka, Stuttgart (KlettCotta) 1987 ff., verantwortlicher Redakteur von *Transit*.

Guillermo O'Donnell, geb. 1936. Lehrt Sozialwissenschaften an den Universitäten Sao Paulo und Notre Dame (USA). Forschungen zur Problematik der Übergangsprozesse zur Demokratie in Lateinamerika. Mitherausgeber von: *Transitions from Authoritarian Rule*, Baltimore/London Johns Hopkins University Press) 1986. 1988 erschien: *Bureaucratic Authoritarianism: Argentina 1966-1973 in Comparative Perspective* (Univ. of California Press).

Petr Pithart, geb. 1941. Rechtswissenschaftler, Publizist und Politiker. 1968/69 Mitglied der Redaktion der *Literárny Listy* und *Listy* und der Gewerkschaftsgruppe um Zdenek Mlynár, die sich mit der Reform des politischen Systems befasste. Danach Kanalarbeiter, später Jurist in der Wirtschaft. Nach der Unterzeichnung der »Charta 77« entlassen. 1989 Sprecher des Bürgerforums, seit Frühjahr 1990 Ministerpräsident der Tschechischen Republik. Mitherausgeber des fünften Bandes der »Ausgewählten Schriften« von Jan Patočka, Stuttgart (KlettCotta) 1987 ff. Mitglied des Beirats von *Transit*. Verfasser zahlreicher Artikel zur neueren tschechischen Geschichte, insbesondere zu Pekař und Masaryk; Mitherausgeber mehrerer Samisdat-Sammelbände zur unabhängigen tschechischen Geschichtsschreibung.

Gawriil Popow, geb. 1936. Lehrte zuletzt Wirtschaftswissenschaften an der Lomonossow-Universität in Moskau. 1989 zum Mitglied des Obersten Sowjets und 1990 zum Vorsitzenden des Moskauer Stadtrats gewählt; Mitvorsitzender der »Überregionalen Gruppe« (s.o.). 1990 erscheint in Moskau: *Der Weg der Perestrojka aus der Perspektive eines Ökonomen*.

Adam Przeworski. Lehrt Politische Wissenschaften und ist Co-Direktor des Zentrums für Ethik, Rationalität und Gesellschaft an der University of Chicago. 1990 erschien: *The State and the Economy under Capitalism* (Harwood Academic Publishers).

Susanna Roth. Slawistin und Übersetzerin zahlreicher Werke der tschechischer Literatur, u.a. von Bohumil Hrabal und Milan Kundera. 1988/89 Visiting Fellow des IWM, Mitglied des Redaktionskomitees von *Transit*. Herausgeberin von »Hommage à Hrabal«, Frankfurt (Suhrkamp) 1989.

Jacques Rupnik, geb. 1950. Historiker, Politologe und Publizist. Senior Fellow an der *Fondation Nationale des Sciences Politiques*, Paris. Mitglied des Redaktionskomitees von *Transit*. 1989 erschien: *The Other Europe*, London/New York (Weidenfeld & Nicolson, zu der gleichnamigen Fernseh-Dokumentation für BBC).

Jeffrey D. Sachs, geb. 1954. Lehrt Wirtschaftswissenschaften an der Harvard University. Berater mehrerer Regierungen in Lateinamerika und Osteuropa, insbesondere in Polen, wo er an der Entwicklung des radikalen Reformprogramms von Minister Balcerowicz mitwirkte. Gegenwärtig Forschungen zur internationalen Schuldenkrise und wirtschaftspolitischen Problemen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern. Herausgeber der Reihe: *Developing Country Debt and Economic Performance*, University of Chicago Press 1989 ff.

Aleksander Smolar, geb. 1951. Politologe an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris. Seit Sommer 1990 in Warschau als Berater des polnischen Ministerpräsidenten. Bis 1990 Herausgeber der in London erscheinenden polnischen Vierteljahresschrift für Politik *ANEKS*.

George Soros, geb. 1930. Präsident des *Soros Fund Management* und Chief Investment Advisor des Quantum Fund. Gründer zahlreicher wissenschafts- und kulturfördernder Stiftungen (zehn in Ostmitteleuropa). Mitglied des IWM-Kuratoriums. 1990 erschien: *Opening the Soviet System*, London (Weidenfeld & Nicolson).

Fritz Stern, geb. 1926. Lehrt Geschichte an der Columbia University New York. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des IWM und des Beirats von *Transit*. 1988 erschien: *Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*, Berlin (Siedler).

Michael Stürmer, geb. 1938. Lehrt Geschichte an der Universität Erlangen; Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen. 1988 erschien: *Deutsche Fragen oder Die Suche nach der Staatsräson*, München/Zürich (Piper).

Miklós Szabó, geb. 1935. Historiker am Institut für Geschichtsforschung der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Abgeordneter der Freien Demokraten im ungarischen Parlament und außenpolitischer Sprecher seiner Partei. 1989 erschien: *Politikai Kultúra Magyarországon (Politische Kultur in Ungarn)*, Budapest (Atlantis).

Jerzy Szacki, geb. 1929. Lehrt Soziologie an der Universität Warschau. Korrespondierendes Mitglied des IWM; von 1984-1987 Senior Visiting Fellow, leitete er zusammen mit Alan Montefiore und Alan Ryan (beide Oxford) das IWM-Forschungsprojekt »Die Intellektuellen und die politische Verantwortung«, dessen Ergebnisse 1990 bei Cambridge University Press erscheinen.

Karsten D. Voigt, geb. 1943. Politiker. Mitglied des Bundestags, seit 1984 Mitglied des SPD-Parteivorstands. Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Lech Wałęsa, geb. 1943. Gewerkschafter und Politiker. Mitbegründer und Vorsitzender der *Solidarność*. Nach der Verhängung des Kriegsrechts und Verbot der *Solidarność* 1981 ein Jahr interniert. 1983 Friedensnobelpreis. 1988 Teilnahme an den Streiks in der Danziger Werft und Gründung des »Bürgerclubs«. 1989 be-

teilt an den Gesprächen am »Runden Tisch« und Mitunterzeichner der dort getroffenen Abkommen. Maßgeblich an der Koalitionsbildung von 1989 beteiligt, die es der mittlerweile wieder legalisierten *Solidarność* erlaubte, eine Regierung zu bilden. 1990 Kandidatur zum Präsidenten der Polnischen Republik. 1987 erschien: Ein Weg der Hoffnung. Autobiographie, Wien/Hamburg (Zsolnay).

Michael Wüstefeld, geb. 1951. Schriftsteller. Dipl. Ing. 1974 an der TU Dresden, seitdem Ingenieur in einem Dresdner Ingenieurbüro. 1987 erschien im Aufbau-Verlag Berlin: Heimsuchung, Gedichte; 1990 erscheinen dort: Stadtplan, Gedichte, und: Nackt hinter der Schutzmaske, Erinnerungen.



Besuchen Sie uns im Netz
[www. iwm.at/transit](http://www.iwm.at/transit)





Prag, Wenzelsplatz, 27. November 1989